OHG

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen



2024

109. Band

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:

Michael Breitbach, Eva-Marie Felschow,
Susanne Gerschlauer, Volker Hess, Andrej Keller und Sabine Raßner

109. Band

Gießen 2024

Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der
Universitätsstadt Gießen gedruckt.

Impressum:
Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Umschlagmotiv:
Grabmal Hugo von Ritgens auf dem Alten Friedhof, Gießen. –
u.a. Vorsitzender des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen
von November 1883 bis zu seinem Tod am 31. Juli 1889

ISSN: 0342-1189
Online – URN: urn:nbn:de:hebis:26-opus-124759

Hherstellung:
VDS VERLAGSDRUCKEREI SCHMIDT
Neustadt an der Aisch

Inhalt

Nachruf
Hanno Müller (27. Juli 1948 – 23. Dezember 2023) 5

I. Beiträge
Michael Wettengel
Vormärz und Revolution von 1848/49 in Gießen 7

Dagmar Klein
Baumeister des 19. Jahrhunderts auf dem Alten Friedhof. Hugo von Ritgen – Joh. Philipp Hofmann – Karl Müller – Ernst Schirmer. Nachlese zur Hugo von Ritgen-Ausstellung aus der Sicht einer Stadt- und Friedhofsführerin 47

Stefan Prange
Von Elend bis Knappheit. Stall, Scheune, Kochtopf und Geldbeutel hessischer Bauern um 1880 73

Franz Reimer
„… in einen Nebel der Anonymität gehüllt…".
Gießener Beiträge zur Entstehung des Grundgesetzes 99

Marcus Kiefer
Momente des Erhabenen. Hein Heckroths Kolossalgemälde aus dem Bürgerhaus Biedenkopf 119

Thomas Kleimann
Von der „Friedrich-Feld-Schule" zur „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten". Ein mittelhessisches Beispiel symbolischer Entnazifizierung 147

Volker Bank
In der Frühgeschichte der Berufs- und Wirtschaftspädagogik: ein zu braunes Feld? 159

II. Miszellen
Michaela Stark
Die Gießener Antikensammlung – Ausstellungen, Aktivitäten und digitale Lehrprojekte der Jahre 2022 bis 2024 181

Dagmar Klein
Kunst-am-Bau und Walter Kröll. Oder:
Was ein Schulneubau auslösen kann 205

III. Rezensionen

Kristin Langefeld, Zwischen Collegium, Kämpfrasen und Kaffeehaus. Lebenswelt, Alltag und Kultur Marburger Studenten im 18. Jahrhundert, Darmstadt und Marburg 2023 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 192)
Eva-Maria Felschow 217

Norbert Gissel, Nachdenken über Sport und Sportwissenschaft. Studien zur Pädagogik, Wissenschaftstheorie und Demokratiegeschichte des Sports. Arete-Verlag Hildesheim, 2024
Albert Mehl 219

Krauß-Pötz, Renate: Grünberg in der Zeit des Nationalsozialmus 1933–1945. Eine Chronik, Grünberg 2024 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Grünberg und ihrer Stadtteile 10)
Volker Hess 220

IV. Neue Publikationen 223

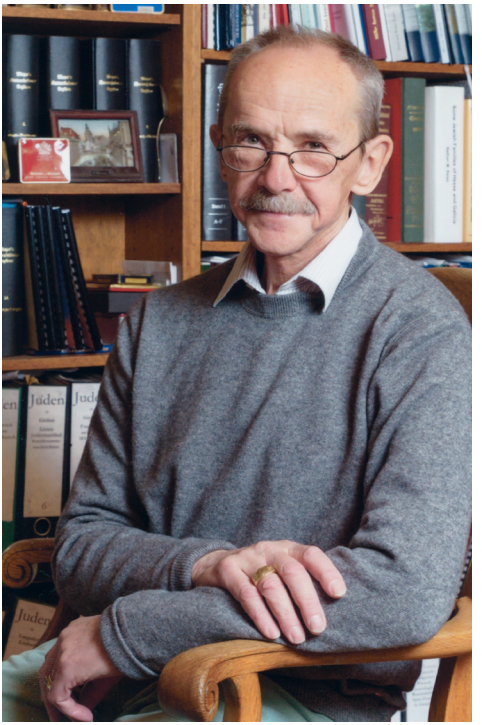
V. Aus dem Vereinsleben
Zusammengestellt von Dagmar Klein 224

VI. Presseberichterstattung 227

VII. Autorinnen und Autoren 248

Nachruf

Nachruf Hanno Müller (27. Juli 1948 – 23. Dezember 2023)



Hanno Müller prägte sowohl eine naturwissenschaftliche wie auch sozial- und geschichtswissenschaftliche Bildung. Er war leidenschaftlicher und vielseitiger Lehrer und konnte seine Schülerinnen und Schüler bis hin zu einer Arbeitsgemeinschaft Astronomie begeistern. Seinen geliebten Beruf musste er vorzeitig krankheitsbedingt anfangs des neuen Jahrtausends aufgeben.

Neben seiner schulischen Arbeit kam er schon Anfang der siebziger Jahre während seiner Freizeit zur Archäologie und Denkmalpflege auf Einladung seines Lehrerkollegen Manfred Blechschmidt. Erste Erfahrungen konnte er insbesondere als Mitarbeiter von Ausgrabungen am Schiffenberg sowie den Hügelgräbern bei Annerod an der B 49 und auf der Hochwart bei Gießen sammeln.

Seinem Heimatort Steinbach war Hanno Müller in besonderer Weise forschend verbunden. Er widmete sich nicht nur dessen Flurnamen und Schule, er beschrieb es auch umfassender in den drei Bänden mit dem Titel „Wie es früher war“ (2013).

Schon früh, nämlich 1983, hatte sich Hanno Müller seinem großen und wichtigsten Forschungsfeld gewidmet, als er sich mit „Die Walbs“ genealogischen Studien zugewandt hatte. Dieses Forschungsfeld, mit dem er sich aufs Intensivste und Akribischste beschäftigte, ließ ihn lebensgeschichtlich fortan und, man muss feststellen, buchstäblich bis zu seinem Tode nicht mehr los. Zahlreiche Familienbücher entstanden seitdem und werden durch eine Fülle von wichtigen Publikationen als ein bedeutender Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Geschichte zu Juden in Oberhessen ergänzt. Von den Familienbüchern seien hier nur besonders hervorgehoben diejenigen zum Busecker Tal für Oppenrod, Großen-Buseck und Beuern (2013), ferner das siebenbändige Familienbuch zu Butzbach (2002–2015) oder zu Staufenberg, Daubringen, Mainzlar, Treis/Lumda, Lollar und Ruttershausen (2022).

Publikationen zu Juden in Oberhessen entstanden zu Steinbach (1988), zu Pohlheim (2015) sowie Fotos zu Gießener Juden (2019). Ihm war dabei wichtig, das Bild vom armen Landjuden zu korrigieren, der angeblich ausgeschlossen und nicht anerkannt, an der Grenze der Existenz lebte. Er wollte zeigen, dass sich spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts die jüdische Einwohnerschaft in den oberhessischen Dörfern repräsentativ in der Mitte der ländlichen Gesellschaft bewegte und ein nicht geringer Teil durch Handel mit Waren zu den höchst besteuerten Gemeindeeinwohnern zählten.

Hanno Müllers Expertise in seinem Feld wurde gern und vielfach in Anspruch genommen. Seine Arbeiten zu den Juden in Oberhessen hatten ihm auch zahlreiche Kontakte zu deren Nachfahren in Israel und in den USA und deren Besuch beglückende Begegnungen beschert. Noch im Sommer 2023 kamen Nachfahren Gießener Juden, angeregt von seiner Publikation „Juden in Gießen 1788–1942, die Stadt Gießen", zu ihren ehemaligen Wohnorten und, sofern erhalten, zu den Gräbern ihrer Vorfahren. Sie übergaben Hanno Müller eine große Anzahl Fotografien, um deren Publikation er sich unmittelbar vor seinem Tod noch sorgte und plante, sie in seinem letzten Buch Juden in Bobenhausen II 1802–1942, nun mit dem Untertitel „Nachträge zu Juden in Gießen" mit zu veröffentlichen. Ihm war außerdem wichtig, trotz zehrender Erkrankung, sein letztes Buch zu den Juden in Bobenhausen abzuschließen und veranlasste er noch, dass alle von ihm als sehr wichtig erachteten Museen, Archive, Personen und Organisationen ein Exemplar dieser letzten Publikation erhielten.

Hanno Müller war im persönlichen Umgang ein eher zurückhaltender, nüchterner Sachlichkeit verpflichteter Typ des Forschers. Eine von ihm ermittelte Begebenheit mag dies beleuchten: sie handelt von Adelheid Reiss, geborene Baer, die nach ihrer Heirat und wohl mit einem Diamantring ihren Namen in die Scheibe eines Fensters ritzt: Habe ich [H.M.] mich bei der Abfassung des Manuskripts stets darum bemüht, nur Dinge, die ich sicher belegen konnte, in meinen Text aufzunehmen, will ich nach der unverhofften Begegnung mit dem Namenszug „A. Reiß" auf einer Fensterscheibe des Hauses Hoherodskopfstr. 61, meiner Meinung nach geschrieben von der Ehefrau Adelheid des Nathan Reiß, meine Gedanken etwas schweifen lassen. Hier schimmert eine Persönlichkeit durch, die nicht gänzlich unberührt ist von Schicksalen, über die er schreibt.

Die genealogische Arbeit war Hanno Müller zur bestimmenden Lebensaufgabe geworden – dafür erhielt er auch die ihm gebührende Anerkennung, sie fanden in einer Reihe von ehrenvollen Auszeichnungen ihren besonderen Ausdruck. So erhielt er 2009 den Hessischen Verdienstorden, 2013 den Obermayer Award, 2018 die Hedwig-Burgheim-Medaille der Stadt Gießen sowie 2022 die Bürgermedaille der Stadt Butzbach. Für seine großen Verdienste um die Erforschung und Vermittlung der heimischen Geschichte verlieh unser Verein 2021 ihm die Ehrenmitgliedschaft. Unser Verein verabschiedet sich von seinem Ehrenmitglied und gedenkt seiner in Respekt und Dankbarkeit.

Vormärz und Revolution von 1848/49 in Gießen[1]

Michael Wettengel

Anlässlich des 175. Jahrestags der Revolution von 1848/49 sind erneut zahlreiche Neuerscheinungen zu den Ereignissen der Revolutionsjahre im europäischen Kontext, aber auch auf dem Gebiet des heutigen Hessen erschienen. In diesem Beitrag soll es um die Vorgänge der Jahre 1848 und 1849 in Gießen gehen, wobei auch die vorangegangenen Jahrzehnte in knapper Form mitberücksichtigt werden, da sie für das Verständnis des Revolutionsverlaufs notwendig sind. Eine Gesamtdarstellung der Revolution von 1848/49 ist hier nicht beabsichtigt, hierfür wird auf die in der Anmerkung genannte Literatur verwiesen.[2]

Der großherzoglich hessische Teil von Oberhessen war im Vormärz ein politisch außerordentlich aktives Gebiet. Die Provinzhauptstadt Gießen wiederum gehörte 1848/49 zusammen mit Mainz und Hanau zu den Städten auf dem Gebiet der damaligen hessischen Staaten, die ein besonders starkes revolutionäres Potenzial besaßen. Nachfolgend wird zunächst ein knapper Überblick über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie zu den politischen Bewegungen im Vormärz in Oberhessen gegeben, woran sich die Darstellung der Ereignisse während der Revolution von 1848/49 in Gießen anschließt.

Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Oberhessen im Vormärz

In den 1840er Jahren war Oberhessen vorindustriell und agrarisch geprägt. Die große Mehrheit der Bevölkerung, mehr als 80 Prozent, wohnte auf dem Land. Die meisten von ihnen lebten hauptsächlich von der Landwirtschaft. Die hier übliche Realerbteilung begünstigte eine Parzellierung der landwirtschaftlichen Flächen, da der Besitz bei der Erbfolge auf alle erbberechtigten Kinder verteilt wurde. Die geringen Betriebsgrößen ermöglichten keine effiziente und rentable Bewirtschaftung. Die bäuerliche Bevölkerung erwirtschaftete daher mehrheitlich auch in guten

1 Druckfassung eines überarbeiteten und mit Anmerkungen versehenen Vortrags, den der Verfasser am 6. November 2024 beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen gehalten hat.

2 Unter den Neuerscheinungen sind insbesondere zu Europa zu nennen: Clark, Christopher, Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München 2023, und Bleyer, Alexandra, 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Stuttgart 2022; zur Deutschen Nationalversammlung 1848/49: Engehausen, Frank, Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Frankfurt am Main 2023; zu Hessen: Wettengel, Michael, Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Freie Stadt Frankfurt. Wiesbaden 2022; zum Scheitern der Revolution: Hahn, Hans-Werner, Ursachen und Folgen des Scheiterns der Deutschen Revolution von 1848/49, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 108 (2023), S. 17–38.

Jahren keine auskömmlichen Erträge mehr. Zu alldem war sie durch hohe Abgaben und Dienste belastet, die an die Grundherren zu leisten waren. Für die große Masse der oberhessischen Landbevölkerung war der gewerbliche Nebenerwerb somit lebensnotwendig. Diese ländlichen Gewerbe, wie Strumpfwirkerei, Leinenweberei, Spinnerei oder Nagelschmieden, wurden meist in Heimarbeit betrieben und waren latent krisengefährdet. Sie konkurrierten mit der Industrieproduktion in benachbarten Ländern. Knappheit und Armut bestimmten den Alltag in einem unvorstellbaren Ausmaß. In weiten Teilen Oberhessens gab es ausgesprochene Notstandsgebiete, so im Taunus und in der Vogelsberg-Region. Begleiterscheinungen der sozialen Not waren Mangelernährung und ansteckende Krankheiten, massenhaftes Betteln um Almosen, Kleinkriminalität und hohe Auswandererzahlen.

Die Größe der Städte war bescheiden: So zählte Gießen 1846 etwa 8.700, das benachbarte preußische Wetzlar wenig mehr als 5.300 und das kurhessische Marburg knapp 6.900 Einwohner. Die größte Stadt im weiten Umkreis war Frankfurt mit etwa 60.000 Einwohnern.[3] Gießen war als Sitz der Landesuniversität gegenüber anderen oberhessischen Städten in einer besseren Lage. Mit insgesamt 508 immatrikulierten Studenten im Jahr 1848 bildete die Universität eine wichtige Einnahmequelle für das Gewerbe und den Handel der Stadt.[4] Noch gab es in Gießen nur wenige größere Gewerbebetriebe, vor allem Tabakfabriken. Der industrielle Durchbruch erfolgte hier erst zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach dem Eisenbahnanschluss (1850 bzw. 1853/54). Unter den Hauptnahrungszweigen Gießens nannte der hessen-darmstädtische Geometer Wagner 1830 Acker- und Gartenbau sowie Viehzucht, erst danach folgten Fabriken, das Handwerk und der „im Ganzen nicht sehr bedeutende" Handel.[5] Anfang der 1840er Jahre hatte Gießen etwa 130 Handwerksmeister, die das gewerbliche Leben der Stadt prägten. Doch es kriselte beim Handwerk: Es gab überwiegend sogenannte „Kleinmeister", die alleine oder mit nur einem Gesellen ihren Betrieb führten und so kaum ihren Lebensunterhalt erwirtschaften konnten. Auf zehn Handwerksmeister kamen in Gießen um die Jahrhundertmitte sechs Gesellen und Lehrlinge – gegenüber 30 in Frankfurt zur selben Zeit.[6] Die Strukturkrise im Gießener Handwerk wurde durch das Fehlen alternativer Erwerbsmöglichkeiten und durch die schwache regionale Nachfrage verschärft. Die Zollschranken im staatlich zersplitterten Gebiet des heutigen Hessen erschwerten den Warenaustausch und bildeten angesichts der desola-

3 Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 19, zur sozialen Lage ebda., S. 19–29.

4 Thielbeer, Heide, Universität und Politik in der Deutschen Revolution von 1848, Bonn 1983, S. 249; vgl. auch Moraw, Peter, Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Gießen 2. Aufl. 1990, S. 111.

5 Zitiert nach Hahn, Hans-Werner, Umbruch und Aufbruch? Die Stadt Gießen und ihre Bürger zwischen 1770 und 1830, in: Brake, Ludwig/Brinkmann, Heinrich (Hrsg.), 800 Jahre Gießener Geschichte 1197–1997, Gießen 1997, S. 117–149, hier S. 144.

6 Emig, Georg, Die Berufserziehung bei den Handwerkerzünften in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und im Großherzogtum Hessen vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1866, Frankfurt a.M. 1969, S. 336 f.

ten Lage ein allgemeines Ärgernis. Hinzu kamen Agrarkrisen wie die von 1816/17 und 1847, die mit extremen Steigerungen der Lebensmittelpreise verbunden waren. Sie gefährdeten die ohnehin prekären Lebensverhältnisse.

Die zeitgenössischen Beschreibungen Gießens bestätigen das Bild der Beharrung und vormoderner, enger Lebensverhältnisse. Über seine „Vaterstadt Gießen" schrieb der 1826 hier geborene Wilhelm Liebknecht, sie „war damals noch eine halbländliche Stadt – ich erinnere mich noch, daß das Vieh ausgetrieben wurde."[7] Sie besaß enge, winkelige Gäßchen und allenthalben Reste der Stadtbefestigung. Dem 1813 in Goddelau geborenen Georg Büchner, der 1833/34 in Gießen studieren musste, gefiel es an seinem Studienort nicht. „Abscheulich" sei die Stadt, „hohle Mittelmäßigkeit" herrsche hier „in allem", meinte er in einem Brief vom Januar 1834.[8] Einschränkend sei bemerkt, dass Büchner damals unter einer Krankheit und der Trennung von seiner Verlobten Wilhelmine Jaeglé litt. Auch ein weiterer prominenter Demokrat, der Mainzer Ludwig Bamberger, äußerte sich wenig vorteilhaft. Er musste in Gießen vom Sommersemester 1842 an drei Semester studieren und bezeichnete die Stadt als „ein abscheuliches Nest, von aller Kultur unberührt".[9] Die Ablehnung der Universitätsstadt muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Gießener Hochschule die Landesuniversität des Großherzogtums war. Alle hessen-darmstädtischen Landeskinder mussten hier einige Semester studieren und ihren Abschluss machen, um später die Möglichkeit zu haben, in den Landesdienst aufgenommen zu werden. Das arme Gießen bekam also die ganze Frustration und den Ärger vor allem oppositionell gesonnener Studenten ab, die lieber anderswo studiert hätten.

Entstehung einer politischen Opposition in Oberhessen

Der wichtigste Ausgangspunkt revolutionärer Umtriebe in Oberhessen war die Universität, nicht etwa die arme ländliche oder städtische Bevölkerung. Die meisten Aktivisten der Revolutionsjahre in Oberhessen hatten irgendwann an der Universität Gießen studiert. Schon früh entstand unter Studenten, Hochschullehrern und akademisch gebildeten Bürgern in Gießen eine nationalistische und freiheitliche Bewegung. Der wichtigste Propagandist der Nationalbewegung war hier der in Grünberg geborene Friedrich Gottlieb Welcker, seit 1809 Professor an der Uni-

7 Liebknecht, Wilhelm, In der Lehre. Etwas aus meinem Leben, in: Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne) I, S. 396–406, hier S. 397.

8 Brief an Wilhelmine Jaeglé aus Gießen, nach Mitte Januar 1834, Forschungsstelle Georg Büchner, Georg Büchner Portal, http://buechnerportal.de/werke/briefe/nach-mitte-januar-1834-an-wilhelmine-jaegle-in-strassburg/ (zuletzt aufgerufen 08.09.2024). Goddelau ist heute ein Stadtteil von Riedstadt.

9 Bamberger, Ludwig, Erinnerungen, hrsg. von Paul Nathan, Berlin 1899, S. 7. Zu Ludwig Bamberger vgl. Langewiesche, Dieter, Ludwig Bamberger (1823–1899): Der deutsche Nationalstaat – Lebenstraum und Enttäuschung, in: Steinmeier, Frank-Walter (Hrsg.), Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, München 2021, S. 279–291.



Abb. 1: Karl Theodor Welcker (Bildarchiv JLU Gießen)

versität. Vereinzelt kam es zu Anschlägen von Studenten auf das mit dem Rheinbundstaat Hessen-Darmstadt verbündete französische Militär, bei der die Universität nur mühsam Repressalien abwenden konnte.[10] Nach der Völkerschlacht von Leipzig wechselte die hessen-darmstädtische Regierung quasi in letzter Minute das Lager und schloss sich im November 1813 dem antinapoleonischen Bündnis an.[11] Welcker nahm daraufhin im März 1814 mit mehr als 100 Gießener Studenten an einem hessen-darmstädtischen Jägerbataillon als Freiwilliger teil, das aber nicht mehr zum Einsatz kam.[12] Seit 1814 wurden sogenannte „Deutsche Gesellschaften" gegründet, darunter auch in Gießen, wo Studenten eine „Deutsche Lesegesellschaft zur Erreichung vaterländischer Zwecke" errichteten. Diese beruhten vor allem auf dem nationalistischen Gedankengut von Ernst Moritz Arndt, der seit Anfang 1814 als Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein in Frankfurt tätig war.[13] Am 18. Oktober 1814 begingen die Deutschen Gesellschaften zum Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig ein Nationalfest mit großen Freudenfeuern im Taunus, Westerwald, in der Wetterau und Rheinhessen.[14]

10 Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 99. Zu Friedrich Gottlieb Welcker (1784–1868) vgl. Betz, Karl, Friedrich Gottlieb Welcker: Ein Leben für Wissenschaft und Vaterland, Grünberg 1984.

11 Schüler, Winfried, Das Herzogtum Nassau 1806–1866, Wiesbaden 2006, S. 52; Franz, Eckhart G./ Kallenberg, Fritz/Fleck, Peter (Bearb.), Großherzogtum und Volksstaat Hessen 1806–1945, in: Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 4: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich. (1806) 1815 bis 1945, 2. Tlbd., Marburg 2003, S. 733–735.

12 Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 100.

13 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 735; Luys, Karin, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819, Münster 1992, S. 29 ff.; Meinecke, Friedrich, Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Deutschland im Zeitalter der Befreiungskriege, Stuttgart 1891; zu den regionalen Differenzierungen und der Problematik der Bezeichnung „Befreiungskrieg" vgl. Planert, Ute, Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792–1841, Paderborn 2007, S. 482 ff. u. 487 ff.

14 Vgl. u. a. Düding, Dieter, Das deutsche Nationalfest von 1814: Matrix deutscher Nationalfeste im 19. Jahrhundert, in: Ders./Friedemann, Peter/Münch, Paul (Hrsg.), Öffentliche

Zunehmend wurden auch liberale und demokratische Forderungen nach politischer Teilhabe der Bevölkerung erhoben. War der Gegner bis 1815 noch vorwiegend das napoleonische Herrschaftssystem, so richtete sich die Nationalbewegung zunehmend auch gegen die deutschen Fürsten, die nach Ansicht der Oppositionellen dem deutschen Volk seine Selbstbestimmungsrechte und die in Artikel 13 der Bundesakte versprochenen landständischen Verfassungen vorenthielten.[15] 1818 entstand in Hessen-Darmstadt eine Verfassungsbewegung, die sich für eine auf „echte Volksvertretung gegründete landständische Verfassung" einsetzte, die auf dem „Wege des Vertrages festgesetzt werden möge".[16] Der schließlich am 17. Dezember 1820 erlassenen Verfassung für das Großherzogtum Hessen war eine in ihrer Breite beeindruckende Volksbewegung vorausgegangen: Allein in Oberhessen hatte die Verfassungsbewegung durch Protestversammlungen in Gießen und Grünberg großen Rückhalt in der Bevölkerung erhalten.[17] Ohne sie hätte es möglicherweise keine hessische Verfassung gegeben, denn noch im November 1814 hatte Großherzog Ludwig I. eine solche rundweg abgelehnt, da sie „zur Auflösung und Vernichtung der Regentenrechte und allgemeiner revolutionärer Anarchie" führen würde.[18]

Von großer Bedeutung für die frühe Nationalbewegung war die 1814/15 gebildete Burschenschaft. Neben Jena wurde die Universität Gießen zum Zentrum der frühen burschenschaftlichen Organisationsbestrebungen. Wortführer der dortigen „Deutschen Lesegesellschaft", aus der 1816 die „Christlich-teutsche Burschenschaft" hervorging, war der aus einer Gießener Beamtenfamilie stammende Student Carl Follen, ein Schüler von Welcker.[19] Wegen ihrer dunklen Kleidung wurden diese nationalistisch und radikaldemokratisch gesonnenen Studenten als „Schwarze" bezeichnet, ein kleiner Kreis von ihnen um Follen nannte sich die „Unbeding-

---

Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek 1988, S. 67–88.

15 Vgl. Wißkirchen, Hans, Die Butzbacher Deutsche Gesellschaft und ihre Beeinflussung durch Ernst Moritz Arndt, in: Dedner, Burghard (Hrsg.), Das Wartburgfest und die oppositionelle Bewegung in Hessen, Marburg 1994, S. 161–181, hier S. 176 f.

16 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 748; Büttner, Siegfried, Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das du Thilsche System, Darmstadt 1969, S. 246; vgl. Zimmermann, Erich, Für Freiheit und Recht! Der Kampf der Darmstädter Demokraten im Vormärz (1815–1848), Darmstadt 1987, S. 271–274.

17 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 750 f.; solche Versammlungen fanden auch an anderen Orten des Großherzogtums Hessen statt, vor allem in den standesherrlichen Gebieten.

18 Zitiert nach ebda., S. 744. Hessen-Darmstadt wurde somit ein Verfassungsstaat im Deutschen Bund, vgl. Grothe, Ewald, Konstitutionalismus in Hessen vor 1848. Drei Wege zum Verfassungsstaat im Vormärz. Eine vergleichende Betrachtung, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 107 (2002), S. 245–262.

19 Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 123; Felschow, Eva-Marie/Häderle, Irene, Im Visier der Staatsgewalt. Die Universität Gießen als Zentrum von Revolution und Repression 1813 bis 1848, Gießen 2015, S. 20.

ten“.[20] 1817/18 entwarfen die Gießener „Schwarzen“ sogar „Grundzüge für eine künftige Reichsverfassung“, in der sie einen demokratisch-republikanischen und christlichen Nationalstaat forderten. In einem Prozess der zunehmenden Radikalisierung rechtfertigte Follen zur Durchsetzung der Volksfreiheit schließlich auch Gewalt und Tyrannenmord.[21] Diese radikalen Tendenzen bei einem Teil der akademischen Jugend boten später die Rechtfertigung für ein massives staatliches Vorgehen gegen studentische Verbindungen. Schon im August 1818 bemerkte das hessische Staatsministerium, es sei nicht zu dulden, wenn Studenten „sich so weit vergäßen, sich tätig und auffordernd in öffentliche Angelegenheiten zu mischen, zu deren Beurteilung ihnen die Reife des Verstandes gänzlich ermangele“.[22]

Etwa gleichzeitig breitete sich im Rhein-Main-Gebiet auch die Turnbewegung aus, die in engem Zusammenhang mit der Nationalbewegung stand. Angeregt durch Friedrich Ludwig Jahn, für den das Turnen nicht nur Körperertüchtigung, sondern auch eine eminent politische Betätigung im Sinne einer nationalen Wehrhaftmachung war, erfasste die Bewegung national gesonnene Pädagogen, Studenten und Schüler. Die meist jugendlichen Turner stellten eine Art früher Jugendbewegung dar, die mit den politischen Vorstellungen und den gesellschaftlichen Verhaltensnormen ihrer Zeit brach. Schon 1814 richtete der Konrektor und spätere Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig auf dem Schrenzer bei Butzbach den ersten hessischen Turnplatz ein, auf dem Turn- und Wehrübungen stattfanden.[23] Bald entstand auch in Gießen eine Turngemeinde, und in Frankfurt, wo „Turnvater“ Jahn 1815 zu Besuch weilte, wurden öffentliche Turnübungen abgehalten.[24]

---

20 Vgl. Luys, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung (wie Anm. 13), S. 123 ff. u. 131 ff.; Hardtwig, Wolfgang, Studentische Mentalität – politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift 242 (1986), S. 581–628, hier S. 590; Roth, Hans-Walter, Studentische Opposition in Oberhessen zwischen 1800 und 1850, in: Einst und jetzt 17 (1972), S. 7–16.

21 Vgl. Krüger, Paul, „Hochverräterische Unternehmungen“ in Studentenschaft und Bürgertum des Vormärz in Oberhessen (bis 1838), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 49/50 (1965), S. 72–136, hier S. 79 ff.; Luys, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung (wie Anm. 13), S. 141. Zu Carl Follen (1796–1840) vgl. Haupt, Herman, Carl Follen und die Gießener Schwarzen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 15 (1907), S. 1–156; Mehring, Frank, Carl/Charles Follen: Deutsch-Amerikanischer Freiheitskämpfer, Gießen 2004; Rose, Ernst, „Follen, Carl“, in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 286 f.

22 Zitiert nach Zimmermann, Für Freiheit und Recht (wie Anm. 16), S. 29.

23 Braun, Harald, Das politische und turnerische Wirken von Friedrich Ludwig Weidig. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bestrebungen im deutschen Vormärz. St. Augustin 1983, S. 31.

24 Vgl. Düding, Dieter, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984, S. 59–70; Langewiesche, Dieter, „...für Volk und Vaterland kräftig zu würken...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: Grupe, Ommo (Hrsg.), Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel, Tübingen 1990, S. 22–61; Schweigard, Jörg, Politische Turnvereine in Deutschland 1817–1849, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.), Politische Vereine, Gesell-

Als am 18. Oktober 1817 unter reger Beteiligung hessischer Studenten auf der Wartburg ein sogenanntes Nationalfest stattfand, zu dem die Jenaer Burschenschaft eingeladen hatte, alarmierte dies die Obrigkeit. Im Anschluss an die Feier hatte ein Teil der Versammelten eine symbolische Bücherverbrennung durchgeführt. Neben Bücherattrappen angeblich reaktionärer Autoren waren auch Uniformteile und andere Gegenstände verbrannt worden.[25] In dieser angespannten Stimmungslage wirkten 1819 die Ermordung des Schriftstellers und russischen Generalkonsuls August von Kotzebue in Mannheim durch den Studenten Carl Ludwig Sand und der gescheiterte Mordanschlag von Carl Löning auf den nassauischen Regierungspräsidenten Carl Ibell wie ein Fanal. Sand war Burschenschafter und Turner und besaß enge Verbindungen zu Carl Follen, Löning hatte den Deutschen Gesellschaften angehört. In Regierungskreisen breitete sich Revolutionsfurcht aus. Der österreichische Staatskanzler Fürst von Metternich nutzte diese Stimmung bei den Karlsbader Ministerialkonferenzen vom August 1819, die zu den restriktiven „Karlsbader Beschlüssen" führten. Sie hatten auch in Hessen-Darmstadt eine umfassende Bekämpfung liberaler und nationaler Bestrebungen zur Folge, so unter anderem die disziplinarische und strafrechtliche Verfolgung sogenannter Demagogen, die Auflösung der Burschenschaften und Überwachung der Universitäten, die Zensur der Presse, die Schließung der Turnplätze, das Verbot von Turnvereinen sowie die Einsetzung einer Zentraluntersuchungskommission in Mainz.[26] Vor allem die Eingriffe in die Hochschulrechte und die staatliche Überwachung der Studierenden übertrafen alles bisher Dagewesene. Besonders streng waren die staatlichen Repressionen an der Universität Gießen.[27] Viele, wie Carl Follen, flohen in die Emigration.

Da öffentliche Parteinahmen für liberale und nationale Ziele unterdrückt wurden, bekundete die politische Opposition in den deutschen Ländern ihre Sympathien für die Bestrebungen zur Selbstbestimmung anderer Nationen. Auf diese

---

schaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49, Frankfurt am Main 2005, S. 51–87; zu den badischen Turnvereinen vgl. Wieser, Lothar, Die „künftige Armee der radikalen Parthei"? – Badische Turner in Vormärz und Revolution von 1848/49, in: Furtwängler, Martin/Pfanz-Sponagel, Christiane/Ehlers, Martin (Hrsg.), Nicht nur Sieg und Niederlage. Sport im deutschen Südwesten im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2011, S. 123–154.

25 Vgl. u.a. Malettke, Klaus (Hrsg.), 175 Jahre Wartburgfest. 18. Oktober 1817 – 18. Oktober 1992, Heidelberg 1992; Brandt, Peter, Das studentische Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817, in: Düding/Friedemann/Münch (Hrsg.), Öffentliche Festkultur (wie Anm. 14), S. 89–112; Asmus, Helmut, Das Wartburgfest. Studentische Reformbewegungen 1770–1819, Magdeburg 1995.

26 Huber, Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1. Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Stuttgart, 3. Aufl. 1978, S. 100 ff. (Nr. 32–34). Dazu u. a. Liebmann, Edgar, Der Deutsche Bund, in: Daum, Werner, u. a. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815–1847, Bonn 2012, S. 783–822; Müller, Jürgen, Der Deutsche Bund 1815–1866, München 2006, S. 8 f.

27 Felschow/Häderle, Im Visier der Staatsgewalt (wie Anm. 19), S. 33–35; Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen (wie Anm. 4), S. 125 f.

Weise konnten vergleichbare politische Zielsetzungen im eigenen Land propagiert werden, ohne dass dies offen ausgesprochen werden musste. Den Anfang machte die sogenannte Philhellenenbewegung, die zugunsten des griechischen Unabhängigkeitskampfes seit 1821 Geld sammelte. Unterstützungsvereine bildeten sich auch in Gießen und Butzbach.[28] Noch stärker war die Anteilnahme für den Unabhängigkeitskampf der Polen gegen das zaristische Russland seit November 1830. Vor allem nach der Niederschlagung des Aufstandes 1831 erhob sich eine Welle der Hilfsbereitschaft. Um die Verpflegung und Versorgung der polnischen Soldaten zu organisieren, die durch Deutschland in die französische Emigration zogen, wurden Vereine gegründet, die über die karitativen Zwecke hinaus als Manifestationen der eigenen nationalen Ziele dienten. Bemerkenswert waren vor allem die Beteiligung von Frauen und die Bildung von Frauenvereinen. Der „Wetterauer Frauenverein für gastliche Pflege polnischer Patrioten" hatte auch eine Filiale in Gießen, neben dem dortigen Polenverein für männliche Mitglieder.[29] Allein in Gießen wurden im Januar 1832 ungefähr 400 polnische Flüchtlinge versorgt.[30]

Im Gefolge der französischen Julirevolution von 1830 in Paris trat die Opposition vielerorts erneut offen hervor. Unter dem Druck von Unruhen in Kassel billigte Kurfürst Wilhelm II. am 15. September 1830 die Einberufung eines konstituierenden Landtags und wenige Tage später die Gewährung einer Verfassung.[31] Auch im Großherzogtum Hessen rumorte es: Friedrich Ludwig Weidig organisierte am 17. Dezember 1831 in Butzbach ein „Konstitutionsfest" unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft, und am 19. Februar 1832 wurde in Gießen beim sogenannten „Fest der Freunde Hessischer Eintracht" eine Zusammenarbeit der

28 Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation: Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990, S. 29 ff. u. 34 f.; dazu auch Meyer, Anne-Rose (Hrsg.), Vormärz und Philhellenismus, Jahrbuch Forum Vormärz Forschung 18 (2012) (Themenband).

29 Vgl. u. a. Strobel, Georg W., Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands, in: Ehlen, Peter (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1983, S. 31–47; Waas, Christian, Die Chroniken von Friedberg in der Wetterau, Friedberg 1963, S. 43; Kosim, Jan, Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 35 (1986), S. 29–41; Struck, Wolf-Heino, Vormärz im Herzogtum Nassau und Hambacher Fest, in: Gerlich, Alois (Hrsg.), Hambach 1832. Anstöße und Folgen, Wiesbaden 1984, S. 131–163, hier S. 140; Kolb, Eberhard, Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum 26 (1975), S. 111–127; Kermann, Joachim, Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes, Speyer 1981; Brudzyńska-Němec, Gabriela, Polenvereine in Baden. Hilfeleistung süddeutscher Liberaler für die polnischen Freiheitskämpfer 1831–1832, Heidelberg 2006.

30 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 788.

31 Grothe, Ewald, Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830–1837, Berlin 1996.

politischen Opposition in den hessischen Staaten befördert.[32] Den aus dem städtischen Bürgertum stammenden hessischen Liberalen ging es um eine nationale Einigung Deutschlands, politische Reformen und die Verwirklichung der freiheitlichen Versprechungen der hessen-darmstädtischen Verfassung. Eine freie politische Öffentlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit und stärkere Rechte der Volksvertretungen wurden für Hessen gefordert. Am Nationalfest in Hambach am 27. Mai 1832 nahmen auch Gießener teil, darunter der Gründer des Gießener „Leseclubs", der Gemeinderat Christian Bansa.[33]

Die politische Opposition war aber heterogen und gespalten: Radikale Oppositionelle forderten eine grundsätzliche Veränderung von Staat und Gesellschaft durch einen Umsturz, während die Gemäßigten Gewalt ablehnten und für Reformen eintraten. Als im September 1830 in Oberhessen gewaltsame Proteste der Landbevölkerung ausbrachen, die sich vor allem gegen die Abgabenbelastung und gegen die Zollgrenzen richteten, distanzierten sich auch Gießener Liberale öffentlich von den Protestierenden, nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, die Unruhen könnten von der Regierung als Vorwand für die Unterdrückung der politischen Opposition genutzt werden.[34] Radikale Demokraten wie der hessische Student und Schriftsteller Georg Büchner hielten dies für falsch und erklärten sich mit den Bauern solidarisch. Den Liberalen, die auf einen friedlichen politischen Wandel hofften, unterstellte er mangelnde Entschiedenheit, ja sogar Feigheit. Im November 1833 schrieb Büchner über die Gießener Liberalen: „Die Leute gehen ins Feuer, wenn's von einer brennenden Punschbowle kommt!"[35] Auch von den meisten seiner Kommilitonen hielt Büchner wenig, sie seien politisch angepasst und nur darauf bedacht, sich „ein Aemtchen zu erkriechen".[36] Die radikalen Demokraten strebten

32 Zimmermann, Für Freiheit und Recht (wie Anm. 16), S. 106; Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 786–788.

33 Franz, Eckhart G., Nachhall Hambachs in Kurhessen: Die Volksfeste von Bergen und Wilhelmsbad, in: Ders., Aus Hessens Geschichte. Aufsätze, Festschrift zum 75. Geburtstag, Darmstadt 2007, S. 273–283; Franz, Eckhart G., Einführung, in: Ders. unter Mitarbeit von Murk, Carl (Hrsg.), Der jüngste Tag / Wehr' Dich. Die Zeitungen der oberhessischen Demokratie, Gießen 1848/49. Nachdruck, Bd. 1, Darmstadt 1999, S. E7–E31, hier S. E10. Christian Bansa (1791–1862), geboren in Friedberg, seit 1820 Hofgerichtsadvokat in Gießen, Mitglied des Gemeinderats, Teilnehmer am Hambacher Fest 1832, Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags in Darmstadt 1832–1833, 1848 Mitglied des Vorparlaments, 1848 Staatsminister der Landgrafschaft Hessen-Homburg, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 140 (Nr. 26).

34 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum und Volksstaat Hessen (wie Anm. 11), S. 784–786; Crößmann, Christoph, Die Unruhen in Oberhessen im Herbste 1830, Darmstadt 1929; Köhler, Manfred H. W., Im Feuer der sozialen Republik. Lebensbild des demokratischen Achtundvierzigers Christian Heldmann (1808–1866), Darmstadt 1998, S. 110–114.

35 Brief an die Eltern aus Gießen, [14.].11.1833, Forschungsstelle Georg Büchner, Georg Büchner Portal, http://buechnerportal.de/werke/briefe/14-november-1833-an-die-eltern-in-darmstadt/ (zuletzt aufgerufen 08.09.2024).

36 Brief an die Eltern aus Straßburg, 15.03.1836, Forschungsstelle Georg Büchner, Georg Büchner Portal, http://buechnerportal.de/werke/briefe/15-maerz-1836-an-die-eltern-in-darmstadt/ (zuletzt aufgerufen 08.09.2024).

eine republikanische Staatsform und soziale Reformen zur Besserung der Lage unterbürgerlicher Schichten an. Hierfür war ihrer Auffassung nach ein gewaltsames Vorgehen unumgänglich.

Bald nach dem Hambacher Fest beschloss der Bundestag neue, noch umfassendere Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition. Vor diesem Hintergrund bildeten sich besonders in Oberhessen geheime Verbindungen, deren Ziele angesichts des behördlichen Drucks immer radikaler wurden. Die spektakulärste Aktion war der gescheiterte Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833, bei dem versucht wurde, die Polizeiwachen in Frankfurt zu stürmen und die Gesandten der Bundesversammlung gefangen zu nehmen. Unter den Verschwörern waren auch Gießener Studenten und Handwerker. Georg Büchner gründete im März 1834 nach französischem Vorbild in Gießen eine geheime „Gesellschaft der Menschenrechte", und am 3. Juli 1834 fand auf der Badenburg bei Gießen eine konspirative Zusammenkunft statt, bei der sich Oppositionelle aus Kurhessen und Hessen-Darmstadt auf gemeinsame politische Ziele einigten.[37] Die Versuche Weidigs und Büchners, in Fortsetzung der Flugschriftenpropaganda mit dem „Leuchter und Beleuchter für Hessen oder der Hessen Nothwehr" und dem „Hessischen Landboten" die Landbevölkerung zu revolutionieren, führten jedoch nach einem Verrat 1835 zu Weidigs Verhaftung und zur Zerschlagung der oppositionellen Netzwerke in Oberhessen. Als Weidig am 23. Februar 1837 im Gefängnis in Darmstadt Selbstmord beging, verlor die hessische politische Opposition eine ihrer zentralen Persönlichkeiten.

Die nachfolgende verstärkte staatliche Unterdrückung und die unterschiedslose Härte des Vorgehens staatlicher Verfolgungsorgane sorgten dafür, dass die Oppositionellen ungeachtet ihrer Differenzen wieder enger zusammenrückten.[38] Viele bürgerliche Familien in Gießen waren von Repressionen der Behörden betroffen, Wilhelm Liebknecht berichtete darüber: „Meine Vaterstadt Gießen […] war nämlich an der Burschenschaftsbewegung, die in Deutschland nach dem schnöden Volksbetrug der Freiheitskriege entsprang, stärker beteiligt als irgendeine andere Universitätsstadt in Deutschland […] und in der dortigen Bevölkerung […] fand der demagogische Geist – heute heißt es: der Geist des Umsturzes – einen vortrefflichen Nährboden. In keinem Teile Deutschlands haben die Demagogenverfolgungen auch verhältnismäßig so viele Opfer gefordert wie in unserem Oberhessen […]. Keine Familie, die nicht in irgendeinem ihrer Angehörigen das deutsche Elend und

37 Mayer, Thomas Michael, Die „Gesellschaft der Menschenrechte" und „Der Hessische Landbote", in: Georg Büchner 1813–1837. Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler (Katalog), Basel/ Frankfurt am Main 1987, S. 168–186; Franz, Eckhart G., Das „Brunnenvergifterhandwerk" oder die „revolutionäre Bearbeitung des Volkes", in: Ebda., S. 187–193; Dedner, Burghard, unter Mitarbeit von Battenfeld, Katja (Hrsg.), Georg Büchner. Der Hessische Landbote (Marburger Ausgabe), Bd. 2.1: Text, Editionsbericht, Erläuterungen, Darmstadt 2013, S. 121 ff.

38 Am Beispiel der Rhein-Main-Taunus-Region vgl. Wettengel, Michael, Politische Vereine und liberal-demokratische Bewegung in der Rhein-Main-Taunus-Region im Zeitalter von Restauration und Vormärz, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 26 (2014), S. 216–239.

die „väterliche Liebe“ der angestammten Fürsten zu empfinden gehabt hätte. Das alles prägte sich in meine Seele […].“[39]

Auf dem Weg zur Revolution

Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen verfügte die Opposition spätestens seit den 1840er Jahren über ein dichtes, grenzüberschreitendes Netzwerk politischer Verbindungen. Zugleich wuchs der Rückhalt der Opposition in der Bevölkerung der Städte durch die Verankerung liberaler Persönlichkeiten in der Honoratiorenschaft und in städtischen Gremien. Ein „Gemeindeliberalismus“ hatte sich herausgebildet, bei dem die Liberalen auch in Gießen auf der lokalen Ebene fest in bürgerlichen Milieus verwurzelt waren.[40] Eine wichtige Rolle für die Breitenwirkung der Bewegung spielten vor allem Gesang- und Turnvereine. Die Sänger knüpften früh grenzüberschreitende Kontakte und schlossen sich zu Sängerbünden zusammen, wie zum Beispiel der „Lahntalsängerbund“, der 1844 in Gießen ins Leben gerufen wurde. Noch stärker politisiert waren die Turnvereine. In Gießen wurde 1846 erneut ein Turnverein gegründet, der zwar im Jahr darauf wieder verboten wurde, was aber die Gießener Turner nicht kümmerte.[41] Mit Turnfahrten und Turnfesten, seit 1843 regelmäßig auf dem Großen Feldberg im Taunus, wurde eine Ausbreitung und Vernetzung der Turnvereine über die Landesgrenzen hinweg gefördert. 1847 fand in Frankfurt bereits ein nationales Turnfest statt, an dem 137 Turnvereine aus vielen Teilen Deutschlands vertreten waren. Viele Turner schlugen schon damals einen Zusammenschluss zu einer allgemeinen deutschen Turnerschaft vor.[42]

Im unmittelbaren Vorfeld der Revolution häuften sich die Ereignisse: Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer des Darmstädter Landtags im Herbst 1847 gelang den Liberalen unter Führung von Heinrich von Gagern im Großherzogtum Hessen ein spektakulärer Sieg. Nun stellten Liberale und Demokraten die Mehrheit im Landtag. Die meisten Stimmen erhielten sie in den Provinzen Rheinhessen und Oberhessen, wo in Gießen der Student und Journalist Rudolf Fendt den Wahlkampf organisierte, vermutlich die erste Wahlkampforganisation der hessischen Geschichte.[43] Dass ein radikaler Demokrat wie Rudolf Fendt den Liberalen von

39 Liebknecht, Wilhelm, In der Lehre. Etwas aus meinem Leben, in: Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne) I, S. 396–406, hier S. 397 f.

40 Am badischen Beispiel Nolte, Paul, Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855, in: Historische Zeitschrift 252 (1991), S. 57–93.

41 Wettengel, Michael, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, S. 39 ff.

42 Wettengel, Michael, Turnvereine und ihr Verhältnis zu demokratischen Vereinen und zur Arbeiterbewegung im Rhein-Main-Raum 1848/49, in: Wieser, Lothar/Wanner, Peter (Hrsg.), Adolf Cluss und die Turnbewegung. Vom Heilbronner Turnfest 1846 ins amerikanische Exil, Heilbronn 2007, S. 31–44, hier S. 31 f.; Düding, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (wie Anm. 24), S. 247 f.

43 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 47 f.



Abb. 2: Rudolf Fendt (Bildarchiv JLU Gießen)

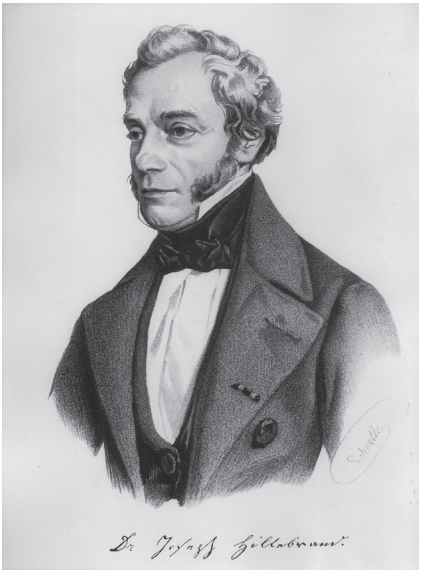


Abb. 3: Joseph Hillebrand (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 27378)

Gagern unterstützte, zeigt, dass die politische Opposition zu diesem Zeitpunkt in Hessen trotz aller Konflikte noch zusammenhielt. Mit dem Hochschullehrer Joseph Hillebrand war ein liberaler Abgeordneter für die Stadt Gießen in den Landtag gewählt worden.[44] Auf der Bühne des Landtags in Darmstadt wurden nun

44 Joseph Hillebrand (1788–1871), geboren in Groß Düngen bei Hildesheim, Schüler von Hegel, 1817 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1822 ordentlicher Professor der Philosophie an der Universität Gießen und Direktor des Gymnasiums, später Dekan seiner Fakultät. 1847 in die Zweite Kammer des Hessischen Landtags gewählt (Stadt Gießen), Erster Präsident der Zweiten Kammer 1849/50, Liberaler, 1850 von dem reaktionären hessischen Minister Dalwigk seiner Professur enthoben und in den Ruhestand versetzt. 1847–1856 und 1862–1865 Mitglied der Zweiten Kammer des Hessischen Landtags, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.),www Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 443 (Nr. 368); Renkhoff, Otto, Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten, Wiesbaden, 2. Aufl. 1992, S. 327 (Nr. 1830). Rudolf Fendt (1822–1877), geboren in Schotten, seit 1844 Studium der evangelischen Theologie an der Universität Gießen, seit 1847 Jurastudium, seit 1846/47 journalistische Tätigkeit, 1847 Wahlkampf für liberale Abgeordnete, 1848 Redakteur des republikanischen „Jüngsten Tages", Mitbegründer des „Republikanischen Vereins" in Gießen, Vorstand des „Demokratischen Vereins" Schotten, Oktober 1848 Emigration nach Straßburg, April 1849 Teilnahme an der Reichsverfassungskampagne bei der badischen Volkswehr, Juli 1849 Flucht in die Schweiz, Rückkehr und Verurteilung zu einer Haftstrafe 1849/1850, März 1851 Handlungsgehilfe und Journalist in Worms, zuletzt seit 1873 Druckereibesitzer und Herausgeber der „Neuen hessischen Volksblätter". Seiner großdeutsch-republikanischen Gesinnung blieb er lebenslänglich treu.

Forderungen erhoben, die die politischen Ziele der Revolutionsbewegung bereits vorwegnahmen. In vielerlei Hinsicht bildete das Jahr 1847 bereits den Auftakt der Revolutionszeit.[45]

Im Vordergrund standen bei Liberalen und Demokraten politische Ziele, insbesondere ein deutscher Nationalstaat sowie freiheitliche Verfassungen und Institutionen. Die liberalen Politiker und ihre Anhängerschaft glaubten, dass ein vereintes Deutschland die Kraft haben werde, auch die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Erklärbar ist dies vor dem Hintergrund weit verbreiteter und akzeptierter nationaler Überzeugungen und eines allgemeinen Fortschrittsoptimismus.

1848: Revolution in Gießen

Der sprichwörtliche Funke, der die Märzerhebung entfachte, war die Revolution in Paris und die Ausrufung der Republik am 24. Februar 1848. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht und erreichte schon zwei Tage später, am 26. Februar, das Rhein-Main-Gebiet. Auch in Gießen wurden die Nachrichten aus Paris aufmerksam verfolgt. Alexander Büchner, der jüngste Bruder von Georg Büchner und 1848 Jurastudent in Gießen, berichtete darüber:

„Unsere regelmäßige Verbindung mit der Außenwelt vermittelte sich durch die Post von Frankfurt nach Kassel und das Frankfurter Journal, welches in Gießen Nachmittags um fünf anzukommen pflegte. Um diese Stunde harrte eine vielköpfige Menge an der Haltestelle der Fahrpost auf die Nachrichten aus Paris, und durch eine stillschweigende Übereinkunft wurde das Blatt sogleich in die Hände Rudolf Fendt's geliefert, welcher die betreffenden Depeschen mit seiner dröhnenden Stimme verlas. Von allen Seiten ertönten dann die Rufe: ‚Es lebe die Pariser Bluse, wir wollen Redefreiheit, Vereinsrecht, Volksvertretung beim Bundestag, nieder mit Metternich, Krieg mit Rußland, Volksbewaffnung!"[46]

Allenthalben wurden Forderungskataloge in oppositionellen Zirkeln formuliert, auf Volksversammlungen beschlossen und mit Delegationen den Landtagen oder den Monarchen unterbreitet. Die Revolution im Frühjahr 1848 war in Süd- und Mitteldeutschland zunächst eine Kampagne von Massenpetitionen und Demonstrationen. Den Anfang machte das badische Mannheim, wo schon am 27. Februar

---

Fendt, Rudolf, Von 1846 bis 1853. Erinnerungen aus Verlauf und Folgen einer akademischen und politischen Revolution, Darmstadt 1875.

45 Vgl. Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 38 ff.; Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, Karlsruhe 1998.

46 Büchner, Alexander, Das „tolle" Jahr, Gießen, 2. Auflage 1904, S. 172 f.; zu Alexander Büchner (1827–1904) vgl. Lange, Thomas, Vaterlos in zwei Nationen – Alexander Büchners Weg zwischen Deutschland und Frankreich, in: Gröbel, Matthias/Köhler, Manfred H. W./Lange, Thomas/Scharpf, Cordelia, „Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung des Menschen". Georg Büchners Geschwister in ihrem Jahrhundert, Darmstadt 2013, S. 412–541.

eine von dem radikaldemokratischen Rechtsanwalt und Journalisten Gustav Struve entworfene Petition an den Landtag in Karlsruhe verabschiedet wurde. Sie diente als Blaupause für die Märzforderungen in anderen deutschen Ländern. Auch die Vorgehensweise in Baden, mithilfe sogenannter „Sturmpetitionen" und Demonstrationen Druck auf Kammern, Regierungen und Monarchen auszuüben, wurde in anderen deutschen Ländern nachgeahmt. Bereits am 28. Februar folgte Gießen, das damit zu den frühesten Revolutionsstädten in Hessen zählte. In dieser frühen Phase der Revolution war der Ausgang der Ereignisse noch ungewiss, denn die reaktionären Regierungen waren noch fest im Sattel. Erheblicher Mut und eine Portion Unbekümmertheit waren nötig, um diese Forderungskataloge vorzubringen. In Gießen besaß dies ein kleiner Kreis demokratisch gesonnener Studenten um Rudolf Fendt und Alexander Büchner, beide 22 Jahre alt, und dessen 24-jährigen Bruder Ludwig Büchner, der gerade seine Doktorarbeit in Medizin abschloss.[47] Den Studenten fiel es jedoch schwer, einen Hochschullehrer oder Bürger zu finden, der bereit war, den Vorsitz der Volksversammlung zu übernehmen. Selbst der Advokat Christian Bansa,[48] später Mitglied des Vorparlaments, und der Universitätsprofessor Carl Vogt,[49] der einige Monate später zum Abgeordneten für Gießen in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt wurde, zierten sich angesichts „[dieser] zweifelhaften [Tage], wo sich der politische Wind jeden Augenblick drehen kann."[50] Justus Kunz, ein Gießener Schankwirt, hatte den Mut, den ein Professor und ein Hofgerichtsadvokat nicht aufbrachten.

47 Auch Fendt betonte, dass nur eine Minderheit der Studenten politisch aktiv war, Fendt, Von 1846 bis 1853 (wie Anm. 44), S. 89. Zur Rolle von Studenten in der Revolution von 1848/49 vgl. Langewiesche, Dieter, Studenten in den europäischen Revolutionen von 1848, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 38–56; Bruch, Rüdiger vom, Die Universitäten in der Revolution 1848/49. Revolution ohne Universität – Universität ohne Revolution, in: Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 133–160. Zu Ludwig Büchner (1824–1899) vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 198 f. (Nr. 95); Gröbel, Matthias, Ludwig Büchner – Ein Heilssucher im Industriezeitalter, in: Gröbel / Köhler/Lange /Scharpf, „Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung des Menschen" (wie Anm. 46), S. 234–411.

48 Zu Christian Bansa vgl. Anm. 33.

49 Zu Carl Vogt (1817–1895), Professor für Zoologie in Gießen, Neffe von Carl Follen, vgl. Berding, Helmut, Carl Vogt (1817–1895). Der politische Lebensweg eines liberalen Demokraten, in: Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw, hrsg. von Heinig, Paul-Joachim, u.a., Berlin 2000, S. 479–496; Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 915 f. (Nr. 924); Haaser, Rolf, Moriz Carriere und Carl Vogt. Eine Neubetrachtung (Aus Anlass ihres 200. Geburtstages), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 101 (2016), S. 143–203; Best, Heinrich/Weege, Wilhelm, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, S. 345 f.

50 Fendt, Von 1846 bis 1853 (wie Anm. 44), S. 85 f.

Rudolf Fendt erinnerte sich an die folgenden Ereignisse:

„Am Abend des 28. Februar hielten wir denn im Busch'schen Garten unsere ‚Volksversammlung' mit bestem Erfolge ab. Struve hatte mir unmittelbar zuvor am Nachmittag die von ihm beschlossene, von einer Versammlung in Mannheim adoptirte Adresse an die badische zweite Kammer geschickt. Da sie in kurzen energischen Worten den berechtigten Forderungen des Volkes packenden Ausdruck verlieh, so schlug ich sie, um unnütze Diskussionen zu vermeiden, unter allgemeinem Applaus zur sofortigen unverkürzten Annahme und Unterschrift vor."[51]

Widerspruch gab es in der Versammlung durch gemäßigte Demokraten und Liberale, deren Wortführer der Philosophieprofessor Moriz Carrière war,[52] der eine eigene Adresse zur Abstimmung vorlegte. Die Radikalen konnten sich an diesem 28. Februar durchsetzen und erhielten die Mehrheit: Die Gießener Volksversammlung übernahm den Text der Mannheimer Adresse.

Da dies die Gießener Märzforderungen waren, sollen sie hier auszugsweise zitiert werden:

„Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unsren Grenzmarken, während Rußland die seinen im Norden zusammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer. Aller Orten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte sich selbst genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten. Deutschland darf nicht länger geduldig zusehen, wie es mit Füßen getreten wird. Das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen:

Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Classen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes!

Die Zeit ist vorüber, die Mittel zu diesen Zwecken lange berathen. Was das Volk will, hat es durch seine gesetzlichen Vertreter, durch die Presse und durch Petitionen deutlich genug ausgesprochen. Aus der großen Zahl von Maßregeln, durch deren Ergreifung allein das deutsche Volk gerettet werden kann, heben wir hervor:

1) Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Officiere.

2) Unbedingte Preßfreiheit.

3) Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands.

4) Sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments.

Diese vier Forderungen sind so dringend, daß mit deren Erfüllung nicht länger gezögert werden kann und darf. […]."[53]

---

51 Ebda., S. 87.

52 Zu Moriz Carrière vgl. Haaser, Rolf, Moriz Carriere und Carl Vogt. Eine Neubetrachtung (Aus Anlass ihres 200. Geburtstages), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 101 (2016), S. 143–203; Glockner, Hermann, Carrière, Moriz, in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 158 f.

53 Fendt, Von 1846 bis 1853 (wie Anm. 44), S. 87.

Bemerkenswert ist an der Adresse, dass zu Beginn der Revolution von deren Anhängern mit einem europäischen Krieg gerechnet wurde. Die Gießener und Mannheimer waren damit nicht alleine, vielerorts wurde in der Märzbewegung 1848 die Sorge vor einem großen Krieg deutlich, nicht zuletzt deswegen auch die prominente Forderung nach Volksbewaffnung. Die Furcht war vermutlich auch eine Folge der Erinnerung an die Französische Revolution von 1789, in deren Folge die Revolutionskriege auch auf deutsches Gebiet übergegriffen hatten.

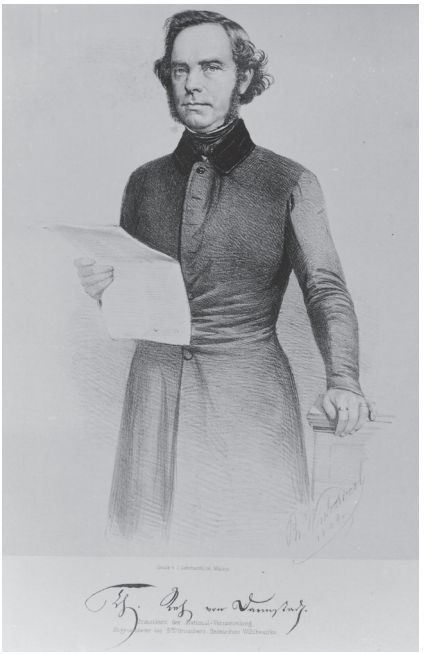


Abb. 4: Theodor Reh (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 3086)

Am 2. März 1848 griff der liberale Abgeordnete Theodor Reh in der Zweiten Kammer des Landtags nicht nur die Wünsche der Forderungskataloge aus Hessen auf, er beantragte darüber hinaus den „Wechsel des bisherigen mit den Wünschen und Forderungen des Hessischen Volkes nicht im Einklang stehenden Regierungssystems“ und forderte damit den Rücktritt des leitenden Ministers Carl du Thil.[54] Großherzog Ludwig II. beugte sich schließlich dem öffentlichen Druck. Er erhob am 5. März seinen Sohn zum Mitregenten und zog sich von den Staatsgeschäften zurück. Noch am selben Tag wurde du Thil entlassen und der Wortführer der Opposition im Landtag, Heinrich von Gagern, zum leitenden Minister ernannt. Unmittelbar darauf verkündete Gagern die Gewährung der Märzforderungen und leitete umfassende Reformen ein. Das Ziel war eine neue, parlamentarische Regierungsweise nach englischem Vorbild. Gagern formulierte dies so, dass eine Regierung „aus dem Vertrauen des Volkes, oder, was bei gutem Wahlsystem gleichbedeutend ist, aus dem Vertrauen der Repräsentanten des Volkes” hervorgehen und „von diesem Vertrauen fortwährend” getragen sein solle.[55] In seiner Antrittsrede als leitender Minister am 7. März 1848 bat er die Abgeordne-

54 Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen im Jahre 1847/48, Elfter Landtag, Beil.-Bd. 2, Beil. Nr. 135 zum 17. Protokoll vom 2. März 1848. Zu Theodor Reh (1801–1868), der Anwalt von Friedrich Ludwig Weidig war und dessen Tochter Natalie später Wilhelm Liebknecht heiraten sollte, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 719 f. (Nr. 696); Best/Weege, Biographisches Handbuch (wie Anm. 49), S. 274 f.

55 In einem Brief vom Herbst 1845, Wentzcke, Paul/Klötzer, Wolfgang (Bearb.), Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815–1848, Göttingen 1959, S. 300 (Nr. 176).

ten der Zweiten Kammer des Darmstädter Landtags um ihr Vertrauen, „ohne das ich nichts bin und nichts kann."[56] Im Frühjahr 1848 begann in Hessen-Darmstadt der Parlamentarismus, der mit dem Scheitern der Revolution beendet wurde und sich erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder entfalten konnte.

Im Zuge des revolutionären Umbruchs kam es auch in Gießen zu zahlreichen Ausschreitungen. So wurden insbesondere missliebigen Beamten die Fensterscheiben unter großem Lärm eingeworfen, aber auch jüdische Einwohner wurden am 13. März 1848 drangsaliert. Antisemitische Übergriffe und Pogrome gehörten vor allem in kleineren Städten und Dörfern zu den Schattenseiten der Revolutionszeit, die nicht vergessen werden dürfen.[57] In Gießen wurde daher schon am 4. März 1848 eine Bürgergarde errichtet, zu deren Hauptaufgabe sich angesichts der Tumulte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt entwickelte. Zu ihrem Oberbefehlshaber wurde der populäre Hochschullehrer Carl Vogt gewählt. Mit der Verkündigung der Pressefreiheit am 6. März gründeten Fendt, die Büchner-Brüder und der aus der Emigration zurückgekehrte August Becker, ein ehemaliger Gefährte von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig, eine radikaldemokratische Zeitung, die sie den „Jüngsten Tag" nannten.[58] Bald schon bildete sich in Gießen ein „Bürgerclub", der ein Lesezimmer unterhielt und die Diskussionen über politische Fragen leiten und Volksversammlungen organisieren sollte. Mitglieder waren sowohl Demokraten, die eine Republik anstrebten, als auch Liberale, die eine konstitutionelle Monarchie wollten.



Abb. 5: Heinrich von Gagern (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 27963 UF)

Bereits bei der Entsendung von Repräsentanten zum sogenannten Vorparlament, das die Grundlagen für die Wahl eines deutschen Parlaments legen sollte, brachen offene Konflikte aus, so dass konstitutionelle Liberale und Demokraten

56 Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen (11. Landtag), 21. Sitzung vom 7. März 1848, Bl. 390.

57 Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 84 f., 117 ff.

58 Franz, Eckhart G. unter Mitarbeit von Murk, Carl (Hrsg.), Der jüngste Tag / Wehr' Dich. Die Zeitungen der oberhessischen Demokratie, Gießen 1848/49. Nachdruck, Bd. 1, Darmstadt 1999. Zu August Becker (1812–1871) vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 148 f. (Nr. 35); Kickartz, Eberhard, „Der Rote Becker". Das politisch-publizistische Wirken des Büchner-Freundes August Becker. (1812–1871), Darmstadt 1997.



Abb. 6: Karl August Credner (Bildarchiv JLU Gießen)

unterschiedliche Kandidaten benannten und Ende März/Anfang April 1848 getrennte Vereine gründeten: Die konstitutionellen Liberalen einen „Vaterländischen Verein", die Demokraten einen sogenannten „Märzverein". Die Vorstandsmitglieder des Märzvereins waren Akademiker und Bürger, die Älteren hatten häufig schon der Opposition in den 1830er und frühen 1840er Jahren angehört. Sie traten für eine republikanische Zentralgewalt in einem föderalen deutschen Gesamtstaat mit frei bestimmbaren einzelstaatlichen Staatsformen ein. Den Radikaldemokraten um die Redaktion des „Jüngsten Tags" war der Märzverein aber nicht entschieden genug, so dass diese am 23. April einen „Republikanischen Verein" gründeten, der sich vor allem aus Studenten und jüngeren Bürgern und Handwerksgesellen zusammensetzte. Nur der Vaterländische Verein trat für die konstitutionelle Monarchie ein, wie sie im Großherzogtum Hessen bestand. Er war zwar in Gießen in der Defensive, hatte aber mit dem Universitätsprofessor August Credner einen sehr aktiven Wortführer.[59]

Zahlenmäßig war der Märzverein mit bis zu 1.000 Mitgliedern am stärksten, dem Vaterländischen Verein schlossen sich 250 bis 300 Mitglieder an und der Republikanische Verein war mit 60 bis 80 Mitgliedern zwar am schwächsten, dennoch in der Öffentlichkeit sehr präsent und einflussreich.[60]

Die Stadt war in der Revolutionszeit eine Hochburg linksliberaler und demokratischer Kräfte. Dies zeigte sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die im April/Mai 1848 vor dem Hintergrund eines republikanischen Putsches in Baden in aufgeheizter Stimmung stattfanden. In Hessen-Darmstadt wurde nach einem indirekten Modus gewählt, und große Teile der Bevölkerung waren von den Wahlen ausgeschlossen, so vor allem Frauen, aber beispielsweise auch Empfänger von Armenunterstützung. Dennoch war das Wahlrecht für die damalige Zeit auch im europäischen Vergleich sehr weitreichend. Und es sollte nicht vergessen werden: Dies waren die ersten freien gesamtdeutschen Wahlen in der Geschichte! Die politischen Vereine veranstalteten Wahlversammlungen und warben für ihre Kandidaten. In einem Aufruf „An die Oberhessen" bekannte sich Carl Vogt zu einer

59 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 248 ff.
60 Ebda., S. 196 ff., 248 ff.



Abb. 7: Carl Vogt (Album der deutschen Nationalversammlung, Frankfurt a. M. 1849)

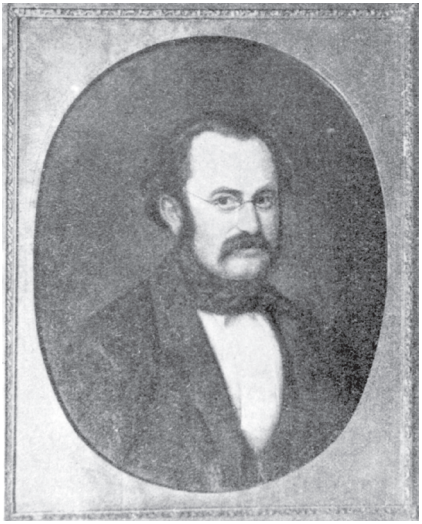


Abb. 8: Heinrich Ferber (Bildarchiv JLU Gießen)

republikanischen Staatsverfassung nach amerikanischem Vorbild und gewann mit deutlichem Vorsprung.[61] Der Gießener Wahlkreis schickte Carl Vogt als Abgeordneten in die Frankfurter Nationalversammlung, wo er sich mit Robert Blum der Fraktion der Linken anschloss, die sich im „Deutschen Hof" versammelte. In der Deutschen Nationalversammlung war die demokratische Linke in der Minderheit, in Gießen bildeten die Demokraten dagegen die Mehrheit.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass 1849 mit dem Kaufmann Heinrich Ferber ein Vorstandsmitglied demokratischer Vereine zum Bürgermeister Gießens gewählt wurde.[62] In konservativen Kreisen der Residenz Darmstadt wurde deshalb gegen Gießen polemisiert, so hieß es 1849 in einem Darmstädter Zeitungsartikel:

61 Rehmann, Wilhelm, Gießen und das Jahr 1848, in: Glöckner, Carl (Bearb.), Gießen 1248–1948. Denkschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Gießen, Gießen 1948, S. 70–75, hier S. 72.

62 Heinrich Ferber (1813–1882), geboren in Gießen, studierte seit 1830 Kameralwissenschaften an der Universität Gießen, engeres Mitglied burschenschaftlicher Verbindungen, offenbar an den Planungen zum Frankfurter Wachensturm beteiligt, 1833 verhaftet, 1834 aus der Untersuchungshaft entlassen, 1835 Flucht nach Straßburg, 1842 Rückkehr nach Gießen und Freispruch, Kaufmann in Gießen. 1848 Hauptmann der 2. Kompanie der Bürgerwehr, später deren Kommandant; Vorstandsmitglied und seit 1849/50 Präsident des Märzvereins in Gießen, Rechner im Bezirksvorstand der oberhessischen demokratischen Vereine,

„Gießen stand bekanntlich schon früher im Rufe, daß Roheiten und Gemeinheiten öfters als in andern Städten sich ereigneten, manche Eltern trugen darum Bedenken, ihre Söhne länger als gerade gesetzlich geboten war hier studiren zu lassen."[63]

Die Gießener, schon damals auf Eigenständigkeit gegenüber der Residenz bedacht, griffen dagegen die „Staatsdienercolonie" Darmstadt mit ihrem „Beamtenheer" an, welches die Steuern der Provinzen aufsauge.[64]

Der radikale „Republikanische Verein" vollzog früh eine Hinwendung zur sozialen Frage. Im September 1848 löste er sich auf, und seine Mitglieder traten größtenteils dem neugegründeten Arbeiterverein bei. Dieser hatte sich, nach einem gescheiterten ersten Gründungsversuch vom Mai 1848, in Gießen im September 1848 gebildet. In seinem Gründungsaufruf hieß es, mit deutlichem Hinweis auf eine künftige soziale Revolution:

„Männer der Arbeit! Wahren wir unsere Rechte, werden wir uns bewußt im politischen Sturme, daß wir die Träger aller politischen Systeme sind, daß die so zialen Fragen nicht zurückbleiben dürfen hinter den politischen. [...] Wir fordern alle Arbeiter auf, sich an unserm gestifteten Arbeiterverein zu betheiligen, und zu helfen an dem Neubau eines sozialen Systems. Mag dann der große Tag der Revolution anbrechen, wir sind bereit [...]."[65]

Etwas bescheidener formulierten die Statuten die Vereinsziele so:

„[...] Hebung der Arbeit und Förderung des materiellen und geistigen Wohles der Arbeiter durch gegenseitige Belehrung in Wort und Schrift, sowie [...] geeignete Verbindung mit allen, dasselbe Ziel anstrebenden Vereinen."[66]

Fast 500 Mitglieder hatte der Gießener Arbeiterverein im Januar 1849. Neben den republikanischen Intellektuellen, die in der Führungsschicht des Vereins stark vertreten waren, setzte sich die Mitgliedschaft zu fast 90 Prozent aus Handwerksgesellen zusammen. Sie waren vor allem in den verarmten Massenhandwerksberufen tätig, wie Schuhmacher und Schneider, daneben gab es auch Buchdruckergesellen im Arbeiterverein.[67] Nach dem Ende der Revolution ging aus dem „social-democratischen Arbeiterverein" im November 1850 eine Buchdruckervereinigung hervor, eine Filiale des Gutenberg-Bundes. Dies war eine der ersten

---

Mitglied des oberhessischen Bezirksrates, erster frei gewählter Bürgermeister von Gießen 1849–1852, 1852 Inhaber einer Tabakhandlung, Mitglied des Gemeinderats, 1856 Gründer der freiwilligen Feuerwehr Gießens, 1862 Erster Beigeordneter, 1866 Bürgermeisteramtverwalter, 1869 Magazinverwalter der oberhessischen Eisenbahn; vgl. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 197; Köhler, Manfred H. W., „Und setzet ihr nicht das Leben ein...". Das Stammbuch Heinrich Ferbers 1835–1836, in: Georg Büchner Jahrbuch 6 (1986/87), 1990, S. 393–406.

63 Darmstädter Zeitung 273/02.10.1849.

64 Der Jüngste Tag 122/25.07.1848.

65 Der Jüngste Tag 163/11.09.1848, veröffentlicht schon am 10. September 1848.

66 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Anlage 5, Satzungen des Arbeitervereins in Gießen 1848, § 1.

67 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 127.

Gewerkschaftsorganisationen.[68] Mit dem Arbeiterverein von 1848 begann die moderne organisierte Gießener Arbeiterbewegung. Der Gießener Arbeiterverein schloss sich mit ähnlichen Vereinen in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Hanau, Heidelberg und Mannheim zusammen. Zeitweilig war Gießen Vorort des „Bezirksverbandes Rhein-Main" der deutschen Arbeitervereine.[69]

Doch nicht nur die Arbeiterbewegung hatte ihre Ursprünge in der Revolutionszeit, sondern auch die frühe Frauenbewegung. Die Gießener Frauen nahmen regen Anteil an den revolutionären Ereignissen der Jahre 1848/49. Dies bekundeten sie beispielsweise durch die Anfertigung einer Fahne für die Bürgerwehr, und im Veranstaltungs- und Festablauf der Revolutionszeit nahmen sie eine zentrale Rolle ein. Bei einer Volksversammlung in Gießen im September 1848 drohte Rudolf Fendt den Ängstlichen, die keine Anstrengungen zur Verteidigung der neuerrungenen Freiheiten auf sich nehmen wollten: „Dann, wenn die Männer sich nicht regen wollten, würde ich an die hochsinnigen Frauen und Jungfrauen Gießens appelliren, die seither eine so rege Sympathie für unsere Sache an den Tag gelegt haben und ich bin überzeugt, sie würden dann die Thatenlosigkeit der Männer beschämen."[70] Darauf wurde ihm von den zahlreich anwesenden Frauen ein lautes „Bravo!" zuteil.

Schon im Oktober 1848 wurde in Gießen ein „demokratischer Frauenverein" gegründet, in dem sich demokratisch orientierte Gießenerinnen regelmäßig trafen.[71] Auch an den Sitzungen der „männlichen" demokratischen Vereine wurden in Gießen und in Friedberg Frauen als Zuhörerinnen zugelassen.[72]

Gießen besaß eines der vielfältigsten und mitgliederstärksten politischen Vereinswesen der Revolutionszeit. Außer dem demokratischen Turnverein, dem Arbeiterverein und dem demokratischen Frauenverein existierten zeitweise drei demokratische Vereine nebeneinander, die schon im Juli 1848 einen gemeinsamen Zentralausschuss bildeten. Hinzu kam im November 1848 noch ein kurzlebiger „Akademischer Demokratenverein". Nimmt man allein die männlichen politischen Vereine einschließlich des konstitutionell-liberalen Vereins und rechnet Doppelmitgliedschaften ab, so waren zu Anfang des Jahres 1849 etwa 1.800 Gießener Mitglieder politischer Vereine, mehr als ein Drittel der männlichen Erwachsenen der Stadt.

Bei alldem darf aber nicht vergessen werden, dass große Teile selbst der Gießener Studentenschaft keinen Anteil an der Revolution nahmen und alten ständischen Ehrvorstellungen verbunden waren. Von Anfang an bereitete die Einbindung der Studenten in die städtische Bürgerwehr Probleme, da sich die Studenten von den als „Philister" verachteten Bürgern gerne absonderten und immer wieder

68 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 5/262, Brief von Lorenz Nover vom 29.11.1850.
69 Franz, Eckhart G., Die hessischen Arbeitervereine im Rahmen der politischen Arbeiterbewegung der Jahre 1848–50, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde N.F. 33 (1975), S. 167–262, hier S. 223 ff.
70 Der Jüngste Tag 177/27.09.1848.
71 Der Jüngste Tag 201/26.10.1848, 210/05.11.1848; Darmstädter Journal 18/22.01.1849.
72 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 318.

selbst als Ruhestörer auftraten. Der studentische Korpsgeist führte schließlich zum schwersten Konflikt im Gießen der Revolutionszeit: Als am Abend des 30. August 1848 ein randalierender, betrunkener Student, der Frauen belästigt hatte, von einer Bürgerwehrpatrouille festgenommen und dabei verletzt worden war, versuchten ihn zahlreiche Studenten gewaltsam zu befreien. Sogar Barrikaden wurden von den Studenten errichtet und das Rathaus belagert, wo ihr Kommilitone festgehalten wurde. Als die alarmierte Bürgerwehr die Barrikaden räumte, wurde der Student Pfannmüller durch einen Schuss tödlich verletzt. Die Studentenschaft sah die Schuld für dessen Tod bei der Bürgerwehr, verlangte deren Enthebung von jeglicher Polizeigewalt und drohte, die Universität in Verruf zu erklären und den Großherzog um eine Verlegung des Universitätsorts zu bitten. Eine Untersuchung der Ereignisse führte jedoch nicht zur Identifizierung des Schützen und stellte die Unschuld der Bürgerwehrführung fest.[73] Der radikaldemokratische, von ehemaligen Gießener Studenten redigierte „Jüngste Tag" las der uneinsichtigen Studentenschaft die Leviten: Ein „dummer, principienloser, hirnverrückter Straßenkrawall" sei dies gewesen.[74]

Die Gießener Demokraten unterhielten auch zur oberhessischen Landbevölkerung Verbindungen. Während für viele Liberale mit der Ernennung der sogenannten „Märzminister" und der Gewährung der Märzforderungen die Revolution beendet war, gingen auf dem Land die Unruhen weiter. Die Proteste der Bauern zielten im hessischen Raum vor allem auf:

- eine Ermäßigung der Abgaben, insbesondere aber die Abschaffung des Zehnten,
- eine drastische Reduzierung des Wildbestandes, der bisher für das adlige Jagdvergnügen hochgehalten worden war,
- das Recht der Nutzung der Wälder durch die Gemeindebewohner
- und die Selbstverwaltung der Gemeinden.[75]

Von Gießen aus gründeten die Demokraten Zweigvereine in ländlichen Gemeinden und schlossen sich zu Vereinsverbünden zusammen. Zwischen Hauptvereinen und Zweigvereinen bestand ein symbiotisches Verhältnis: Die Zweigvereine boten jenen Massenanhang in der Fläche, der die Wirksamkeit und Ausbreitung erhöhte. Die Hauptvereine vermittelten durch die politischen „Experten" in ihren Vorständen jenes Handlungswissen, das für die Erklärung komplexer Sachverhalte und für ein adäquates politisches Handeln erforderlich war. Städtische Demokraten unterstützten dabei die Forderungen der Landbevölkerung politisch und juristisch.[76]

---

73 Vgl. ausführlich Ebel, Karl, Studentenschaft und Bürgergarde im Jahr 1848, in: Ludoviciana, Gießen 1907, S. 36–39, Online: urn:nbn:de:hebis:26-opus-25838, https://jlupub.ub.uni-giessen.de/server/api/core/bitstreams/11f62ba9-0495-4204-bbd9-2d1a09974c7c/content (zuletzt aufgerufen 08.09.2024); Rehmann, Gießen und das Jahr 1848 (wie Anm. 61), S. 73.

74 Der Jüngste Tag 154/31.08.1848.

75 Vgl. ausführlich in Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 78 ff.

76 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 286 ff.

Am 2. und 3. September 1848 wurde ein oberhessischer Demokratenkongress in Gießen veranstaltet und ein demokratischer Bezirksausschuss für die Provinz Oberhessen gebildet, dem sich bis zum Februar 1849 41 demokratische Vereine anschlossen. Weitere demokratische Vereinsverbände entstanden in der Wetterau und am Vogelsberg. Gießen war auch der Vorort des am 25. Juni 1848 gegründeten Lahnbundes der Turngemeinden, dem sich kurhessische, hessen-darmstädtische und Wetzlarer Turner anschlossen. Sogar die konstitutionell-liberalen Vereine hatten in Gießen ihren Zentralausschuss.

Interessant ist dabei, dass die oberhessischen Demokraten an die Errichtung eines „Kreisausschusses" in Frankfurt dachten, dem sich die Vereine beider Hessen, Nassaus und Frankfurts anschließen sollten. Der Umfang dieses „Kreises" darf wohl als Vorbild für eine Einteilung Deutschlands nach Abschaffung der Fürstentümer und Monarchien gelten.[77] Auch in der Nationalversammlung in Frankfurt wurde von den linken Fraktionen eine Neugliederung Deutschlands in „Herzogtümer" oder „Kreise" angeregt und diskutiert. Eine in Darmstadt verbreitete gedruckte „Karte von Deutschland nach naturgemäßer Einteilung" zeichnete im Mai 1848 ein dem heutigen Bundesland sehr ähnliches Hessen, mit Kurhessen, Waldeck, Nassau, Frankfurt, Hessen-Homburg und Hessen-Darmstadt, aber bemerkenswerterweise ohne die linksrheinische Provinz Rheinhessen.[78]

Revolutionswende

Bereits seit dem Sommer 1848 ereigneten sich vor allem in den Städten des Rhein-Main-Gebiets eine Reihe von Unruhen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, die zu einer Änderung der Machtverhältnisse führten. Der gewaltsame Höhepunkt, der im hessischen Raum zu einer Revolutionswende führte, ereignete sich im September 1848 in Frankfurt. Den Anlass für die Unruhen bildete die Annahme des Waffenstillstandes von Malmö im Unabhängigkeitskrieg um Schleswig-Holstein. Dieser Konflikt mit Dänemark wurde in der Öffentlichkeit als nationaler Befreiungskrieg verstanden, ausgetragen wurde er neben schleswig-holsteinischen Verbänden vor allem von der preußischen Armee. Als Preußen auf Druck der Großmächte einem Waffenstillstand zustimmte, wurde dies in großen Teilen der Öffentlichkeit als Verrat an Schleswig-Holstein, häufig sogar als konterrevolutionäre Verschwörung gegen die demokratische Volksbewegung in Deutschland angesehen. Auch die meisten Demokraten waren 1848 überzeugte Nationalisten.

Die Nationalversammlung lehnte den Waffenstillstand zunächst ab, stimmte ihm aber schließlich am 16. September 1848 zu. Das wird man heute als einen Akt realpolitischer Vernunft werten, doch damals wurde die Entscheidung als nationale Schmach aufgefasst. Am Tag darauf wurde von den demokratischen Vereinen

77 Vgl. Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 13–15.

78 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt P 1, 2036, „Vorschlag zu einer Eintheilung Deutschland in 16 Kreise", Verlag L. Papst, Darmstadt 1848. Vgl. Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 13–15.

Frankfurts eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide veranstaltet, bei der sich radikale Positionen durchsetzten: Die Mitglieder der Nationalversammlung, die für die Annahme des Waffenstillstandes votiert hatten, wurden als Verräter bezeichnet und die Abgeordneten der linken Minderheit aufgefordert, aus dem Parlament auszutreten und sich als wahre Vertretung der Nation zu konstituieren. Die linken Fraktionen der Nationalversammlung, darunter auch Carl Vogt, lehnten dieses Ansinnen jedoch ab. Am Vormittag des 18. September veranstalteten die Radikalen eine bewaffnete Volksversammlung, bei der ein Teil in die Paulskirche einzudringen versuchte. Als diese von Bundestruppen zurückgedrängt und dabei einige Zivilisten verletzt wurden, kam es zur spontanen Errichtung von Barrikaden. Beim Versuch der Bundestruppen, die Barrikaden zu räumen, brachen bewaffnete Gefechte aus. Im Verlauf der Kämpfe wurden zwei Abgeordnete der Nationalversammlung, Hans von Auerswald und Fürst Felix von Lichnowsky, von Aufständischen ermordet. Die beiden, die der liberalen Fraktion Casino angehörten, waren zu Pferd unterwegs, als sie von einer Menschenmenge erkannt, verfolgt und getötet wurden. Diese Morde wurden von revolutionsfeindlicher Seite propagandistisch ausgenutzt, um die Demokraten insgesamt zu diskreditieren. Der spontane Aufstand konnte noch am selben Tag von einer Übermacht von etwa 6.000 Soldaten niedergeschlagen werden.[79]

In Gießen hatten die Demokraten beim Eintreffen der Nachrichten aus Frankfurt zunächst eine Deputation zu ihrem Abgeordneten Carl Vogt nach Frankfurt geschickt, der ihnen aber von einer Unterstützung des Aufstandes abriet. Dennoch zog eine kleine Gruppe von 20 bis 40 radikalen Republikanern alleine los, kehrte aber unverrichteter Dinge wieder zurück, als sie die Nachrichten über die Niederlage erhielten.[80]

Für die demokratische Bewegung, aber auch die Revolution insgesamt, hatte der Septemberaufstand in Frankfurt schwerwiegende Folgen. Die Provisorische Zentralgewalt nahm den Septemberaufstand zum Anlass für ein Verfassungsschutzgesetz, und in Frankfurt selbst wurde der Belagerungszustand erklärt. Rund um Frankfurt wurde ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel erlassen. Fast 4.000 Personen wurden bei den Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Aufstand verhört und mehr als 600 Beschuldigte standen vor Gericht. Auch Gießener wurden angeklagt oder entzogen sich der Verfolgung durch Flucht.[81]

Die Ohnmacht der Nationalversammlung und der Zentralgewalt, ihre Abhängigkeit von den Militärkontingenten der Einzelstaaten, war unübersehbar geworden. Und noch etwas wurde vor aller Augen deutlich: Die revolutionäre

79 Zum Septemberaufstand in Frankfurt vgl. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 269 ff.; Vogt, Carl, Der achtzehnte September in Frankfurt. Im Auftrag des Clubbs der Linken vom Deutschen Hofe und vom Donnersberge, Frankfurt am Main 1848 (Neudruck 2019).

80 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 273.

81 Siemann, Wolfram, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“: Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985, S. 224–226; Wettengel, Revolution von 1848/49 in Hessen (wie Anm. 1), S. 146.

Bewegung war in einem ihrer städtischen Zentren vom obrigkeitlichen Militär in kurzer Zeit zerschlagen worden. Der Frankfurter Septemberaufstand bildete damit einen Teil der europäischen Revolutionswende vom Sommer/Herbst 1848, in der sich die staatliche Macht konsolidierte und die Handlungsspielräume der revolutionären Kräfte eingeengt wurden.

Dies galt insbesondere für das Großherzogtum Hessen. So antwortete am 11. Oktober 1848 der leitende hessische Minister Jaup auf ein Rundschreiben des Reichsministeriums des Innern der provisorischen Zentralgewalt zu den politischen Vereinen mit einem ausführlichen Memorandum.[82] Offenbar standen die politischen Vereine in Hessen-Darmstadt schon vor dem Septemberaufstand unter genauer Beobachtung der Polizei. Obgleich das Großherzogtum vom Aufstand in Frankfurt nur am Rande betroffen war, erläuterte Jaup, dass er bereits beabsichtigt habe, die demokratischen und Arbeitervereine zu verbieten. Lediglich die Einsicht, dass ein Vereinsverbot zwecklos wäre, wenn es nicht im gesamtdeutschen Rahmen durchgeführt würde, habe verhindert, dass diese Maßnahme bereits umgesetzt wurde.[83] Grundlage für die Bereitschaft zu so drastischen Freiheitsbeschränkungen war eine Revolutionshysterie in Regierungskreisen und im konstitutionell-liberalen Bürgertum, wie sie auch bei Jaup deutlich wurde. So schrieb er beispielsweise in seinem Memorandum: „Die demokratischen Vereine bilden neben der gesetzlichen Regierung eine eigene Regierung, die alle Gesetze höhnt u[nd] durch Terrorismus herrscht. Die gesellschaftlichen Zustände fallen hierdurch zusammen; nicht blos die politischen und religiösen, sondern auch die socialen. […] Es ist ein Kampf der Nichtbesitzenden gegen das Eigenthum; es ist der Beginn einer practischen Einführung des Communismus. […] Nicht allein diese oder jene Einrichtung des Staats wird angegriffen, sondern die Grundlage aller gesellschaftlichen Einrichtungen,

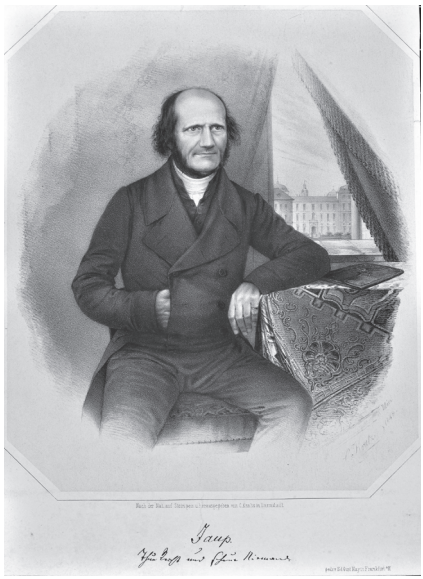


Abb. 9: Carl Jaup (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, 17653GF)

82 Bundesarchiv Berlin, DB 54/71 (RMI); Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ (wie Anm. 81), S. 226–234. Zu Carl Jaup (1781–1860), der Nachfolger Heinrich von Gagerns als leitender Minister des Großherzogtums Hessen war, vgl. Rack/Vielsmeier (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820–1933 (wie Anm. 33), S. 472 f. (Nr. 403); Knöpp, Friedrich, „Jaup, Carl“ in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 369 f.; Best/Weege, Biographisches Handbuch (wie Anm. 49), S. 191 f.

83 Bundesarchiv Berlin, DB 54/74 (RMI), Bl. 14v; Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ (wie Anm. 81), S. 232 ff.

die Bedingungen des menschlichen Fortschritts. Darum müssen, tritt nicht schnell ein Damm ein, alle, denen die Civilisation heilig ist, das Schlimmste befürchten, […]."[84] Zu einer nüchternen Lageanalyse war Jaup offenbar nicht mehr imstande. Dies ist umso bemerkenswerter, als Jaup selbst noch im Vormärz als liberaler Oppositioneller Opfer von Repressalien gewesen war. Nun war er bereit, zur Bekämpfung der demokratischen Gegner zentrale liberale Freiheiten zur Disposition zu stellen.

Die oberhessischen Demokraten unternahmen Schritte zur Verteidigung der errungenen Freiheiten gegen die wiedererstarkenden Kräfte der Reaktion und bildeten Bündnisse. Am 25. und 26. November 1848 schlossen sich in Gießen die Bürgerwehren Gießens, Wetzlars und Butzbachs zum „Lahnwehrbund" zusammen; Marburg, Lich und Laubach traten später ebenfalls bei.[85] Nur wenige Monate später wurde deutlich, wie notwendig solche Maßnahmen waren.

Reichsverfassungskampagne und Beginn der Reaktionszeit

Währenddessen konnte die Nationalversammlung mit dem Beschluss der Reichsverfassung am 28. März 1849 ihr Verfassungswerk abschließen. Von 28 deutschen Regierungen wurde die Reichsverfassung mit dem Erbkaiser als Oberhaupt, einem demokratischen Wahlrecht und dem Grundrechtekatalog anerkannt. Unter ihnen befanden sich mit Ausnahme des kleinen Hessen-Homburg alle Regierungen auf dem Gebiet Hessens. Wäre es nach ihnen gegangen, so hätte die Reichsverfassung Wirklichkeit werden können. Angesichts der Haltung der größeren deutschen Staaten, vor allem aber der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 und der nachfolgenden Auflösung der Nationalversammlung schwenkten jedoch auch die nassauische und die hessischen Regierungen allmählich auf einen gegenrevolutionären Kurs ein.[86]

In einigen Staaten brachen im Mai 1849 Aufstände zur Durchsetzung der Reichsverfassung aus, insbesondere in der benachbarten Rheinpfalz und in Baden. Daher kam der Entwicklung im heutigen Hessen eine besondere Bedeutung zu.

Am 29. April 1849 beschloss der Bezirkstag der oberhessischen Demokraten in Gießen die Bewaffnung der demokratischen Vereine zur Verteidigung der Reichsverfassung gegen die verfassungsfeindlichen Fürsten, besonders gegen Preußen, und am Tag darauf wurde die Gießener Bürgerwehr auf die Reichsverfassung vereidigt. Ein „Bewaffnetenausschuß" sammelte in Gießen Geld für eine Bewaffnung

84 Bundesarchiv Berlin, DB 54/74 (RMI), Bl. 11r. Jaup bezieht sich hier auf eine Erklärung des Centralausschusses der demokratischen Vereine in Berlin vom 14.6.1848, meint aber vermutlich die Erklärung vom 14.7.1848.

85 Der Jüngste Tag 225/23.11.1848; Wehr' Dich! 1/03.01.1849.

86 Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 461 ff., 481 ff.

der Bürger.[87] Die Offenbacher Bürgerwehr strebte noch am 8. Mai 1849 einen Zusammenschluss von Bürgerwehren über die Landesgrenzen hinweg unter einem gemeinsamen Oberkommando an. Zu dem am 13. Mai 1849 veranstalteten Bürgerwehrkongress kamen auch Delegierte aus Gießen; und in Friedberg wurde ein Wehrausschuss für die Wetterau gebildet.[88]

Trotz aller Volksversammlungen und Wehrausschüsse kam es im Frühjahr 1849 in Oberhessen zu keinem koordinierten Vorgehen zur Unterstützung der reichsverfassungstreuen Revolutionsregierungen. Die Zerstörung der Telegraphenstation der Linie Frankfurt-Berlin in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 1849 war die einzige bekannte größere Aktion während der „Reichsverfassungskampagne" in Gießen. Wie viele Gießener an den Kampfhandlungen auf Seiten der Revolutionsarmeen beteiligt waren und wie viele dabei gefallen sind, ist nicht bekannt. Stellvertretend für sie soll Friedrich Bopp genannt werden, geboren am 19. Januar 1825 in Darmstadt, Assistent des berühmten Chemikers Justus von Liebig an der Universität Gießen und Vorstandsmitglied von Gießener demokratischen Vereinen. Er war bis zuletzt an den Kämpfen gegen die preußische Interventionsarmee in Baden beteiligt und starb am 12. November 1849 an seinen Verletzungen in preußischer Gefangenschaft in den Kasematten der Festung Rastatt.[89]

Wie groß die Sympathien in der Bevölkerung für die revolutionären Bewegungen im Mai/Juni 1849 waren, ist schwer zu beurteilen. Von staatlicher Seite wurde die Lage als kritisch beurteilt: Es sei „nicht zu bezweifeln, daß, wenn die Aufständischen von Baden bis nach Frankfurt gedrungen wären, sich aus Oberhessen, Kurhessen und Nassau eine ungeheure Masse für die demokratische Republik erhoben haben würde", urteilte der hessische Polizeibeamte Nover rückblickend.[90] Hier ist jedoch Skepsis angebracht, denn die Hoffnungen auf einen Sieg der Revolution waren gerade im hessischen Raum nach der Revolutionswende im Sommer 1848 stark geschwunden. Die Unterstützung der Bevölkerung blieb jedenfalls weit hinter den Erwartungen der demokratischen Führung zurück. Der Radikaldemokrat und ehemalige Gießener Theologiestudent Carl Scriba, Mitglied des Wehrausschusses, beklagte die geringe Aktivität unter dem Titel „Ein offnes Wort an die Oberhessen" in dem von ihm redigierten „Wetterauer Volksblatt": „Wir können es nicht leugnen, daß unsere Provinz, die bis jetzt immer als demokratisch ausge-

87 Allerdings kam es aufgrund politischer Differenzen zum Streit zwischen Liberalen und Republikanern, so dass die Einheit der Gießener für die Reichsverfassung bald zerfiel, vgl. ebda., S. 482.

88 Vgl. zu 1848/49 in Friedberg und in der Wetterau neuerdings Hoos, Hans-Helmut, „Die Freiheit des deutschen Volkes war ein schöner Traum" (Wetterauer Volksblatt vom 30. Juni 1849). Friedberg 1848/49, in: Wetterauer Geschichtsblätter 68 (2019), S. 1–149.

89 „Bopp, Friedrich Wilhelm Ferdinand", in: Hessische Biografie <https://www.lagis-hessen.de/pnd/1109102852> (Stand: 28.11.2023), https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bio/id/2754 (zuletzt aufgerufen 08.09.2024).

90 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. 233r (handschriftlich S. 355).

geben wurde, […] gegenüber der jetzigen Zeitbewegung eine überaus untätige, schwächliche Rolle spielt, daß die bei so vielen Volksversammlungen beteuerte Liebe zur Freiheit sich jetzt in diesem folgewichtigen Augenblick weder durch Opfer noch durch Taten zu bewähren scheint […]."[91]

Im Gegensatz zu der Entwicklung in Baden und in der Pfalz blieb das hessische Militär seiner Führung gegenüber weitgehend loyal und zuverlässig. Letzten Endes gab dies den Ausschlag dafür, dass die Revolutionsbewegung nicht auf das Gebiet des heutigen Hessen übergreifen konnte.

Mit der Niederlage in der Reichsverfassungskampagne war die Revolution auch in Hessen-Darmstadt zu Ende. Gemeinsam mit Kurhessen, wo der antiliberale Ludwig Hassenpflug 1850 erneut zum Minister berufen wurde, entwickelte sich Hessen-Darmstadt zum Vorreiter der Reaktion. In Darmstadt wurde 1850 der reaktionär eingestellte Freiherr von Dalwigk zum Minister ernannt, der in blinder Wut gegen alles Demokratische seinen Beamten sogar die als „demokratisch" empfundenen Vollbärte verbot.[92]

Bei allen Rückschlägen, die das Scheitern der Revolution mit sich brachte, blieben doch auch Errungenschaften bestehen, so insbesondere die wichtigen Agrarreformen, aber beispielsweise auch die Justizreformen. Obwohl die demokratischen Wahlverfahren und die Grundrechte der Nationalversammlung auch auf dem Gebiet des heutigen Hessen beseitigt wurden, überdauerten sie als demokratische Forderung. Das demokratische Männerwahlrecht wurde bereits 1871 für die Wahlen zum Reichstag wiedereingeführt, doch dauerte es bis 1919, dass ein Grundrechtekatalog in eine nationale deutsche Verfassung aufgenommen werden konnte. Die Grundrechte der Reichsverfassung von 1849 finden sich heute in modifizierter Form im Grundgesetz wieder.

Zu den Grundlagen unserer demokratischen Verfassung zählen auch politische Parteien, die aus den politischen Vereinen der Revolutionszeit entstanden sind, und die parlamentarische Praxis, die im Hessischen Landtag erste Anfänge hatte. Obgleich das politische Vereinswesen spätestens in der Reaktionsära sein Ende gefunden hatte, überdauerten die Milieus und Beziehungsgeflechte im kommunalen und regionalen Umfeld. Die Neuentstehung von Parteien Anfang der 1860er Jahre wies nicht nur programmatische und personelle Kontinuitäten zur Revolutionszeit auf, sie konnte gerade auf diese Milieus und auf Organisationserfahrungen aufbauen. Gerade für Gießen wäre zu erforschen, ob im lokalen Umfeld eine Traditionsbildung oder sogar Kontinuitäten nachweisbar sind. Nicht zuletzt hatten die Erfahrungen von länderübergreifenden Vereinsverbänden und gemeinsamen Aktionen das hessische Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert.

91 Wetterauer Volksblatt 47/13.06.1849.

92 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt E 3 A Nr. 4/27.

Anhang

Auszüge aus den „Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852“ von Lorenz Nover

Aufgrund ihres unmittelbaren Bezugs zu den revolutionären Ereignissen von 1848/49 in Gießen sollen mit freundlichem Einverständnis des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt einschlägige, Gießen betreffende Auszüge aus den „Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852“ (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55) von Lorenz Nover wiedergegeben werden, die dieser als Polizeikommissar in Gießen im Februar 1852 im Auftrag des leitenden Ministers des Großherzogtums Hessen, Freiherr von Dalwigk, angefertigt hat.[93]

Lorenz Nover kam am 23. Februar 1812 in Seligenstadt am Main als Sohn eines Maurermeisters zur Welt. Nach Tätigkeiten als Aushilfe des Landrates, des Bürgermeisters und des Steuereinnehmers in Seligenstadt wurde er 1835 Aktuariatsgehilfe am Landgericht, daneben auch Mitglied des Gemeinderates. 1840 absolvierte er die Aktuarprüfung und war von 1842 bis 1848 Polizeikommissar in Offenbach, wo er sich unbeliebt machte und seit dem 8. Juni 1848 ohne Anstellung war.[94] Seit dem 22. September 1848 wurde er infolge der Ermittlungen im Gefolge des Septemberaufstands als Aktuar, später als Inquirent am Verhöramt Frankfurt am Main beschäftigt. 1849 wurde er Untersuchungsrichter am Frankfurter Appellationsgericht und am 3. Juni mit Wirkung vom 29. Juli 1850 zum Polizeikommissar in Gießen ernannt. 1858 erfolgte die Beförderung zum Polizeirat und am 1. November 1875 trat Nover in den Ruhestand. 1876 verließ er Gießen und zog nach Darmstadt um, 1886 nach Bessungen, wo er am 5. Januar 1888 starb. 1854 Verleihung der österreichischen Großen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft, 1857 Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des russischen St. Stanislausordens III. Klasse, 1863 Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des preußischen Kronenordens IV. Klasse, 1864 Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.[95]

Seinen beruflichen Aufstieg verdankte Nover, der über eine begrenzte Schulbildung verfügte und seit dem 8. Juni 1848 als Polizeikommissar in Offenbach entlassen war, den nach dem Septemberaufstand in Frankfurt beginnenden polizeilichen Untersuchungen und der danach einsetzenden Reaktion. Nover war ein dezidierter Gegner aller liberalen und demokratischen Bestrebungen, die er oft unterschiedslos als revolutionär einschätzte. Novers antidemokratische Haltung

93 Lehnert, Georg, „Nover, Lorenz“, in: Haupt, Herman (Hrsg.), Hessische Biographien, Bd. 3, Darmstadt 1934, S. 323–325, hier S. 325.

94 Ebda., S. 323 f.

95 „Nover, Lorenz“, in: Hessische Biografie <https://www.lagis-hessen.de/pnd/117068683> (Stand: 03.04.2024), https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/rsrec/current/1/entry/nover%252C%2Blorenz/sn/bio/register/person (zuletzt aufgerufen 08.09.2024); Hessisches Staatsarchiv Darmstadt S 1, Nover, Lorenz; Lehnert, „Nover, Lorenz“ (wie Anm. 93).

wurde in hessen-darmstädtischen Regierungskreisen bereits unter Minister Jaup, dann aber insbesondere unter dessen Nachfolger, dem Freiherrn von Dalwigk, geteilt. Nover besaß großen persönlichen Ehrgeiz, der ihn dazu veranlasste, auch ausländischen Regierungen seine Ausarbeitungen zu übermitteln. Seine Einschätzungen waren nicht durch intellektuelle Schärfe und Differenzierungsvermögen gekennzeichnet. Ihm ging es um die Identifizierung revolutionärer Bestrebungen in seinem Wirkungskreis. Vor einer unkritischen Übernahme seiner tendenziösen Wertungen und seiner oft fehlerhaften Angaben muss daher gewarnt werden. Dennoch stellt seine „Promemoria" eine wichtige Quelle für die historische Forschung dar, zumal zu Gießen und Oberhessen, wo sich Nover sehr gut auskannte. Die Darstellung enthält viele Einschübe, Nachträge und Anlagen. Der Text weist daher zahlreiche Verweise und Wiederholungen auf. Nachfolgend werden nur die wichtigsten Teile zu den politischen Vereinen in Gießen wiedergegeben.

„[Seite] 343.
XXXIIII[96] Spezielle Mittheilungen über das Treiben der Demokratie in Oberhessen.
(N[ota] Diesem besonderen Abschnitte sind Belege beigefügt.)

In der Provinz Oberhessen wurde, wie anderwärts, in den Monaten April bis August 1848 bereits eine ziemlich große Anzahl politisch-revolutionärer Vereine unter verschiedenen – mitunter sehr unschuldig lautenden Namen gegründet. Die Stadt Gießen allein hatte bis dahin 5, nämlich: einen republikanischen, einen demokratischen, einen Merz-, Arbeiter- und einen Turn-Verein. In Gemäßheit der von dem „Central-Ausschusse der Demokraten Deutschlands" erlassenen Aufforderung (s[iehe] S[eite] 93 bis 96 dieser Darstellung) wurden die zur Centralisation und Organisation der oberhessischen demokratischen Vereine nöthigen Schritte eingeleitet, indem der Hofg[erichts]-Advokat Frank, Dr. Winter, F[erdinand] Bopp[97] u[nd] L[udwig] Büchner zu Gießen im Auftrag des republikanischen, demokratischen und Merz-Vereins zu Gießen die sämtlichen oberhessischen demokratischen Vereine und Turnerschaften zu einem am 2. und 3. Sept[em]b[e]r 1848 abzuhaltenden Demokraten-Congreß nach Gießen beriefen (s[iehe] Anlage 2. 3).[98]

Der „oberhessische Demokraten-Congreß" (s[iehe] S[eite] 101 d[ieser] D[arstellung]) wurde geleitet:

1., vom Professor Hillebrand (Präsident)
2., vom Physikatsarzt Dr. Weber (Vice-Präsident)

96 Korrigiert, soll vermutlich „XXXIII" heißen.
97 Zu Ferdinand Bopp vgl. Anm. 88.
98 Zur Bildung des oberhessischen Bezirksverbands der demokratischen Vereine vgl. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (wie Anm. 41), S. 339 ff.; zu den Zentralisationsbestrebungen der demokratischen Vereine insgesamt Wettengel, Michael, Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701–738, hier S. 707 ff.

3., vom Candidat Schlich von Friedberg (Vice-Präsident)
4., von Dr. Büchner, Schriftführer
5., von F[erdinand] Bopp, Schriftführer
6., von Georg Noll, Fabrikant, Schriftführer
7., von Stud. Friedr[ich] Otto Schenk, Schriftführer
(s[iehe] S[eite] 6 der sub N[ummer] 2 anliegenden Statuten des Bez[irks]-Verbands)

[Seite] 344.
Außerdem betheiligten sich an dem Congresse u[nter] a[nderem] noch folgende Personen:

1., Dr. med. Kilian von Darmstadt (damals in Gießen)
2., August Becker, Redakteur des Demokaten-Organs „Jüngster Tag“
3., Stud. jur. R[udolf] Fendt von Schotten
4., Professor Carriere zu Gießen
5., Dr. Winter
6., Advokat Frank
6 ½., Schreiner Kraus von Butzbach
7., Port aus Ruppertsburg[99]
8., A. Wendel aus Butzbach
9., Candidat Schaub, welch letzterer ein Schreiben des Abg[eordneten] Simon aus Trier verlas, woraus auf die Verbindung mit der Linken der National-Versammlung zu schließen ist (N[ota] Er vertrat 2 Vereine), der wie „des fünften Wahlbezirks“ zählt 5000 Mitglieder.
(s[iehe] Anlage N[ummer] 4{N[ummer] 160 des „Jüngsten Tags“}).

Auf dem Congresse waren folgende Vereine vertreten:

1., der deutsche Volks-Verein in Friedberg,
2., der Arbeiter-Verein in Friedberg,
3., der Volks-Verein in Butzbach (Vertreter Schreiner Kraus)
4., der Volkslese-Verein in Mehlbach (vertreten durch Jäger)
5., der Turn-Verein in Okarben (vertreten durch Maurer)
6., der demokratische Verein in Homberg an der Ohm (Born)
7., der Bürger-Verein in Laubach (Vertreter: Frank)
8., der Bürger-Verein in Ruppertsburg (120 wohl bewaffnete Demokraten) Vertreter: Port.
9., der Bürger-Verein in Grünberg (vertreten durch Müller)
10., der Bürger-Bund in Biedenkopf }
11., die junge Bürgergarde in Biedenkopf } (500 Mitglieder) (vertreten durch Plitt jun[ior]).
12., der demokratische Verein in Gießen,
13., der republikanische Verein in Gießen,

99 Ortsteil der Stadt Laubach.

14., der März-Verein in Gießen,
15., der Volks-Verein in Lich,
16., der Turn-Verein in Grünberg,
17., der vaterländische Verein in Büdingen,
18., der Bürgerverein in Lauterbach
19., der (?) Verein in Gladenbach (vertreten durch Abg[eordneten] Plitt) S[iehe] 5 Anl[age] 1.[100]

Das Wesentlichste der gefaßten Beschlüsse ist schon Seite

[Seite] 345.
101–104 dieser Darstellung mitgetheilt. Das Nähere ist aus den sub N[umme]r 1 anliegenden Statuten des „oberhessischen Bezirks-Verbands" zu ersehen. Hiernach ist das Ziel dieser 19 Vereine (denen sich bald noch viele andere anschlossen) die demokratische Republik.

Der „Bezirks-Ausschuß der demokratischen Vereine Oberhessens", der mit dem Kreiscomité und dem Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands in Verbindung steht, wurde den Congreß-Verhandlungen gemäß, am 6. Sept[ember] 1848 aus den erwähnten drei Gießener Vereinen gewählt. Er bestand aus folgenden Personen:

1., dem Präsidenten: Dr. med. Kilian, später: August Becker
2., dem Vice-Präsidenten: Advokat Frank, später: Dr. med. Bork
3., den Secretären:
   a., Dr. Bork,
   b., Dr. J[ulius] Hillebrand,
   c., Stud. R[udolf] Fendt,
   d., Stud. F[riedrich] O[tto] Schenk,
   später: R[udolf] Fendt, Stud. Schmitthenner (Acceßist)
4., den Rechnern G[eorg] Noll, Fabrikant,
   Heinrich Ferber (Bürgermeister)

(s[iehe] Anlage N[umme]r 4 (N[umme]r 160 „Jüngster Tag") u[nd] N[umme]r 8 u[nd] 12 des „Wehr' Dich")

Die oberhessischen Demokraten sendeten in der Person des J[ulius] Hillebrand einen Deputirten auf den Ende Okober 1848 abgehaltenen „Congreß der deutschen Demokraten" nach Berlin, woselbst wiederholt die demokratische Republik als das Ziel ihrer Bestrebungen genannt ward.

(s[iehe] S[eite] 189–212 dieser Darstellung)

---

100 Tatsächlich nahmen nur 16 Vereine teil, wie aus der Anlage zu den „Promemoria" hervorgeht. Der vaterländische Verein in Büdingen und der Bürgerverein in Lauterbach konnten den Kongress nicht beschicken, erklärten aber ihren Anschluss an den Bezirksverband. Der Delegierte Plitt für Gladenbach und sechs umliegende Ortschaften musste vor Eröffnung des Kongresses wieder abreisen. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Anlage 1, Statuten des democratischen Bezirksverbandes für die Provinz Oberhessen, Gießen 1848, S. 5, Bl. (paginiert) 270r.

Damals betrug die Zahl der oberhessischen Vereine schon 25, es waren also während der verflossenen kurzen Zeit (vom 3. Sept[ember] bis 24. Okt[o]b[e]r) sechs weitere Vereine den genannten 19 Vereinen beigetreten (s[iehe] S[eite] 201 d[ieser] D[arstellung])

Gleichzeitig thaten die Arbeiter Schritte zu ihrer Organisation. F. Hüna aus Klein-Lafferde (als Buchdrucker in Gießen in Arbeit), Sekretär des Gieß[en]er-Arbeiter-Vereins, erließ unterm 10 Sept[ember] 1848 folgenden Aufruf:

[Seite] 346.
„Männer der Arbeit!

Noch glühet die Luft über unsern Häuptern. Von pestialischen Dünsten der Erde zieht sich ein drohendes Gewitter zusammen und schon lecken die Blitze an den Wetterfahnen und Blitzableitern der Kirchen und Paläste! Männer der Arbeit! Wahren wir unsere Rechte, werden wir uns bewußt im politischen Sturme, daß wir der Träger aller politischen Systeme sind, daß die socialen Fragen nicht zurückbleiben dürfen hinter den politischen. Männer der Arbeit! Ein Jeder von uns weiß, wo es ihm fehlt, aber vereinzelt können wir nichts aussprechen und nichts wirken. Vereinigen wir uns darum, daß unsere Klagen zusammentönen mit denen der schon längst gegründeten Arbeiter-Vereine anderer Städte und eine gewaltige Harmonie zu den Ohren der Gesetzgeber dringe. Aber nicht allein Klagen wollen wir, sondern durch vereintes Forschen wollen wir zu ergründen suchen, wie den allgemeinen Gebrechen am sichersten kann abgeholfen werden.

Wir fordern daher alle Arbeiter auf, sich an unserem gestifteten Arbeiter-Verein zu betheiligen und zu helfen an dem Neubau eines socialen Systems. Mag dann das Gewitter sich entladen und der große Tag der Revolution anbrechen, wir sind bereit, denn wir haben ein sicheres Ziel durch vereintes Forschen uns vorangestellt.“ (s[iehe] Anlage N[umme]r 163. „Jüngster Tag).

Bald hernach (am 19. Sept[ember]) entwarf der Gießener Arbeiter-Verein seine (sub N[umme]r 5 beiliegende) Statuten, in denen es (§17) heißt:

„der hiesige Arbeiter-Verein setzt sich mit dem allgemeinen deutschen Arbeiter-Central-Comite in Verbindung.“

[Folgen Aufrufe und Einzelnachweise politischer Vereine in Oberhessen.]“

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. (paginiert) 227r–228v.

„[Seite] 356.
XXXIV Die politisch-revolutionären Vereine der Stadt Giessen

In den Monaten April bis Juny 1848 wurden neben dem bereits bestandenen Turner-Vereine noch verschiedene andere Vereine gegründet, die zusammen eine große Anzahl von Mitgliedern in sich fassen. Es dürfte wohl die größere Hälfte der erwachsenen männlichen Bevölkerung Gießens den verschiedenen Vereinen angehören.

Die Vereine sind folgende:

1. Der März-Verein.
Er hatte die meisten Mitglieder, wohl über 1000 und übte in allen öffentlichen Angelegenheiten den größten Einfluß aus. Die Wahlen zum Landtag sowohl als auch die Wahlen der Ortsvorstandsmitglieder wurden von ihm geleitet. Anfänglich stellte der Verein als Princip die „Volkssouverainetät mit allen ihren Consequenzen" auf, aus dem was [Seite] 344, 345, bezüglich seines Anschlusses an das deutsche demokratische Central-Comite gesagt ist,[101] geht aber hervor, daß sein Zweck die Gründung einer social-demokratischen Republik ist.

Ueber dem nennt ihn der „Jüngste Tag", das Organ der oberhessischen Demokratie, einen demokratisch-republikanischen Verein.

Man hatte im Sommer 1850 im Verein die Absicht, einen Preß-Verein zu gründen, das Vorhaben scheint aber unterblieben zu sein.

Präsidenten des Vereins waren:
zuerst: F[erdinand] Bopp,
Physikatsarzt Dr. Weber,
später: 1849/50 Heinrich Ferber (jetzt Bürgermeister)[102]
zuletzt: Hofgerichtsadvokat Wolf.
Vice-Präsident: Phys[ikats]arzt Dr. Bork,
Secretär: Acceßist Dr. Schmitthenner,
Rechner: Louis Grafmann, Büchsenmacher,
Ehrenmitglied: Professor Hillebrand.[103]

[Seite] 357.
2. Der demokratische Verein
hat sich im Juli[104] des Jahres 1848 gebildet in der Absicht, den Merz- und den republikanischen Verein zu verschmelzen.

Die social-demokratische Republik ist sein Ziel, wie aus dem S. 344 u[nd] 345 Gesagten hervorgeht.

Das Organ der oberhessischen Demokraten, der „Jüngste Tag", nannte ihn auch einen demokratisch-republikanischen Verein.

Präsidenten waren: zuerst Dr. J[ulius] Hillebrand, Dr. Winther
später: L[udwig] Büchner u[nd] Professor Winther
zuletzt: Hofgerichtsadvokat Frank
Vice-Präsident: Dr. Julius Hillebrandt
Controleur: Friedr[ich] Otto Schenk, stud. med.

---

101 Die Ausführungen in den „Promemoria" auf den Seiten 344 und 345 befassen sich mit dem demokratischen „Central-Ausschuss", der auf dem ersten deutschen Demokratenkongress in Frankfurt am Main im Juni 1848 beschlossen und in Berlin eingerichtet wurde.

102 Zu Heinrich Ferber vgl. Anm. 62.

103 Zu Joseph Hillebrand vgl. Anm. 44.

104 Korrigiert aus „den Frühlingsmonaten".

Rechner: Sartorius, Messerschmied
Secretäre: Dr. Carriere, Büchner, Leistner und Götz.

3. Der republikanische Verein
wurde schon im April[105] 1848 gegründet. Die meisten Mitglieder sind Arbeiter, mehrere sind studierende junge Leute.

Präsident waren zuerst: Lang[106]
Secretäre: Stud. jur. Rudolf Fendt
W[ilhelm] Hillebrand.

Sein Ziel ist die social-demokratische Republik, wie aus dem, was bereits S. 344 u[nd] 345 gesagt ist, erhellet.

Seit 16. Sept[ember] 1848 existirt der Verein nicht mehr, indem er sich an diesem Tage dem demokratischen Verein (sub 2) einverleibt hat.

Die drei genannten Vereine haben, wie Seite 343 bemerkt ist, die ersten Schritte zum Anschluß an das Central-Comite der Demokraten Deutschlands eingeleitet.

4. Der Turn-Verein
Bestand schon mehrere Jahre vor 1848. Ihm ist die Politik länger fremd geblieben, als vielen Turn-Vereinen anderer Städte. Erst anfangs 1848 stellten der Turner Kupferberg Stud. und einige andere den Antrag, daß der Turn-Verein auf die Politik in

[Seite] 358.
seinen Wirkungskreis ziehen solle, wogegen sich einige Vorstandspersonen widersetzten. Bald darauf fand in Gießen ein Turnerfest statt, dem auch Fremde beiwohnten. Bei dieser Gelegenheit sprach der Turnwart August Schärttner[107] von Hanau:

„Sie, die Turner, seien nicht blos für Worte, sondern auch für die That da, sie wollten sich dem Hecker,[108] der sich soeben erhoben, anschließen u[nd] mit ihm für die Republik streiten.[“]

Darauf spaltete sich der Turn-Verein in zwei Parteien, in eine republikanische und in eine constitutionelle. Einige constitutionell gesinnte Vorstandsmitglieder, welche hervorhoben, wie unrecht es sey, daß man nicht das abwarten wolle, was

105 Davor gestrichen: „Merz und“.
106 Danach gestrichen: „später: Professor Dr. Winter“.
107 August Schärttner (1817–1859), Weinhändler und Küfermeister in Hanau, seit 1841 Vorstand des Turnvereins Hanau, Mitglied der Hanauer Volkskommission und Mitunterzeichner des Hanauer Ultimatums vom 9. März 1848, Republikaner, zog 1849 mit der Hanauer Turnerwehr zur Unterstützung der Reichsverfassungskampagne in das revolutionäre Baden, Emigration über die Schweiz und Frankreich nach England, wo er zuletzt in London eine Gastwirtschaft betrieb. Zeitweise Mitglied des Bundes der Kommunisten.
108 Friedrich Hecker (1811–1881), badischer Rechtsanwalt und Revolutionär, vgl. Freitag, Sabine, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners, Stuttgart 1998.

das Parlament beschließen werde, fanden kein Gehör, sie wurden sogar in Folge ihrer Mäßigung intriguirt und endlich zum Austritt gezwungen. Von jetzt (Sommer 1848) an war der Verein entschieden demokratisch. Er gehörte nun zum Lahnbunde, welcher die Turn-Gemeinden der Städte Butzbach, Friedberg, Laubach, Wetzlar, Marburg und Gießen umfaßte. Gießen war der Bezirks-Vorort (s[iehe] Nr. 168 des „Jüngsten Tags“ & S[eite] 347 u[nd] 355 d[ieser] D[arstellung]).

Am 14. December 1848 hat der Verein in einer General-Versammlung beschlossen, sich dem demokratischen Turnerbund anzuschließen (Anl[age] 6). Die beiliegende Einladung zum „mittelrheinischen Volksfest“ sagt, daß die drei Hessen, Nassau und Frankfurt zum mittelrheinischen Bezirk gehörten (Anl[age] 7). Es ist dies die Bezirks-Eintheilung des Demokraten-Congresses für die demokratischen Vereine und die Eintheilung der Bezirke im deutschen Turner-Bund.

(S[eite] 102. 107 d[ieser] D[enkschrift]).
Da nun auch ein vom März-, Arbeiter-, Turn- und demokratischen Verein niedergesetztes Unterstützungs-Comite

[Seite] 359.
zu Gießen bestand (Anl[age] 8), so dürfte um so weniger daran gezweifelt werden können, daß der Turn-Verein social-demokratischer Tendenz ist.

Der Verein zählt dermalen, nach Aussage des Vereins-Dieners 160 Mitglieder, andere behaupten aber, es seyen gegen 200 Mitglieder im Verein.

Die Vorstandspersonen sind folgende:
Vorsteher: Gymnasial-Lehrer Joh[ann] L[udwig] Geyer, Dr. phil. aus Mainz
2.r Sprecher: Kaufmann Meyerheß (auch Mitglied des März-Vereins)
Vorstandsmitglieder:
früher: Georg Schafstädt, Drechsler-Geselle von Gießen,
Becker, Sohn des Schuhmachers Becker von Gießen,
Leonhard Kullmann, Spengler, Geselle von Grünberg,
jetzt: Alken von Grünberg (bei Zimmerm[ann] Grube in Arbeit)
Schlich, Louis Becker v[on] Gießen,
Dippel, Scribend von hier,
Ch. Schaarmann, Scribend von hier,
Traunmüller, Scribend von hier,
Säckelwart: Kaufmann Carl Busch,
Schriftwart, früher: Heinrich Retter,
jetzt: Scribend Schaarmann,
Turnwart: Christoph Rübsamen, Schlossergeselle v[on] Butzbach,
Diener: Stiefelputzer Dick,
Ehrenmitglied: Professor Vogt.

5. Der Arbeiter-Verein,
später: Arbeiter-Bildungs-Verein,
nun: Kranken-Unterstützungs-Verein.

Der „Arbeiter-Verein“ wurde in dem Sommer 1848 gegründet, später (1850) nannte er sich „Arbeiter-Bildungs-Verein“. Nach seinen sub 5 anliegenden Statuten hat er sich der allgemeinen „Arbeiter-Verbrüderung“ angeschlossen. Seit Auflösung der

[Seite] 360.
politischen Vereine ist aus ihm ein Arbeiter-Kranken-Unterstützungs-Verein hervorgegangen.

Im Sommer 1850 überzeugte ich mich aus der Liste, daß 297 Mitglieder eingetragen seyen. Es sind dies theils einheimische, theils fremde Arbeiter, doch befinden sich auch mehrere intelligente Leute darunter, z[um] B[eispiel]:

Dr. med Bork,
Dr. J[ulius] Hillebrand,
Stud. Eduard Hillebrand,
Stud. jur. Rudolph Koch,
Stud. Heinrich Krämer von Gießen,
Dr. math. Ferd[inand] Kramer aus Höchst a[m] M[ain],
Stud. Friedr[ich] Otto Schenk,
August Becker,
Stud. jur. Heinrich Dernburg,
Stud. jur. Wilh[elm] Winkler aus Allendorf,
Stud. jur. Schmitthenner von Gießen.

Die Mitglieder des Vereins haben sich im Jahr 1849 zum Theil bewaffnet, sie besitzen eine rothe Fahne und auf einer in ihrem Lokale aufgehängt gewesenen Tafel standen die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

Der Verein hat eine Fortbildungsschule gegründet, an deren Spitze Stud. Traut steht. Der Stadtvorstand hat ihm seit Juni v[origen] J[ahres] ein Lokal eingeräumt (Anl[age] 9).

Der Verein wurde geleitet von folgenden Personen:

1. Präsident: früher: Stud. jur. Koch,
   später: Stud. philos. Leistner aus Schönhaide (seit 1850 ausgewiesen).
2. Vice-Präsident: Stud. philos. Georg Traut von Büdingen.
3. Vorstands-Personen (Beigeordnete):
   früher: Jaffeé, Mörsheimer, F. Müller
   zuletzt: Friedrich Keller aus Naumburg (bei Wilh[elm] Keller).

[Seite] 361.
Secretäre: früher: F. Hüne und
Ludwig Wahl, Mechanikus aus Gießen,
später: Christian Müller aus Hausen,
Joh[annes] Hubert aus Hallgarten,
Rechner: früher: Julius Balser, Bleicher,
später: Wilhelm Wagner, Schneider-Geselle,
Heinrich Meyer, Schneider-Geselle aus Gettenau,
Controleure, früher: Dominik[us] Baumann, Buchdr[ucker] aus Burkhain,

Christian Freund, Schreiner-Ges[elle] aus Högen,
später: Wilh[elm] Kurz, Schneider-Ges[elle] aus Grünberg.

In dem jetzigen Kranken-Unterstützungs-Verein und in der Fortbildungsschule sind Chr[istian] Müller und Stud. philos. Traut die an der Spitze stehenden Leute.

6. Der akademische Demokraten-Verein
wurde im Herbst 1848 gegründet. Die erste öffentlich bekannt gemachte Einladung des Vereins sagt: der provisorische Vorstand lädt die Mitglieder des academischen Demokraten-Vereins zu einer außerordentlichen, nicht öffentlichen Sitzung ein auf den 5. Dez[em]b[e]r (s[iehe] Nr. 233. 234 „Jüngste Tag")

Bald hernach machte der Verein bekannt, daß seine öffentlichen Sitzungen alle 14 Tage in dem Lokale des Laib sein sollten. (s[iehe] Nr. 236 „Jüngste Tag")

Die nächste Bekanntmachung heißt:

„Zu der Freitag den 15. Dezember stattfindenden öffentlichen Sitzung des academischen Demokraten-Vereins ladet ein der Vorstand.

Tagesordnung:
1. Vorlegung einer Adresse in Bezug eines socialen Vorparlaments.
2. Adresse an die zweite Hess[ische] Kammer für demokratische Organisation der Universität.

[Seite] 362.
3. Vorlage der von der ernannten Commission verfaßten Geschäftsordnung.
4. Vortrag über den Zweck der demokratischen Vereine.
(s[iehe] Nr. 242. 243 „Jüngste Tag")

Tagesordnung der auf Freitag den 12. Januar 1849 angekündigten Sitzung war:
1. Bericht über die politischen Ereignisse seit der letzten Sitzung,
2. Vortrag über die Aufgabe der demokratischen Vereine,
3. Vortrag über Socialismus und Kommunismus."

Aus verschiedenen Documenten geht hervor, daß der academische Demokraten-Verein sich dem „Bezirksausschuß der Demokraten Oberhessens" und dem „Central Ausschuß der Demokraten Deutschlands" zu Berlin angeschlossen hat.

Zu den Mitgliedern des Vereins gehören ohne Zweifel die hier schon namhaft gemachten Studirenden. Die Gründung dieses Vereins erfolgte offenbar in Folge des am 25. Sept[ember] 1848 bei der Studenten-Versammlung in Eisenach gefaßten [korrigiert aus „erfolgten"] Beschlusses. (S[eite] 202)

[Folgt eine Namensliste von Seite 363 bis 366 „zu den hervorragendsten Persönlichkeiten der oberhessischen Demokratie", die sich auf ganz Oberhessen bezieht, nur rudimentäre Angaben zur Tätigkeit enthält und zu Gießen Redundanzen aufweist.]"

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. (paginiert) 233v–236v.

„[Seite] 380.
Nachtrag
Ein nachträglich vom Dirigenten der G[roßherzoglichen] Regierungs-Commission daher mir zugestelltes Actenstück, welches in Abschrift nachfolgt, giebt die Gewißheit, daß die Demokratie von Gießen zur Zeit des Aufruhrs in Frankfurt (18. Sept[ember] 1848) wirklich schon im Begriffe stand, vom Beschluß zur That überzuschreiten, woran sie wohl lediglich durch das Mißlingen jenes Attentates verhindert ward.

Die Bürgergarde in Gießen war, wie auch durch dieses Actenstück von neuem bestätigt wird, vom Anfange ihrer Einrichtung offenbar nur zum Werkzeug der Demokratie bestimmt, denn sie stellte schon zur Zeit ihres ersten Bestehens den radicalsten Demokraten – den bekannten Professor Vogt – als Obersten

[Seite] 381.
und den Demokraten Büchsenmacher L[udwig] Großmann als Oberst-Lieutenant an der Spitze.

Das fragliche Aktenstück lautet so:

„An
den verehrlichen Generalrath der Bürgergarde
in Gießen.

Die politischen Vereine der hiesigen Stadt, nämlich der demokratische, der Märzverein und der Arbeiter-Verein haben in ihrer heutigen Ausschußsitzung an Sie das Verlangen gestellt, und durch eine Deputation bereits mündlich ausdrücken lassen:

1.) Daß die Bürgergarde auf noch besonders kund zu gebendes Verlangen morgen versammelt werde und an die einzelnen Bürgergardisten die Frage geschehe, welche von Ihnen bereit seyen, sich an einem etwa nöthigen Zuge nach Frankfurt zur Aufrechterhaltung der Volksrechte zu betheiligen.
2.) Daß den zum Zuge bereitwilligen Gardisten, welche Gewehre besitzen, kein Hinderniß entgegengestellt werde, diese Gewehre mitzunehmen.
3.) Daß denjenigen sich zu dem Zuge meldenden Bürgerwehrmänner welche nicht mit Gewehren versehen sind, solche gegen Schein von dem disponibeln Waffenvorrath abgegeben werden.
4.) Ferner wünschen wir, daß der Gemeinderath seine Beschlüsse wegen der obschwebenden Frankfurter Ereigniße täglich wenigstens einmal veröffentliche.

Gießen d[en] 18. September Abends 9 ½ Uhr 1848.

Im Namen des Bezirksausschusses der demokratischen Vereine resp[ective] die Deputation.

(gez[eichnet]) Dr. A. Winther (Professor)
Dr. Weber (Physikats-Arzt)
R[einhard] Frank (Hofgerichts-Advokat)
H[einri]ch Ferber (Bürgermeister)
Vogel (Hofg[erichts]-Accesist)"«

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt C 1 C, Nr. 55, Nover, Lorenz, Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852, Bl. (paginiert) 247v–248r.

Baumeister des 19. Jahrhunderts auf dem Alten Friedhof

Hugo von Ritgen – Joh. Philipp Hofmann – Karl Müller – Ernst Schirmer
Nachlese zur Hugo von Ritgen-Ausstellung aus der Sicht einer Stadt- und Friedhofsführerin

Dagmar Klein

Die Hugo von Ritgen-Ausstellung[1] im Alten Schloss (April-Oktober 2024) gab den Anlass in der Stadt nach Orten zu suchen, die mit Leben und Werk des Architekten und Denkmalpflegers Hugo von Ritgen, Professor für Architektur und Kunstgeschichte an der Universität Gießen, in Verbindung stehen. Daraus wurden drei Stadtspaziergänge: in der Innenstadt, am Seltersberg und auf dem Alten Friedhof.

Dass kaum noch Gebäude existieren, die Hugo von Ritgen als Architekt einst für Gießener Bürger plante und baute, war bekannt.[2] Ausnahmen sind das Wohnhaus für Prof. Osann (erbaut 1841) und die Villa Gail in der Wilhelmstraße, erbaut 1866 für den Unternehmer Ferdinand Gail. Beide Gebäude sind durch Umbauten stark verändert, was schon der Denkmaltopographie für die Stadt Gießen (1993) zu entnehmen ist.

Das Gebäude der früheren Wollspinnerei Gail[3] an der Schützenstraße (heute Wohnareal Alleenhof) soll er auch gebaut haben (1853), wie eine Schrifttafel am Haus und ein Zeitungsartikel von 1991[4] besagen. Der Artikel trägt immerhin die Überschrift „Der Geist der Wartburg an der Schützenstraße", was der damalige Denkmalpfleger Bachmann so vertrat. Doch ließen sich in städtischen Unterlagen

1 Begleitpublikation: Moderne und Mittelalter. Die Baukunst des Hugo von Ritgen, hrsg.v. Sigrid Ruby und Yvonne Rickert, Jonas-Verlag Marburg 2024.

2 Wilhelm Gravert: Hugo von Ritgen als Gießener Architekt, in NGH 22/1953 (= Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft), S. 118–125.

3 Für den ersten Gießener Tabakfabrikanten Georg Gail, der damit ein weiteres Geschäftsfeld erschließen wollte. Die Söhne Carl und Ferdinand übernahmen, nutzten es bereits 1875 als Tabaklager. 1938/39 wurde das Gebäude an die Firma Becker Lederwaren verkauft, um 1977 kurzfristig an die Kerzenfabrik Germa Present überzugehen. 1981 übernahm die Stadt Gießen das Areal, Planungen für einen Wohn- und Gewebehof scheiterten an den Kosten. 1993 übernahm ein Privatinvestor. In die Denkmaltopografie wurde das Gebäude nicht eingetragen, weil bei der städtischen Sanierung 1991/92 die gerühmten „Rittersäle" abgetragen worden waren. Auskunft Henriette Stuchtey, Untere Denkmalschutzbehörde Gießen, 24.10.2023.

4 Der Geist der Wartburg an der Schützenstraße, mit Stadtbildpfleger Bachmann in der 1853 errichteten Garnfabrik, Gießener Allgemeine Zeitung (GAZ) 13. Dez.1991, von Guido Tamme (ta).



Abb. 1: Villa Gail in der Wilhelmstr. 20, Foto 1910, Stadtarchiv Gießen (StdtAG)



Abb. 2: Ehemalige Villa Gail in der Wilhelmstr. 20; ab 1925 Besitzer Fabrikant Rinn, 1945 Nutzung durch US-Militärverwaltung, ab 1951 Institut für Ernährungswissenschaft der Universität Gießen; Foto 2024, Dagmar Klein (dkl)

keine Belege für Ritgens Tätigkeit finden. Entweder sind diese verschwunden oder es handelt sich um eine mündliche Überlieferung.



Abb. 3: Ehemalige „Wollenweberei Gail“, heute Wohngebäude „Alleenhof“ an der Schützenstraße; Foto 2024, dkl



Abb. 4: Hinweistafel an der Gail'schen Wollweberei: Erbaut 1853, Architekt: Prof.Dr. Hugo von Ritgen, Bauherr: Georg Philipp Gail, Foto 2024, dkl

Das Stadtbild Gießens verändert sich

Im 19. Jahrhundert, das ist die Lebenszeit Hugo von Ritgens (1811–1889), veränderten sich Gesellschaft, Wissenschaft und das Stadtbild Gießens. Ritgen wuchs ab 1814 in der kleinen Universitätsstadt Gießen auf, studierte hier (1828–1831) und wirkte als Lehrender an der Ludwigs-Universität Gießen ab 1837/38 bis zu seinem Tod.

Es war die Zeit der Stadterneuerung und -erweiterung. Der Festungswall war abgetragen, der Botanische Garten vergrößert worden. 1809 begann man mit dem Bau der Entbindungsklinik (heute Senckenbergstraße, im Bereich Hermann-Hoffmann-Akademie) unter Leitung von Prof. Balser.[5] Doch immer wieder unterbrachen Truppendurchzüge und die damit verbundene militärische Nutzung von Gebäuden das universitäre Leben. Auch die Entbindungsklinik diente als Lazarett. Hier wütete die Typhus-Epidemie nach den Durchzügen im Gefolge der Leipziger Völkerschlacht 1813. Viele Menschen starben, auch der ursprünglich berufene Kliniksleiter Prof. Ludwig Hegar.[6]

Als Hugos Vater, Ferdinand August Maria Franz Ritgen[7], aus dem Westfälischen als Leiter des Gebärhauses und Chirurg nach Gießen berufen wurde, war am Gebäude nur das Erdgeschoss fertiggestellt, das zudem durch die Lazarettnutzung in schlechtem Zustand war. Er musste das Gebärhaus zunächst renovieren lassen, bevor am 1. November 1814 die offizielle Eröffnung erfolgte.[8] Danach wurde weitergebaut. Es handelt sich um die erste bauliche und institutionelle Neuerung für die beginnende Stadterweiterung Gießens. Das angrenzende Direktoren-Wohnhaus gab Ritgen 1817 in Auftrag, also nachdem er schon drei Jahre mit Familie in Gießen lebte.

Die Stadtkirche war schon 1809 abgerissen worden, die Fertigstellung des streng klassizistischen Neubaus zog sich aufgrund von Streitigkeiten hin und konnte erst 1821 nach dem abgewandelten Entwurf von Georg Moller abgeschlossen werden. 40 Jahre später fertigt Hugo v. Ritgen Planzeichnungen für eine historis-

---

5 Christoph Handrack, Georg Friedrich Wilhelm Balser – Lehrer und Förderer der Heilkunde in Gießen, Reihe Arbeiten zur Geschichte der Medizin in Gießen, Gießen 1979; GAZ 22. Jan. 2022: Der Professor Drosten seiner Zeit, Schutzimpfungen im 19. Jh., von Dagmar Klein.

6 Chronik der Universität Gießen, von Haupt u. Lehnert, zum Universitätsjubiläum 1907 verfasst; im pdf-download auf jlu-pub. Siehe auch Handrack 1979.

7 Der erste Vorname/Rufname des Ferdinand August Maria Franz von Ritgen variiert in den Quellen ständig. Den privaten Aufzeichnungen seines Bruders Wilhelm zufolge war der Rufname August, in: Lebenslauf des Oberstleutnants Wilhelm Ritgen (1789–1863), hg.v. von Reinhard Münch und Irene Eifler (Nachfahren), Leipzig 2011. Auch auf seinem Grabstein steht „Ferd. August", wodurch mit dem ausgeschriebenen Namen der Rufname betont wird, was üblich war.

8 Wolfgang Künzel und Jost Benedum, Vom Accouchierhaus zur Frauenklinik. 175 Jahre Klinik für Geburtshilfe und Frauenheilkunde in Gießen, Gießen 1989; Claudia Christiane Carl, 120 Jahre Hebammenausbildung an der Gießener Entbindungsanstalt/Frauenklinik, Reihe Arbeiten zur Geschichte der Medizin in Gießen, Bd. 28, Gießen 1999.

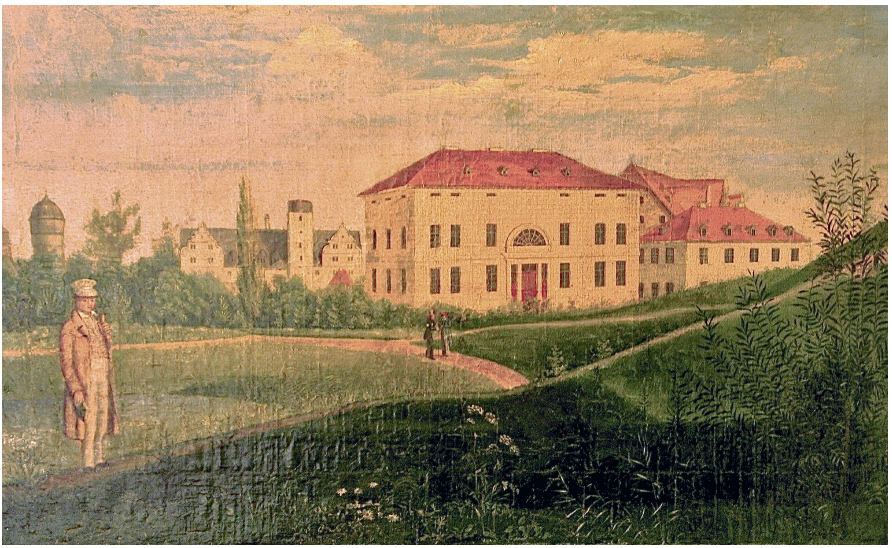


Abb. 5: Ansicht der Entbindungsklinik samt Direktoren-Wohnhaus, ca. 1820, gesehen von der Ostanlage; gemalt von dem Gießener Maler Johann Ernst Bieler (1795–1869); Privatbesitz, Repro dkl

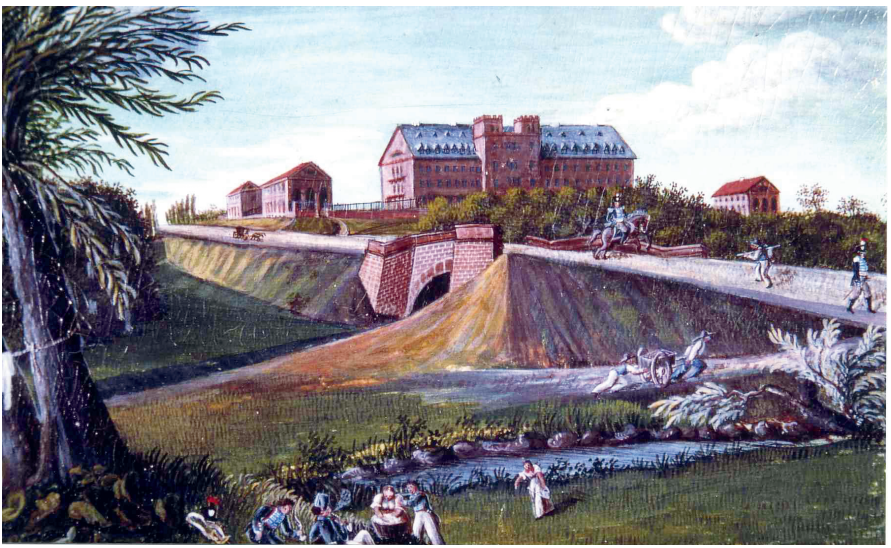


Abb. 6: Ansicht der Kaserne auf dem Seltersberg, samt Wachhäusern, im Mittelgrund die neue Brücke über die Wieseck (heute Frankfurter Straße) und im Vordergrund der alte Wieseck-Verlauf; gemalt von dem Gießener Maler Johann Ernst Bieler (1795–1869); Privatbesitz, Repro dkl; (Bieler-Informationen, gesammelt von Gisela Kraft-Schneider, im StdtAG)

tische Fassade der Stadtkirche im Stil der Neogotik, die aber nie umgesetzt wurde.[9] Es ist nicht bekannt, wer oder was ihn dazu angeregt hat. Es kann nur vermutet werden, dass die allgemeine Unzufriedenheit mit dem sog. Moller-Bau die Ursache war.



Abb. 7: Frankfurter Straße stadtauswärts; links vorn das Café Hettler, 1818 am Selterstor als Wohnhaus erbaut von dem Baumeister Philipp Hofmann; links hinten die Turmspitze der ersten katholischen Kirche; Postkarte ca.1900, Repro dkl

1815 wird die Brücke über die Wieseck gebaut, da wo sie heute auch noch ist. Nun kann der Ausbau entlang der Butzbacher Chaussée, heute Frankfurter Straße, beginnen. 1819 ist die Kaserne auf dem Seltersberg fertiggestellt, die aber in dieser Funktion bald nicht mehr gebraucht wird.

Nach zähen Verhandlungen unter Leitung von Prof. Balser wird das markante Kasernengebäude ab 1831 als Standort für die erste Universitätsklinik und -bibliothek genutzt. Bereits 1825 war der junge Chemieprofessor Justus Liebig in das Wachhäuschen an der Seite zur Bahnhofsstraße eingezogen, er wohnte anfangs mit Familie über dem Laboratorium im Erdgeschoss.

Ab den 1830er Jahren folgt eine verstärkte Bautätigkeit auf dem Seltersberg. Dazu trägt auch Hugo von Ritgen bei[10], der neben diversen Wohnhäusern für verschiedene Auftraggeber auch seine eigenen Wohnhäuser 1838/1841 direkt neben

9 Karlheinz Lang, Zur Baugeschichte der Stadtkirche von Gießen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 1988; Planzeichnungen im Sammlungsbestand des Oberhessischen Museums Gießen.

10 Siehe Gravert Fußnote 2; Sigrid Ruby und Yvonne Rickert (Hg.), Katalog Moderne und Mittelalter. Die Baukunst des Hugo von Ritgen, Marburg 2024, S. 122 f.



Abb. 8: Frankfurter Straße stadteinwärts, links die Rückseite der Universitätsklinik (erbaut als Kaserne) und des Gendarmerie-Gebäudes parallel zur Ausfallstraße; rechts im Mittelgrund das Gasthaus Russischer Hof, dahinter das Wohnhaus Hugo von Ritgen, danach die katholische Kirche; Situation um 1850, Aquarell-Druck, Privatbesitz, Repro dkl; vermutlich gemalt von Heinrich Ferber (1813–1882), Gießener Student und späterer Bürgermeister (lagis-hessen.de, id/15555; vgl. Dr. Olaf Schneider, Eine Gießener Stadtansicht aus revolutionärer Zeit, in uniforum Nr. 2, 16. Mai 2024, S. 11)

die gerade entstehende erste katholische Kirche baut (heute Areal Martinshof an den Bahnschranken).

Im gleichen Zeitraum wird das alte Akademiegebäude am Brand(platz) abgerissen und durch einen schlichten, klassizistischen Neubau ersetzt. Weitere staatliche Neubauten entstehen in der Nähe des neuen Bahnhofs: Gericht und Arresthaus 1835 (heute Mathematikum), gegenüber die Anatomie 1845/46 (kriegszerstört), daneben die Post 1862/63. Die Bahnhofstreppe wird nach 1900 erbaut, um den direkten Weg zu den neuen, ab 1880 im Zehnjahresabstand eröffneten Universitätskliniken zu ermöglichen.

Hugo von Ritgen – Spuren auf dem Alten Friedhof

1. Das Leichenhaus



Abb. 9: Leichenhalle, zugleich Wortmann-Denkmal, auf dem Alten Friedhof (AFh) Gießen, ca.1925, Foto Untere Denkmalschutzbehörde (UDB) Gießen

Auf dem Alten Friedhof an der Licher Straße befand sich Ritgens erstes Bauwerk: das Leichenhaus, auch Wortmann-Bau genannt. Den Bau hat er nach seiner Rückkehr von der Studienreise nach Paris und parallel zum Verfassen seiner Habilitationsschrift begleitet (1834/35). Zur Nutzung wurde das Gebäude laut einer Annonce jedoch erst im September 1841 freigegeben.[11] Der Bauverein hatte sich aus finanziellen Gründen mit dem Verein zur Errichtung eines Denkmals für den verdienten Arzt Joh. Balthasar Wortmann (1770–1824) zusammengetan.[12] Daher trug der klassizistische Bau im tempelartigen Portikus die Inschrift „Unserem Wortmann". Das Gebäude wurde durch Bombentreffer Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört und nicht wiederaufgebaut. Heute steht dort ein schlichtes Gebäude der Nachkriegszeit, ein Sozial- und Funktionsraum für das Gärtnerteam.

11 Für diese und weitere Detailangaben danke ich Dr. Werner Schmidt.

12 Wortmann-Bau auf dem Alten Friedhof war Leichenhaus und Denkmal – Erbaut nach den Plänen Hugo von Ritgens, Hessische Heimat, GAZ 17. Okt. 2013, von Dagmar Klein; Medizinalrath Joh. Balthasar Wortmann (1770–1824) starb während eines Kuraufenthalts in Mainz und ist auf dem dortigen alten Friedhof begraben, in: Neuer Nekrolog der Deutschen, Friedr. August Schmidt, 2. Jg. 1824, Heft 2 (google books); Denkmaltopographie Stadt Mainz, Alter Friedhof, Mainz 1986, S. 244.

2. Die Friedhofskapelle



Abb. 10: Kapelle auf dem Alten Friedhof Gießen, Rückseite, Foto Febr. 2023, dkl

Den Notizen eines früheren Architekturforschers zufolge, dem Gießener Stadtbaurat Wilhelm Gravert[13], machte Ritgen schon 1841 der Stadt einen Vorschlag zur Renovierung der Kapelle auf dem Alten Friedhof. Offenbar ohne Erfolg, auch findet sich dazu kein Beleg im Stadtarchiv. In den Ratsprotokollen vom April 1844 ist der Punkt „Reparatur" des Kirchendaches vermerkt, doch erst 16 Jahre später, Anfang 1860, befasst sich der Gemeinderat mit der „Restauration der Kapelle auf dem Friedhofe zu Giessen".

Der städtische Bauaufseher solle einen Plan vorlegen, bei Einhaltung einer Kostenobergrenze. Der Bürgermeister schlägt nun vor, den Professor Dr. von Ritgen um Planungen zu bitten. Was der Gemeinderat zunächst ablehnt. Im August 1861 wird die Ausführung dann doch nach Ritgens Plänen beschlossen. Im November des Jahres wird über das „Glöckchen" der Kapelle verhandelt, bis zum Mai 1863 folgen weitere Einträge zu konkreten Baumaßnahmen. Der erste Gottesdienst findet am 9.Mai 1863 statt.[14]

13 Wilhelm Gravert, Sammelmappe im Stadtarchiv Gießen, Sign. 5069.

14 Dank an Stadtarchivar Dr. Christian Pöpken, der die Ratsprotokolle gelesen u. entsprechende Einträge herausgefiltert hat.

Es sind keine Originalbaupläne erhalten anhand derer sich die Änderungsarbeiten v. Ritgens ablesen ließen. Die Forschungsgruppe um Prof. Nikolaus Zieske (Technische Hochschule Mittelhessen) hat daher im Rahmen eines Seminars ein Modell nach den vorhandenen Befunden gebaut.[15]

3. Die Familien-Grabstätte Carl Gail

Das bekannteste Werk Hugo von Ritgens in Gießen ist die Grabstätte Gail an der Südmauer auf dem Alten Friedhof. Der Zigarrenfabrikant Carl Gail hatte sie anlässlich des Todes seines ältesten Sohnes Georg, der im Krieg 1870/71 starb, in Auftrag gegeben. Hugo von Ritgen entwarf die Grabmalarchitektur samt Bildprogramm (Inschrift: Entworfen und Gezeichnet), ausgeführt hat es Friedrich Küsthardt (Inschrift: Erfunden und Ausgeführt), der zeitweilig in Gießen lebte, der mit Ritgen auch an der Wartburg zusammenarbeitete. Das und vieles mehr zu Bildhauer und Grabmal ist seit 1979 durch einen Forschungsbeitrag von Dr. Olga Ruckelshausen-Weckler bekannt.[16] Neu sind die in der Wartburg-Stiftung gefundenen Entwurfszeichnungen, die staunen machen ob ihrer Detailgenauigkeit. Eine der Zeichnungen kommt dem ausgeführten Zustand sehr nah (siehe Abbildungen 11+12).

Nach einem Italienaufenthalt war Friedrich Küsthardt (1830–1900) von Göttingen nach Hildesheim gezogen, da er einen Ruf als Lehrer an der dortigen Bauschule (1859–1872) erhalten hatte. Während seiner Gesellenzeit war er auch in Gießen (erstmals 1851), zehn Jahre später heiratete er Helene Weber, die Tochter seiner Gießener Gastfamilie[17]. Die beiden bekamen fünf Söhne, die ebenfalls Künstler wurden. Der Kontakt zur Stadt Gießen blieb offenbar erhalten.

Ein weiteres Werk von Küsthardt befindet sich am Gießener Grabdenkmal für Hugo von Ritgen selbst. Es ist das Porträttondo[18], das in einem Abdruckverfahren 2004 kopiert wurde und im Foyer des nach Hugo von Ritgen benannten Gebäudes hängt, in dem der Fachbereich Architektur der Technischen Hochschule Mittelhessen residiert. Eine zweiter Bronzeabguss wurde damals an das Oberhessische Museum geschenkt[19], ein dritter nach der Ritgen-Ausstellung 2024 an das Institut für Kunstgeschichte der Universität Gießen.[20]

---

15 Siehe Ausstellungs-Katalog 2024, S. 162.

16 Olga Ruckelshausen-Weckler (jetzt Lappo-Danilewski, Anm. d. A.), Das Grabmal Gail auf dem Alten Friedhof in Gießen. Studie zur Bildnerei Friedrich Küsthardts d.Ä. (1830–1900), in: Gießener Beiträge zur Kunstgeschichte, Band IV, 1979. S. 63–80, Bildtafeln II–LIX.

17 Helene Webers Vater war Schlosser, lt. Adressbuch 1868 gab es nur einen: Ludwig Weber, Sonnenstraße B55; es gab mehrere Weber-Familien in Gießen, eine Verwandtschaft zum Arzt Georg Weber, dessen Tochter Luise den im nachfolgenden Kapitel erwähnte Baumeister Ernst Schirmer heiratete, ist eher unwahrscheinlich.

18 Tondo=Rundform, ausgeführt als Relief, zumeist im Profil, manchmal auch Dreiviertelansicht. Auf dem Alten Friedhof gibt es weitere Beispiele dafür.

19 Abguss und Geschenk ans Oberhessische Museum: Vom Alten Friedhof in das Alte Schloss, GAZ 9.Juli 2004, von Hans-Peter Gumtz (hpg).

20 Ritgen in Bronze für die Universität, GAZ 15. Okt. 2024, von Dagmar Klein.



Abb. 11: Grabstätte Carl Gail, AFh-Südmauer, Offizier im Mittelteil seit Jahren ohne Kopf; Foto Okt. 2023, dkl

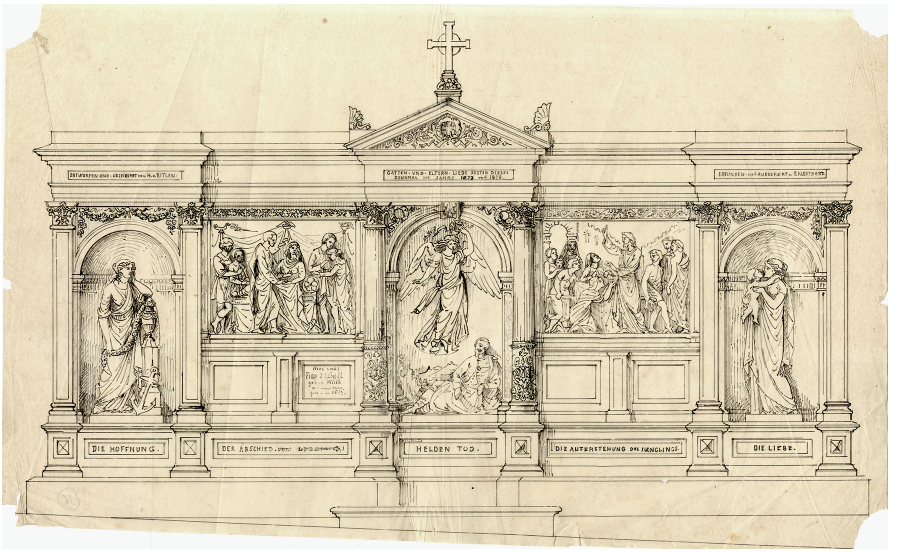


Abb. 12: Entwurfszeichnung für die Grabstätte Carl Gail 1871, vermutl. Hugo von Ritgen, in Wartburg-Stiftung, Kunstsammlung (Inv.-Nr. BE1597), vgl. Ritgen-Katalog 2024, S. 160

4. Die Familien-Grabstätte Ritgen[21]



Abb. 13: Porträtfoto Hugo v. Ritgen (1811–1889), ca. 1850, Bildarchiv der JLU Gießen (HRB001b)



Abb. 14: Grabdenkmal für Hugo von Ritgen auf dem Alten Friedhof; Porträttondo mit Sign. F. Küsthardt 1890; Foto Apr. 2024, dkl

Das hoch aufragende Grabdenkmal für Hugo von Ritgen (1811–1889), geschmückt mit einem Porträttondo in der damals üblichen Ausführung, erinnert auch an seine Familie. Rechts neben dem Grabdenkmal für Hugo von Ritgen befinden sich die niedrigen Grabsteine für seine Ehefrau, Kinder und Eltern. In der Verlängerung der Gräberreihe, unter einem Baum, sind die weniger auffälligen Grabsteine der Familie Wilbrand versammelt. Die Väter, Ferd. August Ritgen und Bernhard Wilbrand, waren Medizinerkollegen und Schwäger, denn sie hatten Schwestern geheiratet, aus der Apothekerfamilie Herold in Münster/Westfalen.

Neben Hugo v.Ritgen sind genannt (in der Reihenfolge der Grabsteine v.l.):
- seine Ehefrau Johanna, geb. Zimmermann (1817–1899) aus Darmstadt, davor die Namenstafeln für
- zwei als Kleinkind verstorbene Töchter: Charl. Auguste (März 1842–März 1843), Joh. Louise Mathilde (Juni 1843–Dez.1846). Rechts daneben die Grabsteine für die drei Ritgen-Kinder, die das Erwachsenenalter erreichten:
- Sohn: Otto (1848–1924) und seine Frau Marie geb. Lüngen; er war preußischer Baurat in Berlin;

21 Gräberfeld VI, am Weg Ostseite.



Abb. 15: Grabsteinreihe der Familie Hugo v. Ritgen, das im Anschluss erkennbare Steinkreuz gehört zu den vier Grabzeichen der Familie Wilbrand; Foto Apr. 2024, dkl

– Tochter: Anna (1840–1917), Großherzoglich Sächsische Stiftsdame; ein Ehrentitel, der ihr nach dem Tod des Vaters zugesprochen wurde. Sie war früh dem altkatholischen Glauben beigetreten und blieb unverheiratet; hat den Nachlass ihres Vaters gehütet;
– Sohn: Hugo II. (1846–1934), der als Baurat in Wetzlar, dann in Braunschweig wirkte. Offenbar wegen seiner Heirat mit Helene von Heimburg ist er zum evangelischen Glauben konvertiert. Seine Frau ist auf dem Grabstein nicht genannt, ihr Name fand sich auch nicht in den hiesigen Friedhofs-Beerdigungsbüchern[22]. Vor seinem breitgelagerten Grabstein sind die Namenstafeln für die Eltern angelehnt, für den Vater
– Ferd. August von Ritgen, Professor für Geburtshilfe und Chirurgie, der vom hessischen Großherzog den erblichen Adelstitel verliehen bekommen hatte, und seine Gattin
– Clara geb. Herold, gest. 1852, nachdem sie acht Kinder geboren hatte. Ihr Sohn Hugo (Architekt u. Professor) erreichte als einziger das Erwachsenenalter. Tochter Sophie, geb. 1812, also Hugos Schwester, starb als Kleinkind; ihr

22 Beerdigungsbücher in der Friedhofsverwaltung am Rodtberg.



Abb. 16: Lageplan Alter Friedhof mit Kennzeichnung der Orte, die von Ritgens Tätigkeit geblieben sind oder daran erinnern, die an seine Familie und Kollegen erinnern; grafisch umgesetzt von Harald Schätzlein, ultraviolett.de

Name taucht weder auf den Grabsteinen noch im Beerdigungsregister auf. Sie wird nur in der Ritgen'schen Familienchronik[23] genannt, dürfte also vor dem Umzug nach Gießen gestorben sein.

Weitere Baumeister des 19. Jahrhunderts auf dem Alten Friedhof

In relativer Nähe zu Hugo von Ritgen befinden sich noch weitere Grabsteine für bedeutende Baumeister: Philipp Hofmann, Karl Müller und Ernst Schirmer. Sie sollen hier in chronologischer Reihe vorgestellt werden.

1. Johann Philipp Hofmann (1776–1842)



Abb. 17: Grabmal Joh. Philipp Hofmann, Baumeister der Stadtanlage auf dem Seltersberg; Ansicht vom Weg; Foto Sept. 2020, dkl



Abb. 18: Grabmal Joh. Philipp Hofmann (1776–1842), Baumeister der Stadtanlage auf dem Seltersberg; Rückansicht mit Lebensdaten; Foto Sept. 2020, dkl

Bei den diversen Recherchen zu Ritgen taucht mehrfach der Name des Architekten und Baurats Hofmann auf. Zuerst beim Bau der Entbindungsklinik, den der junge Medizinprofessor und Medizinalrat Wilhelm Balser gemeinsam mit dem Architekten Hofmann in den Jahren 1808–1811 begann.[24] Dann beim Bau der

23 Die Chronik ist u.a. einsehbar im Hessischen Staatsarchiv Marburg: Ritgensche Familiennachrichten, HStaM, 340 Seib, Karton 9.

24 375 Jahre Medizin in Giessen. Eine Bild- und Textdokumentation von 1607–1982, Katalog zur Ausstellung anl. der 375-Jahrfeier, Gießen 1982, S. 114 mittlere Spalte: „Die Planung

Stadtkirche, für die „Kammerrat Hofmann aus Friedberg“ ab 1810 mit der Bauleitung beauftragt war.[25]

Vermutlich ist es derselbe, dessen Hauptwerk schließlich der Ausbau der „neuen Stadtanlage auf dem Seltersberg“ war. Folgende Inschrift ist auf seinem Grabstein[26] zu lesen, der an der rechten Seite, im oberen Teil des Hauptweges vom Eingangstor Licher Straße zur Südmauer steht.[27]

1. Ein Denkmal / unvergänglicher / als der Stein der / seine Hülle deckt / hat sich der heimge- / gangene selbst in dem / Gedächtnisse seiner / Mitbürger errichtet. / Durch seine Redlichkeit / und unermüdliche Thä- / tigkeit in Erfüllung / seiner Berufspflichten. / Die Erweiterung der / von ihm ausgegangenen / neuen Stadtanlage auf / dem Seltersberge war / seit vielen Jahren eine / seiner Lieblingsaufga- / ben und ihr widmete er / bis zum letzten Augen- / blicke seine Kräfte.
2. Hier ruht / der liebevollste / Gatte. Der Gütigste / Vater. Der treueste / Freund. / Johann Philipp / Hofmann / Hofkammerrath / und / Provinzialbaumeister / Geb: den 10ten Januar 1776 / zu Worms / Gest: den 20sten Octobr 1842 / zu Giessen

Zu Hofmanns Herkunft ließen sich nur Bruchstücke in einem Zeitungsartikel[28] finden: Geboren im damals hessisch-darmstädtischen Worms, war er als Soldat in dänischen Diensten, hat in Marburg studiert und im Anschluss die Stelle als Baumeister bei Fürst Bentheim-Steinfurt angetreten. Es folgte die Stelle als Baumeister beim Burggrafen von Friedberg, bevor er in den hessischen Staatsdienst eintrat.

Die offiziellen Angaben auf lagis.de schließen daran an. Demnach wurde Joh. Philipp Hofmann 1817 zum Hofkammerrat zu Gießen ernannt, 1822 zum Landbaumeister für die Provinz Oberhessen, und 1832 bis zu seinem Tod 1842 war er Kreisbaumeister, zugleich Provinzial- und Universitätsbaumeister in Gießen.[29]

Er plante und beaufsichtigte den Bau der Kaserne 1818/19. Sein eigenes Wohnhaus hatte er 1818 an den Anfang der Frankfurter Straße bauen lassen, quasi beim Selterstor an die Ecke des abgetragenen Festungswalls. Das Haus wurde von den Gießenern wegen der turmartigen Seitenteile „Tintenfaß“ genannt, es war bis weit ins 20. Jahrhundert bekannt als Café Hettler. Einer von Hofmanns Söhnen war der berühmt gewordene Chemiker August von Hofmann (1818–1892). An seinem

---

hatte in den Händen von G.Fr.W. Balser gelegen. Der Architekt war Hofkammerrat Hofmann und die Bauaufsicht hatte Oberökonomus Oswald.“

25 Lang 1988, S. 197, s. Fußnote 9.

26 Gräberfeld III, am Weg Ostseite.

27 Dagmar Klein, Von Liebig nachhaltig gefördert. Das Gedenkrelief für den Chemiker August Wilhelm von Hofmann in Gießen, in: Hessische Heimat Nr. 9/24.4.2010, GAZ-Geschichtsbeilage.

28 Stadtarchiv Friedberg: Oberhessischer Anzeiger, 19.9.1934, Der westfälische Arzt Christian Friedrich Theodor Hofmann als Erfinder des Ohrenspiegels (= der 12 Jahre ältere Bruder von August Hofmann war Arzt u. Apotheker in Burgsteinfurt).

29 Hessische Biografien auf lagis: https://www.lagis-hessen.de/pnd/120753391.

Geburtshaus wurde 1918 in einem feierlichen Akt eine Gedenktafel angebracht.[30] Das Original der Gedenktafel wurde nach dem Abriss des Gebäudes ins Liebig-Museum gegeben, unterhalb des heutigen Fußgängerüberwegs („Elefanten-Klo" genannt) befindet sich eine Kopie.

Baumeister Hofmann arbeitete auch eng mit Liebig zusammen, für die erste Erweiterung des Laboratoriums, und er baute das bis heute existierende Wohnhaus Frankfurter Str. 10 für die Familie seiner Tochter Johannette. Diese hatte Heinrich Buff (1805–1878) geheiratet, Schüler, Assistent und Mitarbeiter von Liebig. Vermutlich baute er auch das ähnlich aussehende Wohnhaus daneben (Nr. 12, kriegszerstört), das Liebig erwarb. Hier hatten er und seine Familie mehr Platz, im Hinterhaus richtete er ein weiteres Laboratorium ein, dessen Leitung er Heinrich Will (1812-1890) übertrug, seinem späteren Nachfolger im Amt. Beide, Heinrich Will und Heinrich Buff haben ihre letzte Ruhestätte ebenfalls auf dem Alten Friedhof, im Quartier östlich des Ritgen-Familiengrabes.

2. Karl Müller (1791–1849)

Für einen weiteren Baumeister gibt es nur wenige Hinweise. Das Grabmal in Form eines gotischen Turmes markiert die Ecke des Weges[31], an dem auch Hofmanns Grabstein steht, mit dem Weg parallel zur Südmauer. Es erinnert an den „Dirigenten des oberhessischen Eisenbahnbaus Karl Müller". Die zarte Inschrift in weißem Marmor ist kaum noch lesbar und die Archivsuche stieß auf Hindernisse.[32] Die Grabsteininschrift lautet:

Dem
Oberbaurath
Karl Müller
Provinzialbaumeister
und Dirigent des
oberhess. Eisenbahn-
baus



Abb. 19: Grabmal Karl Müller (1791–1849), Dirigent des Oberhessischen Eisenbahnbaus; Foto Juni 2024, dkl

30 S. Fußnote 27, Hess.Heimat-Beitrag zum Hofmann-Denkmal.

31 Gräberfeld III, am Weg Ostseite.

32 Der Personen-Eintrag des HStAD (S1, Nachweis 1, Fallakte allgemein) weist auf das Todesjahr 1853 für einen Karl Müller, Registrator bei der Bahndirektion in Gießen. Was jedoch der Grabinschrift und dem Gießener Beerdigungsregister (Stadtarchiv Gießen) widerspricht. Die genaue Durchsicht der großherzoglichen Regierungsblätter förderte schließlich den „Oberbaurath Carl Müller zu Gießen" mit dem übereinstimmenden Todesjahr 1849 zutage. Offenbar gab es einen Mitarbeiter in der Registratur, der denselben Namen trug.

geb. am 19. Dec. 1791
gest. am 6. April 1849
errichtet
von Freunden u. Fachgenossen

Seine Tätigkeiten im Auftrag der großherzoglich-hessischen Regierung waren: 1826 als Straßenbaumeister der Provinz Oberhessen, 1845 als Provinzialbaumeister und ab Februar 1846 als Dirigent der Main-Weser-Eisenbahn in Gießen, zugleich obere Leitung der Dienstgeschäfte dieses Bezirks (bis 1853).

3. Ernst Schirmer (1814–1887)



Abb. 20: Grabmal Ernst Schirmer (1814–1887), Baumeister aus Christiania, am Weg entlang der Südmauer, Foto Apr. 2024, dkl

Am Weg parallel zur Südmauer weiter bergauf und nahe der Ecke, die links abwärts zum Ritgen-Grab führt, befindet sich das Grabmal[33] für einen weiteren Baumeister. Die hoch aufragende Stele weist ebenfalls ein Porträt-Tondo auf, wie bei Hugo von Ritgen. Der Verstorbene Ernst Schirmer war Baumeister aus Christiania, ist da zu lesen. Christiania ist der alte Name für die norwegischen Hauptstadt Oslo. Und er wurde geboren in Leipzig. Wie kommt dieser andernorts geborene und weit im Norden tätige Mensch auf den Gießener Alten Friedhof?

Mittlerweile gibt es einen wikipedia-Eintrag für den Baumeister Heinrich Ernst Schirmer (1814–1887), einen Eintrag im norwegischen online-Personenlexikon und eine umfassende Biografie[34]. Demnach war er ein hochgeachteter Architekt, der mehr als 40 Jahre lang (1838–1883) in Norwegen tätig war. Viele Gebäude, an denen er zumindest beteiligt war, sind Monumentalbauten wie Schlösser, das Nationalmuseum, ein Bankgebäude, Krankenhäuser und Gefängnisse, auch mit dem Bau von Privatvillen und Kirchen wurde er beauftragt. Mit einem Partner plante und baute er mehrere Bahnhofsgebäude. Für die Restaurierung des Nidaros-Doms in Trondheim, das norwegische Nationalsymbol, hat er

33 Gräberfeld VI, am Weg Südseite.

34 Mari Hvattum, Heinrich Ernst Schirmer, Kosmopolittenes arkitekt, Pax Forlag 2014, ISBN 978-82-530-3747-9; Norske Leksikon, https://snl.no/Heinrich_Ernst_Schirmer; alle Übersetzungen mit deepL.dmg.

zusammen mit einem Historiker die ersten Pläne erstellt. Eine weitere Besonderheit: Für die diversen Funktionsbauten zog er die jeweils neueste Technik heran und orderte entsprechende Geräte für die Nutzung, wie Dampfgarer für Großküchen und „Wassercloseтts".

Ernst Schirmer hat den Quellen zufolge die norwegische Architekturgeschichte maßgeblich geprägt, doch darüber hinaus ist er kaum bekannt. Er stammte aus einer Mühlen- und Gutsbesitzerfamilie in Leipzig, studierte an den Kunstakademien in Dresden und München (1831–1837), eine mehrjährige Studienreise nach Italien folgte. Der Maler Johan Christian Dahl empfahl ihn 1838 an den norwegischen Architekten Hans von Linstow, der mit dem Bau des Königsschlosses von Christiania befasst war. Schirmer arbeitete einige Jahre unter ihm, war auch für Inneneinrichtung und Dekoration des Schlosses zuständig.

Die norwegische Regierung beauftragte ihn schließlich mit öffentlichen Gebäuden. Dafür unternahm er 1843 eine Studienreise durch europäische Städte, um dortige Erfahrungen einzuholen und Vorbildprojekte kennenzulernen. Zu Beginn dieses Jahres hatte er Sophie Major (1821–1861) geheiratet, eine Schwester des führenden Psychiaters in Norwegen, Herman Wedel Major. Die Söhne Adolf und Herman Schirmer wurden ebenfalls Architekten und blieben in Norwegen, auch als ihr Vater Ernst Schirmer 1883 mit seiner zweiten Ehefrau nach Deutschland zog. Ernst Schirmer war mittlerweile 69 Jahre alt. Zuvor hatte er versucht, von der norwegischen Regierung eine Ehrenrente zu erhalten, was jedoch abgelehnt wurde. Er war damit ohne Einkommen und wollte nicht von seinen Kindern abhängig sein, daher der Umzug nach Deutschland. Laut Biografin Hvattum hoffte er nach Christiania zurückkehren zu können.[35]

Schirmers Ehe mit einer Gießenerin

Schirmer war 64 Jahre alt als er seine zweite Ehe einging: Am 10.7.1878 heiratete er in Gießen die 49-jährige Luise Weber, Tochter von Georg Weber[36] und dessen Ehefrau Friederike, geborene Schöpf. Laut Heiratsurkunde[37] waren ihre Eltern zu dem Zeitpunkt schon verstorben, als Trauzeugen fungierten Luises Brüder Adolph und Hermann Weber.

35 Hvattum S. 211.

36 Georg Weber war praktischer Arzt in Gießen, seine Fallakte im Staatsarchiv Darmstadt hat die Laufzeit 1840–1869 (HStAD Bestand S 1 Nr. Nachweis1): 27.11.1840 Physicatsarzt zu Gießen, 13.02.1851 dass. zu Biedenkopf, 26.11.1851 aus dem Staatsdienst entlassen; am 7.8.1869 wurde sein Diplom zum 50-jährigen Jubiläum erneuert. Lt. Lagebuch Alter Friedhof war sein Grab an der Wegecke bereits in den 1960/70er Jahren eingeebnet. Die Grabsteine seiner Kinder Luise, verh.Schirmer, und Dr.med. Hermann Weber liegen unweit davon u. sind erhalten.

37 Standesamt Gießen Heiratsnebenregister 1878 (HStAMR Best.905 Nr.328).

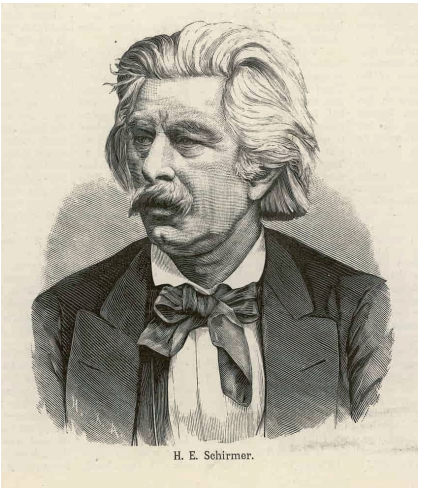


Abb. 21: Porträt Ernst Schirmer, 1883, Xylografie von Gustav Holter (1859–1940), bekannter Porträtist Norwegens; Norske Leksikon, s. Fußnote 33



Abb. 22: Grabmal-Porträttondo Ernst Schirmer, gefertigt nach der Xylografie von Holter; Foto Apr. 2024, dkl

In der Schirmer-Biografie ist über die Ehe zu lesen

> „Die Familie Weber war mit der Familie Schirmer befreundet; wir wissen unter anderem, dass Adolf während einer Studienreise 1870 bei Weber übernachtete und dass er mit Louise, seiner späteren Stiefmutter, eine innige Freundschaft schloss. Das Paar heiratete in Deutschland, aber Louise kehrte mit ihnen nach Christiania zurück, und sie lebten in St. Olavs Gate, bis sie beide 1883 nach Gießen zurückkehrten. (Hvattum S. 201)

Offenbar war die Ehe glücklich, Luise brachte sich gut ein in die Familie. Demnach war Schirmer

> „von seiner Familie umgeben: seiner neuen Frau, seinen Kindern und Enkelkindern. Sowohl seine Tochter Sophie als auch sein Sohn Adolf hatten 1879 geheiratet und ihre ersten Kinder bekommen. Sophie hatte offensichtlich eine besonders enge Beziehung zu ihrer neuen Stiefmutter. ‚Luise ... mit ihrer Sanftheit und Zuneigung zu Sophie ist unersetzlich', schrieb ihr Vater an Adolf." (Hvattum S. 204)

Wann und wie die Freundschaft der Familien Weber und Schirmer entstand, wusste die Biografin Hvattum auch auf Nachfragen nicht zu sagen. Eine mögliche Spur ergibt die online-Suche, demnach hat ein Prof. Strecker aus Christiania eine Natalie Weber, Tochter des Arztes Georg Weber in Gießen, 1852 geheiratet. Eine entsprechende Heiratsanzeige fand sich in der Gießener Zeitung (10.7.1852). Prof.

Adolf Strecker (1822–1871) ist in Gießen bekannt[38], er war Chemiker aus der Gießener Schule von Justus Liebig. Und Strecker war Professor in Christiania in den Jahren 1851–1860, kehrte nach Deutschland zurück und ging an die Universität Tübingen.

Damit ist eine Verbindung hergestellt. Beide Männer, Schirmer und Strecker, lebten zeitgleich in der norwegischen Hauptstadt, dürften sich in der dortigen deutschen Community kennengelernt haben, die laut der Schirmer-Biografin Mari Hvattum „eng gestrickt" war. Die beiden haben demnach Schwestern geheiratet, auch wenn 24 Jahre dazwischen lagen und Strecker zum Zeitpunkt von Schirmers zweiter Heirat längst gestorben war. Zudem war Streckers erste Ehefrau Natalie seinem Nachruf zufolge[39] bereits ein Jahr nach Eheschließung, nach der Geburt einer Tochter gestorben (1853). Ob das Kind überlebte, ist nicht überliefert.[40] Streckers zweite Ehe verlief glücklicher, sie bekamen drei Kinder; er starb 1871 überraschend, gerade mal 55 Jahre alt.

Ernst Schirmer zog also im Oktober 1883[41] mit seiner zweiten Frau Luise[42] nach Gießen, in ihre Heimatstadt. Gewohnt haben sie laut Adressbuch[43] in der Wetzsteingasse 48 I, im Haus ihres Bruders Dr. Hermann Weber. Mehr ist von seinem Aufenthalt in Gießen nicht bekannt.

Laut Biografin stellte er zwei weitere Gesuche auf Ehrenrente an den norwegischen Staat, beide wurden vom Parlament abgewiesen. Nach der zweiten Ablehnung im März 1884 reiste das Ehepaar zum letzten Mal nach Norwegen, verkaufte die beiden Wohnhäuser in St. Olavs Gate. Schirmer unterzog sich im gleichen Jahr noch einer Operation wegen Grauen Stars[44], verlor dabei ein Augenlicht. Im April 1886 erfolgte die dritte Ablehnung des Rentenantrags. Anfang Dezember 1887 starb Schirmer in Gießen. (Hvattum S. 220)

> „Die Nachrufe beschrieben seine Produktivität und sein Können, aber auch seine Herzlichkeit und Selbstlosigkeit. Im Ausland geboren und im Ausland

38 Siehe Wikipedia-Eintrag Adolf Strecker, dort diverse links u. Nachweise.

39 Allgemeine Deutsche Biographie, https://www.deutsche-biographie.de/sfz64749.html.

40 Ein interessantes Detail: die Todesanzeige für Schirmers Ehefrau Luise geb. Weber im Gießener Anzeiger (8.11.1917) wurde von einer Natalie Weber im Namen der Hinterbliebenen unterzeichnet. Wie auch immer der Verwandtschaftsgrad dieser Natalie W. ist, es macht deutlich, dass der Name von Luises älterer, jung verstorbener Schwester Natalie, in der Familie tradiert wurde.

41 Personenstandsregister, StdtAG.

42 Die französische Schreibweise Louise wurde offenbar in älteren u. offiziellen Einträgen genutzt, in Briefen und auf dem Grabstein ist es deutsche Schreibweise Luise. Was üblich war in dieser Zeit, auch bei anderen Vornamen wechselte die Schreibweise häufig (z.B. Carl und Karl, Louis und Ludwig).

43 Im Stadtarchiv Gießen.

44 Vielleicht bei seinem Schwager Dr.med. Adolph Weber (1829–1915), der seit 1855 in Darmstadt eine Niederlassung als Augenarzt und Operateur hatte, 1871–1897 dort eine Augen-Privatklinik führte. Er publizierte zahlreiche Schriften zu Augenkrankheiten. www.augenarztpraxis-darmstadt.de/home/historie/ .

gestorben, war Schirmer dennoch einer von ‚Norwegens besten Söhnen', so Verdens Gang. Er war ‚unverzichtbar für unsere nationale Wiederbelebung ... er kam zu uns als europäische Hilfe, stärker im Glauben und in der Energie, als wir ihn hier zu Hause hätten gebären können. Und was wäre aus uns geworden, wenn wir keine Europäer gehabt hätten?'" (Hvattum S. 213)

Für Gießen interessant ist der Hinweis der Biografin, dass Schirmers Grabstein vom Dürer-Verein errichtet wurde. Womit auch das künstlerische Porträttondo erklärt wäre, dessen Signatur sich bislang nicht zuordnen ließ. Ein Dürer-Verein ist in Gießen nicht bekannt und der Dürer-Bund wurde erst 1902 gegründet. Es dürfte sich um den überregional agierenden Albrecht-Dürer-Verein in Nürnberg handeln[45], dem viele andere Kunstvereine und renommierte Personen aus dem In- und Ausland beitraten. In einer Mitgliederliste von 1838[46] sind beispielsweise aufgeführt:

Christiania: Grosch, Architekt u. Linstow, von, Schloßbau-Intendant
Darmstadt: Kunstverein in Darmstadt u. Moller, Oberbaurath

Es ist naheliegend, dass auch die jeweiligen Schüler und Mitarbeiter bald Mitglied wurden, Schirmer als Mitarbeiter des norwegischen Schlossintendanten (Hans) von Linstow und Ritgen als Mitarbeiter des großherzoglich-darmstädtischen Hofbaurats (Georg) Moller. Ob Mitgliederlisten aus späteren Jahren existieren, ließ sich nicht klären.

Fazit: Hermann Ernst Schirmer, der berühmte Baumeister aus Christiania (= Oslo) in Norwegen, kam durch seine zweite Ehefrau auf den Gießener Alten Friedhof. Ihr Grabstein ist eine schlichte Namenstafel auf dem Boden, unterhalb seiner Grabstele.

Das Grab ihres Bruders Dr.med. Hermann Weber (gest. Juni 1891) und dessen Frau Amalie, geb. Brückmann (gest. Sept. 1906) befindet sich rechts daneben[47]. Das Grab des Vaters Dr. med. Georg Weber war laut Friedhof-Lagebuch etwas weiter aufwärts an der Wegecke, ist aber seit langem abgeräumt, d.h. es ist kein Grabstein mehr vorhanden. In der Gruft dazwischen sind weitere Personen mit Namen Schirmer genannt; eine verwandtschaftliche Zugehörigkeit ist unwahrscheinlich, in Gießen gab es mehrere Familien Schirmer. Aber es gibt Hinweise auf eine mögliche Bekanntschaft mit dem Gießener Architekten Hugo von Ritgen.

---

45 Lt. wikipedia-Eintrag 1818 gegründet, https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Kunstverein_Nürnberg&oldid=246370205.

46 Aus: Mitgliederverzeichniß des Albrecht-Dürer-Vereins zu Nürnberg, 1838, www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10678211?page=4,5.

47 Im Lagebuch Alter Friedhof, Gräberfeld VI, bei der Friedhofsverwaltung Gießen auf dem Rodtberg; ein Verzeichnis um 1970 herum erstellt, als bereits viele Grabsteine abgeräumt waren. Bei Ernst und Luise Schirmer ist noch eine Sidonie Schirmer, geb. Weber, aufgeführt, gest. 31.5.1882; diese konnte nicht identifiziert werden.



Abb. 23: Namenstafel Luise Schirmer, unterhalb des Grabsteins Ernst Schirmer; freigelegt u. fotografiert Apr. 2024, dkl



Abb. 24: Gegenüber von Ernst Schirmer und Luise Schirmer, geb. Weber: Grabstein ihres Bruders Dr. Hermann Weber und Ehefrau Amalie Weber, geb. Brückmann; dahinter mit Gitterrahmung die Familien Hof-Schirmer und Schirmer-Wehn; im Hintergrund rechts an der Südmauer die Grabstätte Carl Gail; Foto Apr. 2024, dkl

Sind Ritgen und Schirmer sich begegnet?

Es gibt deutliche Parallelen zwischen den Architekten Ritgen und Schirmer: Sie gehören zur gleichen Generation, haben fast zeitgleich in den 1830er Jahren studiert, wenn auch an verschiedenen Orten. Ihre Studienreisen hatten unterschiedliche Ziele: während Schirmer ganz klassisch nach Italien reiste, wählte Ritgen den Weg ins moderne Paris.

Der Berufsstart liegt bei beiden im Jahr 1838, wobei Schirmer von Anfang an im höfischen Umfeld arbeitete (Schlossbau), Ritgen zunächst im bürgerlichen Umfeld Gießens. 1845 wurde er mit der Restaurierung der Wartburg beauftragt, was ihm großes Renommee verschaffte und dann ebenfalls zu Aufträgen an Schlossbauten und Burgen führte. Das Bauen mit den neuen technischen Möglichkeiten unter Berücksichtigung der sozialen Fragen, etwa bei Industriebauten, hat Schirmer im Großen durchgeführt, Ritgen im Gießener Umfeld bei drei Tabakfabriken berücksichtigt.

Beide befassten sich mit (national-)historischen Themen und dem neuen denkmalpflegerischen Ansatz, Ritgen bei der Wartburg, Schirmer beim Nidaros-Dom. Hier war Ritgen der langjährig Ausführende, während es bei Schirmer in der Planung blieb. Ein weiteres, offenbar zeitgeistiges Thema, war das Bauen im „Schweizer Stil", wofür Ritgens Schweizer Haus im Gail'schen Park in Rodheim bekannt



Abb. 25: Das Schweizer Haus im Gail'schen Park in Rodheim (Gem. Biebertal), Architekt Hugo von Ritgen, Baujahr 1880, Bauherr Carl Gail; Foto 2014, dkl

ist. Schirmer hat mehreren Villen in Norwegen gebaut, wofür er gerühmt wurde und womit er sich offenbar auch theoretisch bis ins Alter befasste.

Der Gedanke ist also naheliegend, dass sich die Wege der beiden Architekten im realen Leben gekreuzt haben, immerhin lebten beide in den Jahren 1883–1887 in Gießen. Die Kuratorin der Ritgen-Ausstellung, Dr. Yvonne Rickert, entdeckte im Ritgen-Nachlass in der Wartburg-Stiftung handschriftliche Notizen Hugo von Ritgens[48], in denen er einen Briefwechsel zwischen Ernst Schirmer und Carl Alexander, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, exzerpiert hatte.

Schirmers erster Brief datiert vom 9. Okt. 1882 in Christiania, also geschrieben im Jahr vor seinem Umzug nach Gießen. Sein zentrales Thema war demzufolge die „alte Holzarchitektur", die er als kulturhistorische Aufgabe der Architekturforschung bezeichnet. Aus dem Brief geht hervor, dass in Norwegen eine „Gesellschaft für die Bewahrung Norwegischer Alterthümer" existiert. Zum Brief gehören auch Verzeichnisse über Lexika zu nordischen, Schweizer und süddeutschen Holzbauten. Schirmer möchte die Wege erforschen, auf denen die Bauweisen nach Norwegen kamen und schreibt: „Wünschenswerth ist eine Verbindung mit deutschen Architecten zu gemeinsamen Forschungen."

Weiter fragt er nach dem Riß (=Planzeichnung) eines Zimmers auf der Wartburg, das für das Verbringen von Renaissance-Möbeln vorgesehen sei. Ritgens kritische Anmerkung dazu: „… kaum möglich, da die Spätrenaissance eigentlich nicht auf die Wartburg gehört."

Mit einem weiteren Schreiben vom 16.10.1882 sendet Schirmer Fotografien von geschnitzten Bauteilen norwegischer Architektur und von Gegenständen aus der Universitätssammlung Christiania.

Ritgens Auszüge aus dem Antwortschreiben des Großherzogs am 2.12.1882 enthält folgende Passage: „Genehmigt den Beitritt zum Alterthums-Verein[49]. Im Geiste des aus der Vorzeit Überlieferten ist schon weiter zu arbeiten und die Nationalität zu pflegen. Zeichenschulen. Gemeinsame Aufgabe der Fachmänner." Daraus lässt sich schließen, dass Schirmer um die Aufnahme in den Verein für thüringische Geschichte und Altertumskunde gebeten hatte. Die Notiz ‚Zeichenschulen' weist auf ein weiteres Thema hin, das beide Länder tangierte.[50] Vielleicht strebte Schirmer auch hier einen Austausch an oder es war schlicht ein Verweis auf ähn-

48 Ich danke Dr.Yvonne Rickert für die Durchsicht des Beitrags, für den Hinweis auf Ritgens Notizen (Wartburg-Stiftung Eisenach, Archiv, R-Hs 708) und deren Transkript sowie ihre Überlegungen samt Hinweisen zu Ritgen und Schirmer, die hier eingeflossen sind.

49 Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach hatte den Verein 1852 gegründet und ihn mit der Erhaltung der Denkmäler beauftragt. Vgl. dazu Jutta Krauß, Die Bedeutung des Großherzogs Carl Alexander in der thüringischen Denkmalpflege des 19. Jahrhunderts, in: Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach. Erbe, Mäzen und Politiker, Lothar Ehrlich u. Justus v. Ulbricht (Hg.), Köln 2004, S. 229–245, hier S. 236.

50 In Christiania (Oslo) war 1818 die königliche Zeichenschule gegründet worden. In Weimar gab es schon seit 1776 die Fürstliche freie Zeichenschule, gegründet von Carl August, und ab 1860 die von Carl Alexander ins Leben gerufene Großherzoglich-Sächsische Kunstschule.

liche Interessenlagen. Immerhin ist für diese Zeit eine Begeisterung für Norwegen und nordische Malerei zu registrieren.[51]

Leider ließ sich nicht klären, ob sich Schirmer nach seinem Umzug nach Deutschland hier wirklich eingebracht hat, sei es in Hessen oder in Thüringen. Vielleicht war er schlicht zu krank dafür, die schwindende Sehfähigkeit dürfte ihn stark eingeschränkt haben. Aus der Biografie wird zudem deutlich, dass er finanziell nicht mehr gut gestellt war. Ebenso wenig ließ sich bislang klären, welche Bedeutung die Familie seiner Frau (Weber) in Gießen hatte. Aber vielleicht bieten die hier aufgeführten Funde die Möglichkeit für weitere Recherchen.

51 Hinweis Prof. Hendrik Ziegler, Marburg; Vgl. Hendrik Ziegler, Die Kunst der Weimarer Malerschule. Von der Pleinairmalerei zum Impressionismus, Weimar u.a. 2001, S. 204, 239.

Von Elend bis Knappheit[1]

Stall, Scheune, Kochtopf und Geldbeutel hessischer Bauern um 1880

Stefan Prange

Einleitung

Dieser Aufsatz verfolgt das Ziel, Einblicke in das hessische Dorf im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu geben. Dessen ökonomische, soziale, landwirtschaftliche und polititsche Verhältnisse sind uns heute völlig fremd. Auf den ersten Blick erscheint das verwunderlich, liegen doch nur wenige Generationen zwischen den zu beschreibenden Verhältnissen und uns Heutigen und sehr viele von uns stammen von Dorfbewohnern ab. Mir aber scheint es, dass diese dörflichen Verhältnisse von allen ökonomisch und emotional abgestreift worden sind, die ihnen in der ersten Generation über den Wandel zunächst in gewerbliche Arbeit und zwei Generationen später in den Bildungsaufstieg entgehen konnten.

Wir müssen uns den dörflichen Verhältnissen nähern wie ein Ethnologe einer bisher wenig beschriebenen Ethnie in einem entlegenen Weltteil. Die Ethnologie würde sich der Feldforschung und dabei der Teilnehmenden Beobachtung bedienen, in der die Forschenden so intensiv wie möglich in das Leben der Ethnien-Angehörigen einzutauchen versuchen.

Ausgehend von den wenigen verfügbaren allgemeinen statistischen Daten (Anzahl der Menschen, Verteilung der Tätigkeiten usw.) würde man versuchen, für die Detailuntersuchung der Lebensverhältnisse typische Kleingruppen (Familien) zu finden, um anhand der Untersuchung von deren Lage auf die Lage der ganzen Ethnie schließen zu können. Dabei wäre sicherzustellen, dass die Untersuchten nach sozialem Status, Tätigkeit, ökonomischem Erfolg usw. einen hinreichenden Teil der Ethnie repräsentieren können; man nennt das eine der Fragestellung angemessene Ziehung der Stichprobe. Ziehung heißt es, weil die Stichprobe eigentlich zufällig aus einem Pool gezogen werden müsste.

Das Kernproblem solcher Untersuchungen ist daher, die Typisierung angemessen zu treffen und Gesellschaftsmitglieder zu finden, die sowohl diesem Typ entsprechen als auch bereit sind, den Forschenden ihr Leben offenzulegen.

Im Folgenden soll über das bäuerliche Dorf in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg im Großherzogtum Hessen („Hessen-Darmstadt“) anhand einer Untersuchung auf dem in den 1880er Jahren aktuellen Methodenniveau – genannt

1 Erweiterte Fassung des Vortrags unter gleichem Titel, der am 20. 3. 2024 beim Oberhessischen Geschichtsverein Gießen gehalten wurde. Dieser Aufsatz ist so angelegt, dass er ortshistorisch Aktiven verschiedene Ansatzpunkte für eigene Forschungen in ihren lokalen Archiven bieten soll. Daher sind die Fußnoten entsprechend ausführlich.

Enquete – berichtet werden.[2] Die Anwendung dieser Methode auf das Großherzogtum beschrieb den Untersuchungsgegenstand „Zustand des kleinen [d.h. bäuerlichen] Grundbesitzes" anhand von möglichst detaillierten Einblicken in einzelne der ca. 500 Dörfer des Großherzogtums.

Dazu wurden in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg je 10 Dörfer, in der Provinz Rheinhessen 5 Dörfer untersucht, und je Untersuchungsdorf meist drei typische „kleine" Bauernwirtschaften portraitiert, die man etwa charakterisieren kann als je eine Tagelöhner-(Nebenerwerbs-)wirtschaft, einen kleinen Familienbetrieb und einen Familienbetrieb mit Fremdarbeitskräften. Betriebe mit einer Fläche von weniger als 0,5 ha und mehr als 20 ha wurden nicht behandelt – das war die Vorstellung von „kleinem Grundbesitz".

Ob die ausgesuchten Dörfer typisch, also repräsentativ waren, können wir heute nicht mehr feststellen, da die Informationen zu Auswahlprozess und -kriterien verloren gegangen sind. Außerdem dürfen wir zweifeln, ob die drei Betriebe je Dorf zufällig ausgesucht – wie es methodisch angemessen gewesen wäre – und überhaupt repräsentativ waren, weil wir annehmen müssen, dass kein Betroffener und niemand der beteiligten Autoritäten – zu deren Rolle unten mehr – einen Betrieb porträtiert sehen wollte, der in Betriebsorganisation und Betriebsergebnis nicht vorzeigbar erschien[3].

Gleichwohl versuchen wir eine Beschreibung der Lage der Landwirtschaft im Großherzogtum[4] anhand dieser Quelle, weil wir keine bessere haben. Dieser Aufsatz befasst sich allerdings nur mit den bäuerlichen Verhältnissen in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg.

---

2 Für die Durchführung von Enqueten gab es eine Anleitung: Das Verfahren bei Enqueten über sociale Verhältnisse – Drei Gutachten, Leipzig 1877 = Schriften des Vereins für Socialpolitik XIII. Digitalisiert mit beschränktem Zugriff unter https://www-wiso-net-de.ezproxy.uni-giessen.de/document/DUHE__978342857260169 .

3 Mit den Angaben der Enquete und Unterlagen aus dem entsprechenden Ortsarchiv sollten sich manche Betriebe deanonymisieren und mit weiteren vorliegenden Informationen verknüpfen lassen; besonders interessant erscheint, ob die manchen Betrieben zugeschriebene mangelnde Zukunftsfähigkeit tatsächlich eingetreten ist.

4 Im letzten Drittel des 19. Jh. war das Großherzogtum Hessen einer der Gliedstaaten des 1871 errichteten Deutschen Reiches. Das Großherzogtum bestand aus den beiden Provinzen Oberhessen mit dem Sitz der Provinzregierung Gießen und der Provinz Starkenburg mit Darmstadt. Die beiden Provinzen hingen nicht zusammen und waren vielfach durch früher autonome Herrschaftsterritorien von Adeligen, Klöstern usw. durchsetzt, die erst einschließlich der Rechtsverhältnisse mühsam in den Gesamtstaat integriert werden mussten. Seit 1816 gehörte die Provinz Rheinhessen – gelegen jenseits des Rheins – mit der Hauptstadt Mainz hinzu. Hier herrschten vielfach andere Bedingungen und Rechtssysteme, da das Territorium 10 Jahre zur Französischen Republik gehört hatte.

Die landwirtschaftlichen Betriebe des Großherzogtums im Überblick

Ein erster Eindruck von den beträchtlichen ökonomischen – und daraus folgend sozialen – Unterschieden kann gewonnen werden anhand einer Statistik der Größe landwirtschaftlicher Betriebe im Großherzogtum im Jahre 1882.[5]

***Tabelle** 1: Anteil der Betriebe nach Flächengrößenklassen und dem von ihnen bearbeiteten Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen – alle Werte in v.H. (Quelle: Betriebsstättenzählung 1882) im Vergleich zu der in der Enquete betrachteten Größenspanne*

Flächengrössen-klasse	Starkenburg		Oberhessen		Spanne und Gruppierung in der Enquete
	Zahl der Eigentümer	bewirt-schaft. Fläche	Zahl der Eigentümer	bewirt-schaft. Fläche	
über 0 bis unter 0,2 ha	14,0	0,5	13,4	0,35	
0,2 ha bis unter 1 ha	34,3	6,4	24,2	3,0	Ab 0,5 bis unter 1 ha
1 bis unter 2 ha	16,2	8,4	13,3	4,6	
2 bis unter 5 ha	20,4	23,7	24,0	19,3	
5 bis unter 10 ha	9,6	23,7	15,7	26,4	
10 bis unter 20 ha	4,4	21,9	15,7	24,6	
20 bis unter 50 ha	0,9	9,2	7,5	10,8	
50 bis unter 100 ha	0,1	2,2	0,2	3,8	
100 ha und mehr	0,1	0,2	4,0	8,0	
Summe	100	100	100	100	

Der größte Anteil der Betriebe lag in der Spanne von Ein qm bis 1 ha mit 48,3 % (Starkenburg) bzw. 37,6 % (Oberhessen). Es handelte sich um reine Nebenerwerbsbetriebe (es sei denn es wurde eine Sonderkultur wie Wein betrieben). Familienbetriebe – die kleinen i.d.R. nur mit Nebenerwerb lebensfähig – von 1 – 5 ha machten mit 36,6 und 37,3 % einen weiteren großen Anteil aus. Große Familienbetriebe von 5 bis 20 ha z.T. mit Fremdarbeitskräften hatten einen Anteil von 14 und 31,4 %. Großbetriebe mit über 20 ha Fläche, die ganz auf Fremdarbeitskräfte angewiesen sind, umfassten 1,1 bzw. 11,7 % der Betriebe.

Die von diesen Gruppen bearbeitete landwirtschaftliche Nutzfläche war deutlich anders verteilt: Großbetriebe hatten 11, 7 bzw. 22,6 %, große Familienbetriebe 45,6

5 Als Teil der Volks- und Betriebsstättenzählung 1882 wurde veröffentlicht: Die landwirthschaftlichen Betriebe des Großherzogthums Hessen am 5. Juni 1882, in: Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen, 33. Band, Heft 1, Darmstadt 1890, hg v. d. Großherzoglichen Centralstelle für Landesstatistik. Daten entnommen S. III, Gruppierung zusammengefasst v. Vf.

bzw. 51 %, kleine Familienbetriebe 32,1 und 37,3 % und Nebenerwerbsbetriebe etwa 5 und 2 % der Fläche in Bearbeitung.

Die Enquete schnitt aufgrund ihrer Aufgabe, die Situation des „kleinen Grundbesitzes" aufzuklären, ihren Berichtsbereich anders zu: Sie untersuchte Betriebe zwischen 0,5 ha und 20 ha. Diese Untergrenze unterschritt sie nie. Betriebe über 20 ha berichtete sie zwar in den Ortsstatistiken über die Verteilung des Bodens, diese Betriebe wurden aber nicht – oder nur in Ausnahmefällen – in die Betriebsportraits aufgenommen.

***Tabelle 2:** „Kleiner Grundbesitz" als Untersuchungsgestand der Enquete mit Betriebsgrößenklassen zwischen 0,5 und 20 ha. Anzahl der Betriebe nach Größenklassen und von ihnen bearbeiteter Bodenanteil in % in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen. (Die Größenklassen sind die der Enquete. Quelle für die Werte ist die Betriebsstättenzählung. Der Wert für die Größenklasse 0,5–1 ha ist vom Vf. geschätzt.)*

Größenklassen in ha	Betriebe Starkenburg	Oberhessen	Stb %	Ohe %	Fläche Stb	Ohe	Stb %	Ohe %
0,5–1	11250	8000	29,7	23,8	5771	3230	5,0	2,6
1–2	8515	5647	22,5	16,8	12118	8071	10,6	6,0
2–5	10718	10155	28,3	30,2	34118	33534	29,8	25,1
5–10	5037	6640	13,3	19,8	31010	46020	27,1	34,4
10–20	2303	3136	6,1	9,3	31450	42882	27,5	32,1
	37823	33578	100,0	100,0	114467	133737	100,0	100,2

Grob kann man schlussfolgern, dass in der Enquete die Größenklasse von 0,5 bis 2 ha, in der die Betriebe fast nur Nebenerwerbsbetriebe sein konnten, zu 52 % (Starkenburg) bzw. 41% (Oberhessen) vertreten war, von der aber nur 16 % bzw. 9 % der landwirtschaftlichen Fläche bearbeitet wurde.

Die Gruppe der Betriebe mit 2–5 h, die eine Familie ernähren konnten, wenn die naturräumlichen Umstände nicht extrem schlecht waren, machten 28 bzw. 30 % aus und bearbeiteten 30 bzw. 25 % des Bodens.

Familienbetriebe mit 5–10 ha, die im oberen Flächenbereich auch schon Fremdarbeitskräfte beschäftigen konnten, umfassten 13 bzw. 20 % der Betriebe, die 27 bzw. 34 % der Fläche in Kultur hatten.

Lohnarbeitsbetriebe mit 10 bis 20 ha Betriebsfläche stellen 6 bzw. 9 % der Betriebe, die allerdings 28 bzw. 32 % der Fläche bewirtschafteten.

An dieser Stelle muss auf einen möglichen Fehler der Interpretation der folgenden Daten hingewiesen werden: Wenn in der Enquete je Dorf ein Nebenerwerbs-, ein Familien- und ein Lohnarbeitsbetrieb untersucht wurde, würde Repräsentativität für die beiden Provinzen erreicht, wenn diese Betriebe zu je einem Drittel in der Realität vorkommen würden. Das ist offenkundig nicht der Fall. In der Realität werden die Nebenerwerbsbetriebe ungefähr doppelt so hoch vertreten sein wie in der Betriebsstichprobe der Enquete. In der Untersuchung sind also die Nebenerwerbsbetriebe

mit etwa dem Faktor 2 unterrepräsentiert, während die Lohnarbeitsbetriebe mit dem Faktor 3 überrepräsentiert sind. Nur mit diesen Korrekturfaktoren lässt sich daher von den Ergebnissen der Enquete annähernd auf die beiden Provinzen schließen.

Einblick in die bäuerlichen Verhältnisse am Beispiel des Dorfs Beuern

Um noch vor der erforderlichen Quellenbeschreibung und -kritik die Aussagemöglichkeiten über die Landwirtschaft anhand der Enquete zu verdeutlichen, stelle ich Ihnen das Dorf Beuern anhand dieser Quelle vor.



Abb. 1: Parzellenkarte der Gemarkung Beuern für die erste Fluraufnahme 1843, Auswahl der Fluren für den Ortskern[6]

In der Enquete[7] aus dem Jahr 1884 wird das Dorf Beuern (heute zu Buseck im Kreis Gießen)[8] wie folgt charakterisiert:

Beuern hatte meist geringwertige Ackerböden, aber potentiell gute Wiesen in den Bachauen. Es gab 1000 Einwohner in 230 Haushalten, davon 175 landbesitzende Haushalte mit folgender Größenverteilung: 22 % der Betriebe bewirtschafteten eine Fläche unter einem ha, 65 % hatten zwischen einem und fünf ha, und 19 % gehörten in die Größenklasse von fünf bis 20 ha. Unter den Landbesitzern waren 28 % ausschließlich Landwirte, 18 % zusätzlich Tagelöhner und 54 % übten eine zusätz-

6 HStAD, P 4, Nr. 3846; Montage: Gemeindearchiv Buseck, Abdruck mit dessen Genehmigung.
7 Zu Einzelheiten der Enquete siehe Anm. 26.
8 Enquete, Bericht zu Beuern in Bd. 2, 1. Teil, 7. Bericht.

liche gewerblich Tätigkeit aus – das konnte ein Handwerk, ein Geschirrhandel oder eine Tätigkeit in einer weit entfernten Metropole sein.

Der Tagelohn – eine wesentliche Messgröße in dieser Untersuchung – betrug für einen Mann in der Landwirtschaft während des Sommers dann 0,70 Mark, wenn er in die Tagesverpflegung der Bauernfamilie einbezogen war, und 1,50 M, wenn diese entfiel. Er konnte im Steinbruch bis 2 M verdienen. Die Gelegenheiten zum Tagelohn ergaben sich meist nicht das ganze Jahr über.

Wie in dieser Enquete üblich werden auch in Beuern drei Bauernwirtschaften im Detail vorgestellt, deren wirtschaftliche Portraits[9] hier stark verkürzt wiedergegeben werden.

Der Familienbetrieb in Beuern mit wenigen zusätzlichen Arbeitskräften, der ca. 8 ha bewirtschaftete, ernährte eine Familie mit acht Personen, von denen fünf im Betrieb und Haushalt arbeiteten. Der Verkehrswert der Nutzfläche betrug 11.000 Mark, der Gebäude-Neubauwert (laut Feuerversicherungsbuch) 7.000 Mark. Der Betrieb hielt an Vieh 2 Ochsen für die Ackerarbeit, 2 Kühe, mit denen auch gefahren wurde, die Nachzucht der Kühe, wenige Schweine für den Eigenbedarf, wenige Schafe, einige Hühner. Der Gesamtwert der Tiere betrug 1.500 M, der Wert einer Kuh ca. 240 M. Die Betriebsmittel – Wagen, Pflug, Egge usw. – waren 450 M wert, das Umlaufkapital (die Vorräte an Heu, Stroh, Getreide) wurden im Jahresschnitt auf 700 M geschätzt. Der Wohnungseinrichtung gab man mit nur 65 M wenig Wert.

Die Erträge waren schmal: Je Kuh wurden ca. 1.100 l Milch je Jahr ermolken, die Roggenernte erbrachte ca. 1.400 kg / ha, die Kartoffelernte ca. 10.000 kg / ha. Der Geldwert der Gesamterträge aus Acker und Wiesen betrug 4.000 M, davon wurden für Viehfutter ca. 1.500 M und für Saatgut ca. 300 M verwendet; für die Familienernährung wurden dem Betrieb Produkte im Umfang von 1.750 M entnommen.

Der Betrieb hatte Einnahmen aus dem Verkauf von Getreide, Rindvieh, Butter usw. von 900 M, also fast einem Viertel der Gesamterträge. Dem standen Ausgaben von insgesamt 1.350 M gegenüber, davon für Steuern und öffentliche Abgaben 150 M, für Tagelöhne für das Getreidedreschen 170 M, für Unterhaltung der Familie 230 und für Kauf von Kleidung von 300 M. Für 190 M wurden Nahrungsmittel (Kaffee, Salz usw.) eingekauft. Die Familie beanspruchte also insgesamt 2.147 M. Die Geldrechnung ergab ein jährliches Minus von 450 M. Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals war – wenn die Familie rechnerisch zu Tagelöhnerpreisen gearbeitet hatte – knapp Null. Festzuhalten ist, dass auch ein solcher Betrieb ganz zu förderst ein Subsistenzbetrieb war, er also die Nahrungsmittel für die Eigentümerfamilie bereitstellen sollte; seine Marktbeziehungen traten dagegen zurück.

Als zweiter Betrieb wird ein kleiner Familienbetrieb von 2,6 ha mit zusätzlicher Saisonarbeit des Mannes vorgestellt, der 3 Personen zu versorgen hatte. Seine fast ausschließliche Leistung war das Erwirtschaften eines Großteils der Nahrungsmittel für die Familie. Darüber hinaus hatte er Einnahmen von 300 M aus Weizen- und

9 Enquete, Bericht zu Beuern, S. 19 ff.

Butterverkauf und aus 45 Tage Waldarbeit des Mannes im Winter. Seine Ausgaben betrugen demgegenüber 600 M. Der Betrieb war nicht rentabel. Er war außerdem erheblich verschuldet: Bei einem Eigentumswert (Land, Gebäude, Vieh, Umlaufkapital) von 7.000 M hatte er 1.300 M Schulden, die zu 5 % zu verzinsen waren und für die 20 % Tilgung erforderlich war. Die Kapitalkosten betrugen jährlich 370 M. Das Gesamtminus des Betriebs je Jahr betrug also mit 670 M etwas mehr als die jährlichen Gesamteinnahmen. Der Kapitaldienst war aus den Einnahmen nicht zu leisten, sondern konnte nur durch zusätzliche Schulden aufgefangen werden. Diese Spirale nach unten würde sich daher in jedem Jahr schneller drehen müssen. Bei gleichbleibenden Umständen musste der gesamte Besitz in ca. 6 Jahren aufgebraucht sein.

Noch viel prekärer war die Lage eines Tagelöhnerbetriebs mit der Fläche von 1 ha, der 5 Personen, davon 3 Kinder, versorgen sollte. Der Mann arbeitet dauerhaft als Tagelöhner außerhalb. Der Tagelohn brachte 400 M jährlich. Da die Leistung des Betriebes das Erwirtschaften eines Teils der Nahrungsmittel für die Familie war, erzielte er nur jährliche Einnahmen von 100 M aus dem Verkauf von Butter und einem Kalb. Den Jahreseinnahmen von 500 M standen Kosten von 612 M gegenüber, die aufzuwenden waren für Steuern, für den Zukauf von Nahrungsmitteln und für die Bezahlung von Bestellarbeiten auf den Äckern, die an gespannführende Betriebe vergeben waren. Die übrigen betrieblichen Arbeiten erledigte die Ehefrau. Während der Wert aller Eigentumsformen mit 3.350 M angegeben wird, hatte der Betrieb Hypothekenschulden von 1.500 M, die zu 5% verzinst, aber nicht getilgt wurden und Mobiliarschulden (Schulden, die nicht mit Immobilien gesichert sind) von 500 M, die zu 6 % verszinst und innerhalb von 5 Jahren getilgt werden mussten. Die Kapitalkosten waren daher 200 M. Der Betrieb hatte also eine laufende Unterdeckung von 312 M jährlich, die sich jährlich steigerte, weil die zusätzlichen Kredite für den Ausgleich der Einnahmelücke mindestens verzinst werden mussten, solange die Gläubiger der Umwandlung ihrer Schulden in Hypotheken zustimmten. Auch dieser Betrieb konnte nur noch wenige Jahre überleben.

Das Problem der Verschuldung anhand der Daten aus Beuern

Die Verschuldung der Bauern kann am Beispiel des Dorfes Beuern systematisch betrachtet werden. Als Quellen der Verschuldung galten zur Zeit der Enquete: Schulden auf Grund von z.T. lange zurückliegenden Erbfällen (Auszahlungsnotwendigkeit von Miterben, die nicht mit Flächenenteilen abgefunden worden waren), Versuche, den Betrieb mittels Landkauf zu vergrößern, Kredite, um Minuserträge des Betriebs auszugleichen, Krankheit von Mensch und Tier, Hagelschlag, Missernten und auch Misswirtschaft.

Es gab drei Kreditformen: Erstens die Hypothekenkredite, die durch Immobilien gesichert waren. Diese wurden zu 5 % verzinst, aber nicht getilgt. Die Verträge liefen nur über wenige Jahre und waren auch in dieser Laufzeit kündbar und mussten am Ende der Laufzeit zu neuen Bedingungen verlängert werden. Zu den Hypothekenkrediten gehörten auch die „Kaufschillinge“, mit denen die Kosten

beim Kauf von Land kreditiert wurden. Zweitens gab es die sogenannten Mobiliar- oder Personalkredite, also solche, die nicht durch Immobilien, sondern durch Vieh, Vorräte, Hausrat usw. (also Bewegliches) gesichert waren. Diese dienten als Betriebsmittel- und Konsumkredite, wurden idR. zu 6 % verzinst und hatten 5 Jahre Laufzeit. Sie waren in dieser Zeit zu tilgen. Da das in der Mehrzahl der Fälle nicht gelang, wurden Überziehungszinsen, Verlängerungsgebühren usw. fällig, bis der aufgelaufene Betrag in eine Hypothek umgewandelt wurde; manche Gemeinden haben zeitweise die Bürgschaft für Mobiliarkredite übernommen, die einzelne Gemeindemitglieder aufnahmen. Die dritte Form waren die Kredite auf dem ganz ungeregelten grauen Privatmarkt, die vielleicht am besten mit heutigen „Krediten ohne Schufa" vergleichbar wären.

Im Zusammenhang mit den Mobiliarkrediten ergab sich eine Einnahmemöglichkeit für Besitzende, indem sie – gegen Geld – Bürgschaften stellten und außerdem die Chance hatten, im Falle eines Scheiterns des Gläubigers zwar für den Kredit geradestehen zu müssen, aber die gestellte Sicherheit übernehmen zu können.

Der Druck, Land zu kaufen, ist erklärbar durch das Missverhältnis von landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb und Familiengröße. Wegen unzureichender Produktion von Lebensmitteln für die Familie versuchten die kleinen Bauern, ihren Betrieb zu vergrößern, was zu Bodenpreisen führte, die jeglichen Bezug zu den erwartbaren Erträgen vermissen ließen und daher auch nicht mit den Erträgen, die eine neu hinzugewonnene Fläche brachte, kompensiert werden konnten.

Bei einer Beurteilung der Verschuldung ergibt sich das Problem, dass nur über den Anteil der Verschuldung berichtet werden kann, der in den örtlichen Hypothekenbüchern vermerkt oder der bei Darlehenskassen, deren Verfahren transparent waren, aufgenommen worden sind. Die „grauen Kredite" wurden zusätzlich bei Privaten aufgenommen. Über die haben beide Seiten in der Regel Stillschweigen bewahrt, und zwar sowohl über die Höhe als auch über die Bedingungen (Zinshöhe, Disagio, Provision, Verlängerungskosten, Zusatzzinsen bei Überziehen der Zahlungsziele, Kündigungsbedingungen, zu stellende Sicherheiten bzw. Bürgen und deren Kosten, erforderliche Folgegeschäfte usw.). Konnte der Gläubiger dem Schuldner aufgrund dessen ökonomischer Situation hinreichend Druck machen, konnte er auch grob unfaire Bedingungen durchsetzen. Das im Jahr 1880 im Reich verabschiedete Wuchergesetz[10] hat womöglich besonders krasse Auswüchse abstellen können.

10 Gesetz, betreffend den Wucher, Reichsgesetzblatt 1880, Nr. 10, S. 109. Das Gesetz änderte den § 302 des Strafgesetzbuchs dahingehend, dass „die Ausbeutung einer Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit" mit der Folge eines auffälligen Missverhältnisses zwischen Vermögensvorteilen des einen und der Leistung des anderen zu einer Strafe wegen Wuchers führt. Außerdem wurden als zivilrechtliche Folge eines Wuchergeschäfts festgelegt, dass dieses als von vorn herein unwirksam zu betrachten und daher die bisherigen Leistungen beider Seiten rückabzuwickeln seien. Das mochte für den Bewucherten zunächst befriedigend sein, es ist aber zu befürchten, dass er als Bewerber für graue Kredite in der folgenden Zeit nirgendwo mehr zum Erfolg gekommen sein wird.

Wer auf dem Weg in die Verschuldung war, konnte sich jedenfalls durch den Ertrag landwirtschaftlicher Produktion nicht daraus befreien. Das machen folgende Daten zu Beuern aus der Enquete deutlich[11]: Alle Kleinstbesitzer in Beuern waren zusammen zu 22 % ihrer Grundstücks- und Gebäudewerte offiziell verschuldet. Für alle Nur-Landwirte war die Verschuldungshöhe 44 %, für alle Tagelöhner mit Landwirtschaft lag sie bei 39 %. Damals wurde geschätzt, dass – von sehr fruchtbaren Bedingungen abgesehen – je Hektar Ackerland ungefähr 2 % Überschuss zwischen Aufwand und Ertrag zu erwarten war, also der 4 %- Zins für eine Hypothek auf einen Hektar nur von dem Ertrag von zwei Hektaren zu tragen war. Mit jedem Kredit wurde die Ertragsspanne des Betriebs immer schmaler. Von Investitionen konnte somit keine Rede sein.

Hierzu berichtete der Enquete-Kommissar für die Gemeinde Wenings (heute zu Gedern im Wetteraukreis), zur Kreditlage im Ort gäbe es nichts Ungewöhnliches, wenn auch die Gemeinde wegen „unliebsamer Erfahrungen" die Bürgschaft für Personal- bzw. Mobiliarkredite eingestellt habe. Er vermutete, dass die Angebote von Personalkredit von Privaten zahlreich und der Umfang der genommenen Kredite angesichts „der Leichtigkeit, mit welcher Schulden gemacht werden können" hoch sei. „Wie die Landwirthe aus denselben je herauskommen werden, namentlich bei den jetzigen geringen Getreidepreisen, bei den gestiegenen Abgaben, ist dem Referenten ganz unerfindlich, es sei denn, dass ein ganz anderer Geist der Ordnung, der Rührigkeit, ein ganz anderes Bestreben nach verbesserten Maschinen, nach besserer Cultur, namentlich Anwendung von künstlichem Dünger, nach Zusammenlegung der Grundstücke über die Leute komme!"[12]

Die Landlosen im Dorf

Der Bericht über die Struktur eines Dorfes wäre unzureichend, wenn die Gruppe der landlosen Familien übersehen würde; diese Gruppe ist aber nicht Gegenstand der Enquete. Zur Annäherung an eine Aussage über die Landlosen kann eine hochdetailliere, allerdings sehr punktuelle Quelle herangezogen werden: Der junge Soziologe Schnapper-Arndt hat zufällig ca. 1875 die Dörfer, die heute den Ort Schmitten im Taunus[13] bilden, kennen gelernt und diese untersucht.[14] Besonders eindrucksvoll sind die Portraits einzelner Familien, darunter eines der Chausseearbeiter-

11 Enquete, Bericht zu Beuern, S. 12.

12 Enquete, Bericht zu Wenings, S. 9.

13 Diese Dörfer gehörten nicht zum Großherzogtum, sondern ursprünglich zur Reichsritterschaft Reifenberg, von dort kamen sie zu Nassau, von dort zeitgenössisch zu Preußen.

14 Gottlieb Schnapper-Arndt: Fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus – eine socialstatistische Untersuchung über Kleinbauernthum, Hausindustrie und Volksleben, Frankfurt 1883 (Hg. Schmoller). URN: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hebis:30-1092795 .
Für historische Arbeit ist nur die Originalausgabe brauchbar. Die zweite, von Neumann besorgte Auflage (Bonn 1963) will die Arbeitsweise von Schnapper-Arndt deutlich machen und zitiert das Originalwerk nur lückenhaft.

familie[15], die aus 5 Personen, davon 3 Lohnarbeitern (Vater und 2 Heranwachsende), einer kleinen Tochter und der schwangeren Mutter bestand. Die Familie war landlos nach Landverkauf durch Überschuldung geworden. Vorher war der Vater Nagelschmied, ein im Vordertaunus verbreitetes, aber durch die Industrialisierung des Wirtschaftszweigs eingegangenes Heimgewerbe. Die Ernährung dieser Familie bestand ganz überwiegend nur aus 3.000 kg Kartoffeln und 1.400 kg Brot im Jahr.

Methodisches: Enqueten als Zugang zur Realität

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. war die z.T. trostlose Lage der kleinen Landwirtschaften im ganzen Deutschen Reich unübersehbar. Daher haben die Verwaltungen sowohl des Reichs als auch verschiedener Gliedstaaten Untersuchungen zur Situation der kleinen Landwirtschaften angestellt. Zu nennen sind hier

- Volks- und Betriebsstättenzählungen des Reiches (erstmals 1882, dann im zehnjährigen Abstand), die nach einheitlichem Muster in den Gliedstaaten durchgeführt wurden. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse zusammenfassend im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich[16] und im Detail in den statischen Berichten des jeweiligen Gliedstaats, so auch für das Großherzogtum Hessen[17].
- Reichsweite Informationssammlungen zu aktuell drängenden Themen durch Aufsätze von Sachkundigen aus den verschiedenen Regionen des Reiches, die vom Verein für Socialpolitik initiiert wurden:
  - Bäuerliche Zustände in Deutschland (1883)[18]
  - Wucher auf dem Lande (1887)[19]
- Empirisch orientierte Untersuchungen in einzelnen als charakteristisch angenommenen Dörfern im
  - Großherzogtum Baden[20]
  - Königreich Preußen[21]
  - Großherzogtum Hessen.

---

15 Schnapper-Arndt, S. 245 ff. (Anlage 7); zur Ernährung der Familie S. 260 ff.

16 Jährlich ab 1880, https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00143490.

17 Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, hrsg. von der ghzl. Centralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt, jährlich mehrere Hefte.

18 Bäuerliche Zustände in Deutschland – Berichte, veröff. v. Verein für Socialpolitik, Leipzig 1883 [in 3 Bänden] = Schriften d. V f S Bd. XXII; http://www.jstor.org/stable/jj.22362048.

19 Wucher auf dem Lande – Berichte und Gutachten, veröff. v. Verein für Socialpolitik, Leipzig 1887 = Schriften d. V f S Bd. XXXV, http://www.jstor.org/stable/jj.22361989.

20 Erhebungen über die Lage der Landwirthschaft im Grossherzogthum Baden 1883, veranstaltet durch das Grossherzogliche Ministerium des Innern. Karlsruhe 1883, https://catalog.hathitrust.org/Record/009127826/Home.

21 Ermittelungen über die allgemeine Lage der Landwirthschaft in Preussen. Aufgenommen im Jahre 1888/89, Bearbeitet im Kgl. Preuss. Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, [in zwei Teilen] Berlin 1890 = Landwirthschaftliche Jahrbücher. 1. Teil: XVIII. Bd, Ergänzungsband III; 2. Teil: XIX. Band, Ergänzungsband IV. Die Zeitschrift ist digitalisiert, die Digitalisierung der hier genannten Ergänzungsbände wird vorbereitet.

Die Enquete für das Großherzogtum Hessen als Evaluation seiner kleinen Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Enquete für das Großherzogtum Hessen[22] wurde nach Beteiligung des Landtages unter Finanzierung durch das großherzogliche Ministerium durchgeführt. Sie hatte das Ziel zu klären, „ob die Verschuldung in der That eine solche Höhe erreicht hat, dass Verzinsung und Rückzahlung bei rationellem Betrieb des landwirtschaftlichen Gewerbes nicht möglich ist."[23]

Die Untersuchungsorte[24] wurden ausgewählt durch ein Zusammenwirken von Ministerium, Landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaftsbewegung, die vielfach auch personell verflochten waren.[25] Es gab einen Fragenkatalog und eine Modell-Untersuchung des Dorfes Messel bei Darmstadt durch einen Landwirtschaftslehrer und den für Landwirtschaft zuständigen Ministerialbeamten. Beides wurde gedruckt und allen „Kommissaren", die für die Dorfuntersuchungen eingesetzt wurden, an die Hand gegeben, damit die Einzelberichte eine einheitliche Struktur und vergleichbaren Informationsgehalt haben konnten.

Die örtliche Untersuchung führten die sachkundige Kommissare unter Mitwirkung der Dorfbürgermeister und Landräte durch. In jedem Dorf erfolgte eine Abschlusssitzung unter Beisein des Bürgermeisters, des Landrats und des Ministerialbeamten. Die Ergebnisse wurden gedruckt.[26]

---

22 https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hebis:26-digisam-211594. Dazu siehe Stefan Prange: Die landwirtschaftliche Enquête im Großherzogtum Hessen 1884–1886 : kurze Erläuterung zu Erreichbarkeit, Struktur, Vorgeschichte, Durchführung und Wirkung, Gießen 2021. Nur digital zugänglich unter http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-298.

23 Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen, 24. Landtag, Beilage 305, S. 2, https://parlamente.hessen.de/protokolle?staat=grossherzogtum-hessen.

24 In der Provinz Oberhessen: Beuern – heute zu Buseck im Kr. Gießen, Burkhards – heute zu Schotten im Vogelsbergkreis, Hartershausen – heute zu Schlitz im Vogelsbergkreis, Nieder-Florstadt – heute zu Florstadt im Wetteraukreis, Nieder Moos – heute zu Freiensteinau im Vogelsbergkreis, Nieder Ohmen – heute zu Mücke im Vogelsbergkreis, Nieder-Eschbach – heute zu Frankfurt a. M., Rodheim vdH – heute zu Rosbach v. d. Höhe im Wetteraukreis, Ruhlkirchen – heute zu Antrifttal im Vogelsbergkreis, Wenigs – heute zu Gedern im Wetteraukreis.
In der Provinz Starkenburg: Ginsheim – heute zu Ginsheim-Gustavsburg im Kr. Gr. Gerau, Groß-Rohrheim – heute im Kr. Bergstraße, Habitzheim – heute zu Otzberg im Kr. Darmstadt-Dieburg, Kirch-Brombach – heute als Kirchbrombach zu Brombachtal im Odenwaldkreis, Messel – heute im Kreis Darmstadt-Dieburg, Mühlheim – heute als Mühlheim am Main im Kr. Offenbach, Ober-Mossau – heute zu Mossautal im Odenwaldkreis, Ober-Roden – heute zu Rödermark im Kr. Offenbach, Schwanheim – heute zu Bensheim im Landkreis Bergstraße, Unter-Schönmattenwag – heute zu Wald-Michelbach im Landkreis Bergstraße.
In der Provinz Rheinhessen: Fürfeld im damaligen Kr. Alzey, Guntersblum im damaligen Kr. Oppenheim, Ober-Hilbersheim, damals im Kr. Oppenheim, Westhofen, damals im Kr. Worms, Zornheim, damals im Kr. Mainz.

25 Siehe hierzu im nächsten Abschnitt.

26 Die Veröffentlichung jedes Einzelberichts erfolgte je nach Vorliegen in einem Heft ohne Nummerierung und ohne durchlaufende Paginierung in den Jahren 1884–86, so dass eine

In jeder Provinz wurden 10 Dörfer untersucht, und zwar nach den Gesichtspunkten Fruchtbarkeit des Bodens, Besitzverteilung, Grundstückspreise und Pachten, Kreditverhältnisse, Löhne, Verschuldung, Rentabilität der Betriebe, Betriebsportraits. Schließlich wurden örtliche Schlussfolgerungen zusammengestellt.

In jedem der Untersuchungsdörfer wurden 3 Betriebe (selten nur zwei) einer betriebswirtschaftlichen Detailanalyse unterzogen.

Bei aller Begeisterung für den Einblick, den die Enquete gewährt, ist doch ein kritischer Umgang mit ihr unumgänglich: Die Repräsentativität der Ergebnisse ist nicht nachvollziehbar, weil die Auswahl der Dörfer nicht nachvollziehbar ist (die Unterlagen sind verbrannt). Die Auswahl der porträtierten Betriebe ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Trotz Musteruntersuchung haben Kommissäre Ortsberichte unterschiedlich abgefasst. Die örtlichen Daten beziehen sich auf lokale Preise – was ganz unumgänglich war, aber eine Interpretation erschwert.

Auch wenn wir die Auswahl der Dörfer – die Ziehung der Stichprobe für diese Untersuchung – nicht nachvollziehen können, ist doch eine Konzentration auf die bekannten landwirtschaftlichen Problemgebiete Vogelsberg und Odenwald zu bemerken; die Dörfer in anderen Regionen wirken wie Vergleichsobjekte.

Für die Auswahl der Dörfer – und evtl. auch die der Kommissare – haben die landwirtschaftlichen Vereine und die Genossenschaftsbewegung eine wesentliche Rolle gespielt; diese Organisationen haben „die" hessische Landwirtschaft mittels der Enquete evaluiert. Daher muss ein kurzer Blick auf diese beiden Strukturen geworfen werden.

Die Träger der Evaluation: Landwirtschaftliche Vereine und Genossenschaftsbewegung

Beides waren Selbsthilfeeinrichtungen mit dem Ziel, dass die Bauern sich selbst aus dem Hergebrachten bei Bewirtschaftung und Kredit befreien sollten.

Die Landwirtschaftlichen Vereine des Großherzogtums wurden in den 1840er Jahren gegründet. Von Anfang an (bis zu ihrer Ablösung durch eine Landwirtschaftskammer 1909) waren Experten und Wohlmeinende ihre Träger, während die eigentlich gemeinten kleinen Bauern sich anfangs ganz, später überwiegend fernhielten. Die Landwirtschaftlichen Vereine mit ihrer Zentralorganisation wurden fast vollständig durch den Staatshaushalt finanziert; sie unterhielten in den 1880er Jahren drei Landwirtschaftsschulen mit Wanderlehrern und -experten. Sie gaben eine wöchentliche Zeitschrift heraus, die inhaltlich auf der Höhe der Zeit berichtete und die Interessen der Bauern zu vertreten versuchte ohne die Zustände zu romantisieren.[27] Die bäuerliche Praxis sah diese Zeitschrift – ging sie doch sehr kritisch mit

Orientierung nur nach den Inhaltsverzeichnissen des Bandes Zwei erfolgen kann, in dem die Einzelhefte schließlich in zwei Teilen gebunden wurden. 1886 kam ein Zusammenfassungsband der Ergebnisse hinzu, der als Band 1 geführt wird.

27 „Zeitschrift für die landwirthschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen", Darmstadt (in vielen Gemeindearchiven – z.T. unterschiedlich lückenhaft – vorhanden.)

dem Vorfindlichen um – vielfach als Besserwisserei; sie wurde allerdings z.T. im Unterricht der dörflichen Fortbildungsschule (die im Winter abends für Schulabsolventen angeboten wurde) genutzt und u.a. aus diesem Grund vielfach von den Gemeinden gehalten.

Die Genossenschaftsbewegung sollte den Bauern helfen, den traditionellen Formen des ländlichen Kredits zu entkommen. Es bildeten sich in Deutschland zwei Stränge: ein ursprünglich karitativer – verbunden mit dem Namen des Gründers Raiffeisen – und ein stärker ökonomischer, der von Schulze-Delitzsch vorangetrieben wurde. Die Raiffeisen-Bewegung hatte eine zunehmend antisemitische Haltung; dagegen hielt sich die im Großherzogtum vorherrschende ökonomische unter ihrem Mentor Wilhelm Haas[28] – jedenfalls in ihren Spitzenorganisationen und in der Zeitschrift – frei davon.

Die Genossenschaften waren zunächst Spar- und Darlehenskassen, die als solche auch fremdes Geld liehen, um ihrerseits Darlehen auszugeben. Ihr Entwicklungshemmnis war die gesetzlich festgelegte Kollektivhaftung aller Genossen mit ihrem ganzen Eigentum, weshalb sich gute Wirtschaften der Mitgliedschaft verweigerten, um nicht beim Zusammenbruch der Genossenschaft durch das Versagen von Krediten an schlechte Schuldner ihr Eigentum zu riskieren. Das ändere sich erst durch die Änderung des Genossenschaftsgesetzes von 1889, nach der eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden konnte, in der die Genossen nur noch mit dem von ihnen gezeichneten Genossenschaftsanteil hafteten.

Ein wichtiger Zweig der Genossenschaftsbewegung war der Aufbau von Produktionsgenossenschaften (Molkereigenossenschaften) und Warengenossenschaften („Konsumgenossenschaften" genannt), die über ihre Zentralorganisation die Produktionsmittel günstig beschafften. Dort wurde auch die Qualitätsprüfung der Waren in eigenen Laboren übernommen und damit die Bauern vor verfälschten Waren geschützt.

Die Genossenschaftsbewegung und die landwirtschaftlichen Vereine waren miteinander inhaltlich und personell vielfach verflochten und ebenso mit der für Landwirtschaft zuständigen Abteilung des Ministeriums des Inneren und dort mit dem zuständigen Beamten Dr. Bernhard Jaup[29] verbunden, so dass Planung, Durchführung und Auswertung der Enquete einschließlich der daraus gewonnen gesetzlichen Initiativen von allen drei Strukturen betrieben wurde.

---

28 Das landwirtschaftliche Vereins- und das Genossenschaftswesen im Großherzogtum ist zur Blüte gebracht worden durch Wilhelm Haas (183–1913), Staatsbeamter, Landrat, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, nationalkonservativ und bis zu seinem Ende kein Antisemit. Siehe „Haas, Karl Friedrich Wilhelm", in: Hessische Biografie <https://www.lagis-hessen.de/pnd/11854408X> (Stand: 26.10.2024).

29 „Jaup, Bernhard Ferdinand Ernst Wilhelm", in: Hessische Biografie <https://www.lagis-hessen.de/pnd/120615177> (Stand: 5.9.2024)

Erträge landwirtschaftlicher Kulturen (nach Enquete)[30]

Übermittelt werden die Erträge[31] der Winterkulturen Weizen und Roggen, der Sommerkulturen Hafer, Gerste, Kartoffeln, Futterrüben, von Heu, Klee bzw. Luzerne und von Milch.

Um eine grobe Vorstellung von der Spanne der Erträge der landwirtschaftlichen Hauptkulturen zu bekommen, werden hier die Durchschnitte der Erträge der jeweils drei örtlichen Betriebe gebildet und in Ertragsklassen gruppiert:

Tabelle 3: *Erträge des Winterroggens, gruppiert nach Erträgen in Dörfern (Durchschnitt der drei Betriebe je Dorf[32]):*

Ertrag in kg /ha	in … Dörfern
800 bis unter 1.000	8
1.000 bis unter 1.200	8
1.200 bis unter 1.400	3
1.400 bis unter 1.600	3
1.600 bis unter 1.800	2
um 2.100	2

Im gesamten Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Erntemenge an Roggen für das Jahr 1884 nur 0,934 kg je ha.[33]

Eingesetzt wurde überall ein Saatgutaufwand von ca. 200 kg je ha; ebenso war überall der Bearbeitungsaufwand für die Kultur nahezu gleich – also fast unabhängig vom Ertrag. Die Spreizung der Erträge folgte den Kriterien Bodenfruchtbarkeit, Klima und Geländeform. Bei der Verwertung der Erträge konnten Nachteile durch schwierigem Marktzugang, z.B. große Entfernung des Dorfes von Bevölkerungsschwerpunkten und ihren Absatzmärkten bzw. zum nächsten Bahnhof, hinzukommen.

Das hat zu der in der Zeitschrift vielfach wiederholten Empfehlung geführt, dass Bauern im Vogelsberg den unwirtschaftlichen Getreidebau auch für die Familienernährung aufgeben sollten, um sich ganz auf die Rinderhaltung zu konzentrieren, weil hier das monetäre Verhältnis von Aufwand zu Ertrag günstiger gewesen wäre.[34]

---

30 Die Erträge werden zu jedem untersuchten Betrieb in den Ortsberichten aufgeführt. Zusammengefasst werden sie in Enquete, Band 1, Tabelle 1 im Anhang.

31 Die in der Enquete in kg angegebenen Erträge wurden bei Getreide mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht gewogen, weil in den Aufstellungen der Betriebsmittel der Wirtschaften keine Waagen aufgeführt wurden, aber zuverlässig geschätzt, weil die Bauern durch die Einschaltung von Mühlen ihre Schätzungen mit Wägungen vergleichen konnten. Bei Kartoffeln und Rüben wurde wahrscheinlich nur geschätzt und bei den Erträgen von Heu sicher geschätzt und nicht gewogen.

32 Zusammenstellung des Autors nach den Ertragstabellen gemäß Anm. 30.

33 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich Nr. 7, 1986. S. 21 f. (eig. Berechnung).

34 1893 hat allerdings eine Krise, ausgelöst durch eine Frühjahrstrockenheit, genau diese Strategie als anfällig für bestimmte Witterungsanomalitäten und die Verletzlichkeit von Spezialisierungen in der Landwirtschaft ausgewiesen.

Sie hätten dann Butter, Ochsenfleisch und Jungkühe zur Remontierung der Bauernwirtschaften in landwirtschaftlichen Gunstgebieten liefern sollen. Diese Empfehlung hat aber den subsistenzwirtschaftlichen Charakter der Betriebe nicht ernst genommen.

Die Heuerträge[35] waren noch weiter gespreizt als die des Getreides, was einer Erklärung bedarf: Im Hügelland lagen Heuwiesen in den Talauen und in diesen Talauen hatten sich in Jahrhunderten die Fein- und Humusbestandteil akkumuliert, die aus den unter dem Pflug befindlichen Ackerflächen an den Hängen ausgewaschen worden sind. Das Problem dieser Auwiesen war daher weniger die Bodenqualität als die Bewirtschaftungsqualität bzw. das Wassermanagement. Es hätte – wie vielfach propagiert – Investitionen in Be- und Entwässerung der Wiesen bedurft und der Kompetenz, diese über das Wirtschaftsjahr zu betreiben. Einrichtung und Betrieb wäre nur durch die Gemeinschaft der Anlieger bzw. die Gemeinde zu leisten gewesen; für die nötigen Beschlüsse war allerdings Einstimmigkeit der Anlieger erforderlich, und an der mangelte es zu häufig.

Tabelle 4: *Heuerträge (Durchschnitt der drei Betriebe):*

Heu-Ertrag in kg je ha	in … Dörfern
um 2.000	2
um 4.000	18
um 6.000	4

Der Bearbeitungsaufwand wird mit der Menge – allerdings nicht linear – gestiegen sein.

Zum Vergleich: Die Durchschnittserträge für Heu im Reich betrugen 2.940 kg/ha.[36]

Weizen wurde nicht auf schlechten Böden und in hohen Lagen angebaut. In guten Lagen hat er bis zu ca. 2.000 kg je ha erbracht und nur dort auch in der Familienernährung eine wesentliche Rolle gespielt. Er war im Wesentlichen ein Luxusgetreide.

Die Sommergetreide waren Hafer und Gerste. Hafer ist überall angebaut worden, seine Erträge lagen leicht oberhalb des Roggens. Die Gerste wurde in nahezu allen Dörfern – bis auf ganz ungünstige Lagen – angebaut. Die Erträge folgen im Vergleich der Dörfer etwa denen des Winterroggens.

Wesentliches Erntegut war auch das Stroh, das als Winterfutter für die Rinder und als Einstreu unumgänglich war. Vom Weizenstroh wurde – in geschätztem Gewicht – mehr geerntet als vom Korn, beim Roggen waren bei besonders schlechten Kornerträgen zumindest die Stroherträge hoch, das Haferstroh folgte meist etwa dem Kornertrag.

35 Heu – das muss den Menschen des 20. Jh. nachdrücklich in Erinnerung gerufen werden – war die Voraussetzung für die tierische Antriebsenergie in der Landwirtschaft. Sie wurde erst in der 2. Hälfte des 20. Jh. durch fossile Energie (Dieselöl) ersetzt.

36 Wie Anm. 38.

Die Kartoffel spielte in der Familien- und Tierernährung eine wesentliche Rolle. Kartoffeln wurde von allen Betrieben angebaut. Ihre Erträge von bis 15 t/ ha auf guten Böden sind herausragend, aber auch unter schlechten Bedingungen, bei denen die Getreide nur ein Drittel der Spitzen-Ergebnisse erzielten, wurde bei Kartoffeln noch die Hälfte der Höchsterträge geerntet.

Überall wurden Futterrüben angebaut, die ebenso wie die Kartoffel einen hohen Pflegeaufwand erforderten. Rüben erbrachten hohe Flächenerträge, allerdings waren die Anbauflächen sehr klein. Die Rübenerträge waren offenbar besonders abhängig von der Qualität des Bodens und der Gunst des Klimas.

Der Milchertrag wird ebenfalls berichtet, doch ist ein Vergleich schwierig, weil in diese Ertragswerte sehr viele unbekannte Variablen eingehen: So ist die Qualität des Grundfutters (Frischgras, Heu) und sein Gehalt an Stärke und Eiweiß unbekannt. Ebenso weiß man nicht, ob das traditionelle Rotvieh (Vogelsberger) schon mit Simmentaler Bullen, denen das Vererben einer höheren Milchleistung zugeschrieben wurde, gekreuzt war. Über das Ausmaß der Inanspruchnahme für Zugarbeiten ist keine Aussage zu treffen; es wird aber an anderer Stelle berichtet, dass es einen direkten negativen Zusammenhang von Zug- und Milchleistung gab.[37] Berichtet werden in der Enquete Jahresgemelke je Kuh zwischen etwa 900 und 2.600 Litern. Ausreißer nach unten gehen bis zu 547 und nach oben bis zu 3.650 Litern, hier allerdings mit Kreuzungskühen, ohne Zugleistung und mit erheblichem Einsatz von Kraftfutter, darunter Kleie, Palmkuchen (Pressrückstände des Kokosfleischs) und Biertreber.[38] Aus der Milch wurde überall Butter erzeugt, die – wahrscheinlich gesalzen – ein transportfähiges und über eine gewisse Zeit lagerstabiles Produkt darstellte. Frischmilch dagegen war aus Mangel an Kühltechnik noch nicht handelbar.

Ernährung der Bauernfamilien

Es ist nun zu klären, inwieweit die Subsistenzwirtschaften in der Lage waren, die Familie mit Nahrungsmitteln zu versorgen und damit ihren primären Zweck zu erfüllen.

Dieser Frage werden wir uns auf verschiedenen Wegen nähern. Später werden wir darstellen, inwieweit dem Anspruch auf Versorgung mit der erforderlichen Energiemenge entsprochen wurde. Zunächst aber werden die Daten der Enquete über die Kosten je Verpflegungstag für einen Erwachsenen bei den verschiedenen portraitierten Betrieben genutzt. In diese Kosten gehen – wie überhaupt in der Enquete – alle Kosten der Ernährung ein, also sowohl die dem Betrieb entnommenen als auch die zugekauften Lebensmittel einschließlich der Genussmittel Kaffee und Branntwein. Unsicherheitsfaktoren sind hier wieder die eingehenden Schätzwerte, z.B. der letztlich erzielbare Mehlanteil aus dem Getreide, das dem bäuerlichen Getreideboden entnommen wurde; dieser Mehlanteil hing im Wesentlichen ab von den Nach-

37 Stefan Prange: Kuhanspannung – eine verlorene Kulturtechnik; in: DVD zum Buch „Lindehe – Linnes – Kleinlinden 1269–2019“, Gießen 2019.

38 Enquete, Bd. 2.2, Guntersblum in Rheinhessen S. 26.

ernteverlusten auf dem Getreideboden des Bauern, von dem Ausmahlungsgrad des Getreides in der Mühle (Anteil von Mehl bzw. Kleie), dem Mahllohn für den Müller usw. In die Darstellung gehen weiter die nach Orten unterschiedlichen Produktpreise ein sowie die Ansprüche der Bauernfamilien an ihr Lebenshaltungsniveau. Gleichwohl bieten die Kosten je Verpflegungstag Hinweise sowohl auf die Unterschiedlichkeit zwischen den „Komfortniveaus" der Dörfer als auch innerhalb eines Dorfes.

Berichtet werden für Nieder-Eschbach (Wetterau)[39] – bei sehr günstiger Fruchtbarkeit der Gemarkung – Kosten je Verpflegungstag eines Erwachsenen in dem größeren Bauerngut mit 0,71 M, in dem mittleren mit 0,57 M und in dem kleinen mit 0,62 M. Dagegen sind diese Kosten in Nieder-Moos[40] (Vogelsberg) bei sehr geringer Fruchtbarkeit der Felder für ein größeres Bauerngut 0,40 M, für ein mittleres 0,44 M und für ein Gütchen (Tagelöhner) von 0,27 M. Im Dorf Nieder-Moos waren die Getreide- und auch die Kartoffelerträge im Vergleich aller oberhessischen Dörfer gering und auch die Heuerträge markieren das Minimum.

Es ist offenbar, dass die Unterschiede zwischen dem großen und dem ganz kleinen Betrieb in Nieder-Eschbach geringer ist als in Nieder-Moos, ebenso dass der Tagelöhner in Nieder-Eschbach sich deutlich teurer ernährt hat als der größere Bauer in Nieder-Moos und dass die dörflichen Gesamtniveaus in engem Zusammenhang mit den naturräumlichen Voraussetzungen standen.

Aus einigen Dörfern werden auch Speisepläne berichtet. Ich beziehe mich dabei wieder auf die schon vorgestellten Dörfer:

In Nieder-Eschbach wurde im größeren Bauerngut üppig gespeist: „Erstes Frühstück: Kaffee mit Brod und Butter, Latwerge [Obstmus, z.B. Zwetschgenmus], Honig. Zweites Frühstück: Brod mit Butter und Käse, Schmierkäse, Branntwein. Mittagessen: Wöchentlich 5mal Fleisch, sonst Eierspeisen oder Wurst, Suppe, Gemüse, Kartoffeln usw. Vesperbrod: Kaffee, Brod mit Butter, Latwerge usw. Abendbrod: Suppe, Kartoffeln, Brod mit Butter und Käse, auch Wurst, Eierspeisen, Salat.[41]

Auch im kleineren Bauerngut ließ sich noch leben: „Erstes Frühstück: Kaffee mit Brod und Butter, Latwerge. Zweites Frühstück: Brod mit Butter, Käse, Schmierkäse, Branntwein. Mittagessen: Wöchentlich 5mal Fleisch, sonst Eierspeisen oder Wurst. Suppe, Gemüse, Mehlspeisen, Kartoffeln, Salat etc. Vesperbrod: Kaffee, Brod mit Butter, Latwerge. Abendbrod: Suppe, Kartoffeln, Brod mit Butter, Käse, bisweilen Eierspeisen, Wurst."[42]

Dagegen übernahm in Nieder-Moos der Schmalhans umso mehr die Herrschaft in der Küche, je kleiner der Betrieb war. Im größeren Bauerngut wurde gegessen: „Erstes Frühstück: Kaffee, Brod oder Kartoffeln mit Schmierkäse, Sonntags und während der Ernte mit Butter. Zweites Frühstück: Nur von Anfangs Mai bis Oktober Brod mit Käse oder Schmierkäse, Kaffee oder etwas Branntwein. Mittagessen:

39 Enquete, Bericht zu Nieder-Eschbach, S. 27 ff.
40 Enquete, Bericht zu Nieder-Moos, S. 31 f.
41 Enquete, Bericht zu Nieder-Eschbach, S. 27.
42 Enquete, Bericht zu Nieder-Eschbach, S. 45.

Sonntags und im Sommer und Herbst auch zweimal in der Woche Fleisch oder Wurst, Fleischbrühe, Milch-, Reis- oder Kartoffelsuppe, Kartoffelgemüse, Mehlspeise oder gebackene Mehlspeisen, zuweilen gebackene Eier. Vesperbrod: Nur von Mai bis Oktober: Kaffee mit Brod, Butter oder Schmierkäse. Abendbrot: Kartoffeln, Salat oder Schmierkäse, Dickmilch. Sonntags wird insofern besser als an den Werktagen gelebt, daß es in der Regel Fleisch gibt, zum Brod Butter genossen und der Kaffee besser gekocht wird." [43]

Das Tagelöhner-„Gütchen" warf für die Bewohner ab: „Erstes Frühstück: Kaffee, im Winter mit Kartoffeln, Schmierkäs oder Salz, im Sommer mit Brod. Bei Feldarbeit zum Brod Butter. Sonntags Kaffee und Brod mit Butter. Zweites Frühstück: Gibts nur im Sommer und besteht in Brod und übrig gebliebenem Kaffee oder aus Brod und Käse, bei Feldarbeit auch etwas Branntwein. Mittagessen: Milch-, Mehl- oder Kartoffelspeisen, Fleisch gibts fast nur Sonntags, bisweilen gebackene Eier. Vesperbrod: Nur im Sommer Kaffee, Brod, Schmierkäse, Latwerge, bisweilen auch Butter und statt Kaffee Branntwein. Abendbrot: Meistens gesottene Kartoffeln, Schmierkäse, Latwerge, Salat und Dickmilch, abwechselnd zu Dickmilch auch Kaffee."[44]

Die Enquete hält auch den Geldbetrag fest, der für die Kleidung der Familien im Berichtsjahr aufgewendet wird.[45] Zum Umgang mit diesen Beträgen spielen nicht nur die Größe der Familie, die Altersverteilung in ihr und möglichweise besondere Familienfeste eine Rolle, sondern auch die Disponibilität eines Teils solcher Anschaffungen je nach jährlichem Ertrag des Betriebes. In Dörfern in ungünstiger Lage entsprechen die Abstufungen der Kleidungsaufwendungen etwa denen der Verpflegungskosten je Person. In Dörfern in günstiger Lage lässt sich eine Systematik der Unterschiede nicht erkennen; hier wird offenbar aus dem Volleren geschöpft.

Es ist noch die Frage zu klären, ob die Ernährung für die Bauernfamilien ausreichend war. Inwieweit sich die Familien mit Eiweiß versorgen konnten, muss unklar bleiben. Zwar gibt die Enquete hierzu Einschätzungen, aber die sind ganz unzuverlässig, weil zeitgenössisch noch kontrovers diskutiert wurde, welche Pflanzenbestandteile zu den verdaulichen Eiweißen zu zählen seien.

Die Versorgung mit Energie in Form von Stärke ist klarer zu beurteilen. Will man Ansprüche der Bauernfamilie bezüglich ihres Energiebedarfs abschätzen, kann eine Methode der Energiebedarfsberechnung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)[46] zugrunde gelegt werden. Danach ist bei einem Menschen der Energiebedarf abhängig von Alter, Geschlecht und Grad der Aktivität, wobei folgendermaßen gerechnet wird: Es gibt den Energiebedarf des Menschen in völliger Ruhe, der nur von Alter und Geschlecht abhängig ist. Hinzu kommt der Energiebedarf durch Aktivität (physical activity level = PAL). Der Gesamt-Energiebedarf eines

43 Enquete, Bericht zu Nieder Moos, S. 31.
44 Enquete, Bericht zu Nieder Moos, S. 49.
45 Enquete, in den Berichten zu den Betrieben in den Ortsberichten. Zusammengefasst in Band 1, Tabelle 3 im Anhang.
46 https://www.dge.de/wissenschaft/referenzwerte/energie/ (Zugriff 14.1.2025).

konkreten Menschen ist also sein individueller Ruhewert multipliziert mit seinem PAL, der durch seine Lebensform (Schreibtisch- oder schwere körperliche Arbeit, Sport usw.) bestimmt wird.

Wird für die weiteren Berechnungen der Ruhebedarf eines Mannes von 25 bis 50 Jahren als 100% (Normperson) angenommen, ist z.B. der Energiebedarf eines 10 bis 13 Jahre alten männlichen Jugendlichen bei gleicher körperlicher Beanspruchung 80 % der Normperson, eines 15 bis 19 Jahre alten 113 %, einer weiblichen Jugendlichen von 10 bis 13 Jahren 73 %, von 15 bis 19 Jahren 87 %.

Der Ruhebedarf der Normperson beträgt 1.600 Kilokalorien (kcal), als PAL habe ich einen Wert von 2,5 angenommen, da die körperlichen Anforderungen hoch, die Umgebungstemperaturen im Winter niedrig und der Schutz gegen Witterung gering war. Um den Energiebedarf der Familie zu ermitteln, wurden die nach diesem Verfahren ermittelten Werte der einzelnen Familienmitglieder zu einem Familienfaktor addiert, so dass z.B. für eine Familie gerechnet wurde: Normwert von 4.000 kcal multipliziert mit dem Familienfaktor 4,76 und 365 Tagen = 7 Mill. kcal.

Die Abdeckung des so bestimmten Bedarfs ergibt sich, wenn damit die Energiemenge aus denjenigen Lebensmitteln verglichen wird, die für die Familie zur Verfügung standen. In diese Rechnung geht zwar eine große Zahl von Annahmen und Schätzwerten ein, so dass mit einer gewissen Fehlerbreite bei den Ergebniswerten zu rechnen ist, aber es ist trotzdem abschätzbar, inwieweit der Energieanspruch der Familien abgedeckt wurde. Der größere Betrieb in Beuern erfüllte die Energieerfordernisse seiner Familie zu 97 %, der mittlere zu 87 %, der Tagelöhnerbetrieb zu 78 %. Die Chausseearbeiterfamilie konnte dagegen ihren Energiebedarf nur zu 68 % decken.

Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe

Um die im Landtag festgelegte Ausgangsfrage der Enquete zu klären, ob nämlich die kleinen Landwirtschaften in der Lage seien, ihre Verbindlichkeiten (Verzinsung und Tilgung) aus Krediten durch den landwirtschaftlichen Betrieb zu bedienen, wurde eine umfassende betriebswirtschaftliche Rechnung der porträtierten Betriebe erstellt, zu der auch eine Rentabilitätsrechnung gehörte.

Dabei wurde ein Rentabilitätsmodell verwendet, in das alle Einnahmen und Ausgaben eingehen, in dem die für die Familienernährung entnommenen Lebensmittel bei den Erträgen berücksichtigt werden, bei dem die Arbeit der Bauernfamilie im eigenen Betrieb zu Tagelöhner-Preisen eingerechnet wird, in dem Bodenkapital, Gebäudekapital und Gerätekapital mit 4 % und das Umlaufkapital (Vieh, Vorräte) mit 5 % verzinst wird, und in dem Schulden und Schuldendienst nicht berücksichtigt werden, weil diese aus dem Betriebsüberschuss zu leisten sind.

Die Frage ist dann, ob bei Anlegung dieses Modells nicht nur das im Betrieb gebundene Kapital mit 4 bzw. 5 % verzinst wird, sondern ob darüber hinaus Überschuss erzielt wird, aus dem eventuelle Pachten und wo erforderlich Schuldendienst zu leisten wären.

Mit einem Betriebsüberschuss geht das Modell folgendermaßen um: Ein Überschuss ist entweder Unternehmergewinn und kann konsumiert oder für Investitionen verwendet, kann alternativ als Erhöhung des fiktiven Stundenlohns der Familienarbeitskräfte verstanden werden oder kann für Schuldendienst dienen. Bei einer Rentabilität von Null (also einer Mindestverzinsung des Kapitals) entsteht zwar kein Überschuss im o.g. Sinne, es erfolgt aber auch kein Besitzverzehr. Eine negative Rentabilität zwischen Null und Minus 4 % signalisiert zunächst, dass das Kapital in unterschiedlichem Ausmaß nicht voll verzinst wurde. Bei einer negativer Rentabilität von schlechter als Minus 4 % entsteht ein Substanzverlust des Betriebs.

Tabelle 5: *Rentabilitätsergebnisse der Enquete-Stichprobe für alle drei Provinzen*[47]

Anteil der Betriebe in %	**mit einer Rentabilität von x %**
18	minus 4 und schlechter
13	minus 4 bis weniger als Null
16	Null
53	mehr als Null bis 4
10	über 4

Folgerungen:

- 18 % der Betriebe hatten tatsächlichen Substanzverlust.
- 13 % konnten das eingesetzte Kapital nicht vollständig verzinsen
- 16 % haben zwar die Substanz erhalten, aber nur zu Tagelöhnerpreisen gearbeitet
- 63 % konnten entscheiden, ob sie den Überschuss als höheren Lohn verstehen und konsumieren, ob sie Investitionen vornehmen oder ob sie erforderlichenfalls Schuldzinsen und Tilgung leisten wollten. Nach diesem Modell konnten nur diese Gruppe ihre Kredite aus dem laufenden Betrieb bedienen.

Die Gruppe mit einer Rentabilität von minus 4 % und schlechter bedarf noch einer differenzierenden Betrachtung: So hatten 3 Betriebe eine Rentabilität von minus 10 % oder schlechter, 9 Betriebe eine zwischen minus 10 und minus 7 % und 11 eine zwischen minus 7 und minus 4%. Man kann hier der unbarmherzig nach unten drehenden Spirale zusehen und abschätzen, wann diese Betriebe ihre Substanz völlig aufgebraucht haben würden und hat dabei künftig unvermeidliche Schulden und Schuldendienst, um die Schulden weiter bedienen zu können, noch nicht berücksichtigt, die die Spirale deutlich beschleunigen werden.

Aus dieser Aussage über die Stichprobe darf nicht geschlossen werden, die Rentabilität aller Bauernwirtschaften im Großherzogtum sei vergleichbar verteilt gewesen. Die Kleinheit und die fragliche Repräsentativität der Stichprobe würde eine solche Aussage sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Außerdem müssten mindestens die Größe der Wirtschaften und ihre naturräumlichen Grundlangen herangezogen

47 Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Rechnungen für die Betriebe in den Ortsberichten.

werden. Hierzu allerdings gibt die Enquete erste Hinweise: Defizitär waren in der Provinz Oberhessen 5 von 7 untersuchten Nebenerwerbswirtschaften, alle kleinen Familienbetriebe und 6 von 9 größere Familienbetriebe. Für die Provinz Starkenburg dagegen war es nur einer von 10 Nebenerwerbsbetrieben, keiner der kleinen und nur zwei von 8 größeren Familienbetrieben. In der Provinz Rheinhessen rettete der Weinanbau alle untersuchten Betriebe über die Rentabilitätsgrenze.

Betrachtet man die räumliche Verteilung der ungünstigen Rentabilität in den beiden betrachteten Provinzen des Großherzogtums, so finden sich folgende Dörfer, in denen jeweils alle drei porträtierten Betriebe unrentabel waren:

Burkhards	heute zu Schotten im Vogelsbergkreis
Hartershausen	heute zu Schlitz im Vogelsbergkreis
Ruhlkirchen	heute zu Antrifttal im Vogelsbergkreis
Rodheim vor der Höhe	heute zu Rosbach, Wetterauskreis
Beuern	heute zu Buseck, Kr. Gießen.

Die Ergebnisse aus dem Odenwaldkreis sind sehr uneinheitlich: Ober-Mossau (zu Mossautal) hat zwei defizitäre Betriebe und einen sehr produktiven; Kirch-Brombach (zu Brombachtal) hat je einen defizitären, einen mit der Rentabilität von Null und einen mit geringer Rentabilität.

Diese sieben Dörfer haben alle geringe Roggen- und Heuerträge. Übrigens schützt Größe eines Betriebes nicht gegen defizitäre Rentabilität.

Zeitgenössische Diskussion der Enquete-Ergebnisse

Die Zusammenfassung der Enquete hat die Beantwortung ihrer Fragestellung nicht offen geleistet, sondern in vielen Wörtern verborgen.

Allerdings – und das hatte eine Reihe sehr kritischer Kommentare zur Folge – wurde die Lage der Landwirtschaft im Großherzogtum im Zusammenfassungsband der Enquete als „geschichtliche Notwendigkeit“[48] verklärt.

Im Landtag erfolgte eine mühsam angestoßene Diskussion in den Jahren 1888 und 1889. Die Auffassung eines konservativen Abgeordneten, es handele sich nur um „Palliativmittel“ – heute würde man den Begriff Placebo verwenden, wenn man nicht die schärfere Interpretation des Sterbemittels bevorzugt, fand keinen Widerhall.

In der Landtagsdiskussion wurden Vorschläge gemacht, die wie schon die Anlage der Enquete von den Vorschlägen der Genossenschaftsbewegung und der landwirtschaftlichen Vereine sowie der zuständigen Abteilung des Ministeriums nicht zu trennen sind.

48 Enquete, Bd. 1, S. 75.

Forderungen und Vorschläge wurden gemacht

- zur Intensivierung und damit zur höheren Ausnutzung von Boden und Arbeitskraft: Verstärkung von Melioration (Be- und Entwässerung von Acker- und Wiesenflächen), von Einsatz der Handelsdünger, von Viehhaltung statt Getreideanbau, von Einsatz von Kraftfutter zur Steigerung der Milch- und Fleischleistung in der Viehwirtschaft, von Obstanbau und anderen Sonderkulturen.
- zur Vermarktung der Produkte: Gründung von Handelsgenossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Betriebsmitteln und zum Verkauf von Produkten, Einrichtung von Molkereigenossenschaften zur Verbesserung der Butterqualität (von Frischmilchhandel war aus Mangel von Kühltechnik noch keine Rede), Einrichtung von öffentlichen – also gemeindlichen – Viehwaagen, weil bisher das Gewicht von Vieh nur nach optischem Befund geschätzt wurde, Verstärkung der Fleischbeschau, um die Fleischqualität zu heben, Bau von Nebenbahnen, um die Erschließung der Fläche zu verbessern.
- zur Flurbereinigung: Zusammenlegen von winzigen Flurstücken in der Gemarkung, von Einrichtung von Wegen zu jedem neuen Flurstück, damit Reduzierung des Bearbeitungsaufwands auf dem Acker und des Wege- und Transportanteils der bäuerlichen Arbeit.
- zur Erhöhung der Getreidepreise: Die großherzogliche Regierung sollte sich bei der Reichsregierung für die Einführung bzw. deutliche Erhöhung von Getreidezöllen einsetzen.
- zur besseren Ausbildung der Betriebsleiter und – erben: Die landwirtschaftlichen Winterschulen sollten ausbaut werden, damit die Landwirtschaft herauskäme aus der Tradierung des Hergebrachten vom Vater auf den Sohn.
- zur Risikoreduzierung: Für lokale Viehversicherungs-Genossenschaften sollte eine Rückversicherung eingerichtet werden, weil die rein lokalen Versicherungen einer Epidemie nicht gewachsen sein konnten. Die Nutzung von Hagelversicherungen und Betriebsmittelversicherungen sollte propagiert werden.
- zur besseren Versorgung der Landwirte mit transparentem Kredit sollte eine Landeskreditkasse für Hypothekenkredite aufgebaut und für Mobiliarkredite die Spar- und Darlehenskassen verstärkt werden.

Erledigt erschienen dagegen Anstrengungen zur Reduzierung des „Wuchers" durch das Reichsgesetz gegen den Wucher von 1880.

Wie in der Politik des Großherzogtums verfassungsgemäß festgelegt, konnte der Landtag zur Umsetzung seiner Vorschläge keine eigenen Gesetzesinitiativen ergreifen[49], sondern war darauf angewiesen, dass die Regierung aufgrund aus dem Land-

49 Artikel 76 der „Verfassungs-Urkunde für das Großherzogthum Hessen" vom 17. Dez. 1820, Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt 1820, Nr. 59 v. 20. 12. 1820, http://resolver.staatsbibliothek-berlin.de/SBB0000D2D600010000. Den Ständen blieben Petitionen an den Großherzog erlaubt.

tag gemachter Vorschläge die Gesetzentwürfe bzw. Budgetbeschlüsse vorbereitete, auf die der Landtag dann würde reagieren können.

Im „Landtagsabschied", der Entlassung des 26. Landtags im Juni 1890 durch den Großherzog am Ende des dreijährigen Landtagsturnus, hat dieser spröde zusammengefasst, ob er bzw. wie er mit den Vorschlägen des Landtags umzugehen gedenke: „Die Ergebnisse der landwirthschaftlichen Enquete betreffend. Wir werden die von Unseren getreuen Ständen geäußerten Wünsche, soweit sie nicht inzwischen ihre Erledigung gefunden haben, in Erwägung ziehen lassen."[50]

Wie ist die Enquete aus heutiger Sicht zu beurteilen?

Die Enquete war grundsätzlich ein methodisch den Zeitumständen angemessenes Vorhaben und für diese Bedingungen innovativ. Sie hat mit einem beeindruckenden Aufwand einen sowohl zusammenfassenden wie auch detailreichen Blick auf die Landwirtschaft im Großherzogtum ermöglicht. Sie konnte in die Lebensverhältnisse vieler Bauernfamilien eindringen und so ein breites Bild über Stall und Tisch, Ertrag und Verbrauch, Zustand und Perspektiven von insgesamt 68 Bauernfamilien gewinnen. Mit ihr konnte auch ihre Ausgangsfrage, ob die Verschuldung so hoch ist, dass Verzinsung und Rückzahlung bei rationellem Betrieb des kleinen landwirtschaftlichen Gewerbes möglich wird, beantwortet werden. Die Antwort hätte für die kleinen Betriebe in Ungunstlagen pauschal JA heißen müssen. Ein so deutliches Statement hat sich aber niemand getraut. Die Zukunftsangst eines großen Teils der Bauern war also berechtigt, denn ihre materielle Basis war so schlecht wie die Konzepte der Regierung mangelhaft und die der Parteien zur Agrarpolitik kraftlos und z.T. in ihrer Theorie abwegig waren.

Der Staat konnte die Ergebnisse der Enquete nicht in Politik umsetzen. Für gute Konzepte fehlte das Geld, zu viele Verantwortliche waren an das Elend der ganz kleinen Landwirtschaft schon längst gewöhnt. Die Politik war zu sehr mit ihrem Klein-Klein beschäftigt, um aus dem politischen Gewitter am Horizont (den Wahlerfolgen von Böckel in Marburg) die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Es hätten für durchgreifenden Maßnahmen (z.B. eine Investitionsbank, eine Landeskreditkasse, eine Subventionierung zur Einrichtung von Genossenschaften und zur Flurbereinigung bzw. zur Wiesenmelioration) staatliche Mittel bereit gestellt werden müssen. Da die im laufenden Haushalt fehlten, hätte es Mut für eine große öffentliche Kreditaufnahme gebraucht, um damit der kleinen Landwirtschaft zu signalisieren, dass ihre Probleme wahrgenommen und angegangen werden.

50 26. Landtag, Protokolle der Zweiten Kammer, Beilage 440, https://parlamente.hessen.de/protokolle.

Wie kann man die Spanne von Elend bis Knappheit beschreiben?

In naturräumlich begünstigten Dörfern musste man sich keine Sorgen machen, dort konnte weit oberhalb der Knappheit gewirtschaftet und gelebt werden.

In benachteiligten Dörfern herrschte Knappheit bei den Großen und Elend bei den Kleinen.

I.d.R. waren die Familien zu groß bzw. die Höfe zu klein: Daher gab es ein Überangebot an Arbeit im Betrieb und in der Region mit der Folge niedriger Löhne auch im außerlandwirtschaftlichen Bereich. Wer Arbeit nachfragte, wollte niedrige Löhne, wer dagegen Arbeit anbot, brauchte hohe.

Die Kleinen mussten wachsen, um die Familien zu auszulasten und Nahrungsmittel bereitzustellen. Sie pachteten daher zu überhöhten Sätzen, kauften zu unvernünftigen Preisen zusätzlichen Boden und verschuldeten sich dafür, obwohl der Betriebsgrößenzuwachs den Schuldenzuwachs nicht kompensierte.

Im Dorf gab es permanent latente Konflikte um Land, ausgetragen mit den Mitteln Kauf, Heirat, Pacht. Die Bodenkäufer wollten niedrige Bodenpreise, die Verschuldeten hohe, denn sie hatten Teile ihres Landes als Sicherheiten zu den hohen Preisen in Kredite eingebracht.

Was waren die Perspektiven?

Ein verbessertes Preisumfeld für die Landwirtschaft entstand durch das Ende der „Großen Depression" und durch die Erhöhung von Schutzzöllen. Die Viehwirtschaft erhielt höhere Preise durch den Wegfall der ausländischen Konkurrenz, weil von dort Viehseuchen eingeschleppt worden waren, daher der Viehimport verhindert und so regionale Viehproduktion lukrativer wurde.

Zunehmendes Gewerbe auf dem Land führte zur Möglichkeit außerlandwirtschaftlicher Arbeit und die Einkommen daraus machte eine individuelle Subventionierung des eigenen Landwirtschaftsbetriebs möglich.

Die traditionelle und aktuelle Gefühlslage der Bauern, gefährdet zu sein, traf entweder auf insuffiziente oder gar auf sichtbar abwegige Agrarkonzepte der politischen Parteien. Daher waren die Juden, die als Rindviehhändler, Kreditgeber und Landhändler eigentlich eine tragende Rolle zur Stabilisierung des ländlichen Systems gerade auch bei den kleinen Bauern in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen spielten, ganz ungeschützt den Emotionen ausgeliefert und konnten als Gefährder der Bauern markiert werden. Diese Situation führte ab 1886 Otto Böckel mit seinem rassischen Agrarantisemitismus zu rauschenden Erfolgen bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Marburg/Frankenberg im Jahr 1887 und ab 1890 zusätzlich in den Wahlkreisen Alsfeld und Gießen.

Allerdings hatte in einer Trockenheitskrise im Jahr 1893 der Großherzog – getrieben von der Trias Genossenschaftsbewegung, landwirtschaftliche Vereine und landwirtschaftsfachlicher Abteilung seines Ministeriums – den Mut, einen eben verabschiedeten 27. Landtag als 28. Landtag zu einer nur wenige Tage dauernden Sitzung einzuberufen, um dessen Zustimmung zu einer großen Anleihe zu gewinnen.

Im Verfahren wurde eine systematische Stärkung der Genossenschaftsbewegung verfügt, weil die örtlichen Genossenschaften mit einem Monopol auf die Verteilung der Krisenhilfe an die Landwirte ausgestattet wurden.[51]

Diese Initiative kam zu spät, um die Landtagswahl 1893 noch zu beeinflussen, durch die der rassische Antisemitismus auch in den Landtag des Großherzogtums einzog, obwohl die zweistufige Landtagswahl mit Wahlmännern für Systemträgheit hätte sorgen sollen.

Schließlich muss man feststellen, dass die Politik des Großherzogtums den Aufgaben, die ihr die Zeitläufe gestellt haben, nicht gewachsen war. Das lag u.a. an den antiquierten Formen der Organisation von Politik, bei der große Teile der Staatsbürger nicht den Eindruck haben konnten, sie würden wahrgenommen und ihre existenziellen Probleme würden mit dem gebotenen Gewicht behandelt.

51 Diese Zusammenhänge werden in einem weiteren Vortrag erläutert.

„…in einen Nebel der Anonymität gehüllt…“ Gießener Beiträge zur Entstehung des Grundgesetzes*

Franz Reimer

Ein zeitgenössischer Akteur konstatierte 1949, dass „der Parlamentarische Rat vom ersten Tage an in einen Nebel der Anonymität gehüllt war, und daß seine Existenz, seine Aufgaben und seine Entscheidungen dem Bewußtsein des deutschen Volkes niemals hinreichend bekannt wurden.“[1] Das gilt heute – 75 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes – zwar nicht mehr in gleicher Weise. Doch jenseits weniger Figuren, die ihre Bekanntheit vor allem ihrem späteren politischen Erfolg verdanken, wie Konrad Adenauer, Thomas Dehler, Theodor Heuss und Carlo Schmid, und den vier inzwischen zu Prominenz gelangten vier Müttern des Grundgesetzes, Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel, sind die Gesichter hinter dem Grundgesetz immer noch weithin unbekannt.[2] Als kleiner Beitrag, den Nebel der Anonymität zu lichten, soll im Folgenden nach Gießener Beiträgen und damit nach Gießener Beiträgern zum Grundgesetz gefragt werden. Zwar hat es – entgegen den von künstlicher Intelligenz produzierten *fake news* – keinen „Gießener Entwurf“ gegeben,[3] wohl aber Vorarbeiten und Beiträge mit Bezug zu Gießen. Von vier von ihnen soll im Folgenden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Rede sein.

---

* Ergänzte Fassung des am 23. Mai 2024 im Hörsaal Dr. Abraham Bar Menachem, Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, gehaltenen Vortrags. Herzlichen Dank meiner Mitarbeiterin Johanna Laux für hilfreiche Recherche.

1 Heinrich von Brentano, Schlechte Voraussetzungen – erträgliche Lösungen, in: Die Wandlung 4 (1949); S. 646 (647).

2 In diesem Sinne wohl auch *Peter Sturm*, Köpfe hinter dem Grundgesetz, FAZ v. 23.5.2024, S. 8 zu Thomas Dehler, Jakob Kaiser, Carlo Schmid, Elisabeth Selbert und Helene Wessel.

3 So aber ChatGPT 3.5 (Suchanfrage v. 10.4.2024: „Was war der Gießener Beitrag zur Entstehung des Grundgesetzes?“): „Die Universitätsstadt Gießen spielte eine wichtige Rolle bei der Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Der entscheidende Beitrag Gießens lag in der Durchführung des „Gießener Entwurfs“ im Jahr 1948. Dieser Entwurf wurde von einem Team von Verfassungsrechtlern unter der Leitung des Gießener Professors für Öffentliches Recht, Friedrich Wilhelm Löwenstein, erstellt.
Der „Gießener Entwurf“ war einer der ersten ausgearbeiteten Vorschläge für ein Grundgesetz für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl der Entwurf nicht direkt in das spätere Grundgesetz übernommen wurde, hatte er einen erheblichen Einfluss auf die Diskussion und Debatten, die zur endgültigen Formulierung des Grundgesetzes führten.
Die Arbeit an diesem Entwurf zeigte die Bemühungen und den Willen der deutschen Juristen und Politiker, nach dem Ende des Nationalsozialismus und der Diktatur eine demokratische Verfassung für Deutschland zu schaffen.“

II. Frühe Vorarbeit?

Das Prinzip, das das Grundgesetz am wenigsten beschwört, ja geradezu verschweigt, aber am kompromisslosesten einlöst, ist das Rechtsstaatsprinzip. Im Gegensatz zum Republikprinzip, zum Demokratieprinzip, zum Sozialstaatsprinzip und zum Bundesstaatsprinzip nennt Art. 20 Abs. 1 GG das Rechtsstaatsprinzip nicht. Doch verwirklicht das Grundgesetz in unzähligen Facetten und durch zahllose Einzelbestimmungen – beginnend bei der Bindung aller Gewalten an die Grundrechte (Art. 1 Abs. 3 GG), der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und der Verwaltung und Rechtsprechung an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG) bis hin zur Verfassungsgerichtsbarkeit (Art. 93 f. GG) – die Rechtsstaatlichkeit. 1949 sprach es nur an einer einzigen Stelle ausdrücklich von Rechtsstaatlichkeit: Art. 28 Abs. 1 GG erstreckte und erstreckt sie auf die Länder und setzt sie damit zugleich – wortlos – für den Bund selbst voraus. Inzwischen findet sich der Begriff auch in Art. 16 Abs. 2 und 23 Abs. 1 GG. Dennoch kommt die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips in diesen drei eher beiläufigen Erwähnungen nicht annähernd zum Ausdruck. Bereits 1953 sprach das Bundesverfassungsgericht aus,

> „daß das Verfassungsrecht nicht nur aus den einzelnen Sätzen der geschriebenen Verfassung besteht, sondern auch aus gewissen sie verbindenden, innerlich zusammenhaltenden allgemeinen Grundsätzen und Leitideen, die der Verfassungsgesetzgeber, weil sie das vorverfassungsmäßige Gesamtbild geprägt haben, von dem er ausgegangen ist, nicht in einem besonderen Rechtssatz konkretisiert hat.
> Zu diesen Leitideen, die auch den Landesgesetzgeber unmittelbar binden, gehört das Rechtsstaatsprinzip; das ergibt sich aus einer Zusammenschau der Bestimmungen des Art. 20 Abs. 3 GG über die Bindung der Einzelgewalten und der Art. 1 Abs. 3, 19 Abs. 4, 28 Abs. 1 Satz 1 GG sowie aus der Gesamtkonzeption des GG."[4]

Das Grundgesetz verspricht also auch in Sachen Rechtsstaatlichkeit nicht mehr, als es einlöst, sondern löst mehr ein, als es verspricht… Es verwirklicht damit ein Programm, das in gewisser Weise erstmals in Gießen formuliert worden ist. Denn aus der Feder eines Gießener Juristen stammt zwar nicht das Wort „Rechtsstaat" (das Adam Müller zugeschrieben wird[5]), wohl aber die erste detaillierte Rechtsstaatskonzeption. Die Rede ist vom oberhessischen Pfarrerssohn Carl Theodor Georg Philipp Welcker, 1790 in Ober-Ofleiden bei Homberg (Ohm) geboren,[6] der nach

4 BVerfG, Urt. v. 1.7.1953 – 1 BvL 23/51, BVerfGE 2, 380 (403) = NJW 1953, 1137 (1138).

5 *Ernst Wolfgang Böckenförde*, Rechtsstaat, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 8, 1992, Sp. 232, differenzierend *Christian Trentmann*, Die Grundlagen des Rechtsstaatsbegriffs JuS 2017, 979 ff.

6 Biographische Angaben hier und im Folgenden nach *Andreas Thier*, „Welcker, Carl Theodor" in: Neue Deutsche Biographie 27 (2020), S. 721–723 [Online-Version]; URL: https://www.deutsche-biographie.de/pnd11863075X.html#ndbcontent (10.12.2024).

seiner Gießener Gymnasialzeit von 1806 bis 1810 in Gießen und 1810/11 in Heidelberg Jura studiert hatte, von wo er 1813 mit einer Anregung Thibauts für seine Promotion (eine pandektistische Analyse über die Beziehung von negotiorum gestio und mandatum) nach Gießen zurückkehrte. Auf die Promotion folgte im gleichen Jahr (1813) die Habilitation: „Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe, philosophisch und nach den Gesetzen der merkwürdigsten Völker rechtshistorisch entwickelt".[7] Der 23-jährige stellt in ihr der Despotie und der Theokratie den Rechtsstaat gegenüber. Er definiert ihn als einen „Staat der Vernunft"[8]. Im Zentrum seiner vernunftrechtlich geprägten Konzeption stehen die Rechtsgesetze, die er einerseits gegen das Sittengesetz, andererseits gegen bloß positivistisch verstandene Gesetze abgrenzt. Der Rechtsstaat gründet auf der Freiwilligkeit der Individuen,[9] auf „freye[r] Achtung und Anerkennung eigner und fremder sittlicher Würde";[10] auf tatsächlicher Einwilligung.[11] Zu den Merkmalen des Rechtsstaats gehört das „Recht der Beschwerde und Vorstellung"[12] (also Rechtsschutz, wenn auch zu Behörden und dem Regenten, noch nicht zu unabhängigen Gerichten), ferner die „Publicität der Regierungshandlungen"[13] und „vollkommene Freyheit der öffentlichen Meinung",[14] schließlich aber auch das „Recht der Privatvorstellung" und „Lossagung vom Staate"[15] (d.h. ein *ius emigrandi*). Welcker verbindet also formelle mit materiellen Elementen; insbesondere sind Grundrechte Bausteine des Rechtsstaats.



Abb. 1: Lithographie Karl Theodor Welcker, Valentin Schertle/ Künstler, HR A 22 d, Quelle Bildarchiv der Justus-Liebig-Universität Gießen

7 Erschienen noch 1813 bei Heyer. Die folgende Synthese nach *Franz Reimer*, Der Rechtsstaat, eine rechtsvergleichende Perspektive. Deutschland, 2024, S. 1 f. (zugänglich über https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU(2023)745674. letzter Abruf: 14.12.2024).

8 *Karl Theodor* Welcker, Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe, 1813, 1. Buch, 6. Kap., S. 25.

9 Ibid., S. 71 ff.

10 Ibid., S. 75.

11 Ibid., S. 81.

12 Ibid., S. 93.

13 Ibid., S. 93 f. mit der Einschränkung „wenn auch nicht immer der laufenden, doch stets der vollendeten".

14 Ibid., S. 94.

15 Ibid., S. 95.

Welcker hebt hervor, dass alle vier Merkmale gleichzeitig verwirklicht sein müssen, damit von Rechtsstaat die Rede sein könne.[16] Diese rechtstheoretischen Überlegungen – zusammen mit denen anderer Rechtsstaatstheoretiker wie von Aretin, von Mohl, Stahl, Bähr – wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts von rechtswissenschaftlicher Überlegung zu rechtspolitischer Forderung, dann schrittweise zu einfachem Recht, im Laufe des 20. Jahrhunderts dann zu geltendem Verfassungsrecht (etwa in Art. 102 ff., 109 ff. Weimarer Reichsverfassung) und – mit schrecklichen Rückschlägen – unter den Landesverfassungen und dem Grundgesetz zu Verfassungswirklichkeit.

Welcker wurde Professor in Kiel, dann Heidelberg, Bonn und schließlich Freiburg im Breisgau. Bekannt ist er vor allem – zusammen mit Karl von Rotteck – als Herausgeber des Staats-Lexikons. Welcker war aber auch politisch tätig: Für zwanzig Jahre (1831–1851) war er Landtagsabgeordneter in Baden und 1848–1849 Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt (Gesandter Badens) und dort des Verfassungsausschusses – möglicherweise also auch Mitautor der rechtsstaatlichen Elemente der Paulskirchenverfassung, zu denen insbesondere die Grundrechte (§§ 130 ff.) und die Verfassungsbeschwerde zum Reichgericht (§ 126 lit. g) zählen sollten. Der Grundrechtekatalog stand später für Weimarer Reichsverfassung, Hessische Verfassung und Grundgesetz Pate, die Verfassungsbeschwerde fand 1946 als Grundrechtsklage ihren Platz in der Hessischen Verfassung, dagegen im Grundgesetz erst 1968. Rechtsstaatlichkeit bleibt auch im Mehrebenensystem eine Daueraufgabe. Ihre gedankliche Fundierung hat sie vor über 200 Jahren in Gießen erhalten.

III. Verfassungsgeschichtliche Vorlagen?

Der Prozess der Verfassunggebung auf Bundesebene begann am 1. Juli 1948 mit der Autorisierung der elf westdeutschen Ministerpräsidenten (die Ministerpräsidenten der damaligen Länder Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern – Berlin und das Saarland konnten nicht mitwirken) durch die Besatzungsmächte in den „Frankfurter Dokumenten“: Innerhalb von zwei Monaten – also bis spätestens 1. September 1948 – sollte eine Verfassunggebende Versammlung zusammentreten. Sie sollte „eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält“. Damit hatten die Westmächte einen klaren inhaltlichen Rahmen vorgegeben. Ein Oktroi war er nicht, weil die Vorgabe der deutschen Ver-

16 Ibid., S. 95 f.

fassungsentwicklung und den Intentionen der Nachkriegspolitik entsprach.[17] Als Oktroi empfanden die Ministerpräsidenten aber die Bezeichnungen „Verfassung" und „Verfassunggebende Versammlung" – und vermieden sie daher, um einer zukünftigen gesamtdeutschen Verfassung nicht vorzugreifen. So wurde aus der „Verfassunggebenden Versammlung" ein „Parlamentarischer Rat" und aus der „Verfassung" ein „Grundgesetz".

Wie aber sollte sinnvoll innerhalb von zwei Monaten eine solche Versammlung, ein solcher Parlamentarischer Rat seine Arbeit aufnehmen? Und wie ist rückblickend erklärbar, dass eine solche Versammlung ihre Arbeit nicht nur aufnahm, sondern auch abschloss, und das innerhalb von gut zehn Monaten und mit höchst nachhaltiger Wirkung? Diese Effizienz – Rasanz und durchschlagender Erfolg – dürfte zwei Gründe gehabt haben: Erstens erleichterte das Bewusstsein, nur ein Provisorium zu schaffen, die Aufgabe. Kein Werk für die Ewigkeit, sondern ein Transitorium sollte entstehen. Manches konnte ungeregelt bleiben, manches leichthin als Kompromiss akzeptiert werden. Das Grundgesetz trat mit einer schweren Aufgabe, aber mit leichtem Gepäck ins Leben – nicht überladen wie jetzt, 75 Jahre später, nach 69 Verfassungsänderungen, die den Umfang des Grundgesetzes mehr als verdoppelt haben. Zweitens lagen exzellente Verfassungen als Vorlagen bereit: die Paulskirchenverfassung, die Weimarer Reichsverfassung, die Landesverfassungen der Zwischenkriegszeit vor allem aber die seit 1946 (also kurz vor Beginn der Verfassunggebung auf Bundesebene) entstandenen Landesverfassungen, namentlich die

– Verfassung für Württemberg-Baden vom 28.11.1946,[18]
– Verfassung des Landes Hessen vom 1.12.1946,[19]
– Verfassung des Freistaates Bayern vom 2.12.1946[20],
– Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 18.5.1947,[21]
– Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18.5.1947,[22]
– Verfassung des Landes Baden vom 28.5.1947[23] und die
– Verfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21.10.1947.[24]

Die vielleicht innovativste unter den neuen Landesverfassungen war die hessische Verfassung vom 1. Dezember 1946.[25] Sie enthielt mindestens vier wichtige, auch für das Grundgesetz wegweisende verfassungsrechtliche Innovationen:

17 So für den Föderalismus *von Brentano* (Fn. 1), S. 648: „Man muß sich vielmehr darüber im klaren sein, daß große Teile des deutschen Volkes einen föderalistischen Aufbau des neuen Staates schon anstrebten, längst ehe die Londoner Empfehlungen bekannt wurden."
18 RegBl. Nr. 25 v. 30.11.1946, S. 277.
19 GVBl. Nr. 34/35 v. 18.12.1946, S. 229.
20 GVBl. Nr. 23 v. 08.12.1946, S. 333.
21 RegBl. Nr. 1 v. 31.05.1947, S. 1.
22 VOBl. S. 209.
23 RegBl. Nr. 21 v. 28.5.1947, S. 129.
24 Brem.GBl. S. 251.
25 Zu ihr im historischen Kontext *Heinhard Steiger*, Zwischen Weimar und Bonn – Siebzig Jahre Hessische Verfassung, MOHG 102 (2017), 393 ff.

(1) einen Grundrechtekatalog, den die Verfassungsväter – anders als in der Paulskirchenverfassung und der Weimarer Reichsverfassung – nicht dem staatsorganisationsrechtlichen Teil angehängt, sondern programmatisch an die Spitze der Verfassung gestellt hatten (Art. 1–63 HV), und dabei insbesondere die Verbürgung von Gleichheit und Freiheit, von Leben, Gesundheit, Ehre und Würde des Einzelnen. Hierin kam weit mehr als eine Akzentverschiebung zum Ausdruck:

> „Der maßgebliche und grundlegende Fortschritt der hessischen Verfassung gegenüber der Weimarer Reichsverfassung wird in den Überschriften der Abschnitte deutlich: „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen" in der Weimarer Reichsverfassung und „Rechte des Menschen" in der hessischen Verfassung. Nur das Auslieferungsverbot, das Versammlungsrecht und das Recht, Vereine zu bilden, sind auf Deutsche beschränkt. Andererseits gibt es bereits ein Asylrecht für politisch Verfolgte und Flüchtlinge. Mit diesem menschenrechtlichen Ansatz folgt die hessische Landesverfassung zum einen den Erfahrungen aus dem Dritten Reich, aber vor allem den nach und seit dem Zweiten Weltkrieg vorherrschenden Auffassungen, dass jeder Mensch kraft seiner Würde unveräußerliche Rechte habe, die nicht mehr durch eine staatliche Verfassung oder staatliche Gesetze gewährt werden, sondern allen Menschen als Menschen von vorneherein zukommen"[26];

das übernahm das Grundgesetz mit den Art. 1–19 GG;

(2) die Konzeption dieser Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht (Art. 26 HV), auch dies vom Grundgesetz aufgegriffen (Art. 1 Abs. 3 GG);
(3) die Effektuierung des Grundrechtsschutzes durch die Verfassungsbeschwerde, in Hessen „Grundrechtsklage" genannt (Art. 131 Abs. 3 HV), ins Grundgesetz (wie erwähnt) erst 1968 aufgenommen;
(4) eine Ewigkeitsklausel,[27] oder genau genommen deren zwei: eine grundrechtliche (Art. 26 HV) und eine staatsorganisationsrechtliche (Art. 150 HV), und damit einen ausgreifenderen Verfassungsschutz als Art. 79 Abs 3 GG.

An der hessischen Verfassung wird deutlich, dass die Landesverfassungen der Nachkriegszeit Brücken von Weimar nach Bonn bauten, dabei aber nicht nur die deutsche Verfassungstradition (Paulskirchenverfassung und Weimarer Verfassung) fruchtbar machten, sondern – wie dann das Grundgesetz und später das Bundesverfassungsgericht – auch ausländische Impulse aufgriffen, Teil transnationaler Rezeptionsprozesse waren. So dürfte die Grundrechtsklage in der hessischen Verfassung „auf Vorstellungen der amerikanischen

26 *Steiger* (Fn. 25), S. 400.
27 Ähnlich kurz zuvor bereits Art. 85 Satz 2 Verfassung Württemberg-Baden.

Militärregierung“ zurückgehen;[28] und die Ewigkeitsklausel hat Vorläufer seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich.[29]



Abb. 2: Erwin Stein (1903–1992) auf einer Tagung der ersten „Weltkonferenz für moralische Aufrüstung“ 2947 in Caux/Schweiz

Als Väter der hessischen Verfassung werden Walter Jellinek, ferner die Sozialdemokraten Friedrich Caspary, Georg August Zinn und Adolf Arndt sowie der Christdemokrat Ulrich Noack bezeichnet;[30] aber es waren auch mindestens drei ehemalige Gießener, d.h. Alumni der Juristenfakultät der Ludoviciana beteiligt: Karl Kanka, Heinrich von Brentano und Erwin Stein. Über die ersten beiden wird noch zu sprechen sein: über Kanka im Zusammenhang mit dem Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (IV.) und über von Brentano im Zusammenhang mit dem Parlamenta-

28 So *Barwinski*, in: Zinn/Stein, HV, Vorbem. Art. 130–133, Erl. II.2.

29 1884 Einfügung folgenden Satzes durch Art. 2 der Loi du 14 août 1884, portant révision partielle des lois constitutionnelles, in Art. 8 Abs. 3 des Gesetzes über die Organisation der französischen Staatsgewalt vom 25. Februar 1875: „La forme républicaine du gouvernement ne peut faire l‘objet d‘une proposition de révision.“; dann Art. 95 frz. Verf. 1946: „Die republikanische Staatsform darf nicht Gegenstand eines Revisionsvorschlages sein.“; so jetzt auch Art. 89 der Verf. 1958.

30 So *Frank R. Pfetsch*, Ursprünge der zweiten Republik. Prozesse der Verfassunggebung, 1990, S. 64.

rischen Rat (V.). Erwin Stein dagegen ebnete, zusammen mit Kanka, der Hessischen Verfassung durch einen im September 1946 vorgelegten Kompromissentwurf, den sog. Vollradser Entwurf, den Weg;[31] insofern trug er nur mittelbar zur Entstehung des Grundgesetzes bei, unmittelbar und nachhaltig dann aber zu seiner Entfaltung, vor allem als einflussreicher Bundesverfassungsrichter der ersten Generation (1951–1971).[32]

IV. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee

In jenem kurzen Sommer des Jahres 1948, kurz nachdem mit Übergabe der Frankfurter Dokumente der Startschuss zum Entwurf einer Bundesverfassung gefallen war, beriefen die elf Ministerpräsidenten zur Vorbereitung der Arbeiten des Parlamentarischen Rates eilends eine Expertenklausur ein. Aufgabe des kleinen Kreises war, ohne zu große politische Festlegung einen Verfassungsentwurf als Diskussionsgrundlage für den Parlamentarischen Rat zu schaffen. Die Kommission tagte auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard dort, wo Deutschland am schönsten und am stillsten ist: auf der Herreninsel im Chiemsee. Schauplatz war nicht das imposante Schloss Ludwigs II., sondern das kleinere und unspektakulärere Alte Schloss, ein ehemaliges Augustinerchorherrenstift. Jeder der elf Ministerpräsidenten (es waren ja nur Männer) schickte *einen* Experten (auch sie nur Männer). Unter ihnen am prominentesten waren Carlo Schmid, Völkerrechtler und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, sowie Adolf Süsterhenn, Justiz- und Kultusminister aus Rheinland-Pfalz. Hessen wurde durch Prof. Dr. Hermann Brill vertreten, Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei in Wiesbaden. Die Mitglieder tagten in einem recht kleinen Raum im ersten Stock dreizehn intensive Tage lang: vom 10. bis zum 23. August 1948. Hinzu kamen neunzehn Mitarbeiter (Minister, Verfassungs- und Finanzfachleute), ferner Stenographen und Sekretärinnen.[33] Der Konvent organisierte sich in ein Plenum und drei Unterausschüsse:

– Unterausschuß I zu Grundsatzfragen (Präambel, Namensgebung, gebietliche Ausdehnung und Gliederung, Quelle der Staatsgewalt, Grundrechte, Gerichtshof zur Sicherung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte);

31 Näher *Martin Will*, Die Entstehung der Verfassung des Landes Hessen von 1946, 2009, S. 448 ff.

32 Näher zu seinem ungewöhnlichen Lebensweg *Anne C. Nagel,* Ein Mensch und zwei Leben: Erwin Stein (1903–1992), 2018. Das Wirken als Verfassungsrichter würdigt *Brun-Otto Bryde*, Erwin Stein als Verfassungsrichter, in: Walter Gropp/Stefan Hormuth (Hrsg.), Erwin Stein zum Gedächtnis. Akademische Gedenkfeier am 7. März 2003 an der Justus-Liebig Universität Gießen, 2003, S. 15 ff., den Wissenschaftler Stein würdigt *Heinhard Steiger*, ibid., S. 23 ff.

33 Vgl. *Monika Franz/Uta Piereth*, „Der Wille zu Freiheit und Demokratie" – die neue Dauerausstellung zum Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee 1948, in: Bayerische Schlösserverwaltung (Hrsg.), Einsichten und Perspektiven, Themenheft 1|23, S. 6 (11).



Abb. 3: Herrenchiemsee, Altes Schloss, 1. Stock: Plenarsaal des Verfassungskonvents

– Unterausschuß II zu Zuständigkeitsfragen auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, insbesondere Fragen der Finanzverfassung; und
– Unterausschuß III zu Organisationsfragen (Aufbau, Gestaltung u. Funktionen der Organe).

Am dritten Tag der Expertenklausur – dem 12. August[34] – kam als Mitarbeiter von Dr. Hermann Brill der Offenbacher Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete

34 Vgl Parlamentarischer Rat, 1948–1949. Akten und Protokolle, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv unter Leitung von Kurt G. Wernicke und Hans Booms, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearbeitet von Peter Bücher, 1981, S. 156.



Abb. 4: Dr. Karl Kanka (1904–1974)

Dr. Karl Kanka hinzu,[35] bereits als Mitverfasser der hessischen Landesverfassung erwähnt, 1904 in München geboren,[36] hatte er 1913–1922 die Oberrealschule in Offenbach besucht und 1922–1925 ein Jurastudium in Frankfurt am Main und Gießen absolviert. 1929 war er am Amtsgericht Offenbach und Landgericht Darmstadt zur Anwaltschaft zugelassen worden, 1935 an der Gießener Fakultät mit der Arbeit „Die Beschwerde bei den Rechtsmitteln der Berufung und der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten" zum Dr. iur. promoviert worden. Nach Angabe der Konrad-Adenauer-Stiftung war Kanka 1935–1945 „wegen wichtiger Prozesse vom Militärdienst zurückgestellt, während des Krieges im Kriegsschädenamt in Frankfurt am Main tätig".[37] Er war offenbar zunächst Mitglied der SA, nicht auch der NSDAP gewesen,[38] aber 1935 wieder ausgetreten, und während des Dritten Reiches als Anwalt Ansprechpartner für Juden in Offenbach gewesen.[39] 1945 hatte er zu den Mitbegründern der CDU in Offenbach gehört und war im Jahr darauf wieder als Rechtsanwalt zugelassen worden; später war eine Tätigkeit als Notar hinzugekommen. Seit August 1946 war Kanka Mitglied der verfassungsberatenden Landesversammlung in Großhessen gewesen. Zudem war er von 1947 an für zehn Jahre Mitglied des Hessischen Landtages. Kankas Werdegang war typisch für die Mitglieder des Verfassungskonvents, der im Rückblick als „Sammelbecken der Landesverfassungen" bezeichnet worden ist:[40] Denn der Konvent war ein Treffen von Verfassungsexper-

35 Daneben wollte sich Hermann Brill der Unterstützung Martin Draths bedienen, Professor aus Jena, 1948 aus Thüringen geflohen, ab 1951 Richter des Ersten Senats des Bundeverfassungsgerichts, dem von Georg August Zinn aber keine Genehmigung zur Reise an den Chiemsee erteilt worden war: *Rüdiger Griepenberg*, in: Hermann Louis Brill, Herrenchiemseer Tagebuch, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 585 (612 Fn. 123).

36 Diese und die folgenden biographischen Angaben nach: KAS (Hrsg.), Findbuch 01 – 061 KARL KANKA, 2015, vor S. 1.

37 A.a.O.

38 *Hessischer Landtag* (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen Nr. 48, 12), Wiesbaden/Marburg 2014, S. 170 f.

39 Näher *Nagel* (Fn. 32), S. 92 f.

40 *Angela Bauer-Kirsch*, Herrenchiemsee. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee – Wegbereiter des Parlamentarischen Rates. Diss., Univ., Bonn 2005, S. 186 f., URL: https://hdl.handle.net/20.500.11811/2244 (letzter Abruf: 30.12.2024).

ten, die zu einem nennenswerten Teil bereits Verfassungsväter waren, als sie auf die Insel kamen: politisch und juristisch versierte Männer, die kurz zuvor unter den neuen Rahmenbedingungen in ihren Ländern praktische Erfahrung im Entwurf einer Verfassung gesammelt hatten.[41]

Kanka wirkte auf Herrenchiemsee im Unterausschuss II mit, dem Ausschuss für Zuständigkeitsfragen. Gleich in dessen erster Sitzung verwies er auf die Ewigkeitsklausel der hessischen Verfassung[42] – vielleicht ein Beitrag[43] dazu, dass der Konvent eine Ewigkeitsklausel dann auch für das Grundgesetz empfahl, und zwar nachdrücklich:

> „Mit allem Nachdruck befürwortet der Konvent, daß solche Anträge auf Änderung des Grundgesetzes, die praktisch das Grundgesetz als solches vernichten würden, überhaupt für unzulässig erklärt werden. [Es …] wird hierfür die Formulierung gewählt, daß Anträge auf Änderungen des Grundgesetzes, durch die die freiheitliche und demokratische Grundordnung beseitigt würde, unzulässig sind (Art. 108).“[44]

Aus der Verschmelzung dieses Vorschlags mit dem die Bundesstaatlichkeit schützenden Art. 107 des Herrenchiemseer Entwurfs ist die Ewigkeitsklausel des Art. 79 Abs. 3 GG entstanden. Von den 12 Sitzungen des Unterausschusses lässt sich Karl Kankas Teilnahme an 10 Sitzungen nachweisen, er hat 55 Redebeiträge geliefert.[45] Nicht weniger wichtig als die protokollierten Sitzungen dürften allerdings – ganz generell – die Spaziergänge über die Insel in den Sitzungspausen gewesen sein, die deutliche Sprünge im Beratungsverlauf erklären.[46]

In was konkret sollten die Arbeiten des Verfassungskonvents münden? Hermann Brill schlug dem Vorsitzenden Pfeiffer eine „Beratungsgrundlage“ für den Parlamentarischen Rat vor. Dies akzeptierte Pfeiffer mit den Worten: „Einverstanden. Sagen wir es doch offen: wir machen für den Parlamentarischen Rat eine Idiotenfibel.“[47] Diese „Idiotenfibel“ wurde ein ausgefeiltes Dokument von 96 Seiten unter dem Titel „Verfassungsausschuss der Ministerpräsidenten-Konferenz der westlichen Besatzungszonen: Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10 bis 23. August 1948.“ Dieser Abschlussbericht fasste die Arbeitsergebnisse des

41 Dies gilt nach *Angela Bauer-Kirsch* (Fn. 40), S. 22, insbesondere für Leusser und Nawiasky (Bayern), Süsterhenn (Rheinland-Pfalz), Schmid (Württemberg-Hohenzollern), Drexelius und Prass (Hamburg), Suhr (Berlin), Maunz (Baden) und eben Kanka.

42 *Angela Bauer-Kirsch*, S. 188.

43 Denn eine Ewigkeitsklausel war nach *Bauer-Kirsch* (Fn. 40), S. 189, auch in Art. 92 III der Verfassung des Landes Baden, in Art. 85 I in der Verfassung für Württemberg-Baden sowie in Art. 129 der Verfassung für Rheinland-Pfalz; sie findet sich nicht bspw. in der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern.

44 Bericht, S. 48 (https://epub.ub.uni-muenchen.de/21036/1/4Polit.3455.pdf).

45 Peter Bücher, Einleitung, in: Parlamentarischer Rat (Fn. 34), S. LXXXV.

46 Diesen Hinweis verdanke ich der mündlichen Mitteilung von *Angela Bauer-Kirsch*.

47 *Brill*, Herrenchiemseer Tagebuch 1948 (Fn. 35), S. 614.

Konvents in drei Teile: einen darstellenden Teil, einen sog. artikulierten Teil (der die vorgeschlagenen Artikel enthält, z.T. mit Alternativen) und einen kommentierenden Teil. Angesichts der formalen und inhaltlichen Perfektion dieses Dokuments verwundert es nicht, dass es die Diskussion im Parlamentarischen Rat stark geprägt hat. Einen weiteren Grund hat diese Tatsache darin, dass sechs Mitglieder des Verfassungskonvents auch selbst im Parlamentarischen Rat mitwirkten: Schmid, Pfeiffer, Schwalber, Süsterhenn, Suhr und Fecht.[48] Karl Kanka war also nicht darunter. Für ihn sprang dann aber ein anderer Jurist mit Gießener Vergangenheit ein.

V. Parlamentarischer Rat

Die von den Alliierten in den Frankfurter Dokumenten gesetzte Zweimonatsfrist war fast verstrichen, als der Konvent seine dreizehntägige Arbeit beendet hatte und der Abschlussbericht gedruckt war. Eine Woche später, am 1. September 1948, am letztmöglichen Datum, trat in einem Festakt im Zoologischen Museum König in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen. Tagungsstätte des Rats war nicht das Museum, sondern die Pädagogische Akademie am Rhein, ein moderner und lichter Zweckbau, der 1930–33 gebaut worden war. Vier Frauen und 61 Männer hatten die elf westdeutschen Landtage nach einem vorab vereinbarten Modellgesetz gewählt. Darunter waren, wie erwähnt, sechs Mitglieder des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee. Sich damit überschneidend waren sechs amtierende Landesjustizminister und 52 Landtagsabgeordnete Mitglieder des Parlamentarischen Rats. Von



Abb. 5: Konstituierung des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie, Bonn, am 1. September 1948, Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte



Abb. 6: Heinrich von Brentano di Tremezzo (1904–1964)

48 *Franz/Piereth* (Fn. 33) S. 11.

den 65 Mitgliedern kamen je 27 aus CDU/CSU und SPD, 5 aus der FDP und je 2 aus KPD, Zentrum und DP (Deutscher Partei). An der Spitze der Mitglieder stand sowohl nach Alphabet als auch nach Prominenz Konrad Adenauer. Zu den bekanntesten weiteren Mitgliedern zählten die Liberalen Theodor Heuss und Thomas Dehler. Hessen war mit berühmten Sozialdemokraten wie Ludwig Bergsträsser und Georg August Zinn (einem der Väter der Hessischen Verfassung) vertreten, aber auch mit dem Christdemokraten Heinrich von Brentano di Tremezzo, ebenfalls ein Mitautor der Hessischen Verfassung.[49]

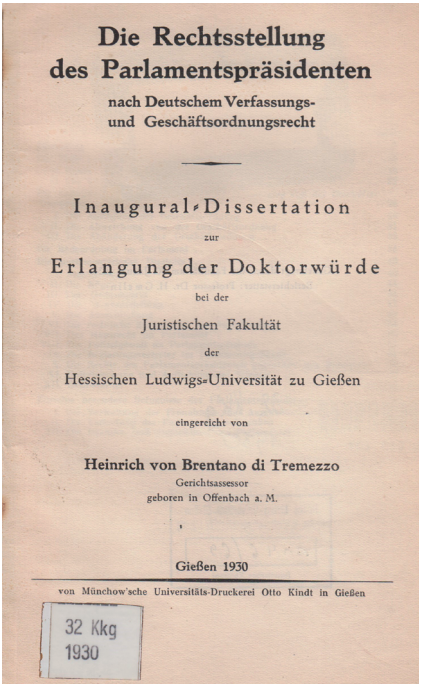
Wer war von Brentano? Er stammte aus einer alten italienisch-deutschen Familie.[50] Schon sein Vater war in Gießen als Jurist ausgebildet worden. Über Heinrich von Brentanos erste Lebenshälfte gibt er selbst am Ende seiner Gießener Dissertation Auskunft:

> „Am 20. Juni 1904 wurde ich zu Offenbach a. Main als Sohn des Rechtsanwalts und Notars, Geh. Justizrats Otto von Brentano di Tremezzo, späteren hessischen Ministers des Innern und der Justiz, M.d.R. u. d. L., geboren. Nach dreijährigem Besuch der Vorschule trat ich Ostern 1913 in das humanistische Gymnasium zu Offenbach ein, das ich bis Ostern 1920 besuchte, um dann in das Ludwig Georg Gymnasium in Darmstadt überzutreten; an dieser Anstalt machte ich Ostern 1922 das Abiturientenexamen.
> Nach siebensemstrigem Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Frankfurt a. Main, München und Gießen legte ich am 12. November 1925 zu Gießen die Fakultätsprüfung ab. Darauf war ich vom 19. Dezember 1925 bis zum 21. Dezember 1928 im juristischen Vorbereitungsdienst beschäftigt und bestand am 14. Juni 1929 die juristische Staatsprüfung vor der staatlichen Prüfungskommission zu Darmstadt. Am 23. Juli 1929 erfolgte meine Ernennung zum Gerichtsassessor.
> Zur Zeit bin ich bei dem Hessischen Finanzministerium zu Darmstadt beschäftigt."

Die Dissertation war von Hans Gmelin (1878–1941), Gießener Staatsrechtler und Mitgründer der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, betreut worden. Brentano hatte sie 1930 verteidigt und veröffentlicht. Aus ihrem Thema spricht ein lebendiges Interesse an der parlamentarischen Demokratie: „Die Rechtsstellung des Parlamentspräsidenten nach Deutschem Verfassungs- und Geschäftsordnungsrecht". Es handelt sich um eine zeitentsprechend schmale, aber gehaltvolle verfassungsrechtliche Untersuchung mit interessanten Ausführungen zur Rechtsnatur parlamenta-

49 Zu ihm ferner *Helma Brunck*, Heinrich von Brentano (1904–1964), in: Bernd Heidenreich/Walter Mühlhausen (Hrsg.), Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, 2000 sowie die Beiträge in *Roland Koch* (Hrsg.), Heinrich von Bretano. Ein Wegbereiter der europäischen Integration, 2004.

50 Näher *Helmut Neuhaus*, Die Brentanos. Eine deutsche Familie in der Frühen Neuzeit, in: Heinrich von Brentano: ein Wegbereiter der europäischen Integration, S. 3 ff., sowie *Eckhart G. Franz*, Die hessischen Brentanos, ibid., S. 15 ff.



Die Rechtsstellung
des Parlamentspräsidenten

nach Deutschem Verfassungs-
und Geschäftsordnungsrecht

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
bei der
Juristischen Fakultät
der
Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen
eingereicht von

Heinrich von Brentano di Tremezzo
Gerichtsassessor
geboren in Offenbach a. M.

Gießen 1930

von Münchow'sche Universitäts-Druckerei Otto Kindt in Gießen

32 Kkg
1930

Abb. 7: Gießener Dissertation von Heinrich von Brentano

rischer Geschäftsordnungen. Was folgte auf die Dissertation?[51] Seit 1932 war Brentano Anwalt in eigener Sozietät in Darmstadt. Er stand offenbar in deutlicher Distanz zum NS-Regime.[52] Wegen einer frühen Verletzung war er kriegsdienstuntauglich,[53] doch wurde er 1943 dienstverpflichtet. Nach Kriegsende war er erneut als Anwalt und zusätzlich als Notar tätig und wurde Präsident der Darmstädter Rechtsanwalts- und Notarkammer. Er gehörte zu den Gründern der hessischen CDU. 1946 war er Mitglied aller verfassungsberatenden Gremien im Land (Groß-) Hessen: des Vorbereitenden Verfassungsausschusses, des Beratenden Landesausschusses und der Verfassungsberatenden Landesversammlung. Zugleich wurde er 1946 in den Hessischen Landtag gewählt, wo er seit Sommer 1947 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion war. Über Hessen hinaus war er seit 1947 als Vorsitzender des von der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU eingesetzten Verfassungsausschusses aktiv.[54]

Im Parlamentarischen Rat hatte von Brentano eine Schlüsselrolle. Er gehörte „jeweils als Stellvertretender Vorsitzender dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für das Besatzungsstatut an. Zudem ist er ab April 1949 Mitglied im Ausschuss für Finanzfragen. Von Brentano beteiligt sich als einer der Hauptsprecher der CDU/CSU-Fraktion oft an den Beratungen anderer Ausschüsse. Als Mitglied des Allgemeinen Redaktionsausschusses, des Siebenerausschusses[55] und des Fünferausschus-

51 Das Folgende nach https://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder_891_mitglied=32_seitentiefe=2.html (31.12.2024), sowie *Frank-Lothar Kroll*, Heinrich von Brentano. Ein biographisches Porträt, in: Koch (Fn. 49), S. 25 ff.

52 *Hessischer Landtag* (Fn. 38), S. 111. Näher *Kroll*, Brentano, in: Koch (Fn. 49), S. 25 (27 f.). Die Information „nach 1933 wiederholt verhaftet" findet sich bei *Wolfgang Benz*, Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im „Ellwanger Kreis" 1947/48, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 781.

53 *Kroll*, S. 28.

54 Der in seiner Sitzung v. 10.3.1947 ein Memorandum (Konzept für eine deutsche Verfassung) erarbeitet hatte, das einen föderalen Aufbau und einen Staatsgerichtshof vorsah (vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2, S. 294 Fn. 3a).

55 Bestehend aus Brentano und Kaufmann (CDU), Menzel und Schmid (SPD), Schäfer (FDP), Seebohm (DP) und Brockmann (Zentrum).



Abb. 8: Heinrich von Brentano im Parlamentarischen Rat, Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte

ses[56] nimmt er innerhalb der Unionsfraktion eine Schlüsselstellung bei der Verständigung mit den anderen Fraktionen ein."[57] Paradoxerweise lässt sich zugleich über seinen inhaltlichen Einfluss auf die Entstehung des Grundgesetzes wenig sagen. Das mag erstens mit seinen Funktionen zu tun haben. So bestand der Allgemeine Redaktionsausschuss nur aus drei Mitgliedern: von Brentano,[58] Dehler und Zinn. Ihre Arbeit war auf Harmonisierung der unterschiedlichen Vorschläge der anderen Ausschüsse gerichtet und ist kaum individualisierbar, zumal es keine Protokolle dieses Ausschusses gibt.[59] Der Allgemeine Redaktionsausschuss sollte große Freiheit haben[60] und hatte sie offenbar auch.

56 „Unterausschuß der interfraktionellen Konferenz".

57 https://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder_891_mitglied=32_seitentiefe=2.html. Überdies gehörte Brentano zu mehreren Delegationen des Parlamentarischen Rats bei Vertretern der Alliierten, so in den Besprechungen vom 1., 8. und 10. März (vgl. Der Parlamentarische Rat, Bd. 8, S. 120 ff., 150 ff. , 187 ff.) sowie 12. Mai (a.a.O.., S. 263 ff.). Mit beratender Stimme nahm von Brentano auch an Sitzungen des Ausschusses für Wahlrechtsfragen teil (vgl. Parlamentarischer Rat, Bd. 6: Ausschuss für Wahlrechtsfragen, 1994, S. 3 f.).

58 Bis 25.4.1949, dann wurde Brentano von Mangoldt beerbt, vgl. JöR n.F. 1 (1951), S. 13.

59 Vgl. JöR n.F. 1 (1951), S. 10.

60 Vgl. den Bericht von Süsterhenn über eine interfraktionelle Besprechung vom 2. November 1948: „Außerdem wurde eine Dreierkommission aufgestellt (Dr. v. Brentano, Herr Zinn

Zweitens mag es an Brentanos Naturell gelegen haben, das auf Ausgleich und Integration zielte. Besonders war „ihm an einem Kompromiss mit den Sozialdemokraten gelegen. Seine freundschaftliche Beziehung zu Georg August Zinn (SPD), die sich bereits bei den Beratungen zur hessischen Landesverfassung bewährt hat, kommt ihm besonders zugute."[61]

Dennoch lässt sich sagen, wofür er stand: Er war überzeugter Föderalist[62] und Befürworter des Bundesratsmodells (das im Herrenchiemseer Entwurf noch als Alternative neben dem Senatsmodell stand, in Bonn aber den Zuschlag des Parlamentarischen Rats erhielt). Große Bedeutung wies er „dem Schutz des Bürgers gegenüber der Verwaltung zu"; so wollte er „die Kompetenz der Exekutive zum Erlass von Rechtsverordnungen an enge Voraussetzungen binden."[63] Auch gegenüber dem Gesetzgeber sollte der Einzelne geschützt werden; insbesondere trat Brentano für das grundrechtliche Zitiergebot ein.[64] Erfolglos war er mit zwei Herzensanliegen: dem Mehrheitswahlrecht[65] und einer Volksabstimmung zur Legitimation des Grundgesetzes.[66]

Dass die Arbeit des Parlamentarischen Rates voller Kompromisse war, hat er – Integrator und Mann des Kompromisses – deutlich herausgestellt; er hat seinen Rückblick auf die Arbeit des Parlamentarischen Rates in der 10. Sitzung des Plenums am 8. Mai 1949 mit einem Lob des Kompromisses verbunden, das uns auch (oder gerade) heute etwas sagen kann:

> „Es ist gesagt worden, daß wohl niemand in diesem Hohen Hause mit vollem Herzen diesem Grundgesetz seine Zustimmung erteilen wird. Das pflegt bei Gesetzen von so grundsätzlicher Bedeutung so zu sein. Es gehört zum politischen Leben, daß man Kompromisse schließt, Kompromisse, die nur in einer schlechten Übersetzung, vielleicht in der Terminologie derer, die den Kompromiß ablehnen, weil sie die Demokratie ablehnen, als Kuhhandel bezeichnet zu werden pflegen. Allerdings können und dürfen Kompromisse niemals die Grenze dessen überschreiten, wo das Grundsätzliche beginnt. Ich glaube, daß es uns gelungen ist, diese Grenze einzuhalten. Ich bin insbesondere der

---

und Dr. Dehler), um die 137 Artikel noch besser zu fassen. Wir waren uns darüber einig, daß es sehr großzügig gehandhabt werden soll." (in: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv unter Leitung von Hans-Joachim Stelzl und Friedrich P. Kahlenberg, Bd. 11: Interfraktionelle Besprechungen, bearbeitet von Michael F. Feldkamp, 1997, S. 38 Fn. 2). Zur Androhung seines Rücktritts im März 1949 vgl. vgl. Der Parlamentarische Rat, Bd. 8 Anm. 301.

61 https://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder_891_mitglied=32_seitentiefe=2.html.

62 Eindrucksvoll die Passagen in: von Brentano (Fn. 1), S. 648 f.

63 https://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder_891_mitglied=32_seitentiefe=2.html.

64 Der Parlamentarische Rat XIV, S. 1434; vgl. auch JöR n.F. 1 (1951), S. 179.

65 Vgl. zum Wahlgesetz 1949: Der Parlamentarische Rat IX, 327 ff., 674 ff.; in Hessen war von Brentano sogar für ein Mehrheitswahlrecht, kombiniert mit einer 10%-Sperrklausel, eingetreten: Der Parlamenarische Rat, Bd. 6, S. 4 Fn. 7.

66 Vgl. Der Parlamentarische Rat IX, S. 496 und 596.

Überzeugung, daß es uns in unserer Partei gelungen ist, über diese Grenze nicht hinauszugehen."[67]

Wie also endete die Arbeit des Parlamentarischen Rates? Die zweite Lesung des gesamten Grundgesetz-Entwurfs fand am 6. Mai im Plenum statt, die dritte Lesung zwei Tage später, bedeutungsschwer, am 8. Mai. „Kurz vor Mitternacht wurde die Reihe der Erklärungen abgebrochen, um das Datum des 8. Mai 1949 für die Abstimmung einzuhalten. Mit 53:12 Stimmen wurde das Grundgesetz um 23.55 Uhr angenommen. Die Gegenstimmen kamen von der CSU (6 Stimmen), der DP (2), dem Zentrum (2) und der KPD (2). Von der CSU stimmten jedoch die Abgeordneten Mayr und Schlör dem Grundgesetz zu."[68]

Vier Tage später, am 12. Mai 1949, genehmigten die drei alliierten Militärgouverneure, General Robertson, General Koenig und General Clay das Grundgesetz mit folgenden Worten

„Dear Dr. Adenauer:

1. The Basic Law passed on 8 May by the Parliamentary Council has received our careful and interested attention. In our opinion it happily combines German democratic tradition with the concepts of representative government and a rule of law which the world has come to recognize as requisite to the life of a free people.
2. In approving this constitution for submission to the German people for ratification in accordance with the provisions of Article 144 (1) we believe that you will understand that there are several reservations which we must make."

In den folgenden Tagen (18.–21. Mai) stimmten zehn der elf westdeutschen Landtage für das Grundgesetz (alle bis auf den Bayerischen); damit war Art. 144 Abs. 1 GG („Dieses Grundgesetz bedarf der Annahme durch die Volksvertretungen in zwei Dritteln der deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll.") erfüllt.

Am 23. Mai 1949 stellte der Parlamentarische Rat die Annahme des Grundgesetzes fest, fertigte das Grundgesetz aus und verkündete es (und zwar mündlich) durch den Vorsitzenden, Konrad Adenauer. Damit war auch Art. 145 Abs. 1 GG („Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung unter Mitwirkung der Abgeordneten Groß-Berlins die Annahme dieses Grundgesetzes fest, fertigt es aus und verkündet es.") erfüllt. Die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt nach Art. 145 Abs. 3 GG war dann nur mehr deklaratorisch. Mit der Verkündung war die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Was aus dem Grundgesetz wurde, wissen wir alle. Es wuchs und gedieh; seit der ersten Verfassungsänderung im Jahre 1951 hat es seinen Umfang mehr als verdoppelt. Dennoch blieb es eine verlässliche Basis für das Zusammenleben in den alten

67 PR, Bd. 9, S. 601 f.

68 *Michael F. Feldkamp*, Der Parlamentarische Rat 1949–1949, überarbeitete Neuausgabe 2019, S. 192.

Ländern, Anziehungspunkt für die neuen Länder – und zumindest indirekt – für viele Menschen, die seither nach Deutschland gekommen sind. Ebenfalls im Jahre 1951 trat der zweite große Akteur der Verfassungsentwicklung auf den Plan, das Bundesverfassungsgericht, das das Grundgesetz um zahlreiche Figuren des ungeschriebenen Verfassungsrechts angereichert und die Rechtsordnung nachhaltig konstitutionalisiert hat.

Und was wurde aus den erwähnten Gießener Alumni? Erwin Stein wirkte vielfältig: als Mitbegründer des deutschen Umweltrechts,[69] bis 1971 als einflussreicher Richter im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, danach als *elder statesman*. Er starb 1992 in Fernwald-Annerod.

Karl Kanka gewann 1957 das Bundestags-Direktmandat in Offenbach und war bis 1965 Mitglied des Bundestages, dort im Rechtsausschuss mit den Schwerpunkten Strafprozessordnung, Mietrecht, Notstandsgesetzgebung und Verjährung von NS-Prozessen; auch wirkte er im CDU-Bundesparteigericht. Er starb 1974 in Offenbach.[70]

Heinrich von Brentano war von 1949–1964 Bundestagsabgeordneter, dort 1949–1955 und dann wieder 1961–1964 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU; in der Zwischenzeit (1955–1961) Bundesaußenminister. Er starb am 4. November 1964, nicht ohne zuvor ein drittes Mal in seinem Leben verfassungsentwerfend tätig zu werden: mit Entwürfen zu einer europäischen Verfassung. Der überzeugte Europäer gilt als „Wegbereiter der europäischen Union".[71]

VI. Fazit und Ausblick

Das Grundgesetz war ein generationenübergreifendes Gemeinschaftswerk: Es rezipiert rechtstheoretische Leitideen wie den Rechtsstaatsgedanken, der juristisch zum ersten Mal von Carl Theodor Welcker in seiner Gießener Habilitation 1813 ausgefaltet worden ist. Es baut auf der Paulskirchenverfassung, der Weimarer Reichsverfassung und insbesondere den Landesverfassungen der Jahre 1946/1947 auf, namentlich der innovativen Hessischen Verfassung vom 1.12.1946. Auch auf diesem Wege haben Gießener Alumni, die Juristen Erwin Stein und Karl Kanka, zum Grundgesetz beigetragen.

Auf den Startschuss durch die Alliierten mit Übergabe der Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 folgte eine extrem kurze, aber hochintensive Vorarbeit für den künftigen Parlamentarischen Rat: die dreizehntägigen Beratungen des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948. Als Berater des hessischen Mitglieds Hermann Brill nahm Karl Kanka teil und konnte seine Erfahrungen aus der Beratung der hessischen Verfassung einspeisen. Auf der Basis des vom

69 *Nagel* (Fn. 32), S. 176 ff.; näher – auch zum Kontext – *Franz Reimer*, Umweltrecht avant la lettre. Herausforderungen einer Geschichtsschreibung des Umweltrechts in der frühen Bundesrepublik, in: Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts (2017), S. 79 ff.

70 *KAS* (Fn. 36).

71 Vgl. *Koch* (Fn. 49) und darin insbes. *Jürgen Elvert*, Heinrich von Brentano. Vordenker einer Konstitutionalisierung Europas, S. 159 ff.

Konvent erstellten Entwurfs („Idiotenfibel“) beriet dann, vom 1. September 1948 an, in Bonn der Parlamentarische Rat. Zu seinen stillsten, aber einflussreichsten Mitgliedern zählte Heinrich von Brentano – auch er Gießener Alumnus. Der Parlamentarische Rat beschloss das Grundgesetz am 8. Mai 1949 und verkündete es am 23. Mai 1949.

Insofern gibt es zwar keinen Gießener Entwurf zum Grundgesetz, wohl aber Gießener Beiträge und Beiträger zur Entstehung des Grundgesetzes. Das Grundgesetz ist keineswegs mehr in den Nebel der Anonymität gehüllt. Und auch seine Entfaltung seither – durch zahlreiche Gießener mitvorangetrieben – ist in keinen solchen Nebel gehüllt. „Wie jedes Gesetz, so ist auch das Grundgesetz von Bonn zunächst nur geschriebenes Wort, das erst durch Anwendung und Auslegung lebendige Wirksamkeit erfahren kann.“[72] Wie jede Verfassung braucht es Inkarnation: leibhaftige Menschen, die dafür stehen und einstehen. Sie fanden und finden sich auch in Gießen!

Quellen- und Rechteangaben zu den Fotos:

Abbildung 1 (Karl Theodor Welcker, Porträt): Bildarchiv Justus-Liebig-Universität Gießen

Abbildung 2 (Erwin Stein): Privatnachlass Erwin Stein, Erwin-Stein-Stiftung

Abbildung 3 (Plenarsaal Herrenchiemsee): Franz Reimer

Abbildung 4 (Karl Kanka): Archiv des Hessischen Landtags

Abbildung 5 (Konstituierung Parlamentarischer Rat): Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Abbildung 6 (Heinrich von Brentano): Peter Bouserath/KAS-ACDP

Abbildung 7 (Diss. Heinrich von Bretano): Franz Reimer

Abbildung 8 (Heinrich von Brentano im Parlamentarischen Rat): Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

72 *von Brentano* (Fn. 1), S. 652.

Momente des Erhabenen

Hein Heckroths Kolossalgemälde aus dem Bürgerhaus Biedenkopf

Marcus Kiefer

Nach mehrjährigem Planungsvorlauf und fünfzehnmonatiger Bauzeit öffnete am 1. November 1970 das Kernstadt-Bürgerhaus im mittelhessischen Biedenkopf seine Pforten.[1] Eine besonders lange Nutzungsdauer war dem dreigeschossigen Stahlbetonbau am Rande des Stadtparks nicht beschieden. Schon 50 Jahre nach seiner Einweihung galt das Gebäude, das in den Jahren 1976/77 um einen Hoteltrakt erweitert worden war, als abrissreif. Die gesamte Nutzung wurde zum Ende des Jahres 2020 eingestellt und ein Ersatzneubau ins Auge gefasst.[2]

Zur Innenausstattung des Biedenkopfer Bürgerhauses gehörte seit Beginn ein fast 70 Quadratmeter großes Acrylgemälde, das der Maler, Bühnenbildner und oscarprämierte Filmdesigner Hein Heckroth (1901–1970) für die Bühne des großen Saales angefertigt hatte: eine Art Polyptychon, zusammengesetzt aus zehn Tafeln, jeweils 4,85 Meter hoch und insgesamt 14 Meter breit (Abb. 1).[3] Konzipiert wurde das Gemälde als „schallharte Reflektionswand", die die Akustik im Saal wesentlich verbessern und den Raum optisch vergrößern sollte.[4] Aufgrund des ausgreifenden Formats möchte man vermuten, dass sich das Gemälde im Wettbewerb um Aufmerksamkeit vordrängte. Doch das Gegenteil war der Fall. Nach allem, was vor Ort zu erfahren ist, war das Bild meist hinter einem Vorhang verborgen und fristete somit ein unverdientes Schattendasein.

Man darf sich trotzdem wundern, dass dem Großgemälde keine besondere Beachtung beigemessen wurde, als die Stadt Biedenkopf das Inventar des Bürgerhauses im Oktober 2023 online versteigern ließ.[5] Vor lauter Waschbecken, Klapptischen und Servierplatten blieb das Kunstwerk auf der Angebotsseite des Verkäu-

1 Hinterländer Anzeiger, 4.11.1970, S. 4. Eine knappe Zusammenfassung der Planungs- und Baugeschichte bietet Huth 1977, S. 235.

2 Die Ausschreibung des Neubauvorhabens wurde am 10.12.2021 veröffentlicht: https://ausschreibungen-deutschland.de/858718_Objektplanung_fuer_Gebaeude_zum_Ersatzneubau_des_Buergerhauses_der_Stadt_2021_Biedenkopf (Referenznummer der Bekanntmachung: BGHB/2021/1).

3 Zu danken habe ich Philip Fust (Biebertal), Ronnie Martin (Gießen) und Henrik Wienecke (Pohlheim), die einige hervorragende Fotografien des Kolossalgemäldes zur Verfügung gestellt haben, die Patrick Locke (Heuchelheim) im Frühjahr 2024 aufgenommen hat.

4 Anonym, Die Kunstwand, in: Bürgerhaus Biedenkopf – ein Zentrum für Kultur, Erholung, Sport, Biedenkopf 1970, o. S.

5 Mit der Inventarversteigerung beauftragt war die Firma Proventura Industrie-Auktion GmbH, Göttingen. Die Online-Versteigerung endete am 17.10.2023 (Vorbericht: Oberhessische Presse, 4.10.2023).

fers unberücksichtigt. Zum Glück hat Philip Fust, Inhaber eines Vintage-Ladens in Gießen, das außergewöhnliche Gemälde auf der Vorbesichtigung entdeckt und dann gemeinsam mit den Möbeldesignern Ronnie Martin und Henrik Wienecke erworben, als anonymes Objekt wohlgemerkt.[6] Dass die Käufer ein Hauptwerk des Oscarpreisträgers Hein Heckroth in ihren Besitz gebracht hatten, sollte sich erst im Nachhinein und dank der Mithilfe der Hein-Heckroth-Gesellschaft Gießen e. V. herausstellen.[7]

Der biografische Kontext

Um Anknüpfungspunkte für weitergehende Überlegungen zu Heckroths Kolossalgemälde aus dem Bürgerhaus Biedenkopf zu finden, ist ein Blick auf die biografische Situation notwendig, in der die kommunale Auftragsarbeit an den Künstler herangetragen wurde. Als Heckroth in diese Mammutaufgabe hineingeriet, war nicht abzusehen, dass er sechs Monate später – noch vor Vollendung des Bildes – tot sein sollte. Es war das letzte Kapitel seines Lebens.

Heckroth starb am 6. Juli 1970 im niederländischen Alkmaar, überraschend und doch nicht ganz unerwartet, denn der 69-Jährige kämpfte seit geraumer Zeit mit gesundheitlichen Problemen und hatte im November 1968 bereits einen Herzinfarkt überlebt.[8] Aber nicht nur die schleichend lebensbedrohliche Krankheit warf einen Schatten auf seine letzten Monate, sondern auch die Ungewissheit über die Zukunft seiner Theaterarbeit. Als das Jahr 1969 endete, stand der renommierte Bühnenbildner an einem Wendepunkt: Nach dreizehn Jahren im Dienst der Städtischen Bühnen Frankfurt war sein Vertrag als Ausstattungschef über das Ende der Spielzeit 1969/70 hinaus nicht verlängert worden – ein Affront, der im Oktober 1969 offenbar Stadtgespräch war.[9] In den folgenden Wochen und Monaten begab sich Generalintendant Ulrich Erfurth, der im September 1968 die Nachfolge von Harry Buckwitz angetreten hatte, auf einen Schlingerkurs. Mitte November kündigte er überraschend Vorgespräche zu einem möglichen neuen Vertragsabschluss mit Heckroth an.[10] Dieses Manöver muss man vermutlich als Reaktion auf das Meinungsbild in der Presse deuten. Unklar ist, ob auch die von Heckroth bis dahin

6 Karola Schepp, Sensationeller Hein-Heckroth-Fund, in: Gießener Allgemeine Zeitung, 16.3.2024, S. 25; Thorsten Winter, Der Koloss des Oscarpreisträgers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Rhein-Main-Zeitung, 15.5.2024, S. 9.

7 Das Kolossalgemälde aus Biedenkopf war vom 23. bis zum 29. Mai 2024 auf dem Ludwig-Kreiling-Areal in Gießen in einer Einzelausstellung zu sehen, die von den neuen Besitzern in Kooperation mit der Hein-Heckroth-Gesellschaft Gießen e. V. durchgeführt wurde.

8 Stürz 1998, S. 119.

9 Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel berichtete Mitte Oktober 1969 über die Personalquerelen an den Frankfurter Bühnen und die öffentliche Kritik an Generalintendant Erfurth (*Der Spiegel* 23 [1969], Heft 43): „Vorletzte Woche verweigerte er [Ulrich Erfurth] dem Oscar-Preisträger und langjährigen Frankfurter Bühnenbildner Hein Heckroth, 68, eine Vertragsverlängerung. Außerdem kündigte er drei Schauspielern aus seinem Ensemble – Erfurth schafft Platz."

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.1969; Frankfurter Rundschau, 13.11.1969.

bekleidete Führungsposition zum Gegenstand neuer Verhandlungen werden sollte. Die Vertragsgespräche sind jedenfalls schon bald und wiederholt ins Stocken geraten. Aus einem Nachruf auf Heckroth vom 8. Juli 1970 ist zu erfahren, dass die bange Frage, ob der Künstler in der Ausstattungsabteilung der Frankfurter Bühnen weiterbeschäftigt würde, am Ende seiner Tage noch offen war.[11] Wie es scheint, war viel Porzellan zerschlagen worden, das sich so leicht nicht kitten ließ. Peter Iden, späterer Gründungsdirektor des Frankfurter Museums für Moderne Kunst, kritisierte einige Wochen nach Heckroths Tod die „Moral und Verkehrsformen unseres Theaters" im Umgang mit dem gealterten Oscarpreisträger auf erstaunlich dezidierte Weise.[12]

Nach der überraschenden Nichtverlängerung des Vertrages musste Heckroth im Winter 1969/70 seine Arbeitspläne einer Revision unterziehen. Die Fortsetzung seiner Theaterkarriere schien ungewiss (man kann vermuten, dass seine Figur für die Jüngeren allmählich altmeisterliche Züge anzunehmen begann). In dieser Situation war es sicher ein guter Jahresstart, dass der Architekt Hansjörg Kny in den ersten Januartagen 1970 mit einem Angebot für ein Kunst-am-Bau-Projekt an Heckroth herantrat und eine Honorarzahlung in Höhe von 10.000 DM in Aussicht stellte.[13] Das Bürgerhaus der 8.000-Einwohner-Stadt Biedenkopf, für das Kny als planender Architekt verantwortlich war, sollte durch ein ungewöhnlich großes Gemälde aufgewertet werden. Es ist nicht sicher, aber wahrscheinlich, dass von vornherein an eine Bühnenrückwand für den Veranstaltungssaal gedacht war. Der große Saal mit Bühne, Foyer und Garderobe bildete das Herzstück des Entwurfs, mit dem Kny den Planungswettbewerb 1967 gewonnen hatte.[14] Auf ein wettbewerbliches Vergabeverfahren für den bauprojektbezogenen Kunstauftrag wurde dagegen verzichtet. Bis Kunst-am-Bau-Wettbewerbe in Deutschland im Jahr 1975 zur Regel der Auftragsvergabe wurden, bestimmten im Normalfall die meist männlichen Architekten, welche meist männlichen Künstler die Aufträge erhalten sollten.[15] Freundschaft war dabei in vielen Fällen der ausschlaggebende Faktor.

11 Frankfurter Rundschau, 8.7.1970.

12 Peter Iden, Das Bild wird Szene. Hommage à Hein Heckroth im Frankfurter Kunstverein, in: Frankfurter Rundschau, 13.8.1970, S. 7.

13 Hein Heckroth, Tagebuch 1970, Privatbesitz Jodi Routh, Langen, 11.1.1970: „Some days ago Kny + his wife dropped in. He wants me to do something in a Bürgerhaus on decor [sic]. We hope DM 10 000 will be in for me." Ich danke Jodi Routh (Langen) sehr herzlich für die Auswertung und Teiltranskription von Heckroths Tagebuch aus dem Jahr 1970. Die wortgetreue Wiedergabe der Tagebuchaufzeichnungen konnte ich am handschriftlichen Original überprüfen. – Der Auftrag für Biedenkopf war nicht das erste Kunst-am-Bau-Projekt, für das sich Heckroth verpflichten ließ: Im Oktober 1968 hatte er gemeinsam mit Bernard Schultze eine Bildsäule für das Foyer des Bürgerhauses im Frankfurter Nordwestzentrum gestaltet (Stürz 1998, S. 45–46, 119). Diese Bildsäule, die von einer gläsernen Rundvitrine geschützt wird, ist den Autoren des opulent publizierten Bernard-Schultze-Werkverzeichnisses entgangen (Diederich/Herrmann 2015).

14 Siehe Huth 1977, S. 235.

15 Seidel 2021, S. 125.

Auch Heckroth und Kny waren eng befreundet.[16] Da sich Heckroths Kolossalbild für Biedenkopf einem Direktauftrag unter Freunden verdankte, gab es im Vorfeld keinerlei schriftlich formulierte Zielvorstellungen und Planvorgaben.

Laut Tagebuch hat Heckroth am 12. Januar 1970 damit begonnen, über das Kunstprojekt nachzudenken.[17] Schon am nächsten Tag entstanden erste Entwürfe auf Papier („rough sketches").[18] Im Februar besuchte Hansjörg Kny den Künstler zweimal in seinem Atelier im Frankfurter Westend, um die Wandentwürfe für das Bürgerhaus zu diskutieren.[19] Über den Inhalt der Gespräche ist nichts bekannt. Am 10. April chauffierte der Architekt das Ehepaar Hein und Ada Heckroth nach Biedenkopf, um das Bürgerhaus, das sich in der Phase des Innenausbaus befand, in natura vorzuführen.[20] Auf der Fahrt ins obere Lahntal wurden mehrere Zwischenstopps eingelegt, um öffentliche Gebäude aus jüngerer Zeit zu besichtigen. Trotz mancher Unklarheit in Heckroths Tagebuchnotizen lässt sich erschließen, dass zunächst das 1968 eingeweihte, von Hansjörg Kny geplante und gebaute Rathaus in Eschborn aufgesucht wurde, dann das ebenfalls von Kny entworfene Bürgerhaus Butzbach, dessen offizielle Einweihung für den 25. April 1970 vorgesehen war, und schließlich ein Gebäude in Gießen, das nicht eindeutig zu identifizieren ist.[21] Vieles spricht dafür, dass die Ausflügler in Gießen die später so genannte Kongresshalle, das erste große Bürgerhaus Hessens (erbaut 1961-1965), besuchten.[22]

Die Entwurfsphase

Das Museum für Gießen besitzt fünf verschiedene Entwürfe für das Biedenkopfer Monumentalgemälde, die aus Heckroths künstlerischem Nachlass stammen und an dieser Stelle erstmals publiziert werden (Abb. 2–6).[23] Die Bühnenrückwand erscheint jeweils im Maßstab 1:50, der im Bauwesen häufig verwendet wird, um

16 Mündliche Mitteilungen von Jodi Routh (Langen), 15.04.2024, und Ada Kny (Berlin), 30.05.2024. Ich danke Jodi Routh und Ada Kny herzlich für die freundlichen Hinweise.

17 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 12.1.1970.

18 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 13.1.1970.

19 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 1.2.1970, 19.2.1970.

20 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 10.4.1970.

21 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 10.4.1970: „We did see the Bürgerhaus in Butzbach – very good indeed + nearly finish. In Giessen we did see a building from outside. In Biedenkopf we did see the Bürgerhaus – it is half finish. I did see the stage where I shall do a background. The first building we did see – was in Eshborn [!] with a background, done by Schreib." Mit der Schlussformulierung bezieht sich Heckroth auf das Triptychon *Paraphrase über die Gemarkungen der Gemeinde Eschborn*, das Werner Schreib (1925–1969) im Jahr 1968 für das von Hansjörg Kny entworfene Rathaus in Eschborn angefertigt hatte (Kunstverein Siegen 1987, Abbildung auf S. 48). Zum Bürgerhaus Butzbach siehe Sauerbier 2010, S. 70–74.

22 Dazu näher Scott Budzynski, Eine neue Stadtkrone. Das Bürgerhaus Gießen von Sven Markelius. Architektur der Nachkriegsmoderne, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 94 (2009), S. 3–23.

23 Gießen, Museum für Gießen, Konvolut Hein Heckroth, Mappe 2, L 269, 1–5 (Wandentwürfe für das Bürgerhaus Biedenkopf).

Details eines Innenraumes darzustellen. Wann diese Blätter entstanden sind und welche Rolle sie im Prozess der Bildentstehung spielten, ist unklar. Es fällt auf, dass alle fünf Entwürfe eine Aufteilung der Gesamtfläche in vierzehn Einzeltafeln vorsehen, während sich das ausgeführte Gemälde nur über zehn Tafeln erstreckt (Abb. 1). Berücksichtigt man darüber hinaus, dass die fünf Wandentwürfe keine einheitliche Stilhaltung einnehmen (vom Verzicht auf jede konkrete Gegenständlichkeit einmal abgesehen), könnte man zu dem Schluss gelangen, dass die Blätter einer verhältnismäßig frühen Projektphase entstammen, in der sich die endgültige Stilentscheidung erst anbahnte. Dieser Annahme scheint allerdings die Tatsache entgegenzustehen, dass unter den Blättern ein Entwurf zu finden ist, der den Anschein des Fertigen und Endgültigen vermittelt, da er die Komposition des ausgeführten Werkes im Wesentlichen vorwegnimmt (Abb. 2). Da die fünf Skizzen jedoch mit ziemlicher Sicherheit in einem unmittelbaren Entstehungszusammenhang stehen, muss angenommen werden, dass auch der vermeintlich endgültige Entwurf zunächst nur der Formfindung für das Gemälde diente und Vorschlagscharakter hatte.

Angesichts von fünf Alternativentwürfen, die alle abstrakten Kunstströmungen verpflichtet sind, drängt sich die Vermutung auf, dass eine figurative bzw. illustrative Darstellung im Vorfeld ausgeschlossen worden war. Wie man den Bühnenpragmatiker Heckroth kennt, wäre er sicher flexibel genug gewesen, um gegenständliche und ungegenständliche Entwürfe gleichzeitig vorzulegen. Wahrscheinlich ließen sich Heckroth und Kny aber von der Absicht leiten, in einer Provinzstadt wie Biedenkopf – weitab vom Schuss – ein eher kunstfernes Publikum an die zeitgenössische abstrakte Kunst heranzuführen. Dieser „volkspädagogische" Gedanke war ein hundertfach wiederholter und variierter Topos in den Debatten über Kunst-am-Bau-Projekte, die seit Jahr und Tag als Kampfplatz für den Antagonismus von Abstraktion und Figuration dienten.[24] Wer gegenstandslose Kunst in ein öffentliches, nicht museal konzipiertes Gebäude integrierte, konnte sich auch in den Jahren um 1970 noch für fortschrittlich halten.

Mit dem Verfahren ungegenständlicher Erfindung, das er praktizierte, bewegte sich Heckroth allerdings auf den Pfaden der Tradition: Er entwickelte die kompositorischen Ideen mit dem Zeichenstift auf Papier und verzichtete auf die Spontaneität gestischer Malerei. Traditionell ist auch, dass Heckroth nicht, wie die fünf Entwürfe für Biedenkopf bezeugen, intuitiv auf die Richtigkeit der einen Gestaltungsidee setzte, sondern mit klarem Kalkül fünf Skizzen mit einer gewissen stilistischen Bandbreite vorlegte (Abb. 2–6), die mehrheitlich zwar organisch-biomorphe Formmittel verwendeten oder – scheinbar – informellen Ansätzen folgten, aber auch eine Geometrisierung der Bühnenrückwand in Erwägung zogen (Abb. 6).

24 Seidel 2020, S. 42–43; Seidel 2021, S. 15, 72.

Ausführung und Rahmung des Gemäldes

Das Konzept, das zur Ausführung bestimmt wurde, verzichtete auf geometrisch-ornamentale Formen (Abb. 2). Trotz seiner Gegenstandslosigkeit ist der entsprechende Entwurf durch strukturelle Merkmale gekennzeichnet, die ihn bis zu einem gewissen Grad an die traditionsreiche Bildgattung der Landschaft heranführen, die ihrerseits schon immer eine Tendenz zur Ungegenständlichkeit aufwies.[25] Auch die tiefdüstere malerische Umsetzung der Entwurfszeichnung ins Großformat (Abb. 1) begünstigt in bestimmter Hinsicht den Gedanken an eine Landschaft: Assoziationen zu Himmel und Wolken, Horizont und Ferne, Hügel und Ebene als fundamentalen Komponenten von Landschaft stellen sich wie von selbst ein. Auf traditionelle landschaftliche Darstellungsmuster verweist auch die übergeordnete Kompositionsform, die ohne akzentuierte seitliche Begrenzungen auskommt und horizontal in einen niedrigeren Streifen, der weniger als ein Drittel der Bildhöhe einnimmt, und einen hohen Streifen eingeteilt ist. In das so Vertraute mischt sich aber Unstimmiges – Kompositionselemente, die innerhalb der Vorstellung „Landschaft" sperrig wirken. Man beachte vor allem die großen amöbenhaften Schwebflecken, die das Bild beherrschen, ohne im landschaftlichen Sinne einen Ort zu haben. Die Natur- und Raumgesetzlichkeit, die für die Landschaftsmalerei Geltung hatte, ist hier unwirksam. Heckroths Darstellungsweise ist eine ganz aperspektivische, unräumliche.

Die Grenzen zwischen Landschaftskunst und abstrakter Kunst waren in Heckroths Spätwerk generell fließend. Dementsprechend sind zahlreiche Bilder überliefert, die gattungsmäßig als Landschaft mit Staffagefiguren zu identifizieren sind, aber Darstellungsmittel der Abstraktion aufgreifen. Ein einschlägiges Beispiel ist das Ölgemälde *Hellenische Landschaft 4* (1967), das sich in Düsseldorfer Privatbesitz befindet (Abb. 7).[26] Ein Gemälde wie *Der große Felsen* (1964) entfernt sich hingegen trotz der gegenständlichen Konkretheit seines Titels von jeder naturalistischen Darstellungsweise (Abb. 8). Was das Kolossalbild aus Biedenkopf betrifft, so hat Heckroth in der ausgeführten Fassung ebenfalls ausschließlich abstrakte Kunstmittel verwendet, doch derart, dass die Bühnenwand als Ganzes mit Gattungsformen der Landschaft assoziativ verknüpft werden kann (Abb. 1).

Im Vorfeld hatte Heckroth für die Bühnenrückwand sowohl Bildkonzepte entwickelt, die Landschaftsassoziationen zwanglos zulassen (Abb. 2, 3), als auch solche, die sich derartigen Assoziationen widersetzen (Abb. 4, 5, 6). Gemeinsam ist den fünf Entwürfen, dass sie ohne eine betonte kompositionelle Rahmung auskommen. Naturgemäß benötigte das fertige Werk aber eine real vorhandene Rahmung, die es von seiner Umgebung abgrenzte. Diese reale Einfassung stellte Heckroth schon bald vor technische Probleme. Eine konzeptionelle Idee, die sich mit dem mehrteiligen Riesengemälde verband, bestand nämlich darin, dass es „zusammen-

25 Ausführlich und zusammenhängend äußert sich Werner Busch über die „Ungegenständlichkeit" der Gattung Landschaft: Busch 2007.

26 Stürz 1998, S. 51, 103.

faltbar“ sein sollte.[27] Im Ergebnis bestand das Gemälde aus zehn einzeln gerahmten Tafeln, die an einer Aufhängeschiene und einer Bodenschiene befestigt und untereinander durch Scharniere verbunden waren (Abb. 9). Die Tragkraft der doppelpaarigen Rollenlaufwerke in der Aufhängeschiene reichte aus, um die bemalten Spanplatten im Rahmen eines Faltschiebesystems zu bewegen (Abb. 10). Im Bedarfsfall konnte die stattliche Bühnenrückwand also wie ein Paravent zusammengefaltet werden. Nichts liegt näher als die Vermutung, dass der Bedarfsfall immer dann gegeben war, wenn das dunkel glitzernde Gemälde, dem Heckroth die Anmutung eines Nachtstücks verliehen hatte, als Hintergrundbild einer Bühnenaktion unpassend schien. Durch die besondere Form der Aufhängung war das überdimensionale Kunstwerk also fest an seinen Ort gebunden und nicht ohne Weiteres transportabel, aber in sich beweglich und zusammenfaltbar.

Einiges spricht dafür, dass das aufwendige Rahmungssystem nicht Heckroth zu verdanken ist, sondern einem vielgefragten Bühnenplaner, der für seine technische Erfindungsgabe bekannt war und in späteren Jahren mit seiner Ingenieurskunst die bahnbrechenden Bayreuther Inszenierungen eines Patrice Chéreau oder eines Harry Kupfer ermöglichen sollte: Walter Huneke (1925–2003). Was diese Vermutung nahelegt, ist der Umstand, dass Heckroth am 20. April 1970 – zehn Tage nach dem Baustellenbesuch in Biedenkopf – seinen Kollegen und Freund Huneke konsultierte, der seit vielen Jahren bühnentechnischer Direktor der Frankfurter Theater und seit 1966 auch Technischer Direktor und Ausstattungsleiter der Bayreuther Festspiele war: „Have been in the theatre, talked to Huneke about Biedenkopf (…).“[28] Heckroths Tagebuchnotiz enthält keine Hinweise auf die besprochenen Inhalte; der Verdacht liegt aber nahe, dass der zentrale Referenzpunkt des Gesprächs die Konstruktion des rahmenden Faltschiebesystems war. Bereits am Folgetag konnte Heckroth neue – leider nicht erhaltene – Entwürfe für das Gemälde präsentieren, die vermutlich nur noch zehn gerahmte Einzeltafeln vorsahen und nicht länger vierzehn: „Have shown the designs for Biedenkopf to Hansjörg [Kny] – accepted.“[29]

Die weitere Werkgenese lässt sich nicht in allen Details aufklären. Belegt ist, dass Heckroth am 31. Mai 1970 einen zweiten Ausflug nach Biedenkopf unternahm und am Folgetag Walter Huneke nochmals zurate zog.[30] Aus dem Tagebuch des Künstlers geht außerdem klar hervor, dass er im Laufe des Mai an mindestens neun Tagen seine Arbeitszeit ganz oder teilweise in das Gemälde investiert

27 Anonym, Die Kunstwand, in: Bürgerhaus Biedenkopf – ein Zentrum für Kultur, Erholung, Sport, Biedenkopf 1970, o. S.

28 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 20.4.1970. Walter Huneke verließ die Städtischen Bühnen in Frankfurt zum Ende der Spielzeit 1970/71. Zu Hunekes Karriereweg siehe Rauch 2014, S. 379. Vgl. Peter Iden, Grass rückt ab, in: Die Zeit, 1970, Nr. 48, 27.11.1970.

29 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 21.4.1970.

30 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 31.5.1970, 1.6.1970: „Had a meeting with Huneke about Biedenkopf.“

hatte.[31] Es kann nicht überraschen, dass der gesamte Malprozess in den Werkstätten von Oper und Schauspiel abgewickelt wurde. In Heckroths privatem Atelier in der Myliusstraße 29 stand begreiflicherweise nicht genügend Platz zur Verfügung.[32] Ein Tagebucheintrag vom 25. Mai lässt zudem auf den Einsatz von Gehilfenarbeit („Wolfgang") schließen.[33]

Auf dem Weg, der von der Entwurfszeichnung auf Papier zum Kolossalgemälde auf Spanplatten führte, hat Heckroth als Zwischenschritt eine Art Bozzetto angefertigt: ein plastisches, paraventartiges Modell (Abb. 11).[34] Das Modell ist 23 cm hoch und 68 cm breit und war vermutlich für Vorführzwecke bestimmt. Es ist möglich, dass zugleich die Verteilung der Farben mit Buntwirkung in einem mittleren Bildformat ausgetestet werden sollte.

Um es zu wiederholen: Anfang Juni hatten sich Hein Heckroth und Walter Huneke mit dem Auftragswerk für das Bürgerhaus Biedenkopf noch einmal beschäftigt. Als Heckroth fünf Wochen später, am 6. Juli, starb, hinterließ er das Gemälde unvollendet. Es war ein Freundesdienst, dass Hermann Haindl (1927–2013), der seit 1950 als Theatermaler und Bühnenbildner für die Städtischen Bühnen Frankfurt tätig war (seit 1967 freiberuflich), das Kunstwerk fertigstellte.[35] Der erforderliche Zeitaufwand hielt sich freilich in Grenzen. Einen deutlichen Beleg dafür bietet der Nachruf auf Hein Heckroth, den Haindl in der Broschüre zur Einweihung des Bürgerhauses am 1. November 1970 publiziert hat.[36] Unter der Überschrift *In memoriam* gibt Haindl zu verstehen, dass seine Miturheberschaft an der „Kunstwand" des Veranstaltungssaales nicht sonderlich ins Gewicht fällt. Zu Beginn des Textes heißt es: „Hein Heckroth ist tot – zurückgeblieben sind seine Bilder; wie eine kostbare Gabe hier in Biedenkopf seine letzte Arbeit, deren Fertigstellung er nicht mehr erlebte."[37] Man kann also davon ausgehen, dass Heckroths Bühnenrückwand zum großen Teil eigenhändig ist und von Haindl so entwurfsgetreu wie möglich zu Ende gebracht wurde. Der Versuch einer Händescheidung wäre ein müßiges Unterfangen. Unmerklich hat Heckroth das Bild verlassen. Die fehlende Signatur ist freilich ein untrügliches Zeichen dafür, dass er das Gemälde nicht mehr selbst vollenden konnte.

31 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 4.5.1970, 5.5.1970, 6.5.1970, 17.5.1970, 19.5.1970, 22.5.1970, 23.5.1970, 24.5.1970, 26.5.1970.

32 Zu Heckroths Atelier siehe King 2022, S. 11.

33 Heckroth, Tagebuch (wie Anm. 13), 25.5.1970.

34 Ada Kny (Berlin) habe ich aufs Herzlichste für den Hinweis auf den Bozzetto und die Anfertigung mehrerer Fotos zu danken.

35 Zu Haindls Tätigkeit für die Frankfurter Bühnen siehe Haindl 2000, o. S. Vgl. Haindl 2002.

36 Der Titel der Broschüre lautet: *Bürgerhaus Biedenkopf – ein Zentrum für Kultur, Erholung, Sport.* Ein Exemplar dieser anlassgebundenen Publikation ist im Hinterlandmuseum im Landgrafenschloss Biedenkopf vorhanden.

37 Haindl 1970, o. S.

Material und Format – oder: Im Zeichen des Erhabenen

Als die Staatlichen Kunstsammlungen Kassel im Februar und März 1977 die erste umfassende Werkschau des Malers Hein Heckroth präsentierten, fasste der Ausstellungskatalog das Dilemma, das die Wirkungsgeschichte des Künstlers zu dessen Lebzeiten und darüber hinaus geprägt hatte, in einem einzigen nüchternen Satz zusammen: „Über dem Bühnenbildner und Filmausstatter Hein Heckroth wurde der Maler vergessen."[38] Tatsache ist jedoch, dass sich Heckroth zeitlebens in erster Linie als Maler verstand, nicht als Szenograf. Es gehörte zu diesem Selbstentwurf als Maler, dass nach Heckroths Ansicht zwischen Szenografie und auftragsfreier Malerei eine substanzielle Differenz bestand: die Differenz zwischen Gebrauchskunst und Kunst im emphatischen Sinne.[39] Die Malerei – frei von Vorgaben – galt ihm als Königsdisziplin, nicht das Bühnen- oder Szenenbild. Die Gestaltung szenischer Räume betrachtete er als Brotberuf.[40] Obwohl das Großgemälde für Biedenkopf ein Auftragswerk war, dürfte Heckroth es eher dem Bereich der freien Kunst zugeordnet haben, da keine inhaltlichen Vorgaben zu beachten waren und dem Künstler größere Freiheiten zustanden. Ein besonderer Kunstanspruch ergab sich überdies aus dem kolossalen Format, das gewöhnlich nur dem Theatermaler zukam. Die Größe hob das Werk über das Mittelmaß hinaus. Schon deshalb lohnt es sich, Heckroths Bildschöpfung mit Blick auf ihre ästhetischen Qualitäten, Quellen und Hintergründe genauer zu betrachten (Abb. 1).

Allem Anschein nach besteht die Oberflächenbeschichtung der zehn Tafeln hauptsächlich aus Acrylfarbschichten. Es ist aber möglich, dass die Acrylharzfarben teilweise mit Öl- oder Ölharzfarben vermischt wurden. Was besonders ins Auge fällt, sind die stark pastosen Acrylfarbaufstriche, die das Erscheinungsbild des mehrteiligen Gemäldes vor allem zur Mitte hin prägen. Während die äußeren Tafeln eher flach gehalten sind, tritt der Farbauftrag in den mittleren Tafeln stark hervor – ein aufgeschichtetes Impasto, das an ein Reliefbild denken lässt (Abb. 12).[41] Im Zentrum des Riesengemäldes dominiert also keineswegs die körperlose, kühle

38 Erich Herzog, Vorwort, in: Gabler 1977, S. 5.

39 Eine Äußerung aus dem Jahr 1960 spiegelt Heckroths Selbstauffassung als Künstler in beispielhafter Klarheit (Hein Heckroth, zit. nach Hagen 1960, S. 27–28): „Auf der Bühne habe ich mich mit dem Werk und dem Publikum auseinanderzusetzen. Auf einer Leinwand setze ich mich mit meinem Weltbild auseinander, hier unterhalte ich mich mit mir selbst. […] Wie ein Pferd ein Pferd ist, so bin ich Maler. Es ist beglückend, dem Abenteuer der Farbe, der Linie folgen zu dürfen, und kein äußerer Erfolg vermag die Gnade künstlerischer Erfüllung aufzuwiegen."

40 Ein Text, der 1931 in der Theaterzeitschrift Die Scene publiziert wurde, zeigt exemplarisch, dass Heckroth sich als Maler definierte, die eigene Stellung als Künstler aber aus der Perspektive berufspraktischer Verwendbarkeit beurteilte (Heckroth 1931, S. 79): „Ich bin Maler und bin froh, daß man mich am Theater arbeiten läßt; auf diese Weise erfülle ich einen praktischen Zweck. Es ist sinnlos, Bilder auf Ausstellungen zu schicken – fast kein Mensch geht hin – niemand kauft. […] Die Herren Kunstmaler hungern und finden es unter ihrer Würde, Bühnenbilder zu machen […]."

41 Zum Begriff des Impastos siehe Featherstone 1996.

Acrylmalerei, die im Unterschied zur Ölmalerei keine individuelle Handschrift erkennen lässt (*Hard Edge*-Malerei),[42] sondern eine Machart, die den Pinselduktus bewusst ausstellt. Möglicherweise hat Heckroth die hochpastosen Acryl-Reliefpasten von LUKAS verwendet, die zum Anlegen reliefartiger Strukturen besonders geeignet waren.[43] Hergestellt wurden diese Künstleracrylfarben seit 1964 von der Firma Schoenfeld/LUKAS in Düsseldorf.[44]

Die eher flachen Partien des Gemäldes sind mit einem Transparentlack überzogen, der glänzt.[45] Die eher erhabenen Partien besitzen dagegen eine matte oder allenfalls halbglänzende Schutzlackierung. Es sind vor allem die großen bildbeherrschenden Schwebflecken, deren Überzugslack eine matte Oberflächenerscheinung erzeugt. Das Neben- und Zueinander flacher glänzender und pastoser matter Bildpartien teilt sich dem Betrachter bei Kunstlicht wesentlich stärker mit als bei Tageslicht. Da das Gemälde an seinem ursprünglichen Standort und in seinem ursprünglichen Funktionszusammenhang bei Bühnenbeleuchtung in Erscheinung trat, dürfte die beschriebene Wirkung ganz den Absichten Heckroths entsprochen haben.

In die pastos aufgetragenen Farbschichten hat Heckroth textiles Material eingearbeitet, nicht durchgängig, aber an vielen Stellen (Abb. 13). Bei dem verwendeten Textil handelt es sich um ein Sackleinen (Rupfen), grobmaschig, netzartig gewoben und halbtransparent. Im britischen Englisch wird ein solches Gewebe als *Hessian* bezeichnet, genau wie der gebürtige Hesse.[46] Diese Homonymie nährt den Verdacht, dass sich das Sackleinen als Gestaltungselement dem Umstand verdankt, dass der Künstler Hein Heckroth – gebürtiger Hesse und seit 1947 britischer Staatsbürger – den Werkstoff *Hessian* als eine Art *signature material* betrachten konnte.[47] Tatsächlich hat Heckroth dieses kostengünstige und leicht verfügbare Material oft und gern verwendet, nachdem er 1956 endgültig aus dem englischen Exil nach Hessen zurückgekehrt war und in den Wirtschaftswunderjahren damit begonnen hatte, Textilgewebe in auftragsfreie Gemälde zu integrieren und mit seinen Farbmitteln zu bearbeiten (Abb. 14). Zieht man in Betracht, dass Heckroth mehr als zwei Jahrzehnte in England verbrachte hatte, wo *puns* (Wortspiele) äußerst beliebt waren und sind, dann gewinnt die etwas waghalsige Hypothese an Plausibilität, dass es sich beim künstlerischen Gebrauch von *Hessian* um eine pointierte – und ironische? – Selbsteinschreibung des Künstlers in sein Werk handelt. Vielleicht kannte Heckroth auch das alte toskanische Sprichwort, das Leonardo als fun-

42 Zu den körperlosen und scheinbar emotionslosen Formen der Malerei mit Acrylfarben *(Hard Edge)* siehe Hoppe 2006, S. 128.
43 Hoppe 2006, S. 31, 104.
44 Hoppe 2006, S. 28, 31. Vgl. ebd., S. 122.
45 Informationen zu Acrylfirnissen bei Hoppe 2006, S. 109–111.
46 Klein 1966, S. 725, s. v. Hessian; Simpson/Weiner 1989, S. 180, s. v. Hessian. Vgl. Wolff 1913, S. 53, 80.
47 Zum Begriff *signature material* siehe Reimann 2015, S. 5–6 und bes. S. 18, Anm. 35.

damentale Kritik an der künstlerischen Selbstdarstellung ins Feld geführt hatte: „Ogni pittore dipinge sé." / „Jeder Maler malt sich selbst."[48]

Im Kontext einer deutlichen Ausweitung des tradierten Materialkanons der bildenden Künste etablierten sich Textilien seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts als Materialien freien malerischen Schaffens.[49] Heckroth war nicht der erste Maler, der die textile Struktur des Sackleinens für seine Arbeiten zu nutzen verstand. Vor allem Alberto Burri, Teilnehmer der documenta II (1959) und documenta III (1964), schuf von 1949 an mit seinen sogenannten *Sacchi* eine Werkgruppe, die dem Sackleinen einen hohen Stellenwert einräumte.[50] Durch Burri wurde die Gitterstruktur alter Jutesäcke kunstwürdig.[51]

Der Materialmix, der seit den späten fünfziger Jahren manche Gemälde Heckroths kennzeichnete, war Teilphänomen eines künstlerischen Neubeginns: In den Jahren vor 1960 ließ sich Heckroth als Maler erstmals auf abstrakt-informelle Gestaltungsmittel ein. Er stand damals in Kontakt mit der Frankfurter Künstlergruppe Quadriga, die ohne Übertreibung als Zentralgestirn am Firmament der informellen Malerei in Deutschland bezeichnet werden kann.[52] Soweit ich sehe, spielte netzartiges Sackleinen in den Ansätzen und Praktiken der Quadriga-Künstler allerdings keine Rolle.[53]

Wenn von der Biedenkopfer Bühnenrückwand als materiellem Objekt die Rede ist, so ist die Einbindung grober Sackleinenstücke mit reliefierender Wirkung ein wichtiger Aspekt. Noch wichtiger ist aber – wie oben angedeutet – die sichtbare Materialität des Farbauftrags, denn trotz des Brückenschlags zum „Materialbild" als einem Exponenten der jüngeren Kunstentwicklung sind die zehn Tafeln im Wesentlichen malerisch konzipiert. Farbmaterie ist der Hauptwerkstoff, und das, was nach traditionellen Begriffen der Malereitheorie als modale Gesamtgestimmtheit des Bildes zu bezeichnen wäre, wird allein aus der Farbe geboren.[54]

Heckroths Kolossalgemälde besticht durch eine beschränkte Farbwahl (Abb. 1). Brauntöne dominieren, Blau und Rot treten an einigen Stellen hinzu. Die dunkel schimmernde Oberfläche erinnert an eine Metallarbeit. Es ist ein offenkundig farbbeschränktes Bild. Es wird sich zeigen, dass die evident schmucklose, ernste und reduzierte Farbwahl in Verbindung mit dem respektheischenden Kolossalformat auf die ästhetische Qualität des Erhabenen zielt. Dunkle Töne und ein substanzreicher Farbauftrag galten in der akademischen Lehre und Ästhetik als erhaben, seit die Einteilung der ästhetischen Qualitäten in das Schöne und Erhabene in der zweiten Hälfe des 18. Jahrhunderts zu einem der einflussreichsten Strukturierungs-

48 Vgl. Zöllner 1992.
49 Tammen 2002, S. 220.
50 Zu Alberto Burris *Sacchi* siehe Braun 2015, S. 156–181.
51 Tammen 2002, S. 220.
52 Gabler 1977, bes. S. 14; Hofer 2019. Siehe auch Gaßner 1991.
53 Vgl. vor allem Hofer 2002.
54 Zur Leitidee einer werkspezifischen „Tonart" beziehungsweise Gesamtfarbigkeit in der malereitheoretischen Traktatliteratur siehe zusammenfassend Körner 1988, S. 305–307.

prinzipien der Ästhetik überhaupt aufgestiegen war.[55] In der ersten Auflage der *Encyclopædia Britannica* (1771) heißt es unter dem Lemma „Painting in oil": „If the subject be grave, melancholy, or terrible, the general tint of the colouring must incline to brown and black, or red and gloomy […]."[56] Ein solcher Grundfarbton („general tint of the colouring"), der Themen sublimen Charakters zukommt, ist auch für das Biedenkopfer Kolossalgemälde kennzeichnend, ohne dass hier im ikonografischen Sinne ein Sujet vorliegen würde.

Heckroth hat seinem Auftragswerk für Biedenkopf die Anmutung einer Nachtdarstellung verliehen. Ein schwärzliches Braun ist die dominierende Farbe des Gemäldes. Vor allem in der Barockmalerei wird die Farbigkeit der Nacht durch Brauntöne charakterisiert.[57] Die braune Nacht ist seit der Barockdichtung auch ein beliebter literarischer Topos.[58] Vielleicht kannte Heckroth auch die Farbmetapher „l'aere bruno" in Dantes *Commedia*, die auf das abendliche Dunkel am Karfreitag verweist, bevor Dante zum Jenseitswanderer wird und an der Seite Vergils das Tor der Hölle durchschreitet.[59] Auf jeden Fall ist Heckroths Riesengemälde ein Medium dunkler Stimmungen. Man könnte meinen, dass etwas Unheimliches im Hintergrund wirkt. Dass die Bühnenrückwand an ihrem ursprünglichen Anbringungsort nicht sonderlich beliebt war, wurde eingangs schon erwähnt und dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, dass den zehn Tafeln eine düstere Unheimlichkeit entströmte. Kunst am Bau ist zwar „Kunst für alle", aber auch „Kunst gegen alle", wie Martin Seidel notiert hat.[60] So mag man also staunen über die Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Publikum, die Heckroth hier an den Tag legte. Was er kreiert hat, ist ein Werk von erstaunlicher formaler Radikalität. Für viele Bürgerinnen und Bürger dürfte das Bild eine Herausforderung und Überforderung dargestellt haben.

Damit drängt sich die Frage auf, aus welchem Grund Heckroth für den Veranstaltungssaal in Biedenkopf ein eher düsteres, ernstes und abweisendes Bild – und kein buntes, unbeschwertes und einladendes Bild – schuf. Der Grund dürfte in der Ästhetik des Kolossalen zu finden sein. Möglich und meines Erachtens wahrscheinlich ist, dass der Dimensionierung des Gemäldes eine größere und weitergehende Bedeutung zukommt, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Eine Bildfläche von knapp 70 Quadratmetern war etwas Besonderes, das aber unter allgemeine Begriffe der Ästhetik fiel. Das Kolossale, Übergroße, Titanische ist – wie bereits angedeutet – in den Theoriedebatten seit dem 18. Jahrhundert fest mit einer ästhetischen Kategorie verknüpft, die zu den Grundbegriffen der spezifisch modernen Kunst- und Naturwahrnehmung gehört: dem Erhabenen, oder, um das

55 Gockel 2002, S. 81.
56 Encyclopædia Britannica or A Dictionary of Arts and Sciences, hrsg. von William Smellie, Bd. 3, Edinburgh 1771, zit. nach Gockel 2002, S. 83.
57 Borchhardt-Birbaumer 2003, Kap. 5.
58 Borchhardt-Birbaumer 2003, S. 469–470; Müller-Buck 2024, S. 10.
59 Dante Alighieri, La Divina Commedia, Inferno, 2,1.
60 Seidel 2021, S. 122.

einschlägige Fremdwort zu benutzen, dem Sublimen. Das Erhabene ist die ästhetische Kategorie, die dem Schönen komplementär gegenübersteht.[61] Im Unterschied zur Wahrnehmung des Schönen ist die Wahrnehmung des Erhabenen mit einem Schrecken oder Schaudern verbunden. Als erhaben gelten etwa die äußerste Steigerung einer ästhetischen Wirkung sowie die Überforderung durch übergroße und übermächtige sinnliche Phänomene. Ein gemischtes Gefühl von Lust und Unlust kennzeichnet die Wahrnehmung des Erhabenen. Schon Edmund Burke, der 1757 den Begriff des Erhabenen als Komplementärbegriff des Schönen einführte, hatte argumentiert, die besondere Beschaffenheit eines riesigen, machtvollen, rauen oder finsteren Objektes rufe ein Erschauern hervor, das sich mit angenehmen Empfindungen mische, sobald der Betrachter begreife, dass er selbst keiner unmittelbaren Gefahr ausgesetzt sei: Das Erhabene bewirke „eine Art von frohem Schrecken" („a sort of delightful horror").[62]

Wenn man Burkes Klassifizierung schöner und erhabener Objekte zugrunde legt, erscheint Heckroths Kolossalgemälde aus Biedenkopf als Musterbeispiel für erhabene Größe und somit als Gegenentwurf zum Schönen:

„Erhabene Objekte sind riesig in ihren Dimensionen, schöne aber verhältnismäßig klein. Schönheit verlangt Glätte und Ebenheit; das Große kann rauh und ungehobelt sein. Schönheit muß die gerade Linie vermeiden, darf aber von ihr nur unmerklich abweichen; das Große liebt in vielen Fällen die gerade Linie, läßt aber, wenn sie einmal vor ihr abweicht, auch eine sehr starke Abweichung zu. Schönheit darf nicht dunkel, das Große muß finster und düster sein. Schönheit muß licht und zart, das Große muß fest und sogar massiv sein."[63]

Das Zitat aus Burkes Grundlagenschrift soll nicht die Vorstellung nähren, Heckroth habe Burke gelesen und dessen Bestimmung des Sublimen in eine konkrete Gestaltung umsetzen wollen. Vielmehr markiert das Zitat eine wirkungsmächtige Tradition des ästhetischen Denkens, in der auch Hein Heckroth stand und in die sich das Biedenkopfer Bild zwanglos eingliedern lässt. Nur am Rande sei vermerkt, dass Barnett Newmans breit rezipierter Essay *The Sublime Is Now* (1948) ein Indikator dafür ist, dass die ästhetische Begrifflichkeit des Erhabenen in der Nachkriegsmoderne eine Umdeutung und Wiederbelebung fand.[64] Die Kategorie des

61 Grave 2011. Aufschlussreich auch: Heininger 2010, S. 288–289.

62 Burke 1980, S. 176; engl.: Burke 2015, S. 109.

63 Burke 1980, S. 166. Man vgl. die originalsprachliche Fassung (Burke 2015, S. 100–101): „For sublime objects are vast in their dimensions, beautiful ones comparatively small; beauty should be smooth, and polished; the great, rugged and negligent; beauty should shun the right line, yet deviate from it insensibly; the great in many cases loves the right line, and when it deviates it often makes a strong deviation; beauty should not be obscure; the great ought to be dark and gloomy; beauty should be light and delicate; the great ought to be solid, and even massive."

64 Barnett Newman, The Sublime Is Now [1948], in: Kania/Spieler 2006, S. 30–31. Dazu Schneemann 2006, S. 11–12. Zur Aktualisierung, die das Sublime/Erhabene in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfuhr, siehe allgemein Heininger 2010, S. 275–280, 308–310.

Erhabenen stand dabei meist für einen übersteigerten Wirkungsanspruch der Kunst: Allein aufgrund von Form und Farbe – also aufgrund der Eigenwirklichkeit der Kunst – und nicht aufgrund eines dargestellten Gegenstandes oder einer Geschichte sollte die sublime Erfahrung entstehen.[65] Das Biedenkopfer Kolossalgemälde macht Heckroth zum Teilhaber der modernen Erhabenheitsbewegung.

Um es zu wiederholen: Riesigkeit ist laut Edmund Burke und vielen Theoretikern, die ihm folgten, eine Quelle des Erhabenen, Dunkelheit auch.[66] Das Erhabene beruht nicht zuletzt auf der Vermeidung alles Hellen und Heiteren.[67] Dementsprechend geht in Heckroths Kolossalgemälde die Dunkelgestaltung mit einer Minimierung der Farbtöne einher. Einen geheimnisvollen Charakter erhält die schwarzbraune Dunkelheit durch einzelne Farbakzente in Blau und Rot. Mit einem blauen Farbstoff und rohem Pinselstrich wurden zwei kleine zerfließende Rundflächen auf der dritten Bildtafel von links sowie der fünften und sechsten Tafel ausgeführt. Zwei größere blaue bzw. blau schimmernde Rundformen finden sich auf der sechsten bis achten Tafel. Auf der vierten Bildtafel von links wurde eine mittelgroße Kreisfläche mit einem roten Farbstoff ausgeführt (Abb. 12, 13). Hermann Haindl, der Fertigsteller des Bildes, sieht in diesen zerfließenden Farbflächen eine „Polarität der beiden Farben Blau und Rot" und fügt hinzu: „Jede Farbe hängt wie ein Auge in einer schimmernden Bewegung."[68] Vor dem Hintergrund etablierter Bedeutungsreferenzen erkennt Haindl in der Farbe Blau eine symbolische Präsenz der göttlichen Macht und in der Farbe Rot einen Verweis auf rituelle Opfer zur Reinigung oder Beseitigung von menschlicher Schuld.[69] Diese sehr entschiedene Meinung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die möglichen Deutungen der Farbigkeit auf ein viel weiteres Feld führen. So scheint es mehr als wahrscheinlich, dass die blau und rot leuchtenden Binnenflächen der ästhetischen Nobilitierung der Gesamtoberfläche dienen und dem Gemälde eine gewisse Festlichkeit verleihen sollten. Die Farbwahl erinnert – sicher nicht absichtslos – an die Farbtöne Purpur und Lapislazuli, die edelsten und kostbarsten Farbpigmente der vormodernen Malereigeschichte.[70] Für ihre Herstellung bedurfte es über Jahrhunderte finanzstarker Auftraggeber, die sich die benötigten Rohstoffe leisten und sie über weite Handelswege beschaffen konnten. Den Anschein von Kostbarkeit erweckte Heckroth aber nicht nur durch leuchtkräftiges Blau und Rot, sondern auch durch den hohen Glanzgrad der Firnisse, die dem Gemälde partienweise einen metallischen Charakter verleihen und durch Streulicht in den Raum hineinwirken. In der Gesamtbetrachtung drängt sich die Einsicht auf, dass die Bühnenwand aus dem Bürgerhaus

65 Schneemann 2006, S. 9.
66 Burke 1980, S. 93, 108–109.
67 Burke 1980, S. 120.
68 Haindl 1970, o. S.
69 Im weiteren Textverlauf versteigt sich Haindl zu der Bewertung, Heckroths Kolossalgemälde sei „zu seinem eigenen Requiem" geworden und gebe zu erkennen, „daß Heckroth hinter seiner vitalen Daseinsfreude eine zeitlose Sehnsucht verbarg nach Meditation und Nirwana" (Haindl 1970, o. S.).
70 Dazu bspw. Baxandall 1980, S. 102–103; Phipps 2010; Schellewald 2018.

Biedenkopf ein großes und universales Thema aufgreift: die Polarität von Licht und Dunkelheit – oder besser gesagt: das Licht, das die Dunkelheit erhellt.

Entsprechend zwanglos lässt sich die rot leuchtende Kreisscheibe in Heckroths Gemälde, die links der vertikalen Mitte und oberhalb der horizontalen Mitte platziert ist, auf eine breit vermittelte Bildvorstellung der Romantik beziehen: das hinter einem Naturmotiv aufsteigende Gestirn (Mond, Sonne), das ein zentrales Gegenlicht in ein Landschaftsbild bringt (Abb. 1). Wer sich mit den „Landschaftern" aus Heckroths Generation beschäftigt, wird entdecken, dass auch und vor allem Max Ernst (1891–1976) dieses traditionsreiche Motiv häufig verwendete, indem er die Sonne als Lichtscheibe oder Lichtrad inszenierte.[71] In Heckroths Kolossalgemälde ist das genuin romantische Motiv durch die abstrakte Machart zusätzlich verfremdet. Im Lichte dieser Beobachtung zeigt sich erneut, dass die Darstellung an traditionellen Landschaftsanschauungen partizipiert, ohne darin aufzugehen. Traditionsverweise und gezielte Abweichungen von der Tradition gehen Hand in Hand.

Fazit

1970 war das Jahr, in dem Hein Heckroth starb, aber auch das Jahr, in dem er als Maler sein größtes Werk projektieren und in weiten Teilen noch selbst realisieren konnte. In einer beruflich prekären Lebenssituation war die zehnteilige, faltbare Bühnenrückwand im Biedenkopfer Bürgerhaus für Heckroth eine willkommene Gelegenheit, um vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Erfahrungen als Bühnenbildner seine Ambitionen als Maler in sehr großem Format noch einmal zur Geltung zu bringen. Wie dargelegt werden konnte, verdankte er den Auftrag zu dem Kolossalgemälde seiner Freundschaft mit dem Frankfurter Architekten Hansjörg Kny. Vielleicht spielte bei der Auftragsvergabe auch Heckroths oberhessische Herkunft eine Rolle, denn bauprojektbezogene Kunstaufträge wurden bevorzugt an Künstler aus der jeweiligen Region vergeben.[72] Der künstlerische Anspruch, der sich mit dem Kolossalbild verband und in die Sphäre des Erhabenen führte, überstieg allerdings die Enge persönlicher und landsmannschaftlicher Bindungen deutlich und sprengte wohl auch den Rahmen, den die Bühne im großen Saal des Biedenkopfer Bürgerhauses setzte.

Abgekürzt zitierte Literatur

Baxandall 1980
Baxandall, Michael, Die Wirklichkeit der Bilder. Malerei und Erfahrung im Italien des 15. Jahrhunderts, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1980.

Borchhardt-Birbaumer 2003
Borchhardt-Birbaumer, Brigitte, Imago noctis, Wien, Köln und Weimar 2003.

71 Faass 2004, S. 19.
72 Vgl. Mielsch 1989, S. 41.

Braun 2015
Braun, Emily, Alberto Burri. The Trauma of Painting (Kat. Ausst. Solomon R. Guggenheim Museum, New York und Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf), New York 2015.

Burke 1980
Burke, Edmund, Philosophische Untersuchung über den Ursprung unserer Ideen vom Erhabenen und Schönen, übers. von Friedrich Bassenge, hrsg. von Werner Strube, Hamburg 1980.

Burke 2015
Burke, Edmund, A Philosophical Enquiry into the Origin of Our Ideas of the Sublime and the Beautiful, hrsg. von Paul Guyer, Oxford 2015.

Busch 2007
Busch, Werner, Abbild, Erscheinung, Erfindung. Landschaftsgraphik und Ungegenständlichkeit, in: Vermessen. Landschaft und Ungegenständlichkeit, hrsg. von Werner Busch und Oliver Jehle, Zürich und Berlin 2007, S. 97–116.

Diederich/Herrmann 2015
Diederich, Stephan/Herrmann, Barbara (Hrsg.), Bernard Schultze, Bd. 2: Verzeichnis der Werke 1939 bis 1989, München 2015.

Faass 2004
Faass, Martin, Was ist eine Landschaft?, in: Max Ernst. Traumlandschaften (Kat. Ausst. Kunsthaus Apolda Avantgarde und Ernst Barlach Haus, Hamburg), hrsg. vom Kreis Weimarer Land, der Stadt Apolda und dem Ernst Barlach Haus, Hamburg 2004, S. 15–20.

Featherstone 1996
Featherstone, Rupert, s. v. Impasto, in: The Dictionary of Art, hrsg. von Jane Turner, Bd. 15, New York 1996, S. 147.

Gabler 1977
Gabler, Karlheinz, Hein Heckroth. 1901–1970 (Kat. Ausst. Staatliche Kunstsammlungen Kassel), Kassel 1977.

Gaßner 1991
Gaßner, Hubertus, Hein Heckroth – Der Maler, in: Hein Heckroth. Film-Designer (Kinematograph, Nr. 7), hrsg. von Hilmar Hoffmann und Walter Schobert, Frankfurt am Main 1991, S. 13–22.

Gockel 2002
Gockel, Bettina, s. v. Farbe, in: Lexikon des künstlerischen Materials. Werkstoffe der modernen Kunst von Abfall bis Zinn, hrsg. von Monika Wagner, Dietmar Rübel und Sebastian Hackenschmidt, München 2002, S. 78–84.

Grave 2011
Grave, Johannes, s. v. das Erhabene, in: Metzler Lexikon Kunstwissenschaft. Ideen, Methoden, Begriffe, 2. Aufl., hrsg. von Ulrich Pfisterer, Stuttgart und Weimar 2011, S. 113–117.

Hagen 1960
Hagen, Friedrich, „Versteht mich bitte nicht so rasch“. Hein Heckroth. Maler, Bühnen- und Filmbildner, in: Frankfurt. Lebendige Stadt 5 (1960), Heft 2, S. 24–31.

Haindl 1970
Haindl, Hermann, In memoriam, in: Bürgerhaus Biedenkopf – ein Zentrum für Kultur, Erholung, Sport, Biedenkopf 1970, o. S.

Haindl 2000
Haindl, Hermann, Mit dem Schirm fing es an! Hermann Haindl – 50 Jahre Frankfurter Theater. 80 Jahre: drei Haindl-Generationen am Frankfurter Theater, Frankfurt am Main 2000 [Selbstverlag].

Haindl 2002
Haindl, Hermann, Retrospektive 1948-2002. Die Entwicklung der Strukturen und Inhalte meiner Bilder, Hofheim am Taunus 2002.

Heckroth 1931
Heckroth, Heinrich, o. T. [Stellungnahme zum Darstellungsstil des modernen Theaters], in: Die Scene, 21, 1931, S. 79–80.

Heininger 2010
Heininger, Jörg, s. v. Erhaben, in: Ästhetische Grundbegriffe. Studienausgabe, hrsg. von Karlheinz Barck u. a., Bd. 2, Stuttgart und Weimar 2010, S. 275–310.

Hofer 2002
Hofer, Sigrid (Hrsg.), Entfesselte Form. Fünfzig Jahre Frankfurter Quadriga (Kat. Ausst. Städelsches Kunstinstitut und Städtische Galerie Frankfurt am Main), Frankfurt am Main und Basel 2002.

Hofer 2019
Hofer, Sigrid, Hein Heckroth und die Künstlergruppe Quadriga, in: Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis 2019. Dokumentation des Festaktes zur neunten Verleihung des Hein-Heckroth-Bühnenbildpreises am 7. April 2019 im Stadttheater Gießen, hrsg. von der Hein-Heckroth-Gesellschaft Gießen e. V., Gießen 2019, S. 23–31.

Hoppe 2006
Hoppe, Thomas, Acrylmalerei. Die künstlerischen Techniken, 3. Aufl., Leipzig 2006.

Huth 1977
Huth, Karl, Biedenkopf. Burg und Stadt im Wandel der Jahrhunderte, Biedenkopf 1977.

Kania/Spieler 2006
Kania, Elke/Spieler, Reinhard (Hrsg.), The Sublime Is Now! Das Erhabene in der zeitgenössischen Kunst (Kat. Ausst. Museum Franz Gertsch, Burgdorf), Bern 2006.

King 2022
King, Luise, Hannsgeorg Beckert. Das Verhältnis des Architekten zu Kunst und Künstlern, in: Bauwelt 113 (2022), Heft 23, S. 11–12.

Klein 1966
Klein, Ernest, A Comprehensive Etymological Dictionary of the English Language, Bd. 1, Amsterdam 1966.

Körner 1988
Körner, Hans, Auf der Suche nach der „wahren Einheit". Ganzheitsvorstellungen in der französischen Malerei und Kunstliteratur vom mittleren 17. bis zum mittleren 19. Jahrhundert, München 1988.

Kunstverein Siegen 1987
Kunstverein Siegen (Hrsg.), Werner Schreib. Das künstlerische Werk, Gießen 1987.

Mielsch 1989
Mielsch, Beate, Die historischen Hintergründe der Kunst-am-Bau-Regelung, in: Kunst im öffentlichen Raum. Anstöße der 80er Jahre, hrsg. von Volker Plagemann, Köln 1989, S. 21–44.

Müller-Buck 2024
Müller-Buck, Renate, „… zitternd vor bunter Seligkeit“. Nietzsche in Venedig, Göttingen 2024.

Phipps 2010
Phipps, Elena, Cochineal Red. The Art History of a Color, New York 2010.

Rauch 2014
Rauch, Stefanie, Bühnentechnik – eine verkannte Kunst? oder: Wer ist eigentlich Walter Huneke?, in: Musiktheater im Fokus, hrsg. von Sieghart Döhring and Stefanie Rauch, Sinzig 2014, S. 373–386.

Reimann 2015
Reimann, Sandra Beate, Vom prozessualen Werden des Materials zur Prozessualität von Wahrnehmung und Raum. Das Potential von Skulptur bei Richard Serra, in: kunsttexte.de (2015), Nr. 1 (21 Seiten).

Sauerbier 2010
Sauerbier, Antje, Hippies, Hochhäuser, Hausberg-Radar! Butzbach an der Schwelle zur Moderne. Die Roaring Sixties im Spiegel der Provinz, Butzbach 2010.

Schellewald 2018
Schellewald, Barbara, *Out of the Blue* – die Erscheinung des Göttlichen. Der Einsatz von Lapislazuli im Mittelalter, in: Archäologie der Spezialeffekte, hrsg. von Natascha Adamowsky u. a., Paderborn 2018, S. 217–238.

Schneemann 2006
Schneemann, Peter J., Überwältigungen. Das Erhabene als ewiger Traum einer Wirkungsästhetik, in: The Sublime is Now! Das Erhabene in der zeitgenössischen Kunst (Kat. Ausst. Museum Franz Gertsch, Burgdorf), hrsg. von Elke Kania und Reinhard Spieler, Bern 2006, S. 9–18.

Seidel 2020
Seidel, Martin, Kunst am Bau in Deutschland, in: 70 Jahre Kunst am Bau in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, München und Berlin 2020, S. 38–54.

Seidel 2021
Seidel, Martin, Mehr Raum für Kunst. Handbuch Kunst am Bau, Gelsenkirchen 2021.

Simpson/Weiner 1989
Simpson, John/Weiner, Edmund (Bearb.), The Oxford English Dictionary, 2. Aufl., Bd. 7, Oxford 1989.

Stürz 1998
Stürz, Dietlind, Hein Heckroth (1901-1970). Aus Leben und Werk, Gießen 1998.

Tammen 2002

Tammen, Silke, s. v. Textilien, in: Lexikon des künstlerischen Materials. Werkstoffe der modernen Kunst von Abfall bis Zinn, hrsg. von Monika Wagner, Dietmar Rübel und Sebastian Hackenschmidt, München 2002, S. 217–224.

Wolff 1913
Wolff, Richard, Die Jute. Ihre Industrie und volkswirtschaftliche Bedeutung, Berlin 1913.

Zöllner 1992
Zöllner, Frank, „Ogni pittore dipinge sé“. Leonardo da Vinci and „Automimesis“, in: Der Künstler über sich in seinem Werk. Internationales Symposium der Bibliotheca Hertziana. Rom 1989, hrsg. von Matthias Winner, Weinheim 1992, S. 137–160.



Abb. 1: Hein Heckroth, Bühnenrückwand aus dem Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Acryl und Rupfen auf einer Konstruktion aus Spanplatten, ca. 4,85 × 14 m, Privatbesitz (Foto: Patrick Locke, Heuchelheim)

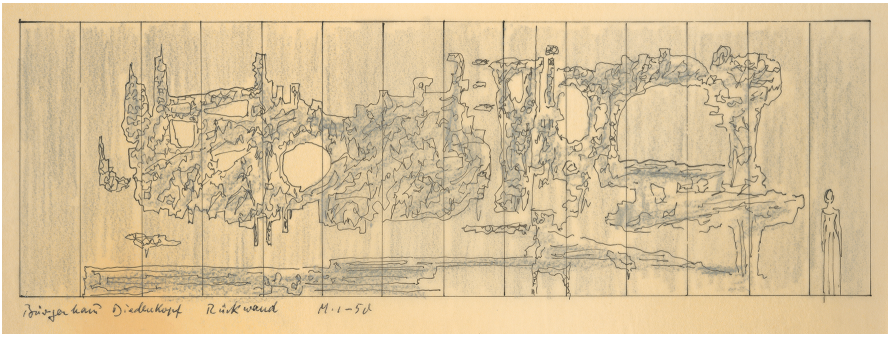


Abb. 2: Hein Heckroth, Entwurf für die Bühnenrückwand im Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Museum für Gießen, Konvolut H. Heckroth, Mappe 2, L 269,1

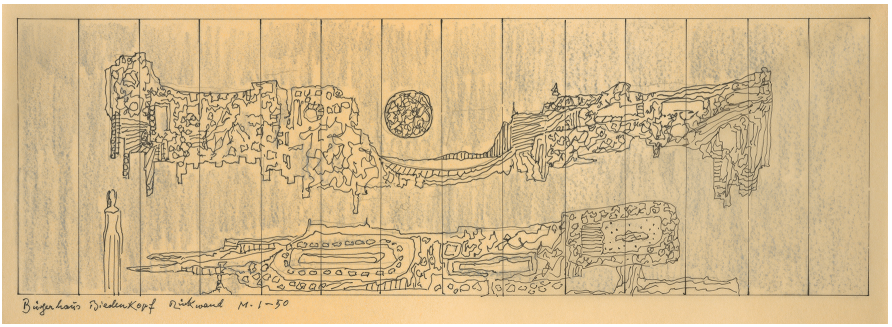


Abb. 3: Hein Heckroth, Entwurf für die Bühnenrückwand im Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Museum für Gießen, Konvolut H. Heckroth, Mappe 2, L 269,2

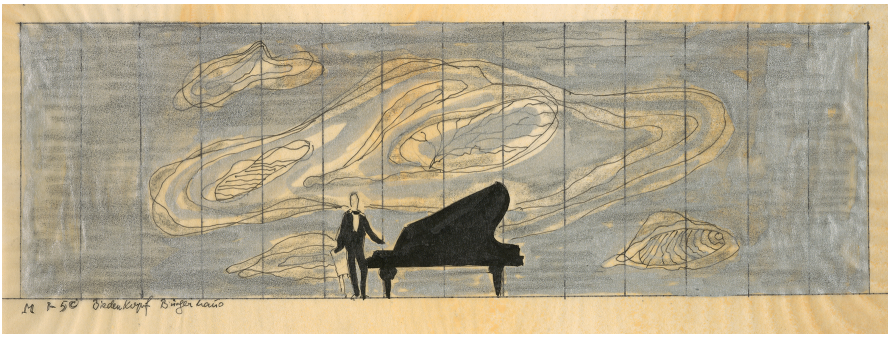


Abb. 4: Hein Heckroth, Entwurf für die Bühnenrückwand im Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Museum für Gießen, Konvolut H. Heckroth, Mappe 2, L 269,3



Abb. 5: Hein Heckroth, Entwurf für die Bühnenrückwand im Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Museum für Gießen, Konvolut H. Heckroth, Mappe 2, L 269,.4

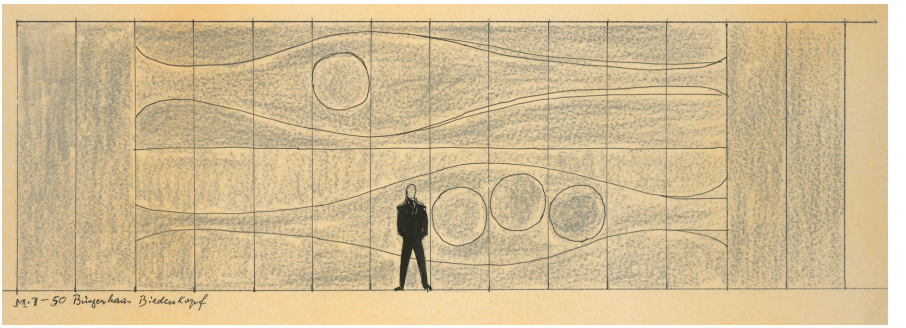


Abb. 6: Hein Heckroth, Entwurf für die Bühnenrückwand im Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Museum für Gießen, Konvolut H. Heckroth, Mappe 2, L 269,.5



Abb. 7: Hein Heckroth, Hellenische Landschaft 4, 1967, Öl auf Leinwand, 100,5 × 126,8 cm, Sammlung Jan Schüler, Düsseldorf (Foto: Jan Schüler, Düsseldorf)



Abb. 8: Hein Heckroth, Der große Felsen, 1964, Öl auf Leinwand, 45 × 54 cm, Galerie Dietgard Wosimsky, Gießen (Foto: Anna Lena Habermehl, Reiskirchen)



Abb. 9: Biedenkopf, Bürgerhaus, Großer Saal, Bühnenraum mit Heckroths Kolossalgemälde (Foto: Ronnie Martin, Gießen)



Abb. 10: Hein Heckroth, Bühnenrückwand aus dem Bürgerhaus Biedenkopf, Rollapparat für das Faltschiebesystem, 1970, Privatbesitz (Foto: Marcus Kiefer, Gießen)



Abb. 11: Hein Heckroth, Modell für die Bühnenrückwand im Bürgerhaus Biedenkopf, 1970, Faltkonstruktion aus Spanplatten (montiert auf einer Trägerplatte mit schwarzem Samtbezug), 23 × 68 cm (Trägerplatte: 35 × 80 cm), Privatbesitz (Foto: Ada Kny, Berlin)



Abb. 12: Hein Heckroth, Bühnenrückwand aus dem Bürgerhaus Biedenkopf (Detail), 1970, Privatbesitz (Foto: Patrick Locke, Heuchelheim)



Abb. 13: Hein Heckroth, Bühnenrückwand aus dem Bürgerhaus Biedenkopf (Detail), 1970, Acryl und Rupfen auf Spanplatte, Privatbesitz (Foto: Marcus Kiefer, Gießen)



Abb. 14: Hein Heckroth, Ohne Titel, 1959, Kreide, Öl, Lack und Rupfen auf Leinwand, Museum für Gießen, Inv.-Nr. 3704

Von der „Friedrich-Feld-Schule“ zur „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten“. Ein mittelhessisches Beispiel symbolischer Entnazifizierung[1]

Thomas Kleimann

Manch historische Ereignislinien beginnen eher zufällig und beiläufig – so auch in diesem Fall der Umbenennung der Gießener Friedrich-Feld-Schule, die im Herbst 2014 ihren Anfang nahm: Ich arbeitete damals seit gut sechs Jahren an dieser beruflichen Schule, hatte mich aber noch nicht eingehender mit deren Namenspatron beschäftigt. Eine Lehrkraft hatte nun jedoch ein schulisches Projekt zu unserem Schulnamensgeber organisiert. In einer Vitrine neben dem Schulsekretariat wurden Bücher von Feld, Fotos und andere Erinnerungsstücke gesammelt und ausgestellt. Bei der Einweihungsveranstaltung fiel mir jedoch auf, dass um die Rolle von Fried-



Abb. 1: Blick von der Aula auf das Hauptgebäude der Wirtschafsschule am Oswaldsgarten in der Gießener Innenstadt (Georg-Schlosser-Straße 20), das in den 1950er Jahren errichtet wurde.

1 An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Dr. Christian Pöpken (Stadtarchiv Gießen) für die Unterstützung in Form der Bereitstellung wichtiger Quellen bedanken. Mein Dank gilt auch Alexander Falk für Korrekturen und wichtige Anmerkungen sowie der Sekretärin unserer Schule, Frau Ramona Kümpel, die mich bei der Suche nach alten Schuldokumenten in unserem Schularchiv unterstützt hat. Am Schluss möchte ich meiner Frau für das abschließende Korrekturlesen danken.

rich Feld (1887–1945) während der Zeit des Nationalsozialismus eher ein verbaler Bogen gemacht wurde. Das machte mich neugierig, und so besorgte ich mir antiquarisch ein Bändchen von Feld mit dem Titel „Berufserziehung" (1938) und begann mit der Lektüre. Das anfangs noch entspannte Lesen verwandelte sich rasch in ein angespanntes Staunen. Schnell wurde mir klar, dass es sich beim bekannten Berufs- und Wirtschaftspädagogen Friedrich Feld auch um einen überzeugten Nationalsozialisten handelt, der darauf pocht, dass *„alle Berufsausbildung zugleich Wesensbildung am neuen deutschen Menschen"*[2] sei. Als Lehrkraft mit antifaschistischem Sozialisationshintergrund schockierte mich dieser Befund: Wie konnte es sein, dass eine deutsche Schule 70 Jahre nach Ende der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland den Namen eines bekennenden Nationalsozialisten trägt? Und musste hier nicht rasch eine Veränderung her?

Erste Anfänge und weitere Kreise

Zum Glück traf dieser Schock nicht nur mich allein, sondern auch befreundete Kollegen, bei denen die Ausstellung zu Feld ebenfalls Argwohn weckte, sodass sich schnell ein kleines, schlagkräftiges Team von Lehrkräften bildete[3], das den Prozess der Namensänderung anstieß und kritisch begleitete. Uns einte eine zentrale Überzeugung: Wer davon weiß, dass die eigene Bildungseinrichtung nach einem Nationalsozialisten benannt ist, kann nicht schweigen oder weitermachen wie bisher, sondern muss sich für eine historische Aufarbeitung einsetzen. Und so nahm die Geschichte der Namensänderung ihren Lauf: Weitere Recherchen unserer Gruppe verfestigten und verdichteten das Negativbild vom Schulnamensgeber[4], die Schulleitung, die Schülervertretung, der Förderverein und das Kollegium wurden informiert. Die Problematik erhielt aber auch ihren Platz im Unterricht, wo die meisten Schülerinnen und Schüler unsere kritische Sicht teilten. Im Rahmen zahlreicher Gespräche und Diskussionen versuchten wir, die Lehrkräfte unserer Einrichtung von Sinn und Wert einer Namensänderung zu überzeugen – letztlich mit Erfolg, da die überragende Mehrheit von ihnen für die Umbenennung unserer Schule votieren sollte.

2 Feld, Friedrich, Berufserziehung, Arbeit und Wissen Bd. 1, hrsg. v. P. Wels, München, Berlin 1938, S. 5.

3 Den Kern des Teams bildeten die beiden Politik- und Geschichtslehrer Alexander Falk und Wolfgang Dietz sowie der Verfasser.

4 Unsere Erkenntnisse zu Leben und Denken Felds sind zusammengefasst in: Falk, Alexander, Kleimann, Thomas, Friedrich Feld und der Nationalsozialismus, 2015 [online] URL: https://www.wso-giessen.de/wp-content/uploads/2024/10/Falk-A.-Kleimann-T.-2015-Friedrich-Feld-und-der-Nationalsozialismus.pdf.

Widerstände und Reibungspunkte

Wie zu erwarten war, lief der Umbenennungsprozess nicht von selbst ab. Vielmehr gab es Widerstände und Reibungspunkte. Ob diese das Projekt der Namensänderung substantiell gefährdeten, lässt sich im Nachhinein schwer einschätzen. Fest steht aber, dass diese Widerstände den gesamten Prozess verlangsamten, sodass er sich immerhin über etwa zwei Jahre hinzog. Sicher hätte der für die Schulnamensgebung zuständige Schulträger, die Stadt Gießen, frühzeitiger über den Fall informiert werden sollen. Da dieser dann – im Einklang mit dem Hessischen Schulgesetz – die vorläufige Problemklärung wieder zurück an unsere Schule delegierte, verging relativ viel Zeit ohne erkennbare Ergebnisse.[5] In Teilen der Schulgemeinde gab es außerdem anfangs die Tendenz, das Problem durch eine distanzierende Stellungnahme zum belasteten Schulnamensgeber schnell wieder aus der Welt schaffen zu wollen – zumal Friedrich Feld von manchen Kollegen lediglich als „Mitläufer" des NS-Regimes eingeschätzt wurde. Allerdings wurde vielen der Beteiligten allmählich klar, dass mit einer bloßen Geste der Distanzierung das Grundproblem der Benennung unserer Bildungseinrichtung nach einem überzeugten NS-Pädagogen noch längst nicht gelöst wäre. Für unsere Gruppe kritischer Kollegen stand nach weiteren Recherchen zu Leben und Werk Felds sowie einer kurzen internen Diskussion schnell fest, dass nur eine Änderung der Schulbezeichnung eine legitime Konsequenz aus den neuen Erkenntnissen zu Friedrich Feld sein könne. Pragmatisch betrachtet, kam mit den Medien dann ein maßgeblicher Faktor ins Spiel, der wie ein Katalysator der Umbenennung wirkte. So wurde der Wikipedia-Eintrag zu „Friedrich Feld" aktualisiert, der nun auch dessen unrühmliche Vergangenheit stärker ins Zentrum rückte.[6] Außerdem erschien eine Reihe kritischer Artikel in der Lokalpresse – hier sei nur ein solcher mit dem Titel *„Ein Nazi als Namensgeber"*[7] angeführt.

Eine Chronik der Umbenennung

Der Prozess der Umbenennung unserer Schule fand sein Ende erst, als die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen unsere Bildungsinstitution zum 1. August 2016 umbenannte. Wichtige Wegmarken dorthin seien hier chronologisch notiert:[8]

---

5 Im Hessischen Schulgesetz kann man im hier einschlägigen Paragraphen 142 („Schulbezeichnung und Schulnamen"), in Absatz 2, lesen: „Der kommunale Schulträger kann der Schule auf Vorschlag oder nach Anhörung der Schulkonferenz einen Namen geben." Vgl. Hessisches Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2017 [online] URL: https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-SchulGHE2017pP142.

6 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Feld_(Wirtschaftsp%C3%A4dagoge).

7 Vergleiche Gießener Allgemeine vom 17. November 2015. Vergleiche auch den Artikel „Namensgeber als Nazi im Visier" aus dem Gießener Anzeiger vom 25. Juli 2015.

8 Die einschlägigen schulischen Fach- und Gesamtkonferenzprotokolle wurden für diese Publikation gesichtet und ausgewertet. Gleiches gilt für das von der damaligen Schulleiterin, Frau Greilich, verfasste Informationspapier zu Feld und dem Umbenennungsprozess, das als Beilage zur Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2016 diente.



Abb. 2: Altes und neues Schullogo

- Im November 2014 wurde die Schulleitung über die zusammengetragenen Erkenntnisse zu Friedrich Feld informiert.
- Im Februar 2015 beschloss die Fachkonferenz Geschichte/Politik und Wirtschaft (26.02.), die Schulleitung darum zu bitten, die entsprechenden Quellen und Belege an den Schulträger weiterzugeben.
- Im März 2015 wurden die Befunde zu Friedrich Feld in einem Informationspapier „Friedrich Feld und der Nationalsozialismus“[9] zusammengefasst.
- Ebenfalls im März 2015 wurden der Gesamtkonferenz (24.03.) der Schule die Ergebnisse zum Schulnamensgeber vorgestellt und es wurde per Konferenzbeschluss eine Arbeitsgruppe gebildet.
- Im Frühjahr 2015 fanden Gespräche zwischen Vertretern der Schule, der Stadt Gießen als zuständigem Schulträger sowie des Schulamtes statt.
- Im Oktober 2015 stellte Herr Dr. Brake, der damalige Stadtarchivar, eine auf Anfrage der Schule entstandene Stellungnahme zur „Umbenennung der Friedrich Feld Schule“[10] zur Verfügung, die unsere kritische Sicht auf Feld bestätigte.
- Im November 2015 (17.11.) beschloss die Gesamtkonferenz neben einer Distanzierung von den nationalsozialistischen Positionen Friedrich Felds auch die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Findung eines neuen Schulnamens.
- Im Dezember 2015 tagte diese Arbeitsgruppe und die Bezeichnung „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten“ wurde vorgeschlagen.

9 Falk, Alexander, Kleimann, Thomas, Friedrich Feld und der Nationalsozialismus, 2015 [online] URL: https://www.wso-giessen.de/wp-content/uploads/2024/10/Falk-A.-Kleimann-T.-2015-Friedrich-Feld-und-der-Nationalsozialismus.pdf.

10 Die Stellungnahme von Herrn Dr. Brake liegt nicht als Publikation vor. Es handelt sich um eine achtseitige Zusammenstellung und Bewertung biographischer Fakten zu Feld sowie von Aussagen aus den Schriften Felds und der Sekundärliteratur. Herr Dr. Brake stimmt hier den Aussagen unseres Positionspapiers „Friedrich Feld und der Nationalsozialismus“ zu und betont explizit die große Übereinstimmung der Haltung Felds mit dem Nationalsozialismus.

– Im Frühjahr 2016 beschlossen die Gesamtkonferenz der Schule (07.03.), die Schülervertretung sowie der Schulelternbeirat, den neuen Namen „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten“ zu führen bzw. diese neue Bezeichnung der Stadtverordnetenversammlung als Beschlussvorlage vorzugeben.
– Im Juli 2016 (14.07.) beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen einstimmig die Umbenennung der Schule in „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten“[11] zum 1. August 2016.

Warum überhaupt „Friedrich-Feld-Schule“?

Es gehört zu den irritierenden historischen Tatsachen der Stadtgeschichte, dass die Problematik der Namensänderung eine Erblast ausgerechnet der 1960er Jahre war – einer Zeit also, die mit einer Forcierung der kritischen Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus verbunden ist. Bis in das Jahr 1967 trug die Schule nämlich die unverfängliche Bezeichnung „Handelslehranstalt und Wirtschaftsoberschule“. Erst ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (24.11.1967) auf Antrag der Gesamtkonferenz der Schule (08.06.1967)[12] änderte den Schulnamen zum 1. Februar 1968 in „Friedrich-Feld-Schule“. In dem der Versammlung beigelegten Protokoll[13] wird als Begründung zum einen auf die damalige Umstrukturierung der hessischen Schulformen verwiesen, die die Bezeichnung „Wirtschaftsoberschule“ obsolet machte[14]. Zum anderen wird als Argument für den neuen Namen „Friedrich Feld“ dessen Rolle als Gründer und erster Schulleiter (1923–1926) der im Jahr 1922 als „Kaufmännische Fortbildungsschule“ neu geschaffenen Gießener Bildungsinstitution mit eigenen spezifischen Schulzweigen hervorgehoben.[15] Daneben wird Felds überregionale Bedeutung in Form seiner akademischen Karriere in Berlin betont, wo er sich im Jahr 1930 mit einer Schrift zur „Berufsschul- und Wirtschaftspädagogik“ an der Handelshochschule habilitierte und dort dann im Anschluss zunächst als außerordentlicher sowie ab 1939 als ordentlicher Professor für Handelsschulpä-

11 Die exakte neue Schulbezeichnung lautet: „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten (WSO) – Berufliche Schule der Universitätsstadt Gießen“. Vgl. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juli 2016. [online] URL: https://parlamentsinfo.giessen.de/si0050.php?smcred=20&__ksinr=3544

12 Das Protokoll zur damaligen Gesamtkonferenz der Schule (8. Juni 1967) enthüllt den interessanten Umstand, dass damals drei Namensvorschläge zur Abstimmung vorlagen. Neben „Friedrich Feld“ waren das „Eduard Spranger“ und „Friedrich List“. Allerdings stimmte die klare Mehrheit der 32 stimmberechtigten Lehrkräfte für den Namen „Friedrich Feld“.

13 Der damalige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfolgte mit einer Gegenstimme. Vgl. den Protokollauszug der Stadtverordnetenversammlung vom 24.11.1967. [online] URL: https://www.wso-giessen.de/wp-content/uploads/2024/10/Protokollauszug-der-Stadtverordnetenversammlung-vom-24.11.1967.pdf

14 Die beiden zuvor unter dem Begriff „Wirtschaftsoberschule“ gefassten Schulformen wurden nun sprachlich separiert: „Wirtschaftsgymnasium“ und „Kaufmännische Berufsfachschule“.

15 Vor allem Felds Gründung der Höheren Handelsschule als neuer Schulform der kaufmännischen Berufsbildung wird in diesem Zusammenhang oft betont. Diese Schulform wurde in Hessen allerdings zum Ende des Schuljahres 2020/2021 abgeschafft.

dagogik am „Wirtschaftspädagogischen Seminar“ wirkte. Hinweise auf die nationalsozialistische Vergangenheit Felds finden sich im damaligen Protokoll jedoch keine.



Abb. 3: Porträtbild von Friedrich Feld

Gleiches gilt für den Festvortrag anlässlich der feierlichen Verleihung des Namens „Friedrich-Feld-Schule“ im Rahmender Gesamtkonferenz der Schule am 3. Mai 1968, bei der auch der damalige Bürgermeister Gießens, Herr Kötter, anwesend war. Zwar wird dort neben den bereits erwähnten Verdiensten auch Felds Rolle als einer der Begründer der „Wirtschaftspädagogik“[16] als akademischer Disziplin unterstrichen, vom nationalsozialistischen Charakter seines Theoriebeitrags ist aber keine Rede. Aus dem Vortrag selbst sowie weiteren Indizien lassen sich jedoch begründet Vermutungen über den für die damalige Umbenennung der Einrichtung in „Friedrich-Feld-Schule“ tonangebenden schulischen Akteur ableiten.[17]

Der andere Friedrich Feld

Wohlwollend interpretiert, fehlten den damaligen Entscheidungsträgern die nötigen Informationen, um die ganze Personalie Feld angemessen einzuschätzen. So hatte man Friedrich Felds Lebensgeschichte gewissermaßen halbiert, hatte sich zwar seiner Verdienste vergewissert, die Schattenseite der Biographie aber im Dunkeln belas-

16 Bank, Volker, Lehmann, Annekathrin, Theodor Franke. Sächsischer Pionier wirtschaftspädagogischen Denkens in Deutschland, in: Seifried, J. u. a. (Hrsg.), Jahrbuch der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung, Opladen 2014, S. 21–38.

17 Es dürfte sich hierbei um Dr. Ernst Römer (1901–1995) handeln, den langjährigen stellvertretenden Schulleiter der Gießener Bildungseinrichtung, der diese Funktion von 1937 bis 1939 und wieder ab 1954 innehatte und nach dem plötzlichen Tod des ersten Nachkriegsschulleiters Hans Stein (Schulleiter von 1950–1965) die Schule sogar für 14 Monate kommissarisch leitete. Erstaunlich ist nämlich, dass Römer es gewesen ist, der den bereits erwähnten Festvortrag hielt, obgleich er bereits 1966 pensioniert worden war, und nicht der noch recht junge und erst neu im Amt befindliche Schulleiter Herr Surkau, der dieses Amt von 1966 bis 1987 bekleidete. Vermutlich hat Ernst Römer Friedrich Feld sogar persönlich gekannt, da er von 1926 bis 1928 in Frankfurt am Main Wirtschaftspädagogik studierte – in einer Zeitspanne also, in der Friedrich Feld als Lehrbeauftragter, zunächst ab 1924 nebenamtlich, dann ab 1926 hauptamtlich, für die Ausbildung von Handels- und Gewerbelehrern an der Frankfurter Universität arbeitete. Erwähnt sei zuletzt, dass sich Ernst Römer nach Kriegsende bis August 1947 aufgrund einer Entnazifizierungsmaßnahme nicht im Schuldienst befand.

sen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 zeichnet sich Felds Lebenslauf nämlich nicht nur durch ein Andienen an die neuen Machthaber aus, wie es damals typisch gewesen sein mag, sondern ist durch den Versuch gekennzeichnet, eine Führungsrolle im Führerstaat im Bereich der Berufserziehungstheorie einzunehmen. Feld trat im Jahr 1933 der SA und dem Nationalsozialistischen Lehrerbund bei, war im selben Jahr Mitunterzeichner des „Bekenntnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat" (01.11.1933), ab 1935 war er Mitglied im NS-Dozentenbund und (wegen des von der NS-Spitze 1933 verhängten Beitrittsstopps erst) ab 1937 Mitglied der NSDAP. Feld starb im Jahr 1945 (03.02.1945) bei einem Bombenangriff auf Berlin.[18] Ob und inwieweit ihn die offizielle Entnazifizierung nach dem Krieg betroffen hätte, lässt sich schwer einschätzen. Akademische Pädagogen mit ähnlichen Biographien konnten ihre universitären Karrieren nach Kriegsende jedoch erstaunlich problemlos in der Bundesrepublik fortsetzen.[19]

Felds wissenschaftliche Publikationen ab 1933 sind durch und durch dem neuen Zeitgeist verpflichtet. Sie enthalten in Form von Rassenideologie, Antisemitismus, Führerkult, Demokratiehass und völkischem Voluntarismus all jene ideologischen Zutaten, die in der Gewalt- und Kriegspraxis der deutschen Faschisten mit beispiellosen Untaten verbunden waren. Im Unterschied zu anderen Vertretern der Berufs- und Wirtschaftspädagogik[20] jener Zeit ist Feld sogar bereit, der *„Erziehung zur nationalsozialistischen Betriebspersönlichkeit"*[21] eine höhere Priorität bei der Berufserziehung einzuräumen als der eigentlichen Fachausbildung. Gerade diese theoretische Innovation Felds, d.h. der Vorrang der nationalsozialistischen Charakterbildung vor der kaufmännischen Facherziehung im Rahmen einer übergreifenden Berufserziehungstheorie, spricht gegen eine Qualifikation Felds als bloßem „Mitläufer", sondern kennzeichnet ihn klar als ideologischen Aktivisten des NS-Regimes. Diese Sichtweise wird durch die berufs- und wirtschaftspädagogische Fachliteratur bestätigt.[22] In akademischen Fachkreisen gilt Feld als *„lupenreiner Nazi"*[23].

---

18 Diese biographischen Angaben sind dem Standardwerk von Jürgen Zabeck entnommen. Vgl. Zabeck, J., Geschichte der Berufserziehung und ihrer Theorie, Paderborn 2009, S. 630 f.

19 Vgl. Bank, Volker, In der Frühgeschichte der Berufs- und Wirtschaftspädagogik: ein zu braunes Feld?, in: Büchter, K. u. a. (Hrsg.), 50 Jahre Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE). Kontinuität, Wandel, Perspektiven, Opladen u. a. 2024, S. 240.

20 So heißt es bei W. Löbner, dem damaligen Lehrstuhlinhaber an der Leipziger Handelsschule, im Kontrast zur Position Felds: *„Der Hauptinhalt der Wirtschaftserziehung an Wirtschaftsschulen ist die {…} verlangte Sach- bzw. Fachkunde"* (in: Feld, Friedrich (Hrsg.), Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft. Einführende Übersicht über die Wirtschaftspädagogischen Hauptprobleme in Theorie und Praxis, Stuttgart u.a. 1939, S. 169).

21 Ebd., S. 37.

22 Vergleiche Wolsing, Theo, Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich, Kastellaun 1977, insbes. 562; vgl. Zabeck, Jürgen, Geschichte der Berufserziehung und ihrer Theorie, Paderborn 2009, insbesondere S. 640.

23 Bank, Volker, Lehmann, Annekathrin, Theodor Franke. Sächsischer Pionier wirtschaftspädagogischen Denkens in Deutschland, in: Seifried, J. u. a. (Hrsg.), Jahrbuch der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung, Opladen 2014, S. 35.

Zurück zur Diskussion um den Namen „Friedrich Feld“

Wem Felds faschistisches Theoriegebäude als Argument für eine Umbenennung der Schule noch immer nicht genügte, dem konnte ein Blick auf das Profil der Schülerschaft der „Friedrich-Feld-Schule“ einen geradezu absurden Kontrast zur NS-Ideologie Felds aufzeigen. So besuchten und besuchen sehr viele Schülerinnen und Schüler mit Migrations- oder Fluchtgeschichte unsere Schule – Menschen also, die Feld aus rassenbiologischen Gründen abgelehnt oder für minderwertig erklärt hätte. Gegen eine Umbenennung unserer Schule wurden vor allem auch pragmatische Gründe ins Feld geführt. So wurde der große Verwaltungsaufwand einer Umbenennung betont, ebenso der drohende Verlust eines regional bekannten schulischen Markenzeichens „Friedrich Feld“, der mit einer Entwertung alter Abschlüsse oder zukünftig sinkenden Neubewerberzahlen verbunden sein könnte. Solche pragmatischen Erwägungen verlieren jedoch an Kraft, wenn man bedenkt, dass Schulumbenennungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in den Nachwendejahren keine Seltenheit waren und sich meist problemlos vollzogen, und dass es weitaus entscheidendere Faktoren für den Erfolg einer Schule und die Entwicklung der Schülerzahlen gibt als deren Namen. Zudem hatten die kritischen Presseberichte längst dafür gesorgt, dass das Markenzeichen „Friedrich Feld“ im Begriff war, ein Makelzeichen zu werden.

Symbolische Entnazifizierung und die Zeit bis heute

Betrachtet man den Prozess der Umbenennung der „Friedrich-Feld-Schule“ von einem übergeordneten Blickwinkel, so kann man darin einen (verspäteten) Beitrag zur symbolischen Entnazifizierung sehen. Diese besteht in der bewussten Ablehnung und Ablegung von Namen und Begriffen aus der NS-Zeit. Das ist besser als nichts, wenn auch sehr wenig im Vergleich zu einer wirklichen Entnazifizierung, wie es sie aber in der Bundesrepublik ebenfalls primär symbolisch, d.h. im repräsentativen Ausnahmefall, gegeben hat, wohingegen die personellen und materiellen Kontinuitäten zwischen NS- und Nachkriegszeit in vielen gesellschaftlichen Bereichen eindeutig überwogen.[24]

Eine derartige Form der symbolischen Kritik muss zudem aufpassen, nicht in moralische Selbstgerechtigkeit zu verfallen. Natürlich lädt wohl jeder Mensch im Laufe seines Lebens mehr oder weniger Schuld auf sich: Historische Persönlichkeiten von Rang und Geltung, denen ja häufig die Namen unserer Schulen entlehnt sind, leider oft mehr als weniger.[25] Dennoch war die Umbenennung der Schule der richti-

24 Frei, Norbert (Hrsg.), Hitlers Eliten nach 1945, München 2003.

25 Hier wird der Standpunkt vertreten, dass die heute stark angewachsenen Empfindsamkeiten der kritischen Öffentlichkeit in Hinblick auf Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus oder Sexismus zu historischen Fehleinschätzungen und Fehlverurteilungen führen können. Sicherlich erscheinen Aspekte der Theorien von Martin Luther, Immanuel Kant, Johann Gottfried Herder oder Max Weber aus heutiger Sicht kritikwürdig. Es wäre jedoch ein Zeichen überbordender Selbstgerechtigkeit, daraus eine Fundamentalkritik des Gesamtwerks abzuleiten oder gar die Forderung nach Umbenennung der nach diesen Persönlichkeiten benannten Schulen. Für ein gerechtes historisches Urteil sind der geschichtliche



Abb. 4: Die Lehrkräfte Sabine Schneider (Koordinatorin des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" an der WSO), Abderrahim En Nosse sowie der Holocaustüberlebende und Autor Ivar Buterfas-Frankenthal und seine Frau Dagmar Buterfas-Frankenthal (von links) vor unserem Schulgebäude im Anschluss an ein Zeitzeugengespräch mit verschiedenen Klassen unserer Schule am 29. Oktober 2024 im Gießener Rathaus

ge Schritt, denn den dunkel-braunen Schatten der faschistischen Vergangenheit, wie er aus den Erkenntnissen zu Friedrich Feld erwuchs, wäre unsere Bildungsinstitution sonst nie wieder losgeworden.

Insofern erscheint es heute als ein kluger Zug, dass unsere Schule nicht erneut nach einer Person benannt wurde, sondern sich die Bezeichnung „Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten" gegeben hat, die sich auf einen bekannten Verkehrsknotenpunkt der Stadt Gießen bezieht. Für die Mehrheit unserer Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler ist der „neue" Name inzwischen eine neue Normalität geworden. Wenn, dann sind es ältere Lehrkräfte im und außer Dienst sowie Absolventen und Absolventinnen der alten „Friedrich-Feld-Schule", die sich ab und an in Nostalgie üben und sporadisch Trauerarbeit am abgelegten Namen leisten. Für die jüngeren Lehrkräfte sowie die heutigen Schülerinnen und Schüler ist die Umbenennung der Schule aber im Grunde nicht mehr präsent, also kein Thema mehr. Ein im Rahmen der 100-Jahr-Feier unserer Schule im Jahr 2022 gehaltener Fachvortrag kann zudem

Kontext von Äußerungen zu beachten, die Gesamtleistung der betreffenden Persönlichkeit ist einzubeziehen und einzuschätzen ist auch, ob und welche (Gewalt-)Praktiken mit einer bestimmten Theorie in Verbindung stehen.

als intellektueller Schlussstrich unter den Kasus „Friedrich Feld“ betrachtet werden.[26] Darüber hinaus ist unsere Schule seit diesem Jubiläumsjahr als erste Gießener Schule Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und führt in diesem Zusammenhang regelmäßig Veranstaltungen und Projekte gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit durch, die ja zu den Elementen jeder rechtsextremen Ideologie zählen.

Unsere Schule trug nicht einmal 50 Jahre lang die Bezeichnung „Friedrich Feld“, also weniger als die Hälfte der Zeit ihres Bestehens. Diese Zeit ist nun endgültig vorbei, doch das Schulleben geht natürlich weiter. Und ohne Frage gibt es viele wichtigere Angelegenheiten für eine Schule als die bloße Auswechslung eines Namens. „Namen“, so weiß es ja der Volksmund, sind nur „Schall und Rauch“. Das bedeutet, dass die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit Vorrang an unserer Schule hat, sie aber, so die hier vertretene Hoffnung, stets jenem Geist verpflichtet sein sollte, der in der Ablegung des nationalsozialistisch belasteten Namens zum Tragen kommt: Der Einsatz gegen Faschismus und Krieg, für ein würdevolles Zusammenleben der Menschen.

26 Vergleiche die schriftliche Version des Vortrages: Vgl. Bank, Volker, In der Frühgeschichte der Berufs- und Wirtschaftspädagogik: ein zu braunes Feld?, in: Büchter, K. u. a. (Hrsg.), 50 Jahre Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE). Kontinuität, Wandel, Perspektiven, Opladen u. a. 2024, S. 240.

Quellen/Literatur

Bank, Volker, Lehmann, Annekathrin, Theodor Franke. Sächsischer Pionier wirtschaftspädagogischen Denkens in Deutschland, in: Seifried, J. u. a. (Hrsg.), Jahrbuch der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung, Opladen 2014, S. 21–38.

Bank, Volker, In der Frühgeschichte der Berufs- und Wirtschaftspädagogik: ein zu braunes Feld?, in: Büchter, K. u. a. (Hrsg.): 50 Jahre Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE). Kontinuität, Wandel, Perspektiven, Opladen u. a. 2024, S. 229–250.

Falk, Alexander, Kleimann, Thomas, Friedrich Feld und der Nationalsozialismus, 2015, [online] URL: https://www.wso-giessen.de/wp-content/uploads/2024/10/Falk-A.-Kleimann-T.-2015-Friedrich-Feld-und-der-Nationalsozialismus.pdf

Feld, Friedrich, Berufserziehung, Arbeit und Wissen Bd. 1, hrsg. v. P. Wels, München, Berlin 1938.

Feld, Friedrich (Hrsg.), Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft. Einführende Übersicht über die wirtschaftspädagogischen Hauptprobleme in Theorie und Praxis, Stuttgart, Berlin 1939.

Feld, Friedrich, Wirtschaftspädagogik, Studienführer, Gruppe II, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Bd. 14, hrsg. v. F. Kubach, Heidelberg 1944.

Frei, Norbert (Hrsg.), Hitlers Eliten nach 1945, München 2003.

Gießener Allgemeine vom 17. November 2015.

Gießener Anzeiger vom 25. Juli 2015.

Hessisches Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2017 („§ 142: Schulbezeichnung und Schulnamen"). [online] URL: https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-SchulGHE2017pP142

Protokollauszug der Stadtverordnetenversammlung vom 24.11.1967. [online] URL:

https://www.wso-giessen.de/wp-content/uploads/2024/10/Protokollauszug-der-Stadtverordnetenversammlung-vom-24.11.1967.pdf

Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juli 2016. [online] URL: https://parlamentsinfo.giessen.de/si0050.php?smcred=20&__ksinr=3544

Wikipedia-Eintrag zu „Friedrich Feld (Wirtschaftspädagoge)" [online] URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Feld_(Wirtschaftsp%C3%A4dagoge)

Wolsing, Theo, Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich, Kastellaun 1977.

Zabeck, Jürgen, Geschichte der Berufserziehung und ihrer Theorie, Paderborn 2009.

Über den Autor

Thomas Kleimann, geboren im Jahr 1975 in Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, studierte an der TU Chemnitz für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und erlangte das 1. Staatsexamen für die Fächer Wirtschaftspädagogik und Ethik. Daneben erwarb er den Abschluss „Diplom-Berufspädagoge". Im Anschluss arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Philosophie und Wissenschaftstheorie der TU Chemnitz. Er promovierte im Jahr 2009 im Fachbereich Philosophie an der TU Chemnitz mit einer Arbeit zur Geschichtsphilosophie, legte im Jahr darauf sein 2. Staatsexamen in Thüringen ab und ist seit dem Jahr 2010 als Lehrer in Gießen tätig. Er lebt mit seiner Familie in Marburg.

In der Frühgeschichte der Berufs- und Wirtschaftspädagogik: ein zu braunes Feld?[1]

Volker Bank[2]

Dieser Beitrag hat zwei miteinander mittelbar verbundene Anlässe: Der offensichtliche liegt im Rückblick auf unsere Disziplin zum fünfzigjährigen Jubiläum, der ursprüngliche im hundertjährigen Bestehen der heutigen Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten in Gießen im Jahre 2022. Sie hatte mehrere Jahrzehnte lang den Namen ihres ersten Schulleiters nach Öffentlichem Recht, Friedrich Feld, getragen. Zumindest einige Zeit schmückte man sich gern mit seinen Federn, war Feld doch der erste Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspädagogik und gilt nach wie vor als Mitbegründer der Disziplin. Bis dann doch auffiel: Er war zum Schluss Nationalsozialist durch und durch. Das erzwang im Kollegium eine nähere Auseinandersetzung, die wegen der Bedeutung Felds für die gesamte Berufs- und Wirtschaftspädagogik auch hier nicht ignoriert werden kann.

1. Vorbemerkungen

So sehr das Jubiläum jener Schule zur Freude gereichte, bereitete der Blick in den Rückspiegel gleichermaßen Unbehagen. Jubiläen sind schließlich immer ein Anlass zum Bilanzieren. Damit gilt es aber auch zu tun, was Rolf Seubert schon 1990 eingefordert hat: die Geschichte der Berufserziehung in der Zeit des Nationalsozialismus nicht mehr zu verstecken, sondern auch diesen Teil der Berufsbildungs- und Disziplingeschichte historiographisch aufzuarbeiten (vgl. auch denselben 1991, S. 105 f. sowie die wichtige Kritik am verdrängten Forschungsdesiderat von Kipp 1988/1995, S. 403). Später präzisierte Seubert seine Kritik:

---

1 [Anm. d. Hrsg. Büchter, Karin, et al.:] Der Autor spielt offensichtlich schon in der Überschrift auf die doppelte Bedeutung des Eigennamens des Berliner Wirtschaftspädagogen und Fontanes „Effi Briest" an, in dem der alte Briest sich immer wieder mit dem „weite[n] Feld" des moralisch Richtigen überfordert sieht.

2 [Anm. d. MOHG-Redaktion:] Der Oberhess. Geschichtsverein Gießen dankt dem Budrich-Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung dieses Beitrages, der open access steht: Bank, V. (2024). In der Frühgeschichte der Berufs- und Wirtschaftspädagogik: ein zu braunes Feld? In K. Büchter, V. Herkner, K. Kögler, H.-H. Kremer, & U. Weyland (Eds.), 50 Jahre Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE): Kontinuität, Wandel und Perspektiven (1st ed., pp. 229–250). Verlag Barbara Budrich. https://doi.org/10.2307/jj.19850087.14 – Der Beitrag fußt auf einem Festvortrag des Verfassers in Gießen in der ehemaligen Friedrich-Feld-Schule, s. dazu Bericht „Gastvortrag zum 100jährigen Jubiläum" im Juni 2022, Gießener Allgemeine Zeitung v. 13.6.2022, S. 17. Für Publikationszwecke hat ihn der Verfasser stark erweitert und überarbeitet.

> „Warum sich aber auch die Berufspädagogik gegenüber dem Forschungsfeld Nationalsozialismus zurückhält, ist auf den ersten Blick nicht verständlich. Hier mü[ss]te ein geradezu natürliches Interesse an dieser Periode bestehen, hat doch seinerzeit die Berufserziehung wohl die ‚dynamischste' und nachhaltigste Entwicklung in ihrer Geschichte genommen, wurden Aufgabenstellungen erkannt und Institutionen geschaffen, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Um es überspitzt zu formulieren: Im Nationalsozialismus erhielt das duale System der Berufserziehung seine Ausprägung und erfuhr zugleich eine bildungspolitische Aufwertung und gesellschaftliche Anerkennung, wie sie vorher nicht zu erlangen waren." (1991, S. 105)

Die hundertjährige Rückschau auf eine Schule kann und darf das keinesfalls aussparen, doch selbst ein Rückblick auf fünfzig Jahre wissenschaftlichen Zusammenwirkens kann sich einer Auseinandersetzung mit jener dunklen Zeit verweigern, die zum Zeitpunkt der Gründung zweifellos nachgewirkt hat. Zugleich ist der Rahmen eines Festschriftbeitrags für Seuberts Forderung sicher zu eng gesteckt, das vielschichtige Thema kann allenfalls angerissen werden. Aber einzelne Aspekte sind aufzugreifen: Dafür wird dieser Beitrag zunächst vorrangig auf das Wirken von Friedrich Feld Bezug nehmen. Den ersten Aspekt auf diese Person zu richten, führt zur Frage, ob nicht eine Alternative für seine „Ahnherrschaft" zu finden wäre. Zugleich wird damit ein Stück weit die von Seubert inkriminierten Defizite in der „Reflexion auf die theoriegeschichtlichen Grundlagen der eigenen Disziplin" aufgegriffen (ebd., S. 106). Ein, zwei Teilchen im Mosaik der disziplinären Selbstvergewisserung könnten so zu finden sein. Die Tatsache, dass man jedoch kaum einen prominenten Berufs- und Wirtschaftspädagogen findet, der unbelastet durch die Zeit des Nationalsozialismus gegangen ist, legt die Frage nach den Gründen dafür nahe – auch, wenn eine Beantwortung hier nur hypothetisch erfolgen kann und mutmaßlich auch nie wird abschließend erfolgen können.

2. Friedrich Feld, der erste Vordenker der Wirtschaftspädagogik im Amt

Seit 1968 und noch bis 2016 hieß die Gießener Berufliche Schule „Friedrich-Feld-Schule". Sie war ursprünglich in Trägerschaft des *Gießener Kaufmännischen Vereins* begründet worden.[3] Diplomhandelslehrer Feld wurde 1923 der erste Schulleiter nach der Übernahme der Trägerschaft durch die Öffentliche Hand (1922). Er war kein Schulleiter, der nur verwaltet hätte. Er hat die Schule in ihren ersten Jahren nach Übernahme von der privaten Vorgängereinrichtung mitgeprägt und ihre Entwicklung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vorangetrieben. Er war jemand, dessen Expertise zunächst in Frankfurt a. M. als Dozent, dann später in Berlin an

3 Der Gießener Kaufmännische Verein von 1868 war ein Zusammenschluss von Angehörigen des Kaufmannsstandes und hauptsächlich in der kaufmännischen Erwachsenenbildung tätig; vgl. o. V. [MWS] o. J. [2020].

der jeweiligen Universität gefragt war. So wurde er der erste Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspädagogik (vgl. Lipsmeier 2019a, S. 138). Die lebhaften Diskussionen im Zuge der Umbenennung seiner ehemaligen Schule zeigen jedoch, auf welch weites Feld man sich mit historischen Zuschreibungen hier begibt (vgl. z. B. Gießener Allgemeine v. 7. Nov. 2015). Die Berliner Jahre Friedrich Felds waren für die Theoriebildung in der jungen Disziplin bedeutsam. Seinerzeit institutionell noch eher auf die Wirtschaftspädagogik eingegrenzt, wurde sie von Feld durchaus als Einheit von Handels- und Berufsschulpädagogik konzipiert. So spricht er 1928 auch erstmals von „Berufs- und Wirtschaftspädagogik" (vgl. Zabeck 2013, S. 640, passim). Dass hier niemand gewirkt hat, der einer schlichten Indoktrination zum Kapitalismus das Wort reden würde, findet sich zum Beispiel in folgender Anmerkung Felds:

> „Der Rationalismus verabsolutiert ein an sich vernünftiges Prinzip des Wirtschaftens und wird begünstigt durch den entseelenden Proze[ss] der Mechanisierung."
> (Feld 1944, S. 13 f.)

Das ist etwas knapp, wendet sich jedoch offensichtlich kritisch gegen die damals aufkommende Form der „wissenschaftlichen" Betriebsführung nach Henri Fayol oder die „noch rationalistischere" Produktion, deren theoretische Grundlagen Frederic W. Taylor formuliert hatte (Fayol 1916, Taylor 1911).[4] Durch die auf die Spitze getriebene Arbeitszerlegung kommt es in der Diktion von Marx zu einer Entfremdung von der Arbeit (Marx 1844, S. 514), der auch der letzte Geist ausgetrieben ist. Tatsächlich hat zwischenzeitlich die Humanrelations-Bewegung (vgl. im Überblick Sonntag et al. 2012) wesentlich dazu beigetragen, die übertriebene „Rationalisierung" wieder auf ein „vernünftiges Prinzip des Wirtschaftens" zurückzuführen. So würde man *diese* Aussage Felds wohl auch heute unterschreiben können – kennte man nicht ihren Urheber und seine Gesinnung.

Friedrich Feld, 1887 geboren, wurde 1923 in Gießen Schulleiter, also bereits im recht jungen Alter von 36 Jahren. Das könnte als Ausweis seiner außergewöhnlichen Tüchtigkeit gelesen werden oder einfach auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass nach dem verlorenen Weltkrieg wie schon vorher nach dem verlore-

4 Es scheint nötig, den hier zugrunde gelegten Begriff des Rationalismus noch einmal klarzulegen: Lateinisch ratio bedeutet bekanntlich „Vernunft", und Felds eben zitiertes Diktum läse sich übersetzt als „[d]ie Vernünftigkeit verabsolutiert ein an sich vernünftiges Prinzip des Wirtschaftens". Will man es nicht als lateinisch kaschierte Tautologie lesen, dann entdeckt sich in Felds Ausspruch ein bis heute verbreiteter Begriff des „Rationalisierens" im Sinne einer Effizienzsteigerung, die kaum einmal durch stückspezifische Ertragssteigerung erreicht wird; eher noch wählt man Kostensenkungen, die nicht vor Ausbeutung von Arbeitskraft (also Arbeitsverdichtung) und Umwelt, vor Qualitätseinbußen oder sonst Derartigem zurückschrecken. Nicht zwingend, aber allzu oft verfehlt sie die ökonomische Vernunft, die die Besserstellung des Menschen im Blick hat. So bleibt das „Rationalisieren" zumeist gerade nicht „vernünftig", sondern ökonomistisch.

nen Krieg Preußens gegen Napoleon umfassendere Reformen möglich wurden und sich den Überlebenden neue Karrierewege öffneten.

Diese Offenheit zeigte sich in der Reichschulkonferenz 1920, während derer man eine lange Liste von Erziehungsfragen neu formuliert und ältere mutig angepackt und neu ausgestaltet hat. Interessanterweise wurden nicht nur organisatorische, sondern auch unmittelbar didaktische Fragen diskutiert: etwa, wie viel „Führen" und wie viel „Wachsenlassen" in der modernen Schule nötig oder möglich sei.[5] Doch in der Hauptsache betrafen die Beschlüsse die Ausbildung zum Volksschullehrer, die organisatorische und die makrodidaktische Gliederung des Schulwesens. Nicht zuletzt betrafen sie die Aufwertung und Neuausrichtung des beruflichen Schulwesens.

Von besonderer Bedeutung aus dem hier verfolgten Interesse ist nämlich die Tatsache, dass *grosso modo* bei dieser Konferenz die Weichen für eine Regulierung der beruflichen Erziehung gestellt wurden. Zwar kam man nicht so weit, ein Berufsbildungsgesetz zu formulieren (das musste mangels hinlänglichen Konsenses aufgeschoben werden). Aber die Fortbildungs- und Sonntagsschulen, deren Regelungen zur Schulpflicht z. B. in Preußen tatsächlich kommunalrechtlichen Regelungen überlassen waren, wurden zu Berufsschulen mitsamt einer Berufsschulpflicht befördert. In welchem Ausmaß die erarbeiteten Vereinbarungen ungewöhnlich, besonders und neuartig waren, erkennt man schon daran, dass es noch geschlagene 49 Jahre einschließlich eines weiteren verlorenen Kriegs bedurft hat, um auf nationaler Ebene mit einem Berufsbildungsgesetz zu einer ebenso klaren Regulation des Lernortes Betrieb zu gelangen.

In diesem gesellschaftlichen Setting begann Friedrich Feld seinen beruflichen Aufstieg. Als Handelslehrer, als Schulleiter, als nebenamtlicher Dozent an der Frankfurter Universität und als Habilitand und außerordentlicher Professor an der Berliner Universität. Und dann wurde er auch noch der erste „richtige" (ordentliche) Professor in seinem Gebiet, der Wirtschaftspädagogik, allenfalls neben Karl von der Aa und später Walther Löbner in Leipzig (vgl. Zabeck 2013, S. 659 f.). Felds Ernennung erfolgt im Jahre 1939. Da weiß man schon alles: Er *kann* niemand gewesen sein, der den neuen Machthabern in irgendeiner Form kritisch begegnet wäre, und sei es nur mit innerer Emigration wie manch anderer. Er *muss* jemand gewesen sein, der mit ihnen sympathisierte, denn in einem so neuartigen fachlichen Zusammenhang konnte niemand seine „wissenschaftsadelige" Provenienz geltend machen und trotz eines offenen Dissenses eine Berufung erhalten. Und so ist es schlüssig, dass sein Name auch unter einer Solidaritätsadresse an Adolf Hitler zu finden ist, die Feld mit unterzeichnet hat (o. V. [Aufruf] o. J. [1933]) – überraschend wäre es eher gewesen, seinen Namen dort *nicht* zu finden. Selbstredend taten Millionen andere dasselbe, ganz ohne professorale Ernennungsurkunde. Was

5 Diese von Vertretern beider Seiten mit Verve geführte Diskussion hat Theodor Litt, mutmaßlich neben Eduard Spranger die größte Kapazität jener Zeit, in einem auch heute zuhöchst relevanten Büchlein dialektisch durchkonjugiert (Litt 1927). Nur die Diktion will uns heute vielleicht etwas fremd erscheinen.

jedoch gegenüber dem Verhalten der „Masse“ stört, ist, dass *Professoren* sich nicht den Appellen an die niederen Instinkte entzogen, sondern ihr Bekennen (von lat. *professio*) an der neuen Politik ausrichteten.

Während Lipsmeier für die Darstellung Felds im „Biographischen Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik“ auch durchaus einzelne politisch neutrale Texte aus seiner Feder gefunden hat (Lipsmeier 2019a, S. 139), finden sich reichlich Belege für seine Anhängerschaft zur Führerideologie (vgl. z. B. Feld 1938, S. 20; 1939, S. 4 f.), für nationalsozialistische und völkische Bildungsideale (z. B. Feld 1936, S. 17, S. 22; 1939, S. 34, S. 37); auch rassenideologische, expansionistische und antisemitische Äußerungen finden sich (z. B. Feld 1936, S. 10, S. 16; 1939, S. 187; 1944, S. 14, S. 37). Besonders radikal scheint sich Feld in der Heidelberger Schrift von 1944 zu positionieren, aus der zwei der markanteren Stellen hier auch wörtlich wiedergegeben seien:

> „Der Grad der wirtschaftspädagogischen Wirksamkeit hängt von der weltanschaulich bedingten Wirtschaftsauffassung einer Zeit ab. Deshalb sind in der heutigen völkischen Arbeitswirtschaft viel günstigere Voraussetzungen dafür gegeben als in der vergangenen liberalistischen Geldwirtschaft. Die liberalistische Geisteshaltung vermittelte zugleich wesentliche Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschaft, als da sind Individualismus, Rationalismus, Imperialismus und Anonymität. Der ungezügelte Egoismus mit seinem rücksichtslosen Erfolgsstreben erschwert eine berufs- und gemeinschaftssittliche Ausrichtung der Erziehung, ja macht sie meist ganz unmöglich.“ Und weiter: „Die weltkapitalistische Orientierung mit ihrer Fiktion einer Wirtschaftsallheit zerstört Volksbindungen und lebensgesetzliche Grundwerte. Eine rücksichtslose Konkurrenz aller gegen alle mit ihren jüdisch-kapitalistischen Auswüchsen ist der Feind nationaler Erziehungsabsichten. Die Anonymität des wirtschaftlichen Gebarens flieht vor persönlicher Verantwortung und verschleiert unter heuchlerischer Maske seine Profitgier und alle Unwerte der beruflichen Haltung.“ (Feld 1944, S. 13 f.)

Vielleicht dachte Feld in seiner Gießener Zeit noch „nur“ deutschnational, wie eine weitgehende Mehrheit seiner Weimarer Zeitgenossen es taten und mutmaßlich für „normal“ hielten. Jürgen Zabeck verortet seine öffentlichen Äußerungen zu jener Zeit als „politisch indifferent“ (Zabeck 2013, S. 635). Die Aussagen der Zitate später jedoch ergingen nicht unter Zwang oder Notwendigkeit (vgl. ebd.), sie waren keine Lapsus. Theo Wolsing arbeitet heraus, dass Feld seine ursprüngliche Orientierung an der Kulturphilosophie zunehmend zugunsten eines politisch neu umgedeuteten Wirtschaftsbegriffs aufgibt, der sich statt dessen einem „Wertganzen“, bzw. im nationalsozialsozialistischen Duktus: „dem Volk“ unterzuordnen hat (Wolsing 1977, S. 562). Er wird sodann noch deutlicher und urteilt: „Feld konzipierte eine Berufserziehungstheorie, die sich an der ‚Umkehr der Erziehungswerte‘ in ‚Mein Kampf‘ orientierte“ (ebd., S. 566). Zabeck spricht nicht weniger eindringlich von einer „Auslieferung der klassischen deutschen Berufsbildungs-

theorie an die NS-Ideologie durch Friedrich Feld“ (Zabeck 2013, S. 644). Am Ende seines Lebens war Feld ein „lupenreiner Nazi“ (Bank & Lehmann 2014, S. 35; vgl. dazu eine ausführliche Auseinandersetzung insbesondere bei Mayer 1990).

Die Friedrich-Feld-Schule Gießen hat sich von ihrem zwischenzeitlichen Namensgeber distanziert. Vor dem Hintergrund seiner dort erworbenen Meriten wäre das vielleicht nicht zwingend nötig gewesen. Umso gewisser taugt er nicht mit seinen letztlichen Überzeugungen als Referenzpersönlichkeit für die Begründung oder Mitbegründung einer Wissenschaft. Feld wird niemand als akademischen Ahnen haben wollen, noch weniger, als seine frühere Schule ihn weiterhin als Namenspatron hätte haben wollen.

Die Wirtschaftspädagogen, spätestens erkennbar seit Gründung der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der DGfE disziplinär vereinigt mit den Berufspädagogen, hätten allen Anlass, sich jemand anderen als wissenschaftlichen Ahnvater herauszusuchen. Lipsmeier verweist (2021) auf die wichtigen Beiträge von Franz Schürholz (1894–1987), vor allem in seiner Rolle als Leiter der Zeitschrift „Technische Erziehung“, die von 1926 an erschien und als Organ des „Arbeitsausschusses für Berufsausbildung“ (A. f. B.) angelegt war. Dieser von ihm ebenfalls geleitete Ausschuss ging auf eine Initiative von Industrieverbänden zurück, welcher sich bald Handwerkerverbände anschlossen. Mit dem von ihm diskutierten Fragen einer Industriepädagogik hat sich Karin Büchter auseinandergesetzt (vgl. Büchter 2010, S. 260 ff., bes. S. 262 ff.); Sandra Bohlinger erwähnt, dass Walther Löbner seine Habilitationsschrift u. a. auf den Ideen von Schürholz mit abgestützt hat (Bohlinger 2019, S. 333). Die als relevant rezipierten einschlägigen Beiträge von Schürholz enden jedoch schon mit dem Jahr 1930 (vgl. Lipsmeier 2021, S. 513).

Es gäbe wohl noch jemanden, dem in der Rückschau einen wichtigen Rang als Gründervater (vgl. Lipsmeier 2021, S. 513; 2019a, S. 140, FN 4) zugeschrieben werden könnte – Theodor Franke. Auf seinen Beitrag zur Prägung der Sigle „Wirtschaftspädagogik“ verweist u. a. Zabeck (2013). Von der Sache her hätte Franke sogar die im Vergleich modernere Theorie der Wirtschaftspädagogik im Gepäck gehabt (vgl. Bank & Lehmann 2014, S. 26). Dabei ist bedeutsam, dass er begrifflich berufspädagogische und wirtschaftspädagogische Inhalte als einander zugehörig betrachtet hat (vgl. ebd., S. 35). Aus diesem Grund sei hier seine Rolle näher untersucht und ein advokatorischer Vorstoß unternommen, seinen Beitrag zur Wirtschaftspädagogik statt jene fragwürdigen Schriften Felds an den Anfang der Fachgeschichte zu stellen.

3. Theodor Franke, Erfinder der Wirtschaftspädagogik aus der allgemeinbildenden Schule heraus

Die Historiographie der Berufs- und Wirtschaftspädagogik hat sich eher Württemberg, Baden und Preußen zugewendet, doch ist gerade auch Sachsen ein Land, in dem die Berufserziehung in Deutschland vielfältige Impulse erhalten hat (vgl. Bank et al. 2016). Aus Sicht der Theoriebildung stammen besonders bedeutsame

Impulse von einem gewissen Theodor Hermann Franke (1869–1938) aus Lobsdorf bei Glauchau, einfacher Bürgerschullehrer in Wurzen bei Leipzig. Wohlbekannt sind seine Theorien nicht gerade – vermutlich schon aufgrund seines Status hat man ihm wohl nicht allzu interessiert und allzu geduldig zugehört.

Zudem war es sicher auch strategisch naiv, Ideen zu einer Wirtschaftspädagogik als Unterrichtsprinzip vor der Versammlung des *Vereins für wissenschaftliche Pädagogik* vorzutragen. Dieser war eine Vereinigung, die den Herbartianismus zu pflegen und verbreiten suchte, also eine Strömung in der Pädagogik, die aus dem Geist eines konservativ bis mitunter reaktionär interpretierten Neuhumanismus heraus angelegt war, obzwar dieser selbst ursprünglich auf liberal-reformerischen Ansätzen beruhte. Jener Verein bot mithin nicht die beste aller möglichen Plattformen für die Präsentation radikal innovativer Ideen, die Franke kurz nach der Jahrhundertwende in verschiedenen Anläufen zu nutzen versucht hat (veröffentlicht in Franke 1900a, 1900b; 1902, 1903a, 1903b).

Wäre er Professor oder doch wenigstens Gymnasiallehrer gewesen – man hätte ihn heute für ein Universalgenie gehalten: Franke hat eine gewaltige Bandbreite an Themen zu Papier gebracht und veröffentlicht, sie reicht von Konferenzbeiträgen im Verein für wissenschaftliche Pädagogik bis hin zu Lehrbüchern und Unterrichtsdispositionen, die zuletzt Woll (2003) neu rezipiert hat. Es konnten bislang 50 Aufsätze und 20 Bücher nachgewiesen werden, die inhaltlich vom Religionsunterricht, über Deutsch und Rechtschreibeunterricht, über Staatsbürgerkunde, über Geschichte, über Naturkundedidaktik, über Stellungnahmen zur Schulpolitik bis hin zum Wirtschaftsunterricht reichen (vgl. eine gegenüber Woll 2003 zusätzlich erweiterte Bibliographie in Bank & Nicklas 2020).

Und letztere Konzeptionen hatten es in sich. Sie sehen keine Wirtschaftskunde vor, die nur ein einziges Fach oder eine bestimmte Schulform abgesondert worden wäre. Für ihn soll „Wirtschaft" das Leitmotiv des *gesamten* Schulunterrichts sein. Mit hinlänglicher Sicherheit können wir heute sagen, dass er 1900 zum ersten Mal die Bezeichnung „Wirtschaftspädagogik" in einem Beitrag für die *Sächsische Schulzeitung* nutzt. Dort entwickelt er sein Konzept einer Wirtschaftspädagogik, die nicht nur auf das kaufmännische oder berufliche Lernen begrenzt ist und die einen klaren disziplinären Rahmen haben soll:

> „Die Wirtschaftspädagogik ist das pädagogische Prinzip und System, welches alle die in dem persönlichen und nationalen Wirtschaftsleben beschlossenen Erziehungs- und Bildungsaufgaben im Zusammenhange erforscht und in einen wissenschaftlich gefügten Bau bringt." (Franke 1900a, S. 431)

Nach dieser Definition wird jedweder Unterricht durch seinen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben gestaltet, denn dieses betrifft zwangsläufig jedes Mitglied der Gesellschaft. Menschen müssen sich in ihrer nach Franke bürgerlich-wirtschaftlichen Welt zurechtfinden, um ihr Leben führen zu können. Eine Fokussierung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben im wirtschaftlichen Kontext trage unterdessen dazu bei, die zu Erziehenden besser auf ihre sich ständig verändernde

Umwelt vorzubereiten und sie unabhängig zu machen, d. h., zu verhindern, dass jemand ohne eigene Leistung von der Unterstützung der Gesellschaft abhängig wird (vgl. Franke 1900a, S. 445 f.).

> Durch die „‚Bedeutung einer gesteigerten Volksbildung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes […]', ist eine neue pädagogische Betrachtungsweise angebahnt worden, die man am kürzesten und treffendsten als Wirtschaftspädagogik bezeichnen kann." (1903a, S. 42) „Neben dem einen allgemeingültigen Ziele g[i]bt es noch mehrere bloss zeit-, volks-, berufs- und persongültige Erziehungszwecke, die als solche dem Wandel und bloss beziehungsweiser Gültigkeit unterworfen sind. […] Hieraus folgt, dass das Erziehungs- und Unterrichtswesen nicht unabhängig von der gesamten Kultur eines Volkes seine eignen Wege gehen darf." (Franke 1903a, 45; Hervorhebungen im Original)

Seine Wirtschaftspädagogik soll also in gleicher Weise allgemeine wie berufliche Inhalte durchdringen. Hätte er sich durchgesetzt, bezeichnete seine Wirtschaftspädagogik ziemlich genau die Berufs- und Wirtschaftspädagogik, für die ich bei meiner Antrittsvorlesung die Bezeichnung „Vokationomie" vorgeschlagen habe (vgl. Bank 2009): Nur würde sie sich zudem auf allgemeinbildende Schulen erstrecken. Es gäbe nur *eine* Wirtschaftspädagogik, die durchgängiges Prinzip *aller* Schulen wäre. Seine Vorstellung von Wirtschaftspädagogik ist die einer „Wirtschafts- und Berufspädagogik" – eine Bezeichnung in ebendieser Reihenfolge, aber im historisch dann realisierten Begriff. Man halte sich vor Augen, dass im benachbarten Leipzig gleichzeitig die Betriebswirtschaftslehre und die Wirtschaftspädagogik gemeinsam von Universität und neu gegründeter Handelshochschule quasi als siamesische Zwillinge aus der Taufe gehoben wurden. Damit aber ist Frankes Begriff selbst moderner als der von Feld, der erst zwanzig Jahre später den seinigen Begriff von Wirtschaftspädagogik prägen konnte.

Ausgangspunkt ist bei Franke das Postulat einer Sozialerziehung, die sich auf verschiedene Lebensbereiche bezieht und daher unterschiedliche unterrichtliche Herangehensweisen erfordert. Nicht unähnlich zu Spranger zwei Dekaden später geht er von den Bereichen der Kirchen-, Staats-, Wirtschafts-, Sprach-, Bildungs- und Kulturgemeinschaft aus (vgl. Franke 1903a, S. 44; zu- dem Spranger 1929, Bank & Nicklas 2020, S. 12). Da eine Sozialerziehung prinzipiell unabschließbar sei, könne es nur eine Staatspädagogik, nur eine Kulturpädagogik geben – oder eben eine Wirtschaftspädagogik.

In Frankes Konzept ist das allgemeine Erziehungsziel die Charakterstärke. Sie macht den Menschen unabhängig von äußeren Einflüssen der Umwelt, etwa der fortschreitenden Zeit. Neben diesem übergeordneten Ziel gibt es auch noch Erziehungszwecke, die nur in einem bestimmten Bereich Anspruch auf Gültigkeit haben, u. a. Volks- und Berufszwecke. Als Zwecke stehen sie in Beziehung zueinander, sind jedoch nicht allgemeingültig. Dementsprechend ist ein zweckmäßiges Unterrichts- und Erziehungswesen auch abhängig von Einflüssen der sozialen Um-

systeme, wie hauptsächlich der je aktuell vorherrschenden Kultur. Politische Entwicklungen verändern Erziehungszwecke, und so wurden in der Zeit der Hochindustrialisierung im deutschen Kaiserreich neue Fähigkeiten bei den Arbeitern gefordert, die bereits in der Schule zu vermitteln wären. Und so spiegelt Franke selbst in seiner Begründung der Notwendigkeit einer Wirtschaftspädagogik, die auf die Erhaltung und den Ausbau der eigenen nationalen wirtschaftlichen Stellung mit Führungsanspruch im Wettstreit mit den anderen Nationen in den Fokus rückt, genau dieses kultur- und zeitgebundene Ideal (vgl. Franke 1903a, S. 44 ff.; Bank & Nicklas 2020, S. 13).

Das Reden von einer „Wirtschaftspädagogik" rückt die Unterscheidung von allgemeiner und spezieller Bildung in den Blick. Ganz im Gegensatz zur bis heute weitgehend akzeptierten Auffassung sieht Franke in der allgemeinen Bildung ein Hemmnis, i. S. einer bewusst zweckfreien Bildung. Selbst die Naturwissenschaften hätten nicht ihren hohen Stellenwert ohne diese wirtschaftliche Leistung:

> „Die wirtschaftlichen Erfolge und Antriebe spielen in ihnen eine ebenso gro[ß]e Rolle wie die wissenschaftliche Forschbegier. Das Verhältnis von Wirtschaftswesen einerseits und Schul-, Bildungs- und Wissenschaftswesen anderseits ist ein inniges Wechselverhält[n]is." (Franke 1903a, S. 51)

Gerade in jener Phase der Industrialisierung werden die Naturwissenschaften auch für gewerbliche beziehungsweise wirtschaftliche Zwecke benötigt, während Fächer wie Altgriechisch nicht viel zur Wirtschaftlichkeit beitragen und so keine Bedeutung für das Schulwesen haben können (vgl. Bank & Nicklas 2020, S. 13). In naiver Weise nimmt Franke bildungsökonomische Argumente über fünfzig Jahre vorweg (vgl. einen Überblick über die Bildungsökonomie bei Grin 2005), indem er bemerkt, dass wirtschaftlich schwache Staaten eine geringere allgemeine Volksbildung haben. Ohne eine ausreichende wirtschaftliche Bildung gibt es zu viele Gelehrte, hingegen zu wenige praktisch arbeitende Menschen (vgl. Bank & Nicklas 2020, S. 13).

Das sieht er auch im Erziehungsideal der Sittlichkeit – ihm fehlt der Bezug auf die Wirklichkeit. Religiöse Gebote mag man verkennen wollen, heute noch um etliches mehr als seinerzeit. Doch ist jedes Individuum abhängig vom Wirtschaften, und sei es nur für den geringsten täglichen Broterwerb. Franke leitet daraus etwas krude eine funktionalistische Wirtschaftsmoral ab, sittliche Gebote stehen unter dem Einfluss des wirtschaftlichen Lebens: Am Beispiel des Raubes wird das nur allzu offensichtlich, der unter Strafe steht, weil er wirtschaftliche Nachteile bei Dritten hervorruft. Eine Gesellschaft, die das zu regeln versäumt und nicht in diesem Sinne moralisch „gut" handelt, versäumt es demnach, die volle Wirtschaftskraft zu entwickeln. Zur Kenntnis des Wirtschaftens ist die wirtschaftliche Erziehung unter Beachtung des für die Edukanden Nützlichen auszurichten (vgl. ebd., S. 13 f.).

Als Lehrziel der Wirtschaftspädagogik ist das Erlangen der Erwerbstüchtigkeit zu verstehen. Diese setzt nach Franke einen gesunden Körper, Ausdauer und star-

ken Willen voraus. Erwerbstüchtigkeit äußert sich in umfassender Kenntnis und in einem tiefen Verständnis von Wirtschaft an sich, das vernunftgeleitetes wirtschaftliches Handeln ermöglicht. Damit ist ein maßvoller Umgang mit vorhandenen Ressourcen finanzieller oder materieller Art gemeint; Nachhaltigkeit ist sozusagen bei Franke schon Programm. Die Kenntnisse beziehen sich auf drei Wissensgebiete, nämlich (1) Arbeits- oder Produktionskunde, (2) Handels- und Verkehrskunde sowie (3) nationale Wirtschaftspolitik bzw. Wirtschaftsschutzlehre (vgl. ebd., S. 15).

Franke trennt sorgfältig das Lernen in Strukturen der Erkenntnis und Strukturen der Erfahrung. Dies tut er im vollen Bewusstsein, dass letztlich beide vonnöten sind. Es genüge nicht, wenn der Lehrer eine Tätigkeit nur vormacht. Erst durch das selbstständige Ausführen einer Tätigkeit können die zu Erziehenden Erfahrungen sammeln, um eine Verknüpfung zur Theorie dahinter herzustellen. Hierin zeigt er sich zugleich als Vorläufer der Komplementaritätstheorie beruflicher Bildung im Sinne von Jongebloed (1998, 2004, weitergeführt in Bank 2016).

Bis hierhin klingt es, als wäre es absurd, Franke nicht unverzüglich als Ahnvater der Disziplin zu adoptieren, wenngleich er keinen Lehrstuhl innehatte. Zwar ist er weitgehend unbekannt, konzeptionell aber modern bis heute und ideenreich. Beschäftigen wir uns aber mit seinen Motiven, seinen Antrieben, wird es jedoch schnell weniger eindeutig.

Ihm ist klar, dass die Vernetzung der Welt zunimmt. Ereignisse auf der ganzen Welt könnten Auswirkungen auf das deutsche Kaiserreich haben. Die Bürger sind als Weltbürger ein Teil dieser Weltgeschichte. Die Globalisierung löst bei ihm defensive Reflexe aus. Eine erfolgreiche Politik ist nur noch möglich, wenn die politischen Entscheidungen die ganze Welt berücksichtigen. Insgesamt ist der Einfluss der historischen Umstände seiner Zeit auf seine Aufsätze wohl erheblich gewesen (vgl. Bank & Nicklas 2020, S. 17).

Das ist allerdings kein Wunder, wenn man die aufgeladene Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in Rechnung stellt. Aber wenn man liest, *wie* er sein Talent zum Didaktisieren zur Erklärung dieses Krieges nutzt, als er seinen Enkeln die Ereignisse des Ersten Weltkrieges in einer Weise veranschaulicht (auch das wurde dann publiziert), stellt sich heute unmittelbar Unwohlsein ein: In „Der Weltkrieg im Gedankenkreise der Kinder" von 1916 schildert Franke, wie er seinem fast drei Jahre alten Enkel den Krieg beschreibt. „Kindgerecht" werden die Konfliktparteien aus der damaligen deutschen Sicht moralisch kategorisiert. Die „bösen" Russen stehlen der Mama Nahrung und nehmen den Kindern die Spielsachen weg. Deswegen schickt der Kaiser den „guten" General Hindenburg, um das zu verhindern. Sie sollen alle erschossen werden (vgl. Franke 1916, S. 337 f.).

Nach einem solchen Fund muss der Interpretationsprozess unter Umständen ganz neu angegangen werden. Es ist zu fragen, inwieweit es vor diesem Hintergrund zielführend sein kann, die hier wiederholte Forderung von Bank und Lehmann (2014) aufrechtzuerhalten, Franke gegenüber Feld als erstem relevanten Theoretiker der Wirtschaftspädagogik den Vorzug zu geben. Diese Frage stellt sich zugleich in doppelter Weise: Zum einen fehlt jeglicher belastbare Nachweis einer

unmittelbaren Wirksamkeit Frankes in die Breite des Fachs, obwohl mit Abständen immer wieder an seine Beiträge erinnert worden ist (vgl. rezeptionsgeschichtlich Bank & Nicklas 2018, S. 25 ff. und 42). Zum anderen ist auch seine politische Grundhaltung aus heutiger Sicht nicht makellos. Ist man bereit, die bellizistischen Äußerungen im nationalistisch aufgeladenen zeitgenössischen Kontext zu betrachten, ist Franke dennoch gegenüber dem unbezweifelbar überzeugten Nationalsozialismus eines Friederich Feld zu bevorzugen.

4. Berufs- und Wirtschaftspädagogen im tausendjährigen Halbdunkel

Die klare nationalsozialistische Positionierung Felds, das Unbehagen über den strammen Nationalismus Frankes führen zu der Frage, ob sich in der Ahnengalerie der Berufs- und Wirtschaftspädagogik überhaupt ein Zeitgenosse finde, der nicht tausend dunkle Jahre lang mitgejubelt hat.

Hier leistet das von Antonius Lipsmeier und Dieter Münk (2019) mit großem Verdienst edierte Handbuch zu den Biographien bedeutender Berufs- und Wirtschaftspädagogen wertvolle Dienste. Als Pionierarbeit von grundlegender Bedeutung ist der Sammelband „Erkundungen im Halbdunkel" von Martin Kipp und Gisela Miller-Kipp (1995) zu beachten.

Auf dieser Grundlage ist unter den relevanten professorierten Vertretern der Berufs- und Wirtschaftspädagogik keiner zu erkennen, der sich nicht in der einen oder anderen Form hätte mit vereinnahmen lassen, obzwar das Verhältnis zwischen Berufs- und Wirtschaftspädagogen und Nationalsozialisten nicht allenthalben und zeitlos reibungslos verlief. Reibungslos war dann jedoch der durch personale Kontinuität geprägte Übergang in die Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Nachkriegszeit (vgl. Kipp & Miller-Kipp 1994/1995, S. 539 ff.).

Während Kipp und Miller-Kipp angesichts dieser Beobachtung die späteren Bundesverdienstkreuzträger unter den Professoren einer näheren Untersuchung unterziehen, seien hier einzelne, subjektiv als renommiert wahrgenommene Professores der Nachkriegszeit einer je kurzen Betrachtung unterzogen (vgl. hierzu – soweit nicht anders vermerkt – jeweils Kipp & Miller-Kipp 1994/1995; vgl. die verschiedenen Stichworteinträge in Lipsmeier & Münk 2019).

Feld hatte während seiner Zeit in Gießen eine Hochschuldozentur in Frankfurt. Ebenda nahm nach dem Krieg Karl Abraham eine prägende Stellung ein. Die „Betriebspädagogik" Abrahams von 1952 war so grundlegend geraten, dass sie bis heute ihre prägende Kraft bewahrt hat. Zuvor war sein Habilitationsverfahren von den Nazis ausgebremst worden; dafür wurde er zu bundesrepublikanischen Zeiten wegen seiner augenscheinlichen Widerständigkeit ausgezeichnet. Seubert jedoch will genauer hingesehen haben und beschreibt ihn als einen „Lobredner der nationalsozialistischen Ordnung" (Seubert 1977, S. 186; vgl. vorsichtiger dazu jedoch Klusmeyer 2019). Und tatsächlich misst Abraham eine besondere Bedeutung der „funktionalen Erziehung" zu. Diese hatte Ernst Krieck 1922 in den Diskurs der Pädagogik eingebracht, ein Pädagoge, welcher seinerseits schon zur Zeit der Re-

publik als makellos deutschnational, antisemitisch und später exponiert nationalsozialistisch ausgewiesen war. Das Konzept des Funktionalismus ist zwar für berufspädagogische Fragestellungen von besonderer Bedeutung, doch ist das kein Grund, ansonsten Distanz zu wahren.

Auf der Nachbarprofessur wirkte dann Fritz Urbschat, der als einwandfrei beleumundetes Parteimitglied noch in seiner Königsberger Zeit der Berufsschule „die Ausrichtung des berufstätigen deutschen Menschen zum wertvollen und bewussten Glied der deutschen Volksgemeinschaft" als Aufgabe zuwies (Urbschat 1937, zit. n. Münk 2019a, S. 557).

Abrahams akademischer Förderer in Köln, jahrzehntelang der Übervater der Wirtschaftspädagogik, war Friedrich Schlieper: Ein Wissenschaftler, der sich zu arrangieren verstand. Sein Aufstieg war mit seiner Loyalität zum Nationalsozialismus auf das engste verbunden. Einer seiner Kölner Schüler und späterer Akademischer Rat, Schannewitzky, macht darauf aufmerksam, dass die weitverbreiteten Werke Schliepers vor und nach Kriegsende sich hauptsächlich in ein paar Adjektiven unterschieden: aus „national" wurde „christlich", aus „völkisch" wurde „katholisch" (vgl. Schannewitzky 1981). Schliepers Theorie von der „Didaktischen Parallelität", schleppt sich bis heute nach wie vor im Reden vom „Dual kooperativen System" oder von der angeblichen Notwendigkeit der „Abstimmung der Lernorte" oder der „Lernortkooperation" durch. Sie war schon ein höchst dringliches Anliegen der nationalsozialistischen Erziehungspolitik, das sich in Schliepers Werk nur wenige Jahre nach dem Kriegsende wieder in die Öffentlichkeit zurückgearbeitet hatte (vgl. Schlieper 1963, S. 238).

Ohne erkennbare direkte Vernetzung mit den bis hier Genannten wird Adolf Schwarzlose klar als NS-Sympathisant beschrieben (Münk 2019b) – wiewohl er an seiner späteren Wirkungsstätte als Rektor der westlichen Hälfte der PH Berlin das berühmte Didaktikum Paul Heimanns ermöglicht hatte. Und auch Walther Löbner, als Professor erst in Leipzig, dann in der Bundesrepublik in Nürnberg untergekommen, hatte als überzeugtes NSDAP-Mitglied die „totale Hinwendung aller deutschen Menschen zur Volksgemeinschaft" gefordert (Löbner 1934, S. 98, zit. n. Bohlinger 2019, S. 333).

Alles Wirtschaftspädagogen, wird man vielleicht einwenden. Doch auch die Berufspädagogen, deren Vollakademisierung etwas später als bei den Handelslehrern erreicht wurde (und die jetzt als erste wieder abgeschafft zu werden droht), haben ihre speziellen Fälle. Heinrich Abel, nach dem Krieg Professor in Darmstadt, war HJ-Führer, zutiefst überzeugt, bis er in der sowjetischen Gefangenschaft nach Stalingrad „umgedreht" wurde (vgl. Rützel 2019).

Eine weniger eindeutige Biographie hat Otto Monsheimer, der 1933 zunächst eine Rückstufung zum Gewerbeoberlehrer hinzunehmen hatte, dann jedoch mit Verve in die Diktion der Nationalsozialisten einstieg (vgl. Lipsmeier 2019b, S. 372). Er konnte nach einer ganzen Reihe verschiedener Tätigkeiten im Bereich des Berufsschulwesens und der Volkshochschulen seine berufliche Karriere als Professor am Staatlichen Berufspädagogischen Institut in Frankfurt a. M. abschließen.

Unbelastet ist auch er jener Zeit nicht entgangen, so wie auch Simon Thyssen nicht, der ab 1937 einfaches Parteimitglied war. Das war also zu einem Zeitpunkt, wo der zwischenzeitliche Aufnahmestopp in die NSDAP wieder aufgehoben war und viele Mitläufer eintraten. Es wird vermerkt, dass Thyssen sich nicht mit völkischen oder gar antisemitischen Bekenntnissen hervortat (vgl. Lipsmeier 2019c, S. 555). Ähnlich wie Monsheimer hatte er eine Reihe verschiedener Posten an gewerblichen Berufsschulen inne, doch wird man rückblickend seine besonderen Verdienste in der Mitwirkung bei der Herausgabe des „Handbuch[s] für das Berufsschulwesen" erkennen (vgl. ebd.).

Die Liste wäre mit noch manchem Eintrag weiterzuführen. Der Gesamteindruck ist bei Kipp & Miller bündig zusammengefasst:

> Die „Berufspädagogik hat sich den herrschenden wirtschaftlichen und politischen Interessen im Dritten Reich dienlich gemacht. Ein personeller Wechsel folgte diesem Engagement nicht." (Kipp & Miller 1978/1995, S. 38)

Vollständig falsch wären die Ausführungen hier verstanden, würde man nun Felds Abgleiten in den Nationalsozialismus in der Masse relativiert sehen. Verirrungen werden nicht weniger gravierend, wenn sich die Lemminge wieder einmal kollektiv ins Wasser stürzen. Jeder verantwortet sein eigenes Denken, jeder sein eigenes Handeln. Auch den Exponenten der Berufs- und Wirtschaftspädagogik ist keine Relativierung zuzugestehen, bloß, weil sie ganz sicher nicht das Patent auf „gutes" nationalsozialistisches Volksmenschentum hielt.[6] Wären sie die einzigen gewesen, hätte Hitler mit einem sehr schmalen Stimmenanteil auskommen müssen. Aber es ist schon auffällig, wie durchgängig man sich der neuen Ideologie an den Hals geworfen hat.

Und das führt zu einer grundsätzlichen Frage – *warum* war das so? Hierzu gibt es meiner Kenntnis nach noch zu wenige Untersuchungen. Forschung, die doch wichtig wäre – denn gäbe es eine Erklärung, dann hätte man auch heute einen Ansatz, Radikalisierung zu bekämpfen und Demokratie und Pluralismus zu stärken. Es ist vor dem Hintergrund zu überlegen, wie man in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik mit dem historischen Erbe umgeht. Es genügt ganz sicher nicht, den eingeschlagenen Kurs einer ahistorischen Wissenschaft zu intensivieren und die Geschichte, samt ihrer unbequemen Mahnungen, auszublenden. Fehler, die man nicht kennt, wiederholt man allzu leicht. Vorrangig gehört zu einem adäquaten Umgang ein Versuch der Ursachenforschung. Lässt es sich erklären, warum die Berufs- und Wirtschaftspädagogen möglicherweise mehr noch als die Durchschnittsdeutschen dieser Ideologie verfallen sind? Schließlich stellt sich vor allem die Frage, wie heute die Ergebnisse und Erfolge der Arbeit aus jener Zeit praktisch zu handhaben sind.

---

6 Auch die Pädagogen waren wohl fleißig dabei, wie sich aus der Anmerkung Theodor Wilhelms über seine „lieben Pädagogen-Kollegen" schlussfolgern lässt, von denen die meisten Parteimitglieder waren (vgl. Miller-Kipp & Wilhelm 1991/1995, S. 467).

5. Ein zu weites braunes Feld?

Nach all dem Gesagten ist die Berufs- und Wirtschaftspädagogik zumindest zeitweise auf einem weiten braunen Feld angelegt.

> „Ach, Luise, la[ss] […] das ist ein *zu* weites Feld." (Fontane 1894, letzter Satz) sagt Vater Briest am Ende, traurig, verzweifelt, ratlos, überfordert und resigniert zu seiner Frau. Nicht über Schuld, noch über Gründe mag er nachdenken.

Ist auch das unsrige (wissenschaftliche) Feld einfach zu braun und müssen wir es resigniert damit belassen, die geschichtlichen Verstrickungen zu ignorieren? Vielleicht einfach hinter dem Rücken anderer – der Pädagogik oder Erziehungswissenschaft – verstecken? Wie zum Schluss des voranstehenden Kapitels gefordert wird: Ein Brachliegenlassen, ein Verdrängen ist mit Blick auf Gegenwart und Zukunft sicher nicht die richtige Reaktion. Die hier gemachten Feststellungen müssen praktische Konsequenzen für Lehrkräfte, Berufsschüler und Wissenschaftlerinnen haben.[7]

5.1. Berufs- und wirtschaftspädagogische Wissenschaft und Historiographie

Die nächstliegende Konsequenz für die Wissenschaft ist trotz einiger Fortschritte in der historiographischen Berufs- und Wirtschaftspädagogik dieselbe, die bereits Rolf Seubert eingefordert hatte (vgl. oben): Wir wissen über diese Zeit immer noch nicht genug. Wir müssen vor allem wohl intensiver der Frage nachgehen, welche Ursachen die Verstrickungen der wesentlichen Protagonisten der Berufs- und Wirtschaftspädagogik hatten.

5.2. Feld-Didaktik als Schule der Demokratie

Die nächstliegende Konsequenz für Berufsschüler und ihre Lehrkräfte liegt in der Aufforderung, sich auch mit solchen Figuren wie Feld auseinanderzusetzen. Der Umgang mit dem Uneindeutigen, mit historisch schwierigen Persönlichkeiten muss ausreichend Platz haben im Unterricht. Wegen des Familiennamens des Berliner Professors und Gießener Schulleiters stößt uns das Zitat aus Fontanes „Effi" ebenso unbeabsichtigt wie direkt darauf.

Seine Gießener Schule heißt nicht mehr nach ihm. Es wäre undenkbar gewesen, das unkommentiert an der Türe stehen zu lassen. Ganz unmöglich wäre es unterdessen nicht gewesen, denn das harte Kriterium muss sein, ob sich jemand aktiv an den Verfolgungen beteiligt hat oder nicht. Zu derlei ist über Friedrich

7 Einen Ansatzpunkt hierzu könnte die noch immer kaum aufgearbeitete Geschichte des 1941 gegründeten Vereins der Wirtschaftspädagogen hergeben. Das jedoch bedürfte mindestens eines eigenen Beitrags. Vgl. einige Anmerkungen hierzu bei Achtenhagen & Beck, Buschfeld et al. sowie Lange & Porcher in dem von Büchter et al. herausgegebenen Band, welchem dieser Beitrag entnommen ist (vgl. erneut Anm. 2).

Feld noch nichts aufgetaucht; er ist auch in keinem Parteiamt registriert. Didaktisch gesehen hätte die Beibehaltung des Namens unterdessen einen Aufhänger für einen engagierten Demokratieunterricht bereitstellen können, denn Feld steht mit seiner Vita exemplarisch für ein changierendes Schwarzweißgrau, das leider trotz des vielversprechenden Beginns im Dunkel endet. Er hat jene Schule maßgeblich mit aufgebaut. Er hat die Wirtschaftspädagogik als Fach maßgeblich mit aufgebaut. Er hat jedoch den Versuchungen und Versprechungen der Volksverführer nicht nur nicht widerstanden, er hat sich ihnen ergeben, er hat die krausen, giftigen, am Ende tödlichen Gedanken befördert, unterstützt, weiterverbreitet – und das wegen seiner hervorgehobenen Rolle bis mitten in die von ihm mitbegründete Wissenschaft hinein.

Von „facettenreich" wollen wir nicht sprechen, doch ist seine Vita zweifelsohne gebrochen. Das ist Lernanlass in einer virtualisierten Welt, in welcher der virtuelle Mob in sogenannten *„social" media* über Dritte in aller Öffentlichkeit und am liebsten in Unkenntnis aller Tatsachen den Stab bricht. Wie im Mittelalter schon scheint kein moderates Urteil möglich, kein „sowohl-als-auch", kein „erst so, dann anders". Die Welt ist so kompliziert, dass man sie sich eben einfach macht. Dabei ist kein Mensch über alle sich wandelnden Zeiten hinweg nur „gut" oder ausschließlich „schlecht". Das muss wohl wieder erst erlernt werden. Und dafür wäre Friedrich Feld ein beispielhaft geeignetes Thema: als Person dynamisch, kenntnisreich, fleißig – was er in seinen frühen Jahren sicher nicht in Allem, aber in Vielem zum Guten, und in den späteren Jahren auch zum Ausgrenzen, Abwerten, zum Bellizistischen nutzt. Ohne dieses Abwägen wieder zu erlernen, erscheint es fraglich, wie eine Demokratie Bestand haben soll, in deren Öffentlichkeit alle Diskurse aufgekündigt werden und in welcher Gewissheit nur noch in vernichtenden Urteilen zu finden scheinen.

Felds Vita mag weniger erhebend sein als Lebensläufe anderer, die sich vom Saulus zu Paulus zu wandeln vermochten, doch ist sein Lebenslauf schlussendlich auch eine Mahnung, für die Auszubildenden aller Berufe, für die Wissenschaftler, auch für die Lehrkräfte: dass die Meriten, die man in den jüngeren Jahren angesammelt haben mag, Jahr um Jahr neu verdient werden müssen. Dass Standhaftigkeit nicht standhaft ist, wenn sie nur von einer einzigen Seite her Anfechtungen standzuhalten vermag. Dass möglicherweise der eigene Standort fragwürdig ist, wenn er immer von anderer Seite her in Frage gestellt wird. Dass alles in der Demokratie immer wieder neu erkämpft werden muss.

5.3. Geschichtliche Verstrickungen einer Pariawissenschaft?

Schließlich ist die grundlegende Konsequenz die Frage nach dem *Warum*? In der Zeit der Lebensspanne Felds 1887–1945 war „Wirtschaft" etwas, was bei den Eliten, die sich für „gebildet" hielten, als anrüchig galt (ausführlich setzt sich Litt 1947 mit dieser Problematik auseinander). Und um zu verstehen, wieso das so war, müssen wir noch etwas weiter zurückblicken. Den Ton gaben zum Ende seiner Jugend schon seit rund einem Jahrhundert eine Gruppe von Leuten an, die wir

heute unter dem Sammelbegriff „Neuhumanisten“ kennen. Dazu gehörten Prominente wie Goethe, Schiller, die Schlegel-Brüder und viele andere aus der deutschen Romantik und des deutschen Idealismus.

Der Neuhumanist mit dem größten politischen „Impact“ war Wilhelm von Humboldt gewesen. Nachdem Preußen in den Napoleonischen Kriegen unter die Räder gekommen war, hatte er 1809/10 die Gelegenheit, als Leiter der Sektion Kultus des preußischen Innenministeriums das Schul- und Universitätswesen in Preußen neu aufzustellen. Ihm verdanken wir die politische Verstetigung einer Unterscheidung zwischen „allgemeiner“ und „spezieller“ Bildung, mithin beruflicher Bildung, die in den folgenden Jahrzehnten zu einer allgemeinen Verächtlichmachung des Beruflichen einerseits und einer hauptsächlich auf Kalokagathie („Dem Schönen, Wahren, Guten“) andererseits ausgerichteten bürgerlichen Bildung.

Das wirkt bis heute: Noch 2022 fordert der neue Ko-Vorsitzende des Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung in einem Linkedin-Posting die Umsetzung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Dabei ist Allgemeinbildung dann und nur dann „besser“, wenn man die Berufsbildung über den Leisten der Allgemeinbildung vermisst. Sonst aber ist eher Allgemeinbildung nicht gleichwertig: Viele kokettieren doch damit, dass vom Abitur nichts für das Leben geblieben sei, andere beklagen das immerhin (Eickel 2017). Es hat den Anschein, dass Lernen in Allgemeinbildenden Schulen Zeitverschwendung ist, da nichts nachbleibt. Was man dagegen in einer Berufsausbildung lernt, bleibt – nicht selten sogar im Falle einer beruflichen Neuorientierung. Die Nutzbarmachung des Gelernten und ein kontinuierliches Weiterlernen im Medium des Beruflichen ist das Normale.

Wenn jedoch die in der Gesellschaft tonangebenden Gruppen jemanden zur Zweiten Wahl abstempeln, will man sich nicht wundern, wenn es Beifall von denen aus der Zweiten Wahl gibt, weil plötzlich jemand die versammelten Bildungsbürger in die Ecke stellt. Und wenn dann noch ganz neue Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand gegeben werden oder doch wenigstens eine solche Absicht dazu erklärt wird. Wenn die alten Eliten unvermittelt nicht mehr wichtig sind, stattdessen die Berufserziehung im Konzept des Staates massiv heraufgestuft wird. Genau das haben die Nazis gemacht; Seubert verweist auf ein Dokument, in dem der Reichskanzler das Wirtschaftsministerium unter Einbezug verschiedener Fachministerien anweist, unverzüglich in dieser Richtung zu wirken (1991, S. 120). Man muss nicht davon ausgehen, dass der gemäß Zabeck (2013, S. 561) in der Folge der Wirtschaftskrise von 1929 gewachsene Respekt für berufliche Erziehung ursächlich war. Die Beobachtung, dass eine Ausbildung gegen Arbeitslosigkeit ein Stück weit immunisierte, spielte eine Rolle im Vergleich zu den Ungelernten, nicht aber zur allgemeingebildeten Oberschicht.

Ganz bestimmt bedurfte es einer starken Persönlichkeit, auf diese unerwartete Wendung ohne eitle Freude zu reagieren. Karl Abraham hatte die Stärke in einem gewissen Rahmen, Feld hatte sie eindeutig nicht. Keiner der später noch tonangebenden Berufs- und Wirtschaftspädagogen hatte wohl diese Stärke.

Es kann nur als Vermutung formuliert werden, die noch weiter zu untersuchen wäre: Die Lehrkräfte und die Professores der Berufs- und Wirtschaftspädagogen waren allesamt Underdogs, von den zuvor tonangebenden Eliten verachtet, allenfalls geduldet. Zabeck nennt sie in seinem Geschichtswerk „kleinbürgerlich" (2013, S. 651). Und diese begeisterten sich für jene, die ihnen nunmehr Anerkennung versprachen. Dass nun andere verächtlich gemacht wurden, dass nun andere sogar vollständig aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden, war ihnen dabei mindestens egal, vielleicht sogar ganz recht.

6. Schlussbemerkungen

Was wären Konsequenzen, die aus der Annahme einer besonderen Empfänglichkeit der Berufs- und Wirtschaftspädagogen für die Ideologie des Nationalsozialismus zu ziehen wären, wenn sie sich erhärten ließe?

Praktisch: Es ist wohl nötig, Menschen auch als Mitglieder einer Personengruppe zu achten. Eine anhaltende pauschale Abwertung führt zu Abwehrreaktionen und Radikalisierung. Wir verhalten uns aber gerade nicht so, namentlich in den „sozialen" Medien.

Wissenschaftlich: Es genügte nicht, die BWP zu untersuchen. Waren Pädagogen, waren Naturwissenschaftlerinnen, waren Juristen standhafter? – Die Anmerkung von Theordor Wilhelm etwa (vgl. oben FN 4) wäre mit Blick auf Pädagogen ein Indiz dagegen. Es wäre ein großes Programm für historische Forschung. Hülfe es jedoch, eine Ligatabelle der standhaftesten Wissenschaften zu erarbeiten? Mit Blick auf die praktischen Konsequenzen könnte man das annehmen.

Ceterum censeo: Im Übrigen meine ich, dass Franke trotz der oben aufgedeckten Bedenken ins Zentrum einer historischen Selbstverortung der Berufs- und Wirtschaftspädagogik zu rücken wäre. Als Mensch war auch er nicht vollkommen, seiner Zeit verhaftet, doch in diesem zumindest nicht schlimmer als andere. Er wird wenig rezipiert, doch ist er vom Denkansatz her fraglos rezeptionswürdig: Gegenüber Feld ist er der deutlich weitergreifende und grundsätzlichere Theoretiker der Wirtschaftspädagogik. Zudem steht er chronologisch um zwei Dekaden vorn. Sein Werk ist mit der gebotenen Vorsicht zu rezipieren. Aber das versteht sich von selbst.

7. Literatur

Abraham, K. (1957). Der Betrieb als Erziehungsfaktor. Die Funktionale Erziehung durch den modernen wirtschaftlichen Betrieb. 2. Aufl. Freiburg i. Br.: Lambertus. Bank, V. & Lehmann, A. (2014). Theodor Franke. Sächsischer Pionier wirtschaftspädagogischen Denkens in Deutschland. In J. Seifried, U. Faßhauer & S. Seeber (Hrsg.), *Jahrbuch der berufs- und wirtschaftspädagogischen Forschung* 2014, (21–38). Opladen: B. Budrich.

Bank, V. & Nicklas, J. (2020). Wirtschaft als Prinzip allen Unterrichts. Zum Leben und Wirken Theodor Frankes (Berichte aus der Berufs- und Wirtschaftspädagogik/Papers and Proceedings in Vocationomics Nr. 18 – Oktober 2020). Chemnitz: TU. Online: urn:nbn:de:bsz:ch1-qucosa2-724520 (27.09.2023).

Bank, V. (2009). Berufs- und Wirtschaftspädagogik: Epitaph einer Disziplinlosen. In K. Büchter, J. Klusmeyer & M. Kipp (Hrsg.), *Selbstverständnis der Disziplin Berufs- und Wirtschaftspädagogik*; *bwp@* 9(16) (Wiederabdruck des Beitrags 2007, mit einer Replik von Wolfgang Lempert). Online: http://www.bwpat.de/content/ausgabe/16/(10.08.2023).

Bank, V. (2016). Die Theorie der Komplementarität der Bildung zwischen Spekulation und Selbstverständlichkeit. *Pädagogische Rundschau* 70 (5), 501–516.

Bank, V., Lehmann, A., Gerlach, M. & Zimmer, J. (2016). Die Entfaltung beruflicher Bildung in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Zweiten Kaiserreichs (Moderne der Tradition, Bd. 14). Berlin: epubli.

Bohlinger, S. (2019). Löbner, (Friedrich Eugen) Walther. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 332–336). Stuttgart: Steiner.

Büchter, K. (2010). Weiterbildung für den Arbeitsmarkt und im Betrieb 1919–1933. Hintergründe, Kontexte, Formen und Funktionen. Hamburg: HSU. Online: https://doi.org/10.24405/431 (31.07.2023).

Eickel, A. (2017). Zehn Jahre Schule und trotzdem nichts fürs Leben gelernt. In Zeit v. 12. August 2017. Online: https://www.zeit.de/zett/politik/2017-08/bildungssystem-zehn-jahre-schule-und-trotzdem-nichts-fuers-leben-gelernt#comments (20.05.2023).

Fayol, H. (1916). Administration industrielle et générale – prévoyance organisation – commandement, coordination – contrôle. Paris: Dunod.

Feld, F. (1936). Betriebsgemeinschaft und Erziehung. Eine wirtschaftspädagogische Untersuchung. Langensalza: Beltz.

Feld, F. (1938). Berufserziehung (Arbeit und Wissen, Bd. 1). München: Beck.

Feld, F. (1944). Studienführer Wirtschaftspädagogik, Heidelberg: Winter.

Feld, F. (Hrsg.) (1939). Grundfragen der Erziehung für Beruf und Wirtschaft. Einführende Übersicht über die wirtschaftspädagogischen Hauptprobleme in Theorie und Praxis (Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, Bd. 2). Stuttgart, Berlin: Kohlhammer.

Fontane, Th. (1894). Effi Briest. Deutsche Rundschau, 82, 321–359.

Franke, Th. (1900a). Methodik des Unterrichts in der deutschen Weltwirtschaftskunde. *Sächsische Schulzeitung* 67(29), 429–432, (30), 443–446.

Franke, Th. (1900b). Zur Umgestaltung des Volksschulunterrichts. *Deutsche Schulpraxis* 20(6), 44–46, (7), 52–54.

Franke, Th. (1902). Deutsche Weltwirtschaft und Schule. *Neue Bahnen* 13, 412–420, 467–484, 533–548, 598–616.

Franke, Th. (1903a). Grundzüge der deutschen Wirtschaftspädagogik. In T. Vogt (Hrsg.), *Jahrbuch des Vereins für Wissenschaftliche Pädagogik* 35. (S. 42–84) Dresden: Bleyl & Kaemmerer.

Franke, Th. (1903b). Ist die Unterscheidung einer Wirtschaftspädagogik berechtigt? In *Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung* 55, 409–412.

Franke, Th. (1916). Der Weltkrieg im Gedankenkreise der Kinder. *Deutsche Blätter für erziehenden Unterricht* 43, 337–340, 345–348, 353–355, 361–364, 372–374, 388–391, 396–398, 405–408.

Gießener Allgemeine (v. 7. Nov. 2015, aktualisiert am 2. Apr. 2019) Friedrich-Feld-Schule erwägt Umbenennung. Online: https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/friedrich-feld-schule-erwaegt-umbenennung-12061634.html (20.5.2023).

Grin, F. (2005). Grundzüge der volkswirtschaftlichen Bildungsökonomie. In V. Bank (Hrsg.), *Vom Wert der Bildung*. Bildungsökonomie in wirtschaftspädagogischer Perspektive neu gedacht (S. 61–148). Bern: Haupt.

Jongebloed, H.-C. (1998). Komplementarität als Verhältnis: Lernen in dualer Struktur. In ders. (Hrsg.), *Wirtschaftspädagogik als Wissenschaf t und Praxis – oder: Auf dem Wege zur Komplementarität als Prinzip* (Moderne der Tradition, Band 1) (S. 259–286). Kiel: bajOsch.

Jongebloed, H.-C. (2004). „Komplementarität" als Prinzip beruflicher Bildung – oder: warum der „Lernfeldansatz" weder dem Grunde nach funktionieren noch seine eigenen Ziele erreichen kann. Teil I Kritik der Lernfelder; Teil II: Konstruktion durch Komplementarität. Online: http://www.berufsundwirtschaftspaedagogik.uni-kiel.de/de/downloads/jongebloed-2004-komplementaritaet (12. 06. 2020).

Kipp, M. & Miller-Kipp, G. (1995). Erkundungen im Halbdunkel. Einundzwanzig Studien zur Berufserziehung und Pädagogik im Nationalsozialismus. Zweite Auflage. Frankfurt a. M.: GAFB.

Kipp, M. & Miller, G. (1978/1995). Anpassung, Ausrichtung und Lenkung: Zur Theorie und Praxis der Berufserziehung im Dritten Reich. In M. Kipp & G. Miller-Kipp (1995), *Erkundungen im Halbdunkel. Einundzwanzig Studien zur Berufserziehung und Pädagogik im Nationalsozialismus*. Abdruck aus Reformpädagogik und Berufspädagogik, Berlin 1978, 248–266. Zweite Auflage (S. 27–50). Frankfurt a. M.: GAFB.

Kipp, M. & Miller-Kipp, G. (1994/1995). Kontinuierliche Karrieren – diskontinuierliches Denken? Entwicklungslinien der pädagogischen Wissenschaftsgeschichte nach 1945. In dies. (1995), *Erkundungen im Halbdunkel. Einundzwanzig Studien zur Berufserziehung und Pädagogik im Nationalsozialismus*. Abdruck aus Zeitschrift für Pädagogik 40 (1994), 727–744. Zweite Auflage (S. 539–562). Frankfurt a. M.: GAFB.

Kipp, M. (1988/1995). Was wissen wir über die „Entjudung" der Berufsausbildung? In M. Kipp & G. Miller-Kipp (1995), *Erkundungen im Halbdunkel. Einundzwanzig Studien zur Berufserziehung und Pädagogik im Nationalsozialismus*. Abdruck aus der Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 84 (1988), 598–609. Zweite Auflage, (395–414). Frankfurt a. M.: GAFB.

Miller-Kipp, G. & Wilhelm, Th. (1991/1995). „Über meine Schuld". Ein Gespräch zur gegenwärtigen Vergangenheit in der Erziehungswissenschaft. In M. Kipp & G. Miller-Kipp (1995), *Erkundungen im Halbdunkel. Einundzwanzig Studien zur Berufserziehung und Pädagogik im Nationalsozialismus*. Abdruck aus Neue Sammlung 31 (1991), 648–664. Zweite Auflage (S. 449–472). Frankfurt a. M.: GAFB.

Klusmeyer, J. (2019). Abraham, Karl. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (18–21). Stuttgart: Steiner.

Krieck, E. (1922). Philosophie der Erziehung. Jena: Diedrichs. Lipsmeier, A. & Münk, D. (Hrsg.) (2019). *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens*. Stuttgart: Steiner.

Lipsmeier, A. (2019a). Feld. Friedrich. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 138–140). Stuttgart: Steiner.

Lipsmeier, A. (2019b). Monsheimer, Otto. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 371–375). Stuttgart: Steiner.

Lipsmeier, A. (2019c). Thyssen, Simon. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 554–556). Stuttgart: Steiner.

Litt, Th. (1927). ‚Führen' oder ‚Wachsenlassen'. Eine Erörterung des pädagogischen Grundproblems. Leipzig & Berlin: Teubner.

Litt, Th. (1947). Berufsbildung und Allgemeinbildung. Darmstadt: Brockhaus.

Marx, K. (1844). Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, MEW Ergänzungsband I. Ostberlin. Online: http://www.mlwerke.de/me/me40/me40_510.htm (20.05.2023).

Mayer, Ch. (1990). Aussagen der Pädagogik zur Berufsschule: Friedrich Feld (1887–1945). In I. Lisop, W.-D. Greinert & K. Stratmann (Hrsg.), *Gründerjahre der Berufsschule. 2. Berufspädagogisch-historischer Kongreß* (S. 129–148). Berlin u. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Münk, D. (2019a). Urbschat, Fritz. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 557–559). Stuttgart: Steiner.

Münk, D. (2019b). Schwarzlose, Adolf. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 494–497). Stuttgart: Steiner.

o. V. [Aufruf] (o. J. [1933]). Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Überreicht vom Nat.-soz. Lehrerbund Deutschland, Gau Sachsen.

o. V. [MWS] [2020] Mehr als 125 Jahre Max-Weber-Schule. Online: https://maxweberschule.de/mehr-als-125-jahre-max-weber-schule/ (20.07.2023).

Rützel, J. (2019) Abel, Heinrich. In A. Lipsmeier & D. Münk (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie des beruflichen Schul-, Aus-, Weiterbildungs- und Verbandswesens* (S. 15–18). Stuttgart: Steiner.

Schannewitzky, G. (1981). Personalbibliographie Friedrich Schlieper: ein Wirtschafts-, Berufs- u. Sozialpädagoge. Frankfurt a. M. u. a.: Lang.

Schlieper, F. (1963). Allgemeine Berufspädagogik. Freiburg im Breisgau: Lambertus. Schürholz, F. (1928). Grundlagen einer Wirtschaftspädagogik. Zum Kampf um Wirtschaftsführung und Sozialordnung. Erfurt: Stenger.

Seubert, R. (1990). Berufsschule und Berufsbildungspolitik im Nationalsozialismus. In D. Benner; V. Lenhart; H.-U. Otto (Hrsg.), *Bilanz für die Zukunft: Aufgaben, Konzepte und Forschung in der Erziehungswissenschaft*. Beiträge zum 12. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 19. bis 21. März 1990 in der Universität Bielefeld (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 25) (S. 112–115). Weinheim & Basel: Beltz.

Seubert, R. (1991). Berufsschule und Berufsbildungspolitik im Nationalsozialismus. Zum Stand der Forschung. In Ch. Berg; S. Ellger-Rüttgard (Hrsg.), *„Du bist nichts, Dein Volk ist alles". Forschungen zum Verhältnis von Pädagogik und Nationalsozialismus* (S. 105–131). Weinheim: DSV.

Seubert, R. (1977). Berufserziehung und Nationalsozialismus. Weinheim/Basel: Beltz.

Sonntag, K., Frieling, E. & Stegmaier, R. (2012). *Lehrbuch Arbeitspsychologie*, Bern: Huber.

Taylor, F. W. (1911). The principles of scientific management. London: Harper & Brothers.

Woll, H. (2003). Ökonomische Bildung. *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik* 99(4), S. 578–585.

Wolsing, Th. (1977). Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich. Kastellaun: Henn.

Zabeck, J. (2013). Geschichte der Berufsbildung und ihrer Theorie. 2. Aufl. Paderborn: Eusl.

II. Miszellen

Die Gießener Antikensammlung – Ausstellungen, Aktivitäten und digitale Lehrprojekte der Jahre 2022 bis 2024

Michaela Stark

Zu Jahresanfang 2022 stand für die Antikensammlung der JLU eine räumliche Veränderung an: aufgrund der Baumaßnahmen im Wallenfels'schen Haus im Zuge der Neukonzeption des Museum für Gießen zogen die Objekte in neue Räumlichkeiten im Alten Schloss. Das bedeutete zwar eine temporäre Verkleinerung des ausgestellten Objektbestands, aber keinesfalls einen Einschnitt für die vielfältigen Aktivitäten der Sammlung, denn am neuen Standort boten sich zugleich neue Möglichkeiten, neben den gewohnten thematischen Sonderausstellungen nun auch verstärkt Events und Workshops für unterschiedliche Zielgruppen anzubieten. Neben den traditionellen analogen Ausstellungen wurde an der Professur für Klassische Archäologie auch der Fokus auf digitale Interaktionstechnologien in Museum, Lehre und Forschung weiter ausgebaut.

Der folgende Beitrag stellt die verschiedenen Aktivitäten und Projekte der Antikensammlung zwischen 2022 und 2024 vor und beleuchtet zugleich die didaktischen Aspekte der Sammlungsarbeit und die Rolle der Gießener Antikensammlung an der Schnittstelle zwischen Museum und akademischer Lehrsammlung.

Teil I: Die Ausstellungsprojekte der Antikensammlung der Jahre 2022 bis 2024

Ihre Wiedereröffnung an neuem Standort und zugleich die erste Präsenzveranstaltung nach den Einschränkungen der Corona Pandemie feierte die Antikensammlung am 25. März 2022 mit einer Sonderausstellung, die unter dem Titel *„Im Reich des Dionysos"* den Weingott und sein Gefolge in den Blick nahm. Der Termin war dabei zum Thema passend gewählt: im Festkalender des antiken Athen fanden im März/April – dem antiken Monat Elaphebolion – die städtischen Dionysien, ein mehrtägiges Kultfest zu Ehren des Dionysos statt. Dabei wurden anhand der Objekte der Antikensammlung sowohl seine Rolle in Mythos und Bilderwelt thematisiert, als auch seine Rolle für die antike Gesellschaft – über das Trinkgelage (Symposion) bis hin zu Kultfesten und im Theater.



Abb. 1: Plakat Sonderausstellung „Im Reich des Dionysos“ 2022/23 (Layout: M. Stark).



Abb. 2: Blick in die Sonderausstellung „Im Reich des Dionysos“ 2022/23 (Foto: M. Stark).

Sonderausstellung „Die Klassifizierung der Welt – universitäres Sammeln im kolonialen Kontext“

Im Herbst desselben Jahres, vom 01.09.–16.10.2022 fand im Palmenhaus des Botanischen Gartens eine Sonderausstellung statt, die Exponate aus den Sammlungen der Justus-Liebig-Universität Gießen beleuchtete, die durch kolonial inspirierte Sammlungsaktivitäten ihren Weg an die Universität Gießen fanden. Die Ausstellung knüpfte an die aktuelle Debatte über den Umgang mit dem europäischen Kolonialismus an, die momentan in Deutschland und in den Nachbarländern sehr präsent ist (vgl. auch die zeitgleich im Museum für Gießen gezeigte Ausstellung: „Zwischen Sammelwut und Forschungsdrang. Koloniale Kontexte in Gießen“ vom 06.05.2022–15.01.2023). Die Ausstellungsidee entstand unter den Mitgliedern der Justus-Liebig-Universität in der vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst angestoßenen und geförderten und durch die Konferenz Hessischer Universitätspräsidien gebildeten Kommission „Koloniales Erbe in Hessen“, welche die wissenschaftliche Expertise der hessischen Universitäten zur Thematik bündelt. Im Fokus des Gemeinschaftsprojektes[1] standen unterschied-



Abb. 3: Vitrinen-Display der Antikensammlung im Rahmen der Sonderausstellung „Die Klassifizierung der Welt“ (01.09.–16.10.2022) im Palmenhaus des Botanischen Gartens der JLU Gießen (Foto: M. Stark).

1 Das Ausstellungsteam bestand aus Prof. Dr. Bettina Brockmeyer (Historisches Institut), Dr. Joachim Hendel und Lutz Trautmann M. A. (Universitätsarchiv Gießen), Prof. Dr. Magnus Huber (Institut für Anglistik), Prof. Dr. Katharina Lorenz (Professur für Klassische Archäologie), Dr. Olaf Schneider (Sondersammlungen der Universitätsbibliothek Gießen), Dr. Michaela Stark (Kustodin der Antikensammlung der JLU), Dr. Alissa Theiß (JLU-

liche Sammlungsbestände[2] der Universität, die aus der Zeit des Hochimperialismus und den zu der Zeit bestehenden Kolonien stammen und die in vier Themensektionen beleuchtet wurden. Die Antikensammlung stellte im Rahmen der Ausstellung Bestände vor, die im frühen 20. Jahrhundert über verschiedene Grabungsexpeditionen ihren Weg in die Antikensammlung fanden. So gelangten zum Beispiel Funde aus dem unter britischer Kontrolle stehenden Ägypten und aus dem vom deutschen Kaiserreich wirtschaftlich abhängigen osmanischen Reich nach Gießen, darunter auch die kaiserliche Schenkung von Funden aus Heinrich Schliemanns Troja-Grabungen.

2023: Sonderausstellung „Of Beasts and Men"

Im Frühjahr 2023 eröffnete mit „Of Beasts and Men" eine Sonderausstellung, die im Wintersemester 2022/23 von der Verfasserin gemeinsam mit Studierenden der Klassischen Archäologie konzipiert wurde und sich mit den Interaktionen zwischen Menschen und Tieren in der antiken Bilderwelt wie Gesellschaft befasste. In der Antike waren Tiere in vielen Lebensbereichen allgegenwärtig: Als Nutz- und Arbeitstiere spielten sie eine zentrale Rolle in der Versorgung der Menschen und sicherten deren Lebensgrundlage. Zudem waren Tieropfer ein bedeutender Bestandteil zahlreicher Rituale und schufen so eine Verbindung zwischen Kultgemeinschaft und Götterwelt. Hunde waren Jagdbegleiter, Hausgenossen und Gefährten, während teure und aufwendig auszubildende Tiere wie Pferde das Prestige der Oberschicht symbolisierten. Außerhalb der besiedelten, zivilisierten Stadt (Polis) galt die Wildnis jedoch als unwirtlich und gefährlich – ein Raum, in dem neben echten Raubtieren in der Vorstellungswelt der antiken Menschen auch mythische Kreaturen und Ungeheuer ihr Unwesen trieben. Besonders in der antiken Bilderwelt spiegelt sich diese vielschichtige Beziehung zwischen Menschen und Tieren: Schon in der frühen Bronzezeit sind Gefäße in Tierform belegt, in der geometrischen Epoche belebten Friese von Vögeln und Wildtieren die Dekorationsschemata der Vasenbilder. Ab dem 7. Jahrhundert v. Chr. erscheinen exotische Tiere wie Löwen und Panther auf korinthischer und attischer Keramik, häufig zusammen mit tiergestaltigen Mythenwesen. Im 6. und 5. Jahrhundert v. Chr. treffen Tiere und Menschen sowohl in idealisierten Darstellungen des Alltags als auch in mythischen Szenen aufeinander. Auch in der Münzprägung finden sich Beispiele, in denen Tiere als Embleme das Selbstverständnis von Städten und Herrschern

Sammlungskoordination), und Prof. Dr. Volker Wissemann (Professur für Spezielle Botanik).

2 Botanischer Garten der JLU: das Hansen-Rehnelt-Herbarium; Sondersammlungen der Universitätsbibliothek: singhalesische Palmblatthandschriften aus Sri Lanka; weitere Themensektionen befassten sich mit der Geschichte des Kolonialismus und der Linguistik (Pidgin-English als Verkehrssprache in deutschen Kolonien und seinen Verhältnis zum Deutschen. Instrumentalisierung von Sprache zur Konstruktion einer weißen Überlegenheit als Legitimation der Kolonisierung).

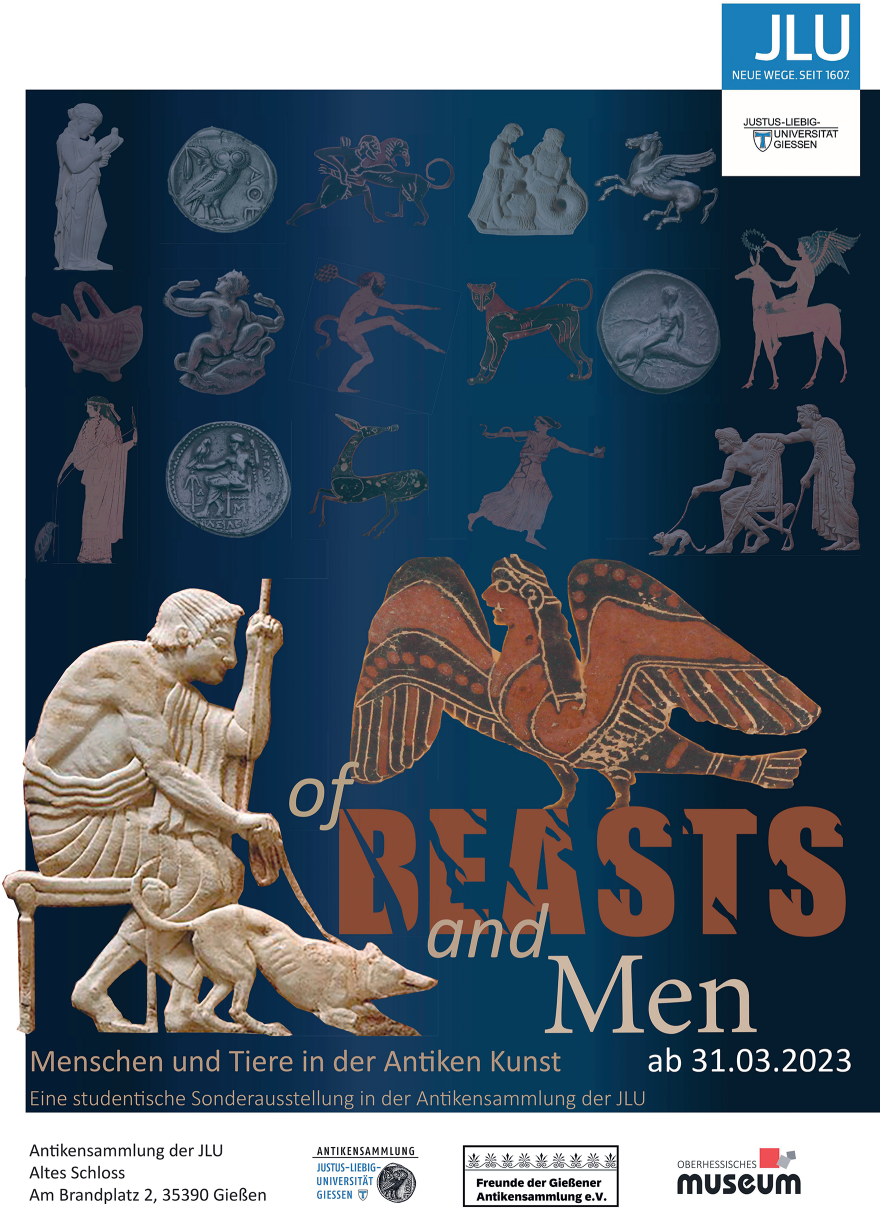


Abb. 4: Plakat Sonderausstellung „Of Beasts and Men" – Menschen und Tiere in der Antiken Kunst (2023/24) (Layout: M. Stark).



Abb. 5: Blick in eine der Themenvitrinen der Sonderausstellung „Of Beasts and Men" – Menschen und Tiere in der Antiken Kunst (2023/24) (Foto: M. Stark).

widerspiegeln. Exotische Tiere wie Elefanten und Krokodile oder auch Meeresbewohner verweisen zusätzlich auf die Reichweite von Handelsnetzen und einen regen kulturellen Austausch. Je nach Art und Lebensraum wurde Tieren in der Antike oft eine besondere Bedeutung zugeschrieben, die sie mit bestimmten Gottheiten oder Kulten assoziierte. (Gift)schlangen etwa galten als Wächter und wurden mit Heil- und Mysterienkulten assoziiert, während der Steinkauz als Symbol der Weisheit als das Wappentier der Göttin Athena galt. Der Adler, als „König der Lüfte", war Zeus/Iupiter zugeordnet und fand ebenfalls Eingang in die Herrschersymbolik. In Mythen traten Tiere häufig als gefährliche oder monströse Gegner auf, wie in den Abenteuern des Herakles, der seine Stärke im Kampf gegen verschiedene Bestien unter Beweis stellte. In der mythischen Welt verschwimmen die Grenzen zwischen Mensch und Tier: Götter erscheinen in Tiergestalt, um Menschen zu entführen, und Menschen werden zur Strafe in Tiere verwandelt. Auch Mischwesen, die Elemente von Mensch und Tier vereinen, symbolisieren Wildheit und Ungebundenheit, wie etwa die Satyrn oder der Hirtengott Pan, die Züge von Ziegen und Pferden tragen. Sphingen und Sirenen erscheinen in der Bildwelt als Mischwesen mit den Köpfen verführerischer Frauen und den Körpern von Raubkatzen oder Vögeln. Figuren, die als Vermittler zwischen Menschen- und Götterwelt fungieren, weisen dezentere tierische Merkmale auf: Wesen wie Eros, die

Siegesgöttin Nike oder Kairos, der flüchtige Augenblick, bewegen sich mit Vogelschwingen zwischen verschiedenen Sphären.

Den Objektbestand der Ausstellung bereicherten Leihgaben aus dem Institut für Veterinär-Anatomie, -Histologie und -Embryologie (Fachbereich 10 – Veterinärmedizin der JLU (Prof. Dr. Carsten Staszyk) ,den zoologischen Sammlungen der JLU und der Hermann-Hoffmann-Akademie, sowie dem Museum für Gießen. Neben den Exponaten ergänzten diesmal auch digitale Angebote die Ausstellung. Per QR-Code konnten Detailfotos kleinformatiger Objekte, tiefer in die Thematik einführende Informationen als Text- und Audiodateien oder Interaktionen wie Rätsel und Quizze in deutscher und englischer Sprache abgerufen werden.

2024: „Objektgeschichten – Die Antikensammlung der JLU zu Gast in Grünberg“

Die Gießener Professur für Klassische Archäologie und damit auch die Antikensammlung und ihre Entstehungsgeschichte sind durch Friedrich Gottlieb Welcker (1784–1868) mit der Stadt Grünberg verbunden.[3] Der 1784 als Pfarrerssohn in Grünberg geborene Welcker wurde 1809 in Gießen zum ersten Professor für „Griechische Literatur und Archäologie“ berufen. Die Gießener Archäologie ist damit einer der ältesten Lehrstühle des Faches in Deutschland. Mit Blick auf diese besondere Verbindung war es besonders erfreulich, dass die Antikensammlung 2024 an frühere Kooperationen mit dem Museum im Spital in Grünberg[4] mit einer Sonderausstellung anknüpfen konnte. Die Ausstellung, die vom 26. April bis zum 11. August 2024 im Museum im Spital in Grünberg zu sehen war, versammelte unter dem Titel „Objektgeschichten“ eine Auswahl besonderer Objekte aus dem Bestand der Antikensammlung von der Bronzezeit bis zur römischen Kaiserzeit. Die Sonderausstellung beleuchtete anhand der Exponate besondere Objektgeschichten und -biographien und nahm die BesucherInnen mit auf eine spannende Zeitreise, von der Antike bis in die jüngere Vergangenheit. Präsentiert wurden unter anderem originale Funde aus den berühmten Ausgrabungen Heinrich Schliemanns in Troja, die im frühen 20. Jahrhundert als so genannte „Doubletten“ ihren Weg nach Gießen fanden, galvanoplastische Nachbildungen der Gold-und Silberfunde aus den Schachtgräbern von Mykene sowie Objekte, die wesentliche Stationen des wissenschaftlichen Werdegangs der Klassischen Archäologin Margarete Bieber zeigen und zugleich ihre enge Verbindung mit dem Gießener Archäologischen Institut zwischen 1920 und 1933 belegen. Neben Informationen über die antike Gesellschaft, ihre Normen und Werte boten die Artefakte Einblicke in die Welt der Götter, Mythen, Rituale und Jenseitsvorstellungen. Details wie Erhal-

3 M. Recke, Die Klassische Archäologie in Gießen. 100 Jahre Antikensammlung (Gießen 2000) 5–8.

4 Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Museumsleiterin Karin Bautz, M.A. und dem ganzen Team des Museums im Spital Grünberg für die rundum gelungene Kooperation und Gastfreundschaft.



Abb. 6: Plakat Sonderausstellung „Objektgeschichten – die Antikensammlung der JLU zu Gast in Grünberg!“ (26.04–11.08.2024) (Layout: M. Stark).



Abb. 7: Blick in den Ausstellungsraum der Sonderausstellung „Objektgeschichten – die Antikensammlung der JLU zu Gast in Grünberg“ im Museum im Spital in Grünberg (Foto: M. Stark).

tungszustand, Inventarnummern und Restaurierungsspuren ließen die BesucherInnen den Weg der Objekte von ihrer Entdeckung bis ins Museum nachvollziehen. Die feierliche Ausstellungseröffnung fand am Freitag, dem 26. April 2024 um 18 Uhr in der Hospitalkirche Grünberg statt. Das umfangreiche Begleitprogramm zur Ausstellung umfasste neben Besucherführungen und einem Abendvortrag[5] über Heinrich Schliemann und seine Entdeckungen in Troja und Mykene auch Themenworkshops, in denen Kinder in die Rolle von Nachwuchs-Archäologen schlüpfen und (nachgebildete) antike Funde ausgraben, analysieren und zeichnen konnten.

Ausstellung „Spuren der Vergangenheit“

Bereits kurz darauf wurde auch eine neue Sonderausstellung am gewohnten Standort der Antikensammlung im Museum für Gieße neröffnet, die sich mit der Geschichte der Sammlung bis zum zweiten Weltkrieg befasst und den Auftakt zu einem neuen digitalen Projekt bildet, das in Teil II dieses Beitrags gesondert vorgestellt werden soll.

5 Gehalten durch den Gießener Archäologiestudenten Marc Schneider.



Abb. 8: Plakat der Sonderausstellung: „Spuren der Vergangenheit: Die Geschichte der Gießener Antikensammlung bis 1944“ (Eröffnung: 17. Mai 2024) (Layout: M. Stark).



Abb. 9: Blick in die Sonderausstellung „Spuren der Vergangenheit“ im Alten Schloss (Foto: M. Stark).

Die Sonderausstellung thematisiert die Geschichte der Antikensammlung bis 1944[6] und stellt die verschiedenen Forscherpersönlichkeiten vor, die die Sammlung mit Objekten aus unterschiedlichsten Gattungen und Regionen der antiken Welt bereichert und systematisch aufgebaut haben. Neben den Exponaten der Antikensammlung werden – aus den Beständen des Universitätsarchivs der JLU – auch Fotografien des Universitätshauptgebäudes in der Ludwigstraße in seinen unterschiedlichen Bauzuständen sowie Einblicke in die damaligen Räumlichkeiten der Abteilung für Klassische Archäologie integriert.

Die Ursprünge der Gießener Antikensammlung lassen sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Der archäologische Lehrstuhl wurde bereits 1809 gegründet. Die Antikensammlung, die 1826 als „Akademisches Kunstmuseum“ bzw. „Kunst-, Münzen- und Antiken-Cabinet“ offiziell gegründet wurde, war lange Zeit

6 Zur Sammlungsgeschichte u.a. W. Zschietzschmann, Die Antikensammlungen der Universität. Gießener Hochschulblätter 5, 1957.2, 46–51; H.-G. Buchholz, Archäologische Sammlung. in: N. Werner (Hrsg.), 375 Jahre Universität Gießen 1607–1982 (1982) 294–297; M. Recke, Die Klassische Archäologie in Gießen. 100 Jahre Antikensammlung. Studia Giessenia 9 (2000); M. Recke, 200 Jahre Archäologie in Gießen. Erster Lehrstuhl für „Griechische Literatur und Archäologie in Deutschland. Spiegel der Forschung 26.2, 2009, 68–77; M. Recke, 200 Jahre Archäologie in Gießen, Teil 2: Die Zeit von 1909 bis heute, Spiegel der Forschung 27.1, 2010, 24–33.; K. Lorenz/C. Schmieder/M. Stark, Neue Wege für die Lehre. Seit 1880: Materialität und Körperlichkeit im Prozess des Verstehens, uniforum 35/1, 2022, 10.

mit der Universitätsbibliothek der Ludoviciana verbunden. In den 1820er Jahren war die Sammlung im südöstlichen Flügel der ehemaligen Seltersbergkaserne in der Liebigstraße untergebracht. Das Johann Valentin Adrian (1793–1864), der von 1830 bis 1864 erster Bibliothekar der Universitätsbibliothek war, unterstellte Antikenkabinett umfasste auch bereits eine kleine Sammlung von Gipsabgüssen plastischer Werke. Unter dem Klassischen Philologen Adolf Philippi (1843–1918) kam es in den 1870er Jahren dann zunächst zu einer ideellen und 1880 auch zu einer räumlichen Trennung. Die Antikensammlung zog gemeinsam mit dem archäologischen Institut in den Neubau in der Ludwigstraße ein, das so genannte neue Kollegiengebäude, das heute als Universitätshauptgebäude fungiert. Im Erdgeschoss nahm dort das archäologische Institut mit der Sammlung auf einer Gesamtfläche von über 300 Quadratmetern das Foyer und nahezu auf voller Länge die beiden Fenstersäle an der Front des Gebäudes ein. Die publikumswirksame Aufstellung der archäologischen Objekte, die Universitätsangehörige wie auswärtige Besucher gleichermaßen anzog, zeugt zugleich von dem hohen Stellenwert, den die objektnahe akademische Lehre in dieser Zeit einnahm. Besonders unter Bruno Sauer (Ordinarius von 1898–1910) und seinem Nachfolger Carl Watzinger (Ordinarius von 1909–1916) wurde die Antikensammlung an ihrem neuen Standort systematisch zu einer akademischen Lehr- und Forschungssammlung ausgebaut. Zahlreiche Fundstücke aus verschiedenen Epochen und Regionen der antiken Welt fanden ihren Weg nach Gießen – von Artefakten des alten Ägypten bis hin zu den Objekten aus den Troja-Grabungen von Heinrich Schliemann sowie griechischen Vasen und etruskischen anatomischen Votivterrakotten. Auch die umfangreiche Gipsabguss-Sammlung, von der heute nur noch einige wenige Objekte erhalten sind, ist eng mit Bruno Sauer und seinen Forschungen verbunden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Sammlung durch die Lehrstuhlinhaber und MitarbeiterInnen, darunter bekannte Persönlichkeiten wie Margarete Bieber, vereinzelt um einige Objekte erweitert, besonders aber intensiv in Forschung und Lehre genutzt. Im Rahmen des Umbaus des Universitätsgebäudes im Jahr 1940 fand die Gipsabguss-Sammlung dann einen neuen Standort in einer „Skulpturenhalle“ (dem heutigen Senatssaal) über der neu errichteten Vorhalle zur großen Aula, wo die Statuen – bereits vom Foyer aus sichtbar – an den Treppenaufgängen platziert und im ersten Stock durch große Wandöffnungen einsehbar, effektvoll inszeniert waren. Dort befand sich ein Großteil der Abgüsse auch, als der Bau am 11. Dezember 1944[7] durch den Luftangriff auf Gießen, der sich im Jahr 2024 zum 80. Mal jährte, großflächig

7 In den Publikationen zur Sammlungsgeschichte wird der 06. Dezember 1944 als Zerstörungsdatum genannt: u.a.; M. Recke, Gönner, Geber und Gelehrte. Die Gießener Antikensammlung und ihre Förderer (2007) 54; laut der Angaben des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen wurde das Gebäude aber im Zuge der dritten Bombardierung, am 11. Dezember 1944 zerstört: siehe hierzu: P. Schlagetter- Bayertz, Gießen im Bombenkrieg: die Luftangriffe im Dezember 1944 (2004), 37. https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/xsrec/current/2/sn/edb?q=YToxOntzOjQ6InplaXQiO3M6MTA6IjExLjEyLjE5NDQiO30=

zerstört wurde. Am Freitag, dem 17. Mai 2024 fand die feierliche Eröffnung der Sonderausstellung statt.

Die Antikensammlung als Lernort: Workshops und Events für MuseumsbesucherInnen

Der neue Standort der Antikensammlung im Alten Schloss mit der Zugänglichkeit verschiedener Räumlichkeiten, wie dem Netanya-Saal und einem Malatelier für Kinderveranstaltungen, ermöglicht es, in noch größerem Maße als zuvor begleitende Events zu den thematischen Sonderausstellungen anzubieten. Neben der Weiterführung traditioneller Formate wie den studentischen Themenführungen und Kuratorinnen-Führungen durch die aktuellen Sonderausstellungen, sowie Einblicken in die magazinierten Bestände der Sammlung, stehen nun auch regelmäßig Workshops für Kinder und Familien auf dem Programm. Dabei stehen Themen wie die antike Mythologie ebenso im Fokus wie die spielerische Arbeit mit archäologischen Objekten: Im Rahmen des Formats „Archäologie zum Anfassen" können Kinder als NachwuchsforscherInnen aktiv werden, Repliken von Fundobjekten ausgraben, zusammensetzen und bestimmen. Zudem sind in den letzten Jahren im Rahmen von Ausstellungsvorbereitungen verschiedene Spiele mit Antikenthematik entwickelt worden, die bei den Museumsworkshops und anderen Events zum Einsatz kommen. Auch außerhalb ihrer neuen Räumlichkeiten ist die Antikensammlung sehr präsent und fester Bestandteil verschiedener Aktivitäten in Stadt und Universität: Neben dem jährlichen Internationalen Museumstag, den die Gießener Museen gemeinsam mit vielen attraktiven Programmpunkten begehen, ist die Antikensammlung mit vielen Mitmachangeboten für Kinder beim Gießener Museumsfest am Kugelbrunnen[8] vertreten, das seit 2022 jährlich stattfindet. Auch verschiedene Informationsformate der Justus-Liebig-Universität, wie die Hochschulinformationstage (HIT) und der Open Campus Day, werden durch Anschauungsobjekte und Informationsmaterialien der Antikensammmlung bereichert.

Teil II: Digitale Tools in Lehre, Museum und Forschung

3D-Digitalisierung

Neben Museumsdidaktik und Ausstellungskonzeption sind besonders digitale Kulturpraktiken und ihr Einsatz in Lehre und Museum ein Schwerpunkt der Professur für Klassische Archäologie an der Justus-Liebig-Universität. Die Antikensammlung fungiert dabei im Rahmen des seit 2018 etablierten „Living Lab" – einer Plattform zur Entwicklung und Erprobung digitaler Anwendungen in den historischen Bild- und Objektwissenschaften – als „Experimentallabor" für innovative digitale Vermittlungstechniken. In den letzten Jahren haben wir begon-

8 Eine Veranstaltung des BID-Verein Marktquartier e.V. in Kooperation mit der Gießen Marketing GmbH.



Abb. 10: Beispiel Museumskoffer der Antikensammlung „Der ägyptische Totenkult“ (Foto: J. Schmidt).

nen, mithilfe der Photogrammmetrie 3D-Modelle ausgewählter Sammlungsobjekte zu generieren, die anschließend in Form von 3D-Drucken für Interaktionen in Ausstellungen und Workshops genutzt werden. So können zum Beispiel konservatorisch sensible Exponate in Form von Repliken in die Dauerausstellung integriert werden. Darüber hinaus sind die 3D-Drucke als sogenannte „Hands-on-Objekte“ in thematischen Museumskoffern vertreten, die sich speziell für den Einsatz im Schulunterricht verschiedener Klassenstufen eignen. Im Sommersemester 2022 entwickelten Studierende der Klassischen Archäologie und weiterer Fachrichtungen (Johanna Schmidt, Alisa Stolzheise, Aylin Yeni und Lisa Timmers) im Rahmen eines praxisorientierten Seminars, angeleitet durch die Verfasserin und Dr. Claudia Schmieder, solche Museumskoffer zu unterschiedlichen Themenbereichen. Die 3D-Drucke ermöglichen den SchülerInnen dabei ein unmittelbares „Begreifen“ der Objekte. Die Koffer enthalten neben einem Fokusobjekt eine Vielzahl digitaler und analoger Materialien, darunter Bilder, erläuternde Texte, verschiedene Spiel- und Rätselangebote, Audiodateien sowie weitere multimediale Inhalte. Eine spannend gestaltete Storyline führt durch die Interaktion und ermöglicht eine anschauliche und altersgerechte Auseinandersetzung mit archäologischen Artefakten. Diese Elemente schaffen ein immersives Lernerlebnis, das SchülerInnen nicht nur Wissen vermittelt, sondern aktiv in den Lernprozess einbindet. Dabei werden zugleich wissenschaftliche Methoden spielerisch vermittelt, wodurch ein interaktives Museumserlebnis direkt im Klassenzimmer geschaffen wird.

Digitale Lehrprojekte

In den vergangenen Jahren standen die Objekte der Antikensammlung im Fokus von zwei innovativen digitalen Lehrprojekten, die beide durch *hessenhub*, das Netzwerk digitale Hochschullehre Hessen, gefördert wurden. In die Entwicklung und Realisierung beider Projekte waren die Studierenden der Klassischen Archäologie und der Nachbardisziplinen im Rahmen von praxisorientierten Lehrveranstaltungen eingebunden.

Projekt I: DIAGNOPTICO – Panofsky meets Experience- and Interaction Design

Im Projekt *Diagnoptico – Panofsky meets Experience- and Interaction Design* (Projektlaufzeit Juli 2021 bis Juni 2022) wurde ein digitaler Beschreibungstrainer konzipiert, der mit Hilfe interaktiver Lernspiel-Szenarios NutzerInnen aktiviert, sich – am PC oder auf einem mobilen Endgerät – ein ihnen unbekanntes Objekt eigenständig zu erschließen. Zielgruppe für diesen Beschreibungstrainer sind sowohl MuseumsbesucherInnen als auch Studierende. Im Rahmen der begleitenden Lehrveranstaltung im WS 2021/22 (Leitung: Verfasserin/Dr. C. Schmieder, Ekkehart Breuker M.A.) wählten die Studierenden zunächst ein archäologisches Artefakt und analysierten dieses nach dem wissenschaftlichen Diagnosemodell des Kunsthistorikers Erwin Panofsky (1892–1968), in dem die optisch-visuellen Eigenschaften von Objekten mit Blick auf ihren Phänomensinn (WAS ist dargestellt?), ihren Bedeutungssinn (WIE ist es dargestellt?) und ihren Dokumentsinn (WARUM ist es so dargestellt?) beschrieben und interpretiert werden. Mithilfe einer selbst entwickelten Persona wurde dann eine Zielgruppe für die Interaktion ausgewählt, auf deren spezifische Interessen und Bedürfnisse die Lernsequenz zugeschnitten sein sollte. Anschließend kreierten sie ein narratives Rahmenkonzept, das als roter Faden durch die Lernsequenz führen sollte. Die Objekte wurden dabei in strukturierten Sequenzen in ihren wesentlichen Merkmalen untersucht – Form, Größe, Material und Farbe bzw. Bemalung und Herstellungstechnik sind dabei ebenso relevant wie ikonographische Details und die Frage nach dem kulturhistorischen Kontext, in dem das Objekt ursprünglich verwendet wurde. NutzerInnen sollen dabei durch Fragen und Rätsel dazu angeregt werden, das Objekt genau zu untersuchen und eigene Beobachtungen zu reflektieren. Direktes Feedback und zusätzliche Informationen unterstützen dabei das Verständnis und fördern den Lernprozess. Für die einzelnen Interaktionsschritte erarbeiteten die Studierenden ein inhaltliches Konzept und produzierten dazu Bild- und Audiomaterial sowie interaktive Elemente wie Rätsel, Multiple-Choice-Fragen und Quizformate. Der inhaltliche Entwicklungsprozess der einzelnen Projektideen wurde dabei in Gruppenarbeit und im Rahmen von Pitches im Team jeweils auf seine Funktionalität getestet und die Entwicklungsschritte auch durch die Dozierenden engmaschig betreut. Umgesetzt wurden die digitalen Objektinteraktionen mit Hilfe der e-learning und Screencast-Software *Active Presenter,* mit der die Studierenden nach einer technischen Schulung im

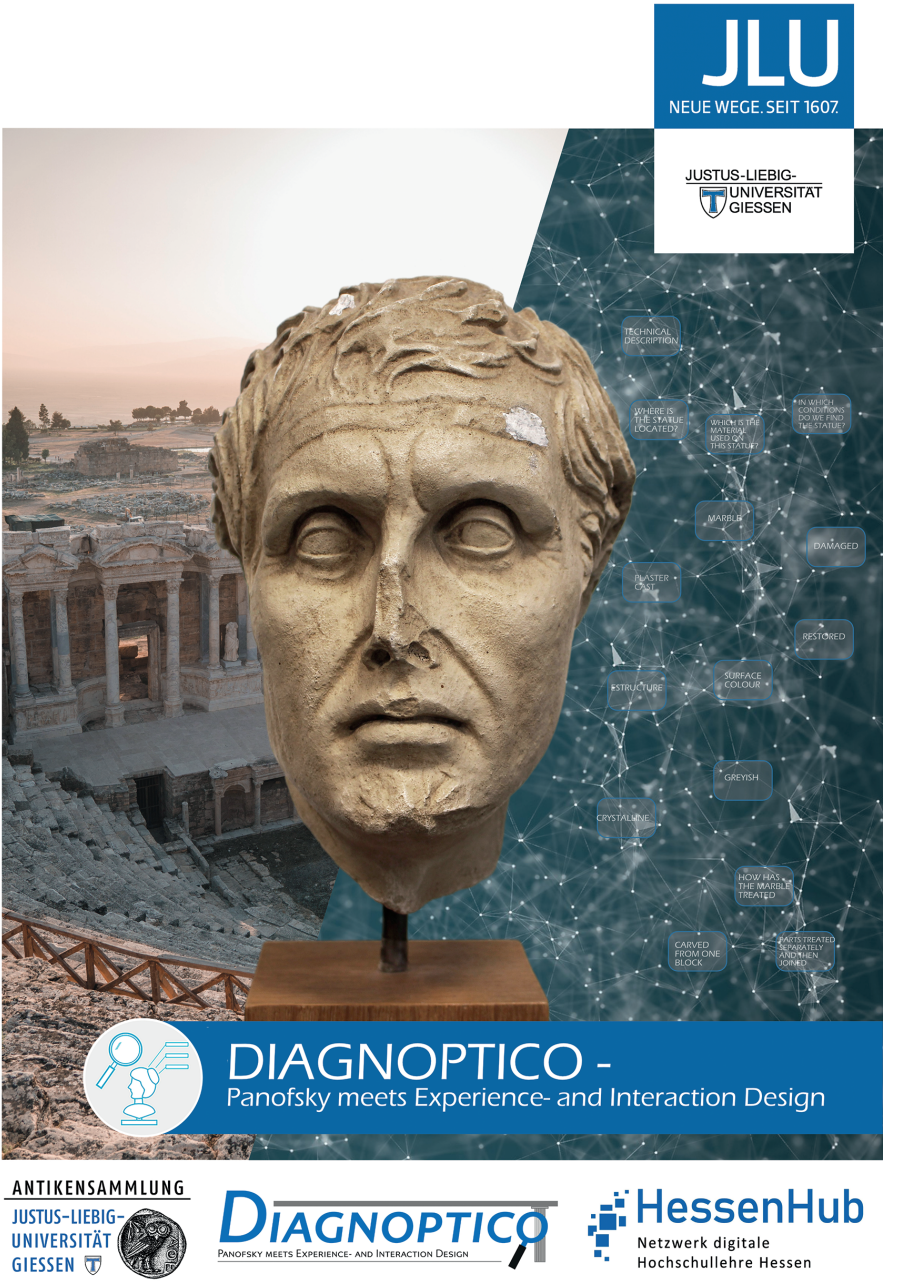


Abb. 11: Plakat Projekt „Diagnoptico – Panofsky meets Experience- and Interaction Design“ (Layout: J. Schmidt).



Abb. 12: Projekt Diagnoptico: Screenshot aus dem Muster-Portfolio Sirene (Ersteller: E. Breuker).

Seminar weitgehend eigenständig an ihren Portfolios arbeiten konnten. Die Software erlaubte das Einbinden von Bildern, Video- oder Audiodateien und die fertigen Sequenzen konnten in html exportiert und in die Projektwebsite eingebunden werden, von wo aus NutzerInnen von unterschiedlichen Geräten und unterschiedlichen Betriebssystemen auf die Inhalte zugreifen können. Im Projekt wurden insgesamt sieben Lernsequenzen realisiert, die am 15. Mai 2022, am Internationalen Museumstag, zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Im Rahmen einer Ausstellungseröffnung in der Antikensammlung hatten BesucherInnen die Möglichkeit, die Objektinteraktionen – auf bereitgestellten PCs und Tablets, aber auch via QR-Code direkt neben den originalen Objekten – einem Praxistest zu unterziehen. Die Projekte richten sich an verschiedene Alters- und Interessensgruppen und sind in Umfang und Komplexität angepasst. Sie reichen von kurzen Abenteuerspielen über selbst gestaltete interaktive Comics bis hin zu anspruchsvollen Escape-Room-Formaten. Alle Lernsequenzen sind barrierefrei über die Lernplattform Ilias an der Justus-Liebig-Universität zugänglich (Link: https://ilias.uni-giessen.de/goto.php?target=cat_284485&client_id=JLUG).

Projekt II: Museum 3D – ein virtueller Ausstellungsraum als DigiLab für Museen und Lehre

Das Folgeprojekt *Museum 3D* das zu Beginn des Jahres 2023 startete, hatte das ambitionierte Ziel, auf der Grundlage der gewonnenen didaktischen und konzeptionellen Erkenntnisse des Vorgängerprojektes gemeinsam mit Studierenden ein immersives Virtual-Reality-Erlebnis für MuseumsbesucherInnen zu kreieren. Im Projekt sollte eine virtuelle Ausstellungsumgebung geschaffen werden, die als

Experimentallabor zur Schulung im Umgang mit musealen Artefakten, für interdisziplinäre Lehrformate und für die Präsentation studentischer Sonderausstellungen genutzt werden kann. Der Einsatz von VR-Technologie bringt im musealen Kontext zahlreiche Vorteile mit sich: Eine virtuelle Lernumgebung ermöglicht es, Objekte „anzufassen", sie aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, zu vergrößern und zu analysieren. NutzerInnen können in der digitalen Welt auch fragile Artefakte, die normalerweise sicher hinter Glas geschützt sind, frei aus verschiedenen Blickwinkeln untersuchen und interaktiv mit ihnen arbeiten. Um dieses technisch deutlich komplexere Projekt, das wiederum dank der Förderung von *hessenhub* ermöglicht wurde, zu meistern, kooperierten wir dieses Mal mit dem Team des *Lab for Innovative Teaching (*Maraike Büst und Eva Dabrowski mit Team) des Verbundprojektes *NIDIT*, die beim Ankauf der Geräte, bei der Schulung der Studierenden, der technischen Umsetzung und dem späteren öffentlichen Release unterstützten. In der begleitenden Lehrveranstaltung *Zum Greifen nah – virtuelles Storytelling in der Antikensammlung 2.0* (Sommersemester 2023; Leitung: Verfasserin und Dr. Claudia Schmieder) wählten die Studierenden ein Objekt aus der Antikensammlung und erstellten mithilfe der Photogrammmetrie und der Software *Meshroom* im NIDIT Lab ein 3D-Digitalisat. Der didaktische Ansatz entsprach dabei dem des Projektes *Diagnoptico*: auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analyse und Aufarbeitung ihrer Objekte entwickelten die Studierenden ein Interaktionskonzept, das auf eine von ihnen definierte Zielgruppe abgestimmt war. Die besondere Herausforderung bestand nun jedoch darin, die Interaktionsformen auf die besonderen Anforderungen einer VR-Umgebung anzupassen und dabei den enger gesteckten technischen Vorgaben zu folgen, um späteren Anpassungsbedarf zu minimieren. Die Ausstellungsumgebung – drei „Themenwelten": ein griechischer Tempel, ein römisches Wohnhaus und ein Grabbau – wurde in der Seminargruppe zunächst gemeinsam auf dem Papier entworfen. Tobias Jung erstellte als studentische Projekthilfskraft das Raumszenario in der Software *Maya*. Die spätere Umsetzung erfolgte in der Grafik-Engine *Unreal Engine*.

In der nächsten Phase entwickelten die Studierenden Drehbücher für ihre Objektinteraktionen und stellten Texte, Quizfragen, Bildmaterialien und Audiodateien für die interaktiven Sequenzen zusammen, die dann Schritt für Schritt in die virtuelle Umgebung übertragen wurden. Die Vielzahl der Interaktionen und Begleitmaterialien sowie deren Anpassung in VR erwiesen sich dabei trotz der sorgfältigen Vorplanungen als Herausforderung. Daher und auch, um das Programm barrierefrei möglichst vielen NutzerInnen auch ortsunabhängig zugänglich zu machen, entschieden wir uns dafür, parallel zur VR-Version auch eine Desktop-Version zu entwickeln. Der erste Prototyp der VR-Version von *Museum 3D*, technisch optimiert für Pico-VR-Sets (Pico 2 und 4), wurde am 22. Oktober 2023 in der Antikensammlung vorgestellt. BesucherInnen konnten das Erlebnis nach einer technischen Einführung testen und ihr Feedback geben. Auf Grundlage dieser Evaluierung wurde die VR-Version weiter verbessert und im Frühjahr 2024 im Rahmen von Gruppenworkshops unter sachkundiger Anleitung in der Antikensamm-



Abb. 13: Plakat Projekt Museum 3D – ein virtueller Ausstellungsraum als DigiLab für Museen und Lehre (Layout: M. Stark).

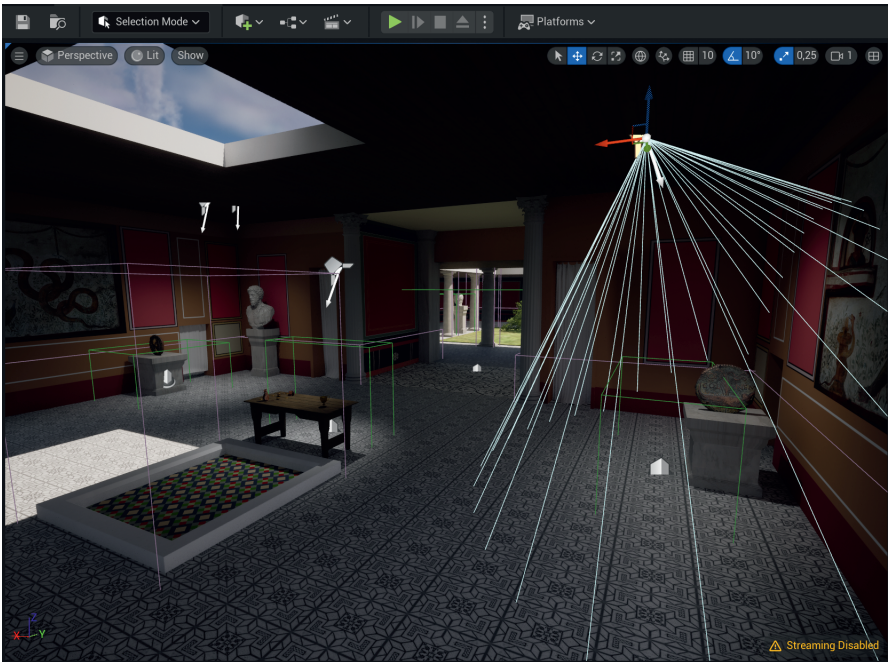


Abb. 14: Projekt Museum 3D: Blick in das römische Wohnhaus (Desktop-Variante). (Viewport Unreal Engine; 3D Visualisierung: Tobias Jung).

lung zur Verfügung gestellt. Die optimierte Desktop-Version ist seit Februar 2024 zum Download verfügbar.

Die Antikensammlung an der Schnittstelle zwischen Stadt und Universität: Die Vorteile der digitalen Kulturgutvermittlung

Reflektiert man die verschiedenen Projektvorhaben der vergangenen beiden Jahre mit besonderem Augenmerk auf die didaktischen Erfahrungswerte, wird deutlich, wie die Gießener Antikensammlung als Lehr- und Lernort an der Schnittstelle von Stadt und Universität auf vielfältige Weise dazu beitragen kann, Wissen zu vermitteln, neue Zielgruppen zu erschließen und aktives Lernen zu fördern. Dadurch werden innovative Wege in der Wissenschaftskommunikation und Kulturgutvermittlung beschritten. Der Einsatz digitaler Interaktionstechnologien ermöglicht es, neue Ansätze zu erproben, die den BesucherInnen helfen, sich durch Interaktion mit den Objekten eigenständig Wissen zu erschließen. Dies steht im Gegensatz zum klassischen Museumsbesuch, bei dem Informationen häufig passiv konsumiert werden. Für MuseumsbesucherInnen bieten digitale Angebote, die im Sinne des Blended Learning den Museumsbesuch und die Betrachtung der originalen Artefakte nicht ersetzen, sondern sinnvoll begleiten und ergänzen, einen großen pädagogischen Mehrwert: Sie regen NutzerInnen unterschiedlicher Altersgruppen

und Vorkenntnisse zur eigenständigen und reflektierten Auseinandersetzung mit Exponaten an und schaffen so einen neuen Zugang zu den Objekten und vereinfachen die Vermittlung komplexer Themen. Barrierefrei können BesucherInnen dabei Inhalte entweder vor Ort – z.B. per QR-Code an der Vitrine – oder auch ortsunabhängig über die Projekthomepage abrufen. Diese flexiblen, digitalen Formate ergänzen nicht nur bestehende Ausstellungen, ohne diese zu ersetzen, sie lassen sich außerdem für Workshops oder schulische Projekttage nutzen. Dadurch können durch den spielerischen Zugang neue Zielgruppen gewonnen und an die Analyse ihnen unbekannter Museumsartefakte herangeführt werden.

Mit Blick auf die universitäre Lehre lassen sich zwei verschiedene Aspekte hervorheben: zum einen profitieren Studierende als NutzerInnen von digitalen Angeboten. StudienanfängerInnen bieten die Präsenzlehre begleitende digitale Formate eine spielerische Einführung in die kunsthistorisch und archäologisch korrekte Betrachtung und Analyse von Artefakten. Insbesondere in den Basismodulen des ersten Studienjahres, in denen die Studierenden grundlegende Fachinhalte und wissenschaftliche Arbeitsmethoden erlernen, erleichtert der interaktive Zugang den Einstieg und führt spielerisch an grundlegende methodische Kompetenzen heran. Diese selbstständige Erarbeitung von Inhalten vertieft das Wissen nachhaltig und stärkt das eigenständige, kritische Denken. Digitale Lehrformate fördern darüber hinaus die Attraktivität des Studienangebots und eröffnen die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Fächern und Institutionen, wodurch interdisziplinäre Lehrformate realisierbar werden.

Für Studierende als *Content Creators* bietet die aktive Einbindung in die Entwicklung und Umsetzung digitaler Angebote die Gelegenheit, fachliche und didaktische Kompetenzen zu vertiefen. Durch die intensive Auseinandersetzung mit den archäologischen Objekten und deren spezifischen Eigenschaften sowie die Reflexion des Analyseprozesses erlernen sie praxisorientierte, problem- und lösungsorientierte Arbeitsmethoden. Das Arbeiten im Team und der kontinuierliche Austausch fördern nicht nur Teamarbeit, sondern auch kreatives, interdisziplinäres Denken. Im Rahmen des Designprozesses lernen Studierende, zielgruppenorientiert zu arbeiten und Wissen durch digitales Storytelling zu vermitteln – also wertvolle Schlüsselkompetenzen für eine mögliche spätere Tätigkeit in der Kulturgutvermittlung. Darüber hinaus erwerben sie technische Fertigkeiten, Softwarekenntnisse und stärken zugleich ihre Medienkompetenz.

Ausblick: Antikensammlung meets citizen science – das Projekt Phoenix VR

Die im Mai 2024 eröffnete Sonderausstellung *Spuren der Vergangenheit* markierte zugleich den Start eines neuen VR-Projekts, das sich derzeit im Aufbau befindet. Im Fokus steht dabei die Gipsabguss-Sammlung der Justus-Liebig-Universität, die am 11. Dezember 1944 bei der Bombardierung Gießens fast vollständig zerstört wurde. Nur wenige erhaltene Fotografien geben einen Eindruck dieses einst umfangreichen Bestandes der akademischen Lehrsammlung und seiner Aufstellungs-



Abb. 15: Die Aufstellung der Gießener Gipsabguss-Sammlung im „Skulpturensaal" des Universitätshauptgebäudes in der Ludwigstrasse 23 um 1940 (Foto: Universitätsarchiv der JLU Gießen).

situation in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Das Projekt, das wiederum von der Verfasserin gemeinsam mit Dr. Claudia Schmieder geleitet wird, versucht, das Gebäude in der Ludwigstraße 23 sowie die ursprüngliche Raumsituation der Abguss-Sammlung soweit möglich virtuell zu rekonstruieren. Die erhaltenen Informationen sind jedoch lückenhaft, da auch die Dokumentation der Sammlung während des Krieges größtenteils verloren ging. Nachweisbar ist jedoch, dass die Gipsabgüsse im Rahmen von Umbauarbeiten 1940 in einer „Skulpturenhalle" über der neu errichteten Vorhalle zur großen Aula – dem heutigen Senatssaal – präsentiert wurden. Die dort im ersten Stockwerk wirkungsvoll inszenierten Statuen waren bereits vom Foyer aus durch fünf große Wandöffnungen sichtbar. Links und rechts der Treppenaufgänge empfingen überlebensgroße Abgüsse der „*Venus Townley*" und des „*Ares Borghese*" die BesucherInnen und wiesen ihnen den Weg zur Sammlung.

Ziel des Projekts *Phoenix VR* ist es, die verlorenen Bestände mithilfe von 3D-Modellen in ihrer ursprünglichen Aufstellung im virtuellen Raum wiedererlebbar zu machen. Damit soll die Gipsabguss-Sammlung für Studierende und BesucherInnen sowie für Ausstellungen, Lehre und Forschung erneut zugänglich werden. Unterstützt wird das Projekt durch das Lab for Innovative Teaching (des Verbundprojekts NIDIT) sowie durch das Universitätsarchiv der JLU.

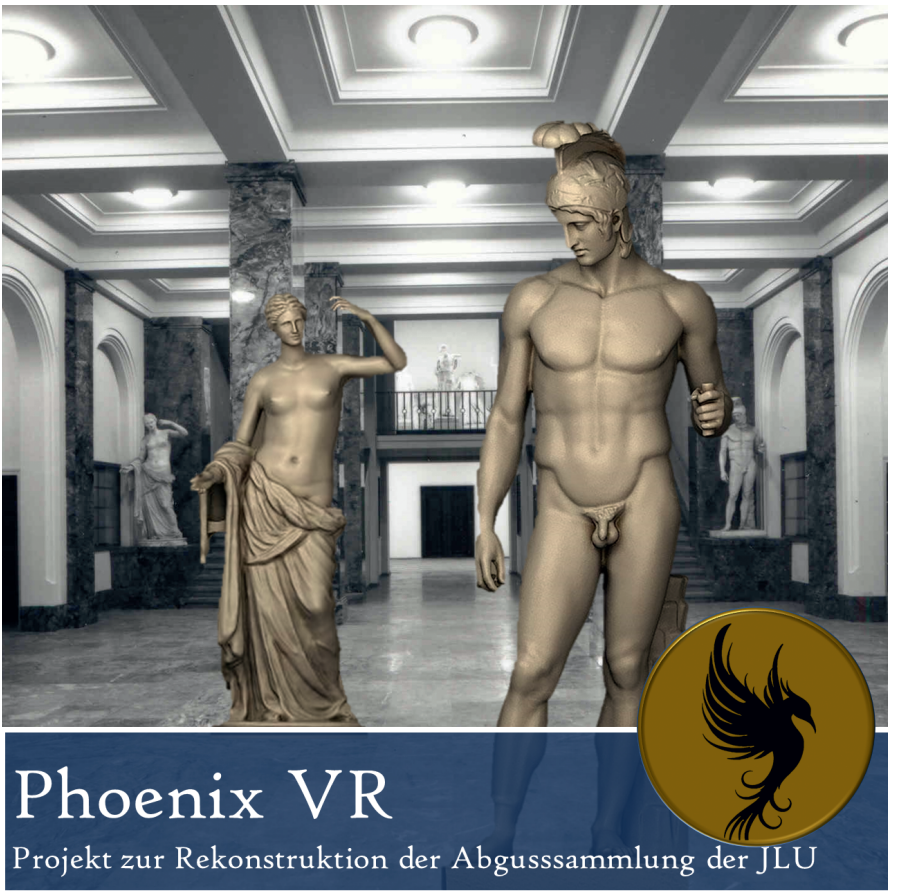


Abb. 16: Plakat Projekt Phoenix-VR (Layout: C. Schmieder).

Das Projektteam hofft zudem auf die Mithilfe der Gießener Bürgerinnen und Bürger und hat dazu aufgerufen, in privaten Sammlungen und Nachlässen nach Fotografien zu suchen, die die Spurensuche unterstützen und das unvollständige Bild der ehemals bedeutenden Sammlung ergänzen könnten. So kann die Gießener Gipsabguss-Sammlung zumindest im virtuellen Raum wieder auferstehen – wie einst Phönix aus der Asche.

Kunst-am-Bau und Walter Kröll
Oder: Was ein Schulneubau auslösen kann

Dagmar Klein

Pläne für Schulneubau

Auslöser für die Diskussion um Walter Kröll und Kunst am Bau waren die Pläne der Gemeinde Pohlheim für die Limes-Schule einen Neubau zu errichten. Der Anwohnerin Annelie Müller fiel auf, dass bei Vorstellung der Pläne nie von dem Wandrelief an der Schule die Rede war. Was würde damit geschehen? Zunächst einmal fragte sie bei Bekannten herum, von denen sie wusste, dass sie sich mit der lokalen Kunstgeschichte auskennen, bat um deren Expertise.

Das Kreisarchiv förderte eine Broschüre[1] zutage, die zur Eröffnung der Schule herausgeben worden war. Darin hat der Künstler des Metallreliefs sogar einen Beitrag zur Kunst am Bau in der damaligen Zeit publiziert. Was durchaus ungewöhnlich ist. Eine erste Inaugenscheinnahme des Werks fand im März 2021 statt, durch den OKB-Vorsitzenden Dieter Hoffmeister und die Kunsthistorikerin Dagmar Klein, die das Werk als einen „typischen Kröll" und erhaltenswert einstuften.



Abb. 1: Wandrelief an der Limes-Schule Pohlheim, März 2021.

1 Broschüre zur Eröffnung der Adolf-Reichwein-Schule Watzenborn-Steinberg: Die Metallgraphik an der Adolf-Reichwein-Schule. Gedanken über die Kunst am Bau heute, von Walter Kröll, im Kreisarchiv Pohlheim 52 N/Nr.128; der heutige Name: Limes-Schule Gemeinde Pohlheim.

Nun stellte die Initiatorin Müller die entsprechende Anfrage, über die FDP, an das Gemeindeparlament Pohlheim. Künstler und Werk wurden dort vorgestellt. Doch plötzlich stand nicht mehr die Kunst im Mittelpunkt, sondern das Leben des Malers, dessen erste Berufsphase in die Zeit des Nationalsozialismus fiel. Ist so ein Werk erhaltenswert? Ein öffentlicher Termin mit allen Interessierten fand vor Ort statt.[2]

Uni-Seminar und Ausstellung

Die JLU-Professorin für Kunstgeschichte, Dr. Sigrid Ruby, war auf die Diskussion aufmerksam geworden und bot an, in einem Uni-Seminar zum Werk des Gießener Künstlers zu forschen, mit Fokus auf die NS-Zeit.[3] Das Seminar fand im Sommersemester 2022 statt, die Leitung übernahm ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin Annabel Ruckdeschel.



Abb. 2: Blick in die Kabinett-Ausstellung Walter Kröll im Alten Schloss/Oberhessisches Museum, mit Gemälden aus der Museumssammlung. Im Vordergrund rechts der Porträtkopf Walter Kröll, gefertigt von der Grünberger Künstlerin Edda Seydel-Richter.

2 Berichte über das öffentliche Treffen vor Ort: Gießener Anzeiger (GA) + Gießener Allgemeine Zeitung (GAZ) 7.10.2021.

3 Zur Diskussion um den Umgang mit dem Wandrelief: GAZ 30.6.2022, Kröll-Ausstellung ab September, von Stefan Schaal; GAZ 14.7.2022 Leserbrief Jörg-Peter Jatho „Position zu einseitig".

Ziel war die Erstellung einer Kabinett-Ausstellung im Oberhessischen Museum, die im Herbst desselben Jahres im Alten Schloss zu sehen war.[4] Eine Broschüre mit den Ergebnisberichten der Studierenden wurde herausgegeben.[5] Die Freude über die Kooperation war bei Museumsdirektorin Dr. Katharina Weick-Joch groß, ebenso das Interesse des Gießener Kunstpublikums.

Von der ursprünglichen Idee ein Kröll-Werkverzeichnis zu erstellen, musste sich das Studienseminar verabschieden, weil der Nachlass von Walter Kröll schlicht zu umfangreich ist, als dass ein Uni-Seminar alles sichten, ordnen und zu diversen Fragestellungen weiterrecherchieren könnte. Allein das Oberhessische Museum besitzt mehrere Mappen mit dem künstlerischen Nachlass und das Universitätsarchiv Mappen mit Zeitungsberichten und anderen Dokumenten, die der Künstler selbst gesammelt hatte.

Kröll'sche Kunst am Bau in Gießen

Besonders erfreulich war, dass durch die Sichtungen einige Kunst-am-Bau-Werke in Gießen und Umgebung endlich ihrem Urheber zugeschrieben werden konnten, wie in Gießen der Metall-Hahn an der Feuerwache[6] in der Nordanlage und die Metallrelief-Wandverkleidungen am früheren Eingang zur Alice-Schule, die im Schuldepot gelandet sind. Zu beiden Werken hatte es schon vorher Recherchen gegeben[7], die jedoch weder in städtischen Akten noch bei der Zeitungsrecherche zu einem Ergebnis geführt hatten.

Zeitgleich zum Schulneubau in Pohlheim gab es auch bei der Stadt Gießen Vorbereitungen zu einem Teilneubau an der Ludwig-Uhland-Schule (Aulweg, anfangs Südschule). An dieser gibt es gleich zwei Kunst am Bau-Werke von Kröll.

Das Sgraffito an der Giebelwand zum Schulhof blieb unangetastet, doch das Mosaik-Wandbild in der Pausenhalle wäre beinahe mit deren Abriss verschwunden. Auch hier waren Hoffmeister und Klein zu einer ersten künstlerischen Inaugenscheinnahme aufgebrochen. Tätig wurde in diesem Fall die Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Gießen unter Leitung von Joachim Rauch, die das Werk von dem Restaurator Hanno Born (Lich) begutachten und sichern ließ.[8]

4 Vorbericht zur Ausstellung GAZ 10.9.2022: Dagmar Klein „Kunst war Walter Krölls Brotberuf", GAZ 14.10.2022 zur Eröffnung „Ausstellung als Forschungsort".

5 Kunst im und nach dem NS. Zum Umgang mit Arbeiten von Walter Kröll, hg. v. Institut für Kunstgeschichte der Justus-Liebig-Universität Gießen und Oberhessisches Museum Gießen, Gießen 2022.

6 GA 8.9.1964 „Roter Hahn an der Feuerwache".

7 Auch die Autorin dieses Beitrags war dazu befragt worden.

8 GAZ vom 9.7.2022 „Kunst an der Uhland-Schule gerettet"; aus der Entstehungszeit GA vom 10.9.1959 „Moderne Kunst im Dienst der Pädagogik".



Dienstag, 8. September 1964

„Roter Hahn" an der Feuerwache

Am Portal des neuen Feuerwehrgerätehauses fand der „Rote Hahn" nach dem Entwurf von Kunstmaler Walter Kröll eine sinnbildliche Darstellung in abstrahierender Form. Aus rotem Plexiglas gefertigt, beherrscht er das Zentrum der Darstellung, an deren oberem Teil, über der Tür, ein eingerollter Schlauch und ein Stück Leiter „gegenständlich" zu erkennen sind. Das Kunstwerk, in Messing- und Kupferblech getrieben, wurde von dem Gießener Kunstschlossermeister Skuthan ausgeführt.

(rb. / Foto: Gruhne)

Fußgänger schwer verletzt

Leihgestern. In der Nacht zum Montag gegen 1.30 Uhr wurde ein 24 Jahre alter Fußgänger auf der Straße zwischen Leihgestern und Watzenborn-Steinberg von einem Personenwagen erfaßt und so schwer verletzt, daß er in eine Gießener Klinik eingeliefert werden mußte. Hier wurden Hautabschürfungen und Prellungen, eine Gehirnerschütterung sowie mehrere Knochenbrüche festgestellt.

Wie die Polizei mitteilt, beging der 24jährige die Landstraße in Richtung Watzenborn-Steinberg und benutzte die Mitte der Fahrbahn. Als der in gleicher Richtung fahrende Pkw herankam, sei der Fußgänger zunächst nach links ausgewichen, dann aber nach rechts und direkt vor das Fahrzeug getorkelt. Er wurde etwa 40 Meter weit mitgeschleift. Dem Verunglückten wurde eine Blutprobe entnommen.

Abb. 3.0: Gießener Anzeiger 8.9.1964 zur Fertigstellung des Metallbildes für die neue Feuerwache an der Nordanlage. Deutlich sichtbar ist die Rahmung der Tür, die nicht mehr existiert. Der „Rote Hahn" ist offenbar bei einer Umbaumaßnahme versetzt worden.



Abb. 3.1: Der Hahn an der Feuerwache 2022.

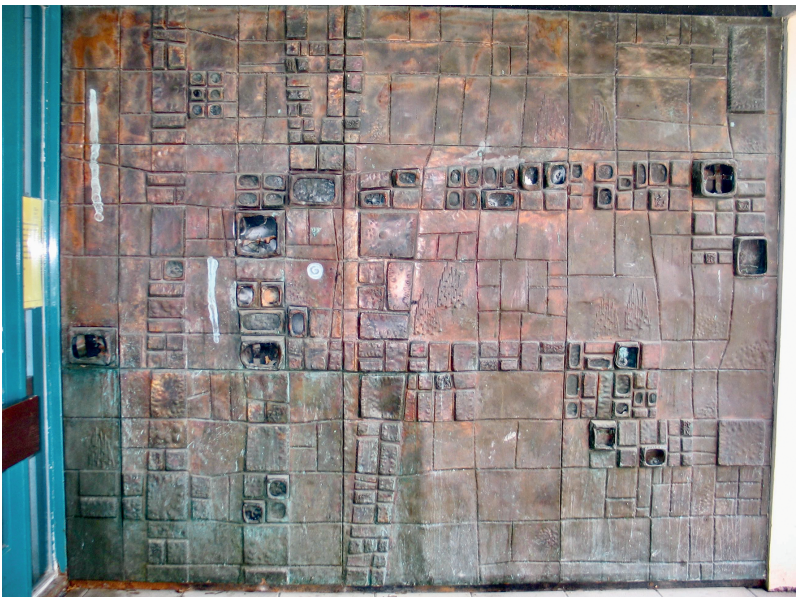


Abb. 4: Eines der Wandreliefs im äußeren Eingangsbereich der Alice-Schule. Sie wurden wegen Anbauten abgenommen (2019/20) und ins Schuldepot gebracht. Erkennbar sind die offenen, quadratförmigen Ränder, mit denen wohl Glassteinchen eingefasst waren, wie Kröll sie häufig verwendete.



Abb. 5: Das Sgraffito an der Giebelwand der LUS mit Motiven der Fabeln von Aesop, Foto in der Zeit des Neubaus Januar 2023.



Abb. 6.1: Das Kröll'sche Wandmosaik in der Pausenhalle der Ludwig-Uhland-Schule (LUS) mit markanten historischen Gebäuden in Hessen, März 2022.



Abb. 6.2: Das Kröll'sche Wandmosaik in der LUS-Pausenhalle während des Abtrags im Juli 2022. (Foto Hanno Born).

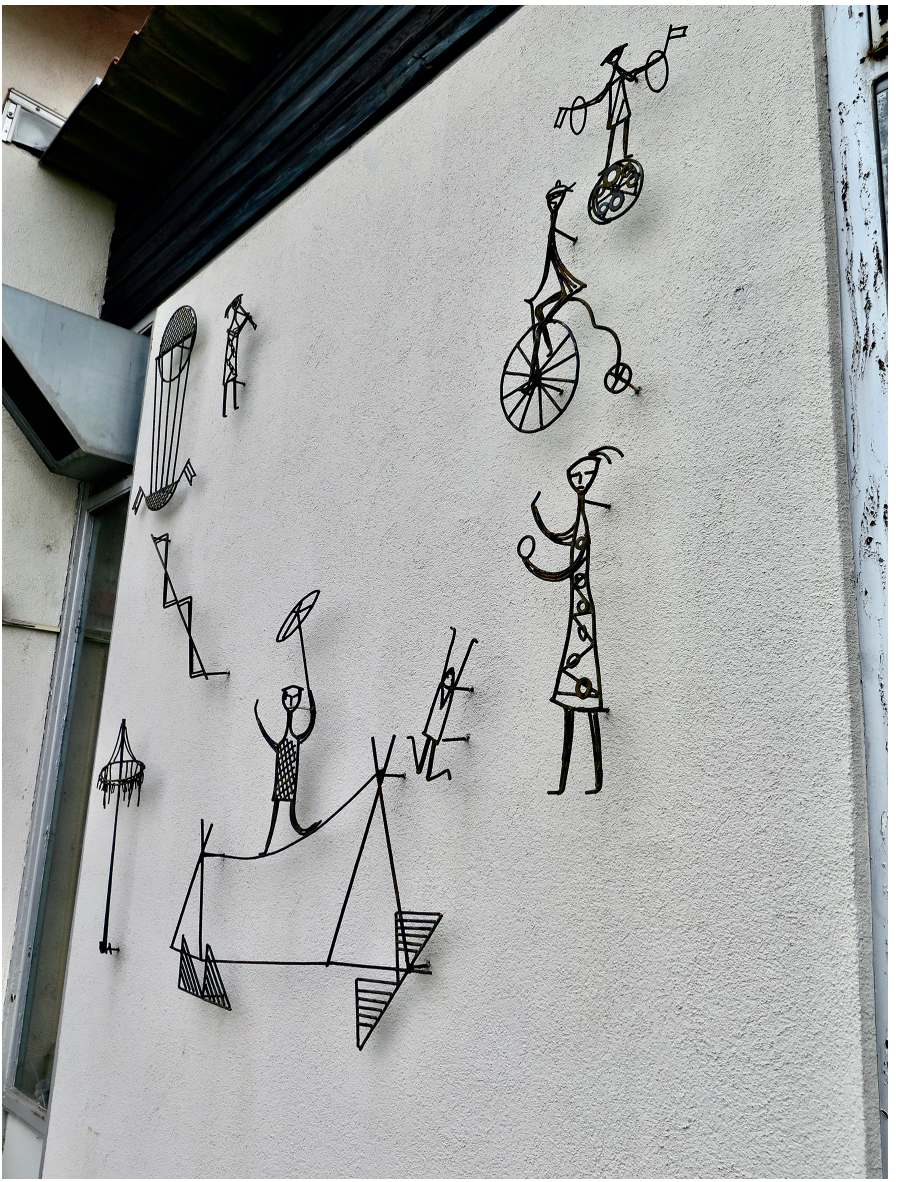


Abb. 7: Das figürliche Metallbild mit Kinderspiel-Motiven von Ludwig Güngerich wurden ebenfalls gesichert.

Ebenfalls gesichert wurde das Metallbild neben dem Eingang an der Straßenseite, das spielende Kinder zeigt, und von dem Gießener Künstler Ludwig Güngerich[9] stammt. Die Metallfiguren am Schulhof von Kindern, die Drachen steigen lassen, war 2010 vom Gartenamt entsorgt worden, trotz eines gegenteiligen Gutachtens[10]. Damals war die Sensibilität für Kunst am Bau noch nicht hoch.

Zurück zum Anfang: das große Metallrelief von Kröll wurde in den Pohlheim'schen Schulneubau übernommen, hängt jetzt an einer Wand im großzügigen Eingangsbereich. Im Frühjahr 2024 wurde es der Öffentlichkeit vorgestellt.[11]



Abb. 8: Das Pohlheimer Wandrelief an seinem neuen Ort im Foyer des Limes-Schul-Neubaus, April 2024.

9 Güngerich (1894–1977) war in den Jahren 1950–1970 OKB-Vorsitzender, siehe OKB-Jubiläumsschrift 2018.

10 Gutachten Dagmar Klein Dez. 2010, im Auftrag der Unteren Denkmalschutzbehörde Gießen.

11 GA 14.3.2024 „Metallrelief an neuem Standort", GAZ 14.3.2024 „Wandrelief an neuem Ort präsentiert".

Zur Person Walter Kröll



Abb. 9: Walter Krölls Selbstporträt aus dem Jahr 1967 war in der Kabinettausstellung zu sehen, Sammlung des Oberhessischen Museums.

Der Gießener Künstler Walter Kröll (1911–1976)[12] war Maler, Grafiker und Zeichenlehrer. Er lernte zunächst das Schreinerhandwerk in Gießen, studierte Innenarchitektur an den Werkkunstschulen Offenbach und Mainz. Ab 1937 lernte er Malerei bei dem Gießener Universitätsmaler Karl Fries, dann folgte ein Studium an der Staatlichen Kunsthochschule Berlin-Charlottenburg. Er behielt die Architektur immer im Blick, übernahm auch Restaurierungsarbeiten.[13] In der Zeit des Nationalsozialismus wurde er Mitglied in der Reichskammer der bildenden Künste, was Voraussetzung war, um öffentliche Aufträge zu erhalten und an Ausstellungen teilnehmen zu können. Während des Krieges wurde er 1940/41 im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes in Gießen von April 1942 bis Mai 1945 zum Wehrdienst bei der Luftwaffe eingezogen.

Er wandte sich kleineren Arbeiten zu, machte Illustrationen etwa zu den 1940/41 publizierten Gießen-Bändchen von Otto Vaubel.[14] Eine vergleichbare Zeichnung (dat.1946) wurde kürzlich vom einstigen Hygiene-Institut an das Universitätsarchiv gegeben, es zeigt das Hygiene-Gebäude wie es unter Leitung von Prof. Georg Gaffky entstanden war.[15]

1943 war Kröll Gründungs- und Vorstandsmitglied des Oberhessischen Künstlerbunds (OKB)[16], gehörte später zur „Gruppe 9“[17], die sich 1969 vom OKB abspaltete, weil sie neue Ausstellungswege beschreiten wollte. Er arbeitete 1949-

12 Siehe Wikipedia-Eintrag (Okt. 2022) vom Leiter des Universitätsarchivs Gießen Dr. Joachim Hendel.

13 Dr. E. G. Klein, Überwindung der Depression – Ateliergespräch mit dem Maler Walter Kröll, Hessische Hefte, Jg.6, Heft 6/1956.

14 Kröll Zeichnungen in: Hermann Otto Vaubel, Das kleine Buch von Gießen (1940) u. Das kleine Buch von der Lahn (1941); derselbe Autor schrieb auch: Vereinfachung der Form zugunsten der Farbe. Zu neuen Bildern von Walter Kröll, in Heimat im Bild, GA-Geschichtsbeilage Nr.9, 27.4.1950.

15 Dagmar Klein in Uni-Zeitung uniforum Dez.2023, Reihe UniKunst-DenkMal Nr.85.

16 Festschrift u. Chronik: 75 Jahre Oberhessischer Künstlerbund, 1943–2018, hg.v. OKB, Vorsitzender Dieter Hoffmeister.

17 Gruppe 9: GAZ 16.2.1983 „Die Bilanz und das Ende. Die Gruppe 9 löst sich nach 14-jährigem Bestehen wieder auf“.



Abb. 10: Die gezeichnete Ansicht des einstigen Hygiene-Instituts ist mit 1946 datiert. Kröll fertigte sie demzufolge nachdem das Gebäude im Zweiten Weltkrieg zerstört worden war. Das Dekanat übergab die Zeichnung 2022 dem Universitätsarchiv.

1954 bei der Post, lebte in der Zeit in der ländlichen Ruhe von Kloster Arnsburg, bevor er 1965 nach Gießen zurückzog. Er gab Kurse als Kunsterzieher in der Jugendstrafanstalt Rockenberg und an der Volkshochschule Gießen.

Auch kümmerte er sich um die Überlieferung des heimischen Kunstschaffens, lieferte mit „Gießen und die Bildende Kunst" einen profunden Beitrag zur ersten Nachkriegs-Jubiläumsfestschrift „Gießen 1248–1948". Von 1951 bis zu seinem Tod 1976 war Kröll hochgeschätzter Zeichenlehrer der Justus-Liebig-Universität und beeinflusste viele heimische Künstler.[18]

Er war an zahlreichen Ausstellungen beteiligt, die Stadt widmete ihm zu Lebzeiten eine Einzelausstellung in der alten Kunsthalle in der Kongresshalle, mit Katalog[19]. Posthum war es der Gießener Galerist Ulrich Reukauf, der Kröll 1998 würdigte.[20] 2010 folgte die Kreisvolkshochschule Lich mit einer Ausstellung in

18 Nachruf „Walter Kröll †" im JLU-Forum Okt.1976; studentische Ausstellung zu Ehren von Walter Kröll von seinen Schülern im Zeughaus, JLU-Forum Jan.1977.

19 Walter Kröll – Zeichnungen – Druckgraphik, hg.v. Magistrat der Universitätsstadt Gießen, Kongresshalle Gießen, 4.–25-April 1976.

20 Galerie Reukauf, GA 27.4.1998: Wenig bekannte Kunst eines altbekannten Gießeners; Reukaufs Eröffnungsrede liegt der Autorin dieses Beitrags vor.

Kloster Arnsburg, nachdem dort auf dem Dachboden ein Konvolut Zeichnungen entdeckt worden waren.[21]

Anmerkungen zu Kunst am Bau

Mit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit wurde die Kunst am Bau eine wichtige Einnahmequelle für Künstler. Gesetzlich geregelt war der Ausgabenanteil für Kunst am Bau bei Bund und Ländern. Städte und Kreise schlossen sich dem Trend an, so dass Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder und Verwaltungsgebäude oft gleich mehrere Kunstwerke erhielten. Auch in Gießen und Umgebung. Leider wurde diese Kunst nur selten dokumentiert oder bekannt gemacht, das gilt fast überall. Auf historischen Fotos sieht man die Kunst manchmal, als Beiwerk und ohne Hinweis auf den Künstler[22] Damit verschwindet die Kunst in der Wahrnehmung und am Ende auch konkret. Vieles ist längst abgerissen, übermalt oder zugebaut. In seltenen Fällen hat bislang der Denkmalschutz gegriffen, dessen primäre Aufgabe die Architektur ist.

Bei der Kröll-Ausstellungseröffnung September 2022 im Alten Schloss waren alle Anwesenden erfreut über die Ankündigung des zuständigen Schuldezernenten des Landkreises Christopher Lipp, dass an sämtlichen Schulen und Verwaltungsgebäuden des Kreises Gießen nach der verbliebenen Kunst-am-Bau geschaut werden und die Ergebnisse auf der Kreis-Homepage dokumentiert werden sollen. Bis zum Verfassen dieses Berichts im Spätsommer 2024 ist dies leider noch nicht geschehen.

Die Stadt Gießen hat in der Corona-Zeit begonnen ihre gesamte Kunst im öffentlichen Raum dokumentieren zu lassen[23], sie ist mittlerweile auf dem städtischen online-Portal öffentlich gemacht.[24] Diese Arbeit ist noch nicht beendet. Auch gab es 2022 vom Oberhessischen Museum und 2023 vom Kulturamt beauftragte Kunstspaziergänge in der Innenstadt (Theaterpark, Fußgängerzone, Rathaus), nachfolgend wurden weitere Bereiche über die Volkshochschule Gießen erschlossen. Mittlerweile werden diese Kunst-Touren auch in/an Einrichtungen der Universität durchgeführt.[25]

21 Gießener Tageszeitungen berichteten mehrmals über die große Gedenkausstellung für Walter Kröll, September + Oktober 2010.

22 Tatsächlich sind in den Anfangsjahren kaum Künstlerinnen im Kunst-am-Bau-Bereich zu finden.

23 Erstellt von Kunsthistorikerin und Stadtführerin Dagmar Klein ab 2021.

24 Öffentlich vorgestellt im Sept. 2023, GAZ 8.9.2023; www.giessen.de/Kunst-im-öffent lichen-Raum .

25 GAZ 8.6.2024, Die Kunst im Uni-Hauptgebäude, geführt von Dagmar Klein und der Uni-Sammlungskoordinatorin Dr. Alissa Theiß.

III. Rezensionen

Kristin Langefeld, Zwischen Collegium, Kämpfrasen und Kaffeehaus. Lebenswelt, Alltag und Kultur Marburger Studenten im 18. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 192), Darmstadt und Marburg 2023, 465 S., 17 Abb.

Die im Titel genannten Schlagwörter „Collegium, Kämpfrasen und Kaffeehaus", die drei wesentliche Aspekte studentischen Alltags skizzieren, weisen die Leserschaft bereits darauf hin, was von der Lektüre zu erwarten ist. Es handelt sich um keine Darstellung im Sinne idealisierter Burschenherrlichkeit, sondern es geht um eine Analyse der Lebenspraxis und Kultur frühneuzeitlicher Studenten. Damit greift die Studie, eine an der Universität Marburg entstandene Dissertation, Fragestellungen auf, die seit den 1990er Jahren und verstärkt seit der Jahrtausendwende von der studentenhistorischen Forschung in den Blick genommen werden. Während bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs korporationsgeschichtliche Darstellungen dominierten und bis in die 1980er Jahre Untersuchungen zur sozialen und geographischen Herkunft und zu Immatrikulationsfrequenzen überwogen, steht nun die Kultur- und Alltagsgeschichte im Fokus der Teildisziplin der Universitätshistoriographie, die sich der Erforschung der Studenten widmet. Vor allem für größere Universitäten wie Göttingen oder Jena sind bereits Publikationen zu speziellen kulturgeschichtlichen Fragen erschienen. Eine umfassende Studie zu dieser Thematik für eine einzelne Hochschule steht bislang jedoch noch aus. In diese Lücke stößt die Autorin vor und hat im Falle Marburgs das Glück, auf eine Fülle ganz unterschiedlicher Quellengattungen zurückgreifen zu können. Für die Rekonstruktion studentischer Lebenswelt sind dabei die Akten und Protokolle des Marburger Universitätsgerichts von besonderer Bedeutung denn sie enthalten neben Informationen zu Fehlverhalten und Bestrafungen der angehenden Akademiker auch Schilderungen von alltäglichen Situationen, die den jeweiligen Konflikten vorausgingen. Hinzu kommen als weitere Quellen die Matrikeln, die Vorlesungsverzeichnisse, Stammbücher sowie normatives Schriftgut – darunter die für Marburg erstmals im Jahr 1790 erlassenen „Akademischen Gesetze" – und zeitgenössische Ratgeberliteratur. Durch die Auswertung dieses umfangreichen Quellenmaterials gelingt es Langefeld einen tiefen Einblick in den Alltag und das Leben der Marburger Studenten im 18. Jahrhundert zu geben und damit zugleich Befunde und Narrative der älteren Studentengeschichtsschreibung zu korrigieren. Der in der Einleitung formulierte Anspruch, mit der Studie auch Grundlagenforschung zu betreiben (S. 27), ist somit durchaus berechtigt.

Die Arbeit ist in vier Abschnitte gegliedert. Die beiden ersten Teile tragen zunächst dem Umstand Rechnung, dass der Universitätsort und die Hochschule den entscheidenden Rahmen vorgaben, in dem sich studentische Kultur entfalten konnte. In einem ersten Schritt werden daher die topographischen Gegebenheiten von Stadt und Universität erörtert. Daran anschließend folgt die Schilderung der institutionellen Struktur der Universität Marburg im 18. Jahrhundert, der Universitätsfrequentierung, der geographischen und sozialen Herkunft der Studenten sowie der Lehr- und Stundenpläne. Es zeigt sich – wenig überraschend – das Bild einer typischen kleinen Landesuniversität, der im Untersuchungszeitraum nur wenig Förderung durch den Landesherrn zuteil wurde. Die ungenügende Ausstattung an Gebäuden und Personal beeinträchtigte

die Attraktivität der Hochschule, was sich in stagnierenden Immatrikulationszahlen niederschlug, die um 1750 bei durchschnittlich 76 Studenten pro Jahr lagen. Erst nachdem 1786 das Collegium Carolinum in Kassel geschlossen wurde, verbesserte sich die Situation. Am Ende des 18. Jhdts. hielten sich durchschnittlich 260 Studenten pro Semester in Marburg auf. Trotz der bescheidenen Verhältnisse gab es auch an der Marburger Hochschule ein zeittypisches außerplanmäßiges Lehrangebot in den klassischen Exerzitien Tanzen, Fechten und Reiten sowie die Möglichkeit zur Weiterbildung in Sprachen und Künsten. Die angehenden Akademiker erhielten damit die Chance an der ehemals dem Adel vorbehaltenen Standesbildung teilzunehmen und mit der Nachahmung adligen Lebensstils ein wesentliches Merkmal studentischer Kultur auszubilden. Mit dem öffentlichen Tragen von Waffen (Degen), dem Reiten in der offenen Reitbahn und dem Recht zur Jagd konnten die Studenten ihre privilegierte Stellung eindrucksvoll vor Augen führen.

In den folgenden beiden Kapiteln kommt die Autorin zu ihrem eigentlichen Forschungsgegenstand, dem Alltag der Marburger Studenten, ihren Lebensgewohnheiten, ihren Freizeitvergnügungen und ihren Kontakten zur übrigen Einwohnerschaft. Angesprochen werden die materiellen Belange des Studentenlebens, die Kosten für ein Studium, die Wohnverhältnisse – in der Regel wurde Quartier bei Marburger Bürgern bezogen – und Fragen der Ernährung. Auch der bislang kaum beachtete Aspekt des Sexualverhaltens der angehenden Akademiker, ihre Beziehungen zu Frauen aus dem Bürgertum oder aus Professorenfamilien und zu weiblichen Dienstpersonal, wird thematisiert. Durch ihre akademische Freiheit und ihren privilegierten Stand unterschieden sich die Universitätsbesucher von den übrigen Einwohnern und suchten dies durch die Art ihrer Freizeitgestaltung zu unterstreichen. Der in der Öffentlichkeit vollzogene Konsum teurer Genussmittel wie Kaffee, Tee und Schokolade gehörten ebenso zum studentischen Lebensstil wie Ausritte und der Besuch von Wirtshäusern und Billardstuben. Diese Statusansprüche und daraus resultierende Ehrverletzungen führten häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit gleichaltrigen Männern, Handwerksgesellen und den in der Marburger Garnison stationierten Militärangehörigen. Austragungsort solcher Konflikte war bevorzugt der vor der Stadt gelegene Kämpfrasen. Entgegen der älteren studentengeschichtlichen Literatur, die allzu einseitig das von den Studenten in die Stadt eingebrachte Konfliktpotential, die Störung von Ruhe und Ordnung in den Vordergrund stellte, betont Langefeld die gemeinsamen Interessen und Unternehmungen der angehenden Akademiker und der Stadtbewohner. Die Studenten stellten nicht nur einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor dar, sondern sie nahmen auch Anteil am geselligen Austausch, u.a. durch ihre Integration in Professorenzirkeln und in die aufkommenden bürgerlichen Lesegesellschaften. Die Bedeutung der Universitätsbesucher als Bestandteil der städtischen Gesellschaft herauszuarbeiten und sie nicht ausschließlich in ihrem universitären Umfeld zu betrachten, darin liegt das Herausragende der Studie. So entsteht ein überaus komplexes Bild von der Kultur der Marburger Studenten und es werden darüber hinaus eine Reihe von Erkenntnissen zu den Verhaltensformen Heranwachsender in der vormodernen Gesellschaft geliefert, auf denen künftige Untersuchungen aufbauen können.

Eva-Maria Felschow, Wetzlar

Norbert Gissel, Nachdenken über Sport und Sportwissenschaft. Studien zur Pädagogik, Wissenschaftstheorie und Demokratiegeschichte des Sports. Arete-Verlag Hildesheim, 2024, 244 Seiten, 24 Euro.

Die Bindungen von Norbert Gissel nach Mittelhessen und speziell an das Sportwissenschaftliche Institut der Justus-Liebig-Universität in Gießen liegen auf der Hand. An der Hochschule am Kugelberg hat der 1959 geborene Sportwissenschaftler 1988 seine Doktorarbeit vorgelegt und sechs Jahre später seine Habilitation abgeschlossen. Inzwischen ist Professor Norbert Gissel an der Fakultät für Sportwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum tätig. Und dort hat der Sportpädagoge und Sporthistoriker längst nachhaltige Akzente gesetzt. Nicht ohne sich auch in seiner mittelhessischen Heimat immer mal wieder in die Diskussion – unter anderem auch mit Vorträgen und Aufsätzen im Oberhessischen Geschichtsverein – einzubringen, wenn es um sportpädagogische und sporthistorische Themen geht.

Mit seiner neuen, fast 250 Seiten umfassenden und im renommierten Arete-Verlag in Hildesheim erschienenen Schrift will sich der Sportwissenschaftler nicht nur einbringen und Akzente setzen. Er will vor allem: zum Nachdenken anregen. „Lesen und nachdenken sind so immer auch ein Experiment, ein kleines Abenteuer. Man muss bereit sein, die Gedanken anderer auf sich wirken zu lassen und eine Umformung des Selbsts in Kauf zu nehmen“, schreibt der Autor im Vorwort seines neuen Buches. So lautet der Titel nicht überraschend „Nachdenken über Sport und Sportwissenschaft. Studien zur Pädagogik, Wissenschaftstheorie und Demokratiegeschichte des Sports“. Nur am Rande angemerkt: Man mag die Ausführungen des Autors auch als ein Resümee seines über Jahrzehnte währenden Wirkens auffassen können. Aber die eben erwähnten Sätze wirken ebenso als eine aktuelle Aufforderung in unser gesellschaftliches Leben und über über den Sport hinaus.

Dabei sind es nicht brandaktuelle Aufsätze, sondern überwiegend Studien, in denen sich Norbert Gissel schon seit geraumer Zeit mit Themen seines Faches auseinandergesetzt hat. Die aber teilweise aktualisiert wurden. Da finden sich in den acht präsentierten Studien spezielle Felder wie eine Untersuchung, wie homosexuelle Schüler ihren Sportunterricht wahrnehmen. (Titel: „Jetzt stell dich doch nicht so an wie eine Schwuchtel!“) Andererseits auch umfassende Darstellungen wie ein Blick auf „100 Jahre Sportwissenschaft in Deutschland – War man 1920 gedanklich schon weiter als heute?“.

Einen Schwerpunkt, und wieder drängen sich aktuelle Fragestellungen auf, legt der Autor auf die pädagogische Beleuchtung des Leistungs-Gedankens. So fordert er, „… dann haben leistungsthematische Inszenierungen in der Schule und im Verein die Aufgabe, die Heranwachsenden dazu zu befähigen, sich im Sinne einer Selbstregulierungskompetenz gut begründete Ziele zu suchen, dazu Handlungspläne zu entwickeln, durchzuhalten und zu verantworten, um ein reicheres Leben zu führen.“

Gar nicht einmal überraschend räumt Gissel in seiner achten Studie zum Abschluss des Bandes einem sporthistorischen Thema einen ähnlich großen Raum ein wie der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Leistungs-Gedanken. Denn schließlich hat er anfangs der 80er Jahre auch Geschichte studiert. So waren es historische Arbeiten, die seinen Weg zum anerkannten „Sport-Prof“ ebneten. In der Doktorarbeit ging es um „Gründungsgeschichte und Aufbau des Landessportbundes Hessen“. Und in der Habilitations-Schrift lautete das Thema „Vom Burschenturnen zur Wissenschaft der Körperkultur“.

Dabei spannt der Sportwissenschaftler mit drei (hessischen) Schwerpunkten einen großen Bogen. Aber immer unter der Vorgabe, demokratische Traditionen nachzuweisen. Zum einen („Auf der Suche nach demokratischen Traditionen in der deutschen Bewegungskultur") beleuchtet er das Wirken von Karl Follen und den Gießener Schwarzen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Als bald nach der Französischen Revolution und den deutschen Freiheitskriegen in der kleinen Universitätsstadt an der Lahn Politik und Turnen verschmolzen wurden.

Dann nimmt er sich die Arbeiterturn- und Sportbewegung nach 1945 vor, als deren Vertreter sich (unter Bewahrung „Demokratischer Traditionslinien im deutschen Arbeitersport") entschieden, in einer Einheitssport-Organisation mitzutun. Und den bis 1933 verfolgten Weg des eigenständigen Arbeitersports aufzugeben. Dabei hebt Gissel vor allem das Wirken von Heinrich Sorg hervor, des ehemaligen Arbeitersportlers, der für einige Jahre Vizepräsident des neu gegründeten Landessportbundes Hessen war. Der Autor muss aber auch am Agieren des einflussreichen Sportfunktionärs eingestehen: „Die traditionsreiche Kultur des Arbeitersports ging im neuen Sport der Bundesrepublik nicht auf, sondern unter." Schließlich beschäftigt sich der Sporthistoriker mit der „Rolle des Sports beim Neuaufbau demokratischer Strukturen und Mentalitäten nach 1945 – Reeducation durch Sport in der amerikanischen Besatzungszone". Dabei widmet er sich dem schulischen wie dem außerschulischen Bereich in den Nachkriesgsjahren, wie gesagt mit dem Schwerpunkt Hessen.

Zusammengefasst drei historische Studien, die demokratische Traditionen im Sport nachweisen. Und da zu den demokratischen Grundsätzen (über den Sport hinaus) auch der Diskurs gehört und diesem das Nachdenken über die zu behandelnde Thematik eng verbunden sein sollte, ja muss, liefert Norbert Gissel viele (profunde) Ansätze für all die, die sich mit dem Sport, der Sportpädagogik und der Sportwissenschaft beschäftigen. Ansätze, die sich lohnen, bedacht zu werden. Nachdenken als weitere Disziplin.

Albert Mehl

Krauß-Pötz, Renate: Grünberg in der Zeit des Nationalsozialmus 1933–1945. Eine Chronik, Grünberg 2024 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Grünberg und ihrer Stadtteile 10).

Mit **Grünberg in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945** hat Renate Krauß-Pötz eine umfassende Chronik zur Geschichte der Kleinstadt Grünberg in der Zeit des Nationalsozialismus vorgelegt. Die Arbeit versteht sich als Dokumentation und verzichtet bewusst auf eine eigene Bewertung oder tiefere Analyse. Sie schließt eine Lücke in der bisherigen Forschung und bietet eine breite Grundlage für die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auf der lokalen Ebene Grünbergs.

Das Buch gliedert sich in drei Hauptteile: eine Einführung, den zentralen Abschnitt über die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1945 sowie einen abschließenden Teil zum Kriegsende und zur Besatzungszeit. Ein umfangreicher Anhang mit Quellen- und Literaturverweisen ergänzt die Publikation.

Im Mittelpunkt steht die Darstellung der NS-Zeit in Grünberg, die auf eine thematisch und chronologisch gegliederte Weise präsentiert wird. Die Autorin stützt sich dabei vor allem auf den „Grünberger Anzeiger", Archivmaterial und Fachliteratur.

Der Hauptteil beginnt mit einer Chronologie der Ereignisse, die sowohl politische Entwicklungen als auch Veränderungen im Alltag der Bevölkerung

dokumentiert. Die Gleichschaltung erfasste alle Bereiche des öffentlichen Lebens, einschließlich der Vereine, deren Vorstände im Sinne der NSDAP „umstrukturiert“ oder aufgelöst wurden. Ebenso beschreibt die Chronik die Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft auf das Vereinswesen, etwa in der Vereinsstatistik von 1938.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Menschen, die wegen politischer oder religiöser Überzeugungen verfolgt wurden. Verhaftungen und die Inhaftierung im KZ Osthofen werden ebenso thematisiert wie die Repressionen gegenüber Gegnern des Regimes.

Die Rolle staatlicher und kommunaler Institutionen wird detailliert untersucht. Dazu gehören das Amtsgericht, die Polizei, die Feuerwehr sowie die Stadtverwaltung und der Gemeinderat. Auch die Aktivitäten des Finanzamts, das an der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung beteiligt war, sowie die Arbeit des Arbeitsamts werden beleuchtet.

Ausführlich widmet sich die Chronik den lokalen Strukturen der NSDAP und ihrer Unterorganisationen, darunter SA, SS, Hitlerjugend und Bund Deutscher Mädel. Die detaillierte Darstellung der Organisationsstrukturen und Tätigkeiten macht deutlich, wie diese Gruppierungen das öffentliche Leben in Grünberg prägten.

Ein zentraler Aspekt ist die Darstellung der Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Bereits 1933 wurde jüdischen Händlern der Zugang zu Märkten wie dem Gallusmarkt verweigert. Die Chronik dokumentiert die schrittweise Enteignung und Verdrängung jüdischer Einwohner sowie die Deportation in Konzentrationslager.

Die wirtschaftlichen Veränderungen unter der NS-Herrschaft werden ebenso aufgezeigt. Die Chronik thematisiert die Rolle lokaler Unternehmen, die Einbindung in die Kriegswirtschaft und die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Zeitweise waren bis zu 320 Zwangsarbeiter in Grünberg und Umgebung tätig.

Die Schulpolitik und der Einfluss der NS-Ideologie auf die Bildung werden anhand von Beispielen wie den Lehrplänen und der Ariernachweispflicht für Lehrkräfte dargestellt. Zudem beschreibt die Chronik die Militarisierung des Alltags, etwa durch Luftschutzübungen, Manöver und die Wehrertüchtigung der Jugend.

Im letzten Abschnitt beschreibt die Autorin das Kriegsende und die Ankunft der amerikanischen Truppen in Grünberg am 28. März 1945. Die Chronik dokumentiert erste Entnazifizierungsmaßnahmen sowie den Übergang der Stadt in die Nachkriegsordnung.

Die Chronik überzeugt durch die umfassende Sammlung und systematische Aufbereitung von Quellenmaterial. Insbesondere die Auswertung des „Grünberger Anzeigers“ ermöglicht einen detaillierten Einblick in die lokalen Ereignisse und Entwicklungen während der NS-Zeit. Die Gliederung in thematische Kapitel bietet eine klare Struktur und erleichtert die Orientierung.

Die breite thematische Ausrichtung – von der Gleichschaltung der Vereine über die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung bis hin zur Wirtschaft und Militarisierung – macht das Werk zu einer wichtigen Grundlage für weitere Forschungen.

Der Verzicht auf eigene Analysen und Bewertungen kann für Leser*innen, die eine Einordnung der Ereignisse erwarten, als Einschränkung empfunden werden. Die Chronik bleibt bewusst auf eine dokumentarische Darstellung beschränkt, ohne historische Zusammenhänge oder größere Fragestellungen zu behandeln.

Eine kleine Schwäche ist die uneinheitliche Angabe von Quellenbelegen. Zwar sind viele Aussagen gut dokumentiert, doch fehlt es an einer durchgängig systematischen Verknüpfung der Quel-

len, was die wissenschaftliche Nutzung an manchen Stellen erschwert.

Mit **Grünberg in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945** hat Renate Krauß-Pötz eine grundlegende Arbeit zur Geschichte Grünbergs vorgelegt. Die Chronik bietet eine fundierte Materialsammlung, die insbesondere für die lokale Geschichtsforschung und weiterführende wissenschaftliche Arbeiten von großem Wert ist.

Die detaillierte Dokumentation macht deutlich, wie der Nationalsozialismus in das Leben der Menschen eindrang und die Strukturen einer Kleinstadt wie Grünberg prägte. Trotz kleiner Schwächen in der Quellenverknüpfung erfüllt die Chronik ihren Anspruch, eine fundierte Basis für weitere Forschungen zu schaffen.

Volker Hess, Staufenberg

IV. Neue Publikationen

Burk, Elisabeth
Fürstliches Sammeln um 1700. Die Kunstsammlungen Landgraf Carls von Hessen-Kassel im europäischen Vergleich (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 195,1)
Darmstadt, Marburg 2024

Gräf, H.Th., Hedwig, A., Jendorff, A. (Hg.)
Geschichtsschreibung in Hessen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart: Brüche – Kontinuitäten – Perspektiven. Vorträge der Tagung anlässl. d. 125jährigen Jubiläums der Historischen Komm. für Hessen vom 4. bis 5. November 2022 in Marburg (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 94)
Marburg 2024

Döpfer, Ernst, Heckmann, Bernhard, Theiß, Alissa
Geodätische Spuren in Gießen
DVW-Mitteilung 1 (2023)

Ruby, Sigrid (Hg.), unter Mitarbeit von Hendel, Joachim
150 Jahre Kunstgeschichte an der Universität Gießen
Stuttgart 2024

V. AUS DEM VEREINSLEBEN 2024

Zusammengestellt von Dagmar Klein (Presse und Öffentlichkeit)

1. VORTRÄGE 2024

Verantwortlich Dr. Michael Breitbach
Jeweils Mittwoch, 19 Uhr, Netanya-Saal, Altes Schloss am Brandplatz

a. Vorträge Winterprogramm 2023/24

24. Januar 2024
Dr. Axel Posluschny (Glauburg)
Neueste Forschungsergebnisse zum Keltenfürsten vom Glauberg

7. Februar 2024
Prof. Dr. Hannah Ahlheim (Gießen)
Lokale Erinnerungskultur – Konflikte und Chancen der „Aufarbeitung" von Vergangenheit vor Ort

21. Februar 2024
Prof. Dr. Athina Lexutt (Gießen)
Vom Elfenbeinturmgelehrten zum antisemitischen Irrlehrer – Der Weg Georg Bertrams von der Gießener Theologie zum sog. Eisenacher Entjudungsinstitut

6. März 2024
Björn Keiner (Gießen)
Von Stadtmauern und Synagogen – Zu den Grabungsergebnissen in Gießen aus den letzten Jahren

20. März 2024
Stefan Prange (Gießen)
Von Elend bis Knappheit: Stall, Scheune, Kochtopf und Geldbeutel hessischer Bauern um 1880

b. Vorträge Winterprogramm 2024/25

16. Oktober 2024
Dr. Laura Soréna Tittel, Gießen
Antiziganismus in der Frühaufklärung: Ein Gießener Gerichtsprozess im Jahr 1726

6. November 2024
Prof. Dr. Michael Wettengel, Ulm/Tübingen
Vormärz und Revolution 1848/49 in Gießen

20. November 2024
Heidrun Helwig, Heidelberg/Gießen
Überleben nach dem Holocaust: die „Zweite Verfolgung" der Gießener Sinti und Jenischen

4. Dezember 2024
Prof. Dr. Ernst Halbmayer, Marburg
Eine Reise ohne Rückkehr. Theodor Koch-Grünberg und die Hamilton Rice Expedition 1924/25

11. Dezember 2024
Francesco Arman, Gießen
Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Sinti und Roma in der frühen Neuzeit
Impulsvortrag und Gespräch

2. EXKURSIONEN 2024

8. März 2024
Heidelberg, Stiftung Reichspräsident Friedrich Ebert Gedenkstätte / Geburtshaus von Friedrich Ebert + Sonderausstellung Frau Reichspräsident Louise Ebert
Organisation: Karin Bautz, Dr. Eva Marie Felschow

4. Mai 2024
Kloster Lorsch, UNESCO Weltkulturerbe und Staatspark Fürstenlager
Organisation: Karin Bautz, Dr. Eva Marie Felschow

18. Oktober 2024
Gail'scher Park in Rodheim (Biebertal)
Organisation: Dr. Michael Breitbach

3. MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2024

Die Mitgliederversammlung fand am 17. April 2024 wie gewohnt im Netanya-Saal im Alten Schloss am Brandplatz statt. Die Jahresberichte des Vorstands wurden vorab versendet, so dass die Mitglieder **über die Tätigkeiten** des Vereins und den Kassenstand des Vorjahres informiert waren. Ua war Thema der Plan der Museumsleitung zur Namensänderung des Museums.

Wahl des Vorstands: Dr. Michael Breitbach /1. Vorsitzender; N.N./2. Vorsitz; Klaus Storbakken /Schatzmeister; Sabine Raßner /Schriftführung; BeisitzerInnen wie bisher: Karin Bautz, Dr. Eva-Marie Felschow, Susanne Gerschlauer, Dagmar Klein, Dr. Carsten Lind, neu: Stadtarchivar Dr. Christian Pöpken und Dr. Werner Schmidt.

Im Anschluss an die Tagesordnung hielt Dr. Henriette Stuchtey von der Unteren Denkmalschutzbehörde Gießen den Vortrag „‚Von frevlerischen Händen zerstört'. Die Bau- und Erinnerungsgeschichte der Synagoge an der Südanlage in Gießen"

VI. Presseberichterstattung

Ursachen und Folgen der 1848er-Revolution
Vortrag des Oberhessischen Geschichtsverein

Mit einem Vortrag über die Revolution von 1848 setzte der Oberhessische Geschichtsverein im Netanya-Saal des Alten Schlosses die Vortragsreihe dieses Winterhalbjahres fort. Für den Vorstand begrüßte Eva Marie Felschow den Referenten Dr. Hans Werner Hahn, der aus Wetzlar stammt und als hervorragender Kenner der Geschichte des 19. Jahrhunderts gilt. Felschow, die selbst schon das Themengebiet umriss, das sie als folgenreich für die deutsche Demokratie bezeichnete, konnte sich zudem über zahlreiche Besucher freuen und kündigte einen spannenden Vortrag an. Der Referent bestätigte durch seine Ausführungen ihre Ankündigung und hatte außer profunden Kenntnissen auch aufschlussreiches Bildmaterial mitgebracht. Insbesondere die in der behandelten Zeit sehr beliebte Karikatur traf nicht nur mit viel Humor Wesenszüge der Protagonisten, sondern auch den aktuellen Zeitgeist.

Auf die Rolle Gießens eingehend, stellte Dr. Hahn klar, dass Gießen keine Hochburg der Revolution bildete, wohl aber einige für die Revolution wichtige Personen stellte und als Universitätsstadt auch relativ schnell eine Politisierung der Einwohner erlebte. Nicht zuletzt als Abgeordnete der Nationalversammlung und politische Akteure nannte der emeritierte Professor den Zoologen Carl Vogt, den Aktivisten Heinrich Karl Jaup und den Kanzler Freiherr von Linde, der sich stark für die Emanzipation der Juden einsetzte. Besonders intensiv ging Dr. Hahn auf Wilhelm Liebknecht ein, der als radikaler Demokrat aus Gießen floh, um einer Verhaftung zu entgehen. Liebknecht vertrat die Werte der Revolution später auch im Reichstag unter Bismarck, wobei er insbesondere die Märzgefallenen ins Bewusstsein rückte und würdigte. Eine gute Idee, die unterschiedliche Rezeption der 1848er-Vorgänge im Spiegel der Briefmarken beider deutscher Staaten zu zeigen.

Ausführlich ging Dr. Hahn dann auf die Ursachen und Folgen der 1848er-Revolution ein, die vor 175 Jahren Deutschland erschütterte und mit diesem Vortrag ins Bewusstsein gerückt wurde. Sowohl für die Ursachen als auch für die Folgen sei keine monokausale Erklärung möglich, auf das Misstrauen gegenüber den alten Gewalten hätten die Revolutionäre von radikal bis gemässigt unterschiedlich reagiert. Die Hinrichtung Robert Blums und die Niederschlagung des Badener Aufstandes habe das Ende der Revolution bedeutet. Aber vieles von heute sei damals erkämpft worden, so die Pressefreiheit und das allgemeine Wahlrecht. Das galt aber nur für Männer, die Frauen blieben außen vor. Der Referent, der trotz deutlicher Erkältungsbeschwerden bis zum Schluss durchhielt, verdiente sich reichen Beifall.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek, M.A.;
Gießener Zeitung 24. November 2023

Keltenfürst auf dem Weg ins Weltkulturerbe
Vortrag im Oberhessischen Geschichtsverein

Der Keltenfürst vom Glauberg hatte gerufen, und viele Gäste waren der Einladung des Oberhessischen Geschichtsvereins in den Netanya-Saal des Alten Schlosses gefolgt, um nach der Begrüßung durch Vorstandsmitglied Susanne Gerschlauer dem Vortrag über neue Erkenntnisse über den Keltenfürsten vom Glauberg zu folgen. Auf den neuesten Stand brachte die Besucher Dr. Axel Poluschny, als Leiter der „Keltenwelt am Glauberg“ über den aktu-

ellen Forschungsstand bestens informiert. Er erinnerte daran, dass der Fund der später schnell als „Keltenfürst“ bezeichneten Ganzkörperstatue eine archäologische Sensation darstellte, und hatte schon im Titel seines Vortrages „Von bronzezeitlichen Steinbeilen, blasigen Steinen und einer nicht vorhandenen Siedlung“ die Neugier der Hörer geweckt. Poluschny hatte zudem mit reichlich Bildmaterial aus erster Hand seine Ausführungen unterstrichen. Er stellte klar, dass es sich bei den ungleich großen zunächst als „Ohren“ bezeichneten auffälligen Gebilden am Kopf nicht um Körperteile handele. Heute gehe man davon aus, dass hierbei wohl eher eine „Blattkappe“ vorliege. Dabei könnte auch die Bedeutung der Misteln im keltischen Kult eine Rolle gespielt haben. Alles an der Statue Nachweisbare habe sich auch in einem der drei Gräber gefunden. Auch die Nahrung des Bestatteten habe sich deutlich durch hohen Fleischanteil von dem sehr stark auf Getreideprodukte basierten Essen der Kelten unterschieden.

An verschiedenen Funden belegte der Referent, dass die keltische Kunst (z.B. Schnabelkannen, Haarringe und Goldschmuck) mit ihren immer wieder auftretenden, tierischen Fantasiegestalten zwar Einflüsse des Mittelmeerraumes kenne, aber nichts kopiert habe. Die Untersuchung der Steine belege den Satz „Ohne Stein kein Brot“, wobei insbesondere die Form des „Napoleonhutes“ von Interesse sei. Bei den „Mahlsteinen“ sei zu klären, welche als „Unterlage“ oder „Läufer“ dienten. Nicht haltbar sei die frühere These, wonach Macht und Wohlstand des Keltenfürsten auf der Salzgewinnung in Bad Nauheim beruhe.

Ausführlich ging der Referent auf die Besiedlungsgeschichte in der vor- und nachkeltischen Zeit bis zur späteren Besiedlung durch die Alemannen ein. Poluschny hob hervor, dass noch eine Reihe von Grabungen und Analysen zu leisten sei, bevor die Aufnahme des Keltenfüsten ins Weltkulturerbe erfolgen könne. Immerhin stehe der Glauberg schon auf der Bewerberliste. Reicher Beifall für einen bereichernden Vortrag.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek, M.A.;
Gießener Zeitung 25. Januar 2024

Kritischer Blick auf Gießens Erinnerungskultur
Professorin Dr. Hannah Ahlheim überprüfte lokale Erinnerungskultur

Das unangenehme Wetter konnte eine große Zahl von Gästen und Besuchern nicht abhalten, der Einladung des Oberhessischen Geschichtsvereinds in den Netanya-Saal des Alten Schlosses zu folgen. Zum Vortrag über „Lokale Erinnerungskultur-Konflikte und Chancen der ‚Aufarbeitung‘ von Vergangenheit vor Ort“ mit Referentin Prof. Dr. Hannah Ahlheim aus Gießen konnte Vorsitzender Dr. Michael Breitbach darauf verweisen, dass ein Thema behandelt werde, das eine wichtige Aufgabe für jeden lokalen Geschichtsverein darstelle. Die Referentin, die an der Gießener JLU Geschichte lehrt, hatte ihre Ausführungen in vier Fragestellungen gegliedert und nannte das Holocaust-Denkmal in Berlin als Musterbeispiel eines Erinnerungsortes. Dabei unterschied sie zwischen dunklen und hellen Erinnerungsorten, wobei die Zahl der dunklen bei weitem überwog, was durch die Nazizeit und den Holocaust begründet ist. In Gießen widmete sie sich zunächst unter der Fragestellung „Kann das weg ?“ den Denkmälern für das Immelmann-Stukageschwader und die Piloten des „Greif“, die Coventry bombardierten. Die Auslagerung des Immelmann-Denkmals in reduzierter Form nach Staufenberg war auch dort nicht unumstritten, ebenso wie die Diskussion um die in Gießen hinzugefügte trauernde Witwe und der Text einer Tafel „offen für Diskussionen in jede Richtung“. In der Diskussion um die „Gießener

Köpfe“ ging Dr. Ahlheim auf die Person der Widerstandskämpferin und bekennenden Kommunistin Ria Deeg ein, der diese Ehrung nicht zuteil geworden sei. Andererseits werde dem Autor Glaubrecht, dem unter diesem Pseudonym schreibenden Pfarrer Oeser, trotz offenem Antisemitismus in seinen Erzählungen, sogar eine Straße gewidmet. Als von Land und Bund geförderten hellen Erinnerungsort bezeichnete Ahlheim den Meisenbornweg, erster Anlaufsort für 900 000 DDR-Flüchtlinge, vorher für Vertriebene, nachher für Asylbewerber. Auch dieses Projekt als Denkmal für die Demokratie sei diskutabel. Selbst am Beispiel „Paulskirche“ könne man über die gewünschte „Visitenkarte der Menschlichkeit“ reden.

Auf die Ausgrabungen der Reste der Gießener Synagoge in der Südanlage eingehend, stellte Dr. Ahlheim klar, dass die Pläne durch den Denkmalschutz der Kongresshalle stark beeinflusst würden. Das sei aber nicht zu vergleichen mit Grabungen aus der Antike. Der dunkle Charakter dieses Erinnerungsortes dürfe nicht verloren gehen. Zum Verweilen gebe es genügend andere Orte. Sie stellte abschließend fest: „Es muss Orte geben, die schwierig sind, über die nachgedacht werden soll“ und erhielt reichen und verdienten Beifall. Und eine Menge Gesprächsbedarf war bei den Besuchern geweckt worden.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek, M.A.;
Gießener Zeitung 8. Februar 2024

„Es braucht auch die schwierigen Orte“ Historikerin Hannah Ahlheim spricht beim Geschichtsverein über Gießens Erinnerungslandschaft

Gießen. Die Erinnerung an Geschichte, vor allem an die Verbrechen des Nationalsozialismus, spielt auch in Gießen eine zentrale Rolle. Zahlreiche Denkmäler, Gedenkstätten, oder Stolpersteine zeugen davon. Manche dieser Orte sind vieldiskutiert, werden auf- und ausgebaut, andere sind selbst schon wieder historische, fast vergessene Orte. Beim Oberhessischen Geschichtsverein (OHG) stellte Referentin Hannah Ahlheim, Professorin für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität, jetzt die aktuelle Erinnerungslandschaft auf den Prüfstand und sprach über „Konflikte sowie Chancen der Aufarbeitung von Vergangenheit vor Ort“ – mit durchweg interessanten, aber auch kritischen Ergebnissen.

„Kann das weg?“ Diese etwas flapsige Frage war für Ahlheim einer der zentralen Punkte. Denn es gibt Denkmäler, die mittlerweile völlig verwaist ‘sind. Und bei denen sich die Frage stellt: Funktioniert dieser Ort überhaupt noch als Erinnerungslandschaft, oder „verfolgt“ er vielmehr die Stadtgesellschaft? Ein Beispiel: „Der Greif an der Ecke Licher/Grünberger Straße – oder das, was davon übrig ist. „Mittlerweile ist dort alles verwachsen und nur noch der Obelisk zu sehen, auf dem der Greif angebracht war. Ein Ort der ständigen politischen Auseinandersetzungen, an dem die rechte und linke Szene aufeinanderprallten. Dieser Greif entstand bereits in den 1930er Jahren und diente dem Luftgeschwader „Greif“ als Ehrungsplatz. „Mittlerweile wissen wir, dass das in Gießen stationierte Geschwader an Kriegsverbrechen beteiligt war, etwa an der Bombardierung von Coventry. Ein mehr als zweifelhafte Gedenkstätte“, urteilt die Historikerin.

Neonazis legten dort immer wieder Kränze nieder, linke Gegenaktivisten beschädigten den Greif und klauten ihn schließlich Ende der 80er. 1996 richtete die Stadt eine Arbeitsgruppe ein, widmete sechs Jahre später die Anlage um, zu einem Mahnmal gegen Krieg, Vertreibung und Gewaltherrschaft. 2005 folgte die Figur der „Trauernden Witwe“.

Also alles gut? Mitnichten, denn nun sei dieses Denkmal ein Ort, der ohne weiteres Wissen kaum zu entschlüsseln sei. „Der Obelisk ohne Greif, die überwach-

senen Steintafeln, eine Figur (trauernde Witwe), die jede Politik und Geschichte aus dem Denkmal nimmt. Sehr kompliziert als Erinnerungsort – und der steht jetzt rum und der Efeu wächst", lautete das Fazit der Historikerin.

Diskussionsbedarf sah Ahlheim ebenfalls bei den „Gießener Köpfen" – speziell im Fall von Ria Deeg. Zur Erinnerung: Sie hatte 1934 in Gießen Flugblätter und Zeitungen gegen die Nazis verteilt und saß dafür mehrere Jahre in Haft. Nach 1945 blieb Deeg weiter politisch engagiert, hielt etwa Vorträge an Schulen. 1987 erhielt die Widerstandskämpferin die Goldene Ehrennadel der Universitätsstadt. „Doch bis jetzt hat sie keinen Kopf bekommen. Sie habe sich nach 1945 nicht genügend vom Stalinismus distanziert. Sie blieb und war überzeugte Kommunistin."

Der letzte Antrag dazu, gestellt von der Partei Die Linke, scheiterte 2022. Einzig eine Ausstellung im Oberhessischen Museum berichtet vom Leben der 2000 gestorbenen Ria Deeg. „Müssen Geschichten, die schwierig zu erzählen sind, in ein Museum, wo sie erklärt und kommentiert werden können? Ist in der öffentlichen Erinnerungslandschaft kein Platz für Vielfalt? Und welches Kriterium muss eine Biografie erfüllen, um unkommentiert in eine Erinnerungslandschaft eingepasst zu werden?", fragte Ahlheim.

Ein ganz anderes, spannendes Projekt sei der Lern- und Gedenkort Meisenbornweg, der in diesem Jahr als neue Art einer Gedenkstätte eröffnet werden soll – mit sogenannter „heller" Erinnerung. Die Grundidee: Entstehen soll ein Ort, an dem „sich die deutsche Bevölkerung an die positiven Seiten der Geschichte erinnern kann". Das Gelände am Bahnhof war seit den 1960ern erster Anlaufpunkt für insgesamt 900.000 DDR-Flüchtlinge und Dissidenten, um die es gehen soll.

Doch auch dieses Denkmal ist für Ahlheim diskutabel. Denn der Meisenbornweg war auch fast drei Jahrzehnte lang (1990 bis 2018) der Standort der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung, in der alle Asylsuchenden landeten. Von diesem Teil der Geschichte fehle an diesem Ort jede Spur, obwohl er bereits als „Visitenkarte der Menschlichkeit" betitelt worden sei. „Auf dieser Karte wird nur ein Ausschnitt der Geschichte zu lesen sein. Die Biografie der Flüchtlinge nach 1989 fehlt völlig, obwohl sie Teil davon sind. Das passt nicht zusammen."

Grundsätzlich unterstützt Ahlheim die Idee der hellen Erinnerungsorte, stellte allerdings fest: „Es wird Teile der deutschen Geschichte geben, die nicht hell werden können. Es muss Orte geben, die nicht zum Verweilen einladen, Orte die schwierig sind, zum Nachdenken anregen. Es braucht beides, hässlich und hart, aber auch schön und hell."

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 10. Februar 2024

Vom Forscher zum Demagogen
Vortrag zur Biografie des
Gießener Theologen Georg Bertram
im Oberhessischen Museum

Gießen. Wie konnte aus einem Gießener Theologen, einem leidenschaftlichen, anerkannten Wissenschaftler, ein Fanatiker werden – ein glühender Verfechter des Nationalsozialismus? Dieser Frage ging Prof. Athina Lexutt beim Oberhessischen Geschichtsverein in ihem Vortrag „Vom Elfenbeinturmgelehrten zum antisemitischen Irrlehrer – Der Weg Georg Bertrams von der Gießener Theologie zum sog. Eisenacher Entjudungsinstitut", nach.

Auf Spurensuche

Es sei kein einfaches Thema, betonte die Professorin für Kirchen- und Theologiegeschichte am Institut für Evangelische Theologie der Justus-Liebig-Universität. „Nicht bezogen auf die Datenlage, sondern weil es emotional herausfordert." Die

Expertin begab sich auf Spurensuche, vor allem aus zwei Gründen: Zum einen klaffen „bei der Aufarbeitung der Gießener Theologie zur NS-Zeit erstaunliche Lücken. Zudem versuche ich zu zeigen, wie glatt einerseits und wie unverständlich andererseits der Weg von scheinbar objektiver Wissenschaft in ideologische Engführung sein kann", erklärte Lexutt, deren Forschungsschwerpunkte bei der Reformationsgeschichte und der Theologie Martin Luthers liegen.

Georg Bertram, 1896 in Berlin geboren, war ein anerkannter Wissenschaftler, der als Fachmann im Bereich der Septuaginta (griechisches Altes Testament) sowie des Neuen Testaments galt. In seiner Dissertation, 1921 unter dem Titel „Die Leidensgeschichte Jesu und der Christenkult" verfasst, waren noch keine antisemitischen Elemente enthalten. Erste „ganz leichte Spuren" waren allerdings 1925 erkennbar, nachdem Bertram an die Theologische Fakultät der Uni Gießen berufen wurde. Die aufkeimende nationalsozialistische Ideologie beflügelte den Wunsch, „das Neue Testament und Christentum von allem alttestamentarischen und urjüdischen Einfluss zu befreien". Es sei schwer zu sagen, ob sich Bertram bereits zu dieser Zeit mit nationalsozialistischem Gedankengut angefreundet habe. „Er lebt zu diesem Zeitpunkt noch für Wissenschaft und Forschung". Davon zeugt auch ein Zitat von 1930, eine Art Bekenntnis eines leidenschaftlichen Forschers: „Was uns verbindet, ist die Liebe zur theologischen Wissenschaft. Und über die Mannigfaltigkeit der Arbeitsgebiete, der Methoden und Altersstufen hinweg, möchten wir zeugen von der Liebe zur Wahrheit, die uns frei macht."

Doch was passierte mit dieser Freiheit? Durch die Machtübernahme Hitlers 1933 sowie der damit verbundenen Gleichschaltung der Universität und der ideologischen Ausrichtung weiter Teile der Fakultät wurde sie massiv eingeschränkt – und Bertram zeigte nach und nach sein wahres Gesicht. „Es gab eine deutliche Veränderung in seinen Beiträgen, die Interessen verschoben sich." Sein Anliegen war nun eine Position zum Judentum zu finden. Das Christentum sei das bessere Judentum, so Bertram 1933. Und schärfer noch: „Das Christentum habe durch die Heldenmission den hellenistisch orientierten Teil vom Judentum abgezogen, sodass eine einheitliche semitisch bestimmte Judenschaft zurückgeblieben sei". Am 1. Dezember 1933 trat Georg Bertram der NSDAP bei – der Wandel vom forschenden Theologen zum Handlanger einer Diktatur war vollzogen, der Ton noch abstoßender. Davon zeugt eine Festschrift von 1937, die Bertram zusammen mit seinem Schwager, Karl Friedrich Euler – ebenfalls damaliger Dozent der Uni Gießen, schrieb. „Das ist die Haltung des Judentums, das auch die alttestamentarische Offenbarung verfälscht hat, um an ihrer Stelle eine jüdische Religions- und Kulturpropaganda mit dem Ziel der jüdischen Weltherrschaft zu setzen."

Euler und Bertram erklärten zwei Jahre später ihre Mitarbeit im „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben" in Eisenach – das sogenannte „Eisenacher Entjudungsinstitut". „Unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Arbeit sollte alles Jüdische aus den Fundamenten, den Lehren und dem Leben der Kirche ausgemerzt werden". 1943 wurde Bertram Leiter des Instituts, sein Antisemitismus und Hass ist unübersehbar.

Unerklärlicher Hass

„Es ist das Judentum, das immer deutlicher als der eigentliche und letzte Gegner hervortritt … Sie sind die gerissensten Feinde, die gegen alles, was deutsch ist, hetzen", zitierte Referentin Lexutt, der es sichtlich schwer fiel, solche Textzeilen vorzulesen. Endgültig beantworten könne sie die Frage nicht, wie genau so eine Wand-

lung passieren kann. „Verzeihen Sie mir, aber ich bin auch ganz froh, wenn ich solche Gedankengänge nicht ganz verstehe".

Ein Sprung in die Gegenwart: Die letzten Wochen haben es für Lexutt eindrücklich gezeigt: „Viele Menschen haben endlich begriffen, wie sich rassistisches, antisemitisches Vokabular und ebensolches Gebaren in erschreckenderweise zu tolerierten Selbstverständlichkeiten gemausert haben und wie ernsthaft unsere Demokratie in Gefahr ist. Einem Land, dass sich in einer besonderen Verantwortung für ein ‚Nie wieder ist jetzt' weiß und große Aufmerksamkeit und Wachsamkeit an den Tag zulegen hat.« Wahre Worte.

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 23. Februar 2024

Ein Theologe als Judenhasser
Prof. Lexutt referiert im Oberhessischen Geschichtsverein über Georg Bertram

Gießen (has). Auf großes Interesse stieß der Vortrag des Oberhessischen Geschichtsverein über den Weg des Gießener Theologen Georg Bertram vom anerkannten Theologen zum Judenhasser. Die Gießener Theologin Prof. Athina Lexutt zeichnete Bertrams Weg im Netanyasaal des Alten Schlosses detailliert nach. Dr. Michael Breitbach, Vorsitzender des Geschichtsvereins, begrüßte Lexutt und zeigte sich selbst von diesem Fall angerührt. Er erwähnte die Ausstellung im Eisenacher Lutherhaus, die sich mit der Geschichte des „Eisenacher Judeninstituts" befasst. Der Geschichtsverein plane eine Exkursion dorthin.

Beklemmende aktuelle Situation

In ihrem Vortrag verwies die Professorin auf die. beklemmende aktuelle Situation angesichts zunehmend radikaler werdenden rechtsextremen Vorstellungen und politischen Aktivitäten. Es sei erschreckend, nachzuzeichnen, wie mit Georg Bertram ein seriöser Wissenschaftler mit überregional untadeligem Ruf der diabolischen Verführung durch die Nationalsozialisten erlegen sei.

Sie erinnerte daran, dass der in Charlottenburg geborene Georg Bertram im Februar 1925 seine Berufung nach Gießen erhielt und im gleichen Jahr auch die Ehrendoktorwürde der Universität Berlin. Er galt als ausgewiesener Fachmann in der Septuagintaforschung, wobei die Referentin hervorhob, dass in Bertrams frühen theologischen Schriften nichts von Antisemitismus nachzuweisen sei. Auch die angesichts des Aufstiegs der Nazis erfolgte Einschätzung der Führerstellung des Petrus durch sein persönliches Ergriffensein durch Jesus lasse nichts vom späteren Führerkult der Nazis erkennen.

Erste Anzeichen erkannte Lexutt bei einem Lehrgang zum Thema „Volk, Staat, Kirche" unter Beteiligung Gießener Professoren anlässlich des 350. Geburtstag Martin Luthers. Hier sei eine deutliche Veränderung bei Bertram erkennbar, zugleich auch der Versuch, seine eigene Position zum Judentum zu finden. Relativ früh, im Dezember 1933, trat der Theologe der NSDAP bei. 1934/35 sieht er die von ihm als Volkskirche gesehene Reichskirche bedroht und stimmt mit den Ansichten von Karl Friedrich Euler überein, dessen Rolle als geachteter Gießener Bürger schon Breitbach in seiner Einführung als kritisch zu überprüfen angeregt hatte.

Die Entwicklung zum immer radikaler werdenden Antisemiten zeige sich etwa an Bertrams Äußerung, „der christliche Glaube ist der unüberbrückbare Gegensatz zum Judentum". Als im Mai 1939 durch Walter Grundmann das „Eisenacher Judeninstitut" gegründet wurde, galt das als „geschichtliches Ereignis für das deutsche Volk und das christliche Abendland". Die Professorin belegte die weitere Entwicklung Bertrams zum fanatischen Judenhasser, die nicht zuletzt 1943 durch

die wissenschaftliche Leitung als Nachfolger Grundmanns mit Aussagen über „das Untermenschentum und dessen diabolische Macht“ bestätigt werde. Noch deutlicher wurde Bertram schon 1940, als er das Judentum als „wurzellos und Abschaum des natürlichen Lebens der Menschheit“ verhöhnte.

Nach der totalen Niederlage des Nazi-Reiches konstatierte die Referentin „wenig Unrechtbewusstsein“, er habe sogar den Fortbestand des Instituts gefordert, 1948 sei er als „minderbelastet“ eingestuft worden, habe am Gießener Landgraf-Ludwig-Gymnasium Religionsunterricht erteilt und 1953 mit Erfolg die Bewerbung um einen Lehrauftrag in Marburg oder Frankfurt betrieben.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek, M.A.; Gießener Allgemeine Zeitung 23. Februar 2024

Eine Stadt der Keller
Vortrag von Stadtarchäologe Björn Keiner zu aktuellen Grabungsfunden

Gießen. Gießen ist immer wieder für eine Überraschung gut – nicht nur oberirdisch. Über neue Funde und Erkenntnisse zu archäologischen Denkmälern sprach Stadtarchäologe Björn Keiner von der Unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt beim Oberhessischen Geschichtsverein im Alten Schloss. Unter dem Titel „Von Stadtmauern und Synagogen“ trug er Grabungsergebnisse in Gießen vor, die er seit seinem Dienstantritt vor vier Jahren gesammelt hat.

„Er hat sich durch alle Kulturen und fast alle Epochen gegraben und ist somit der passende Fachmann für heute Abend,“ formulierte OHG-Beisitzerin und Kunsthistorikerin Susanne Gerschlauer zu Beginn. Der 36-jährige Björn Keiner ist hauptamtlich für die Bodendenkmäler der Lahnstadt zuständig – und hat einiges zu berichten. „Wir kennen aktuell 220 unterschiedliche Wohndenkmäler im Stadtgebiet.“ Und er ist sich sicher: „Hier liegt noch mehr begraben.“

Dass es in der Stadt so viele Funde gibt, die von organischer Natur und sehr gut erhalten sind, liegt an einer Besonderheit. „Der hohe Grundwasserspiegel sorgt dafür, dass Holz unter Sauerstoffabschluss nicht vergehen kann“, erläuterte Keiner. Im Optimalfall könne das Alter des Holzes durch Laboruntersuchungen exakt datiert werden – was Überraschendes zutage bringen kann. Das verdeutlichen etwa Fundstücke an der Grundschule Gießen-West. Dort wurden bearbeitete Holzbalken entdeckt. Im Labor stellte sich anhand der untersuchten Jahresringe heraus, dass die Eichenstücke aus dem 1. Jahrhundert stammen und die Mooreichen im 4. Jahrhundert gefällt wurden.

Ein weiteres Charakteristikum für den Ausgrabungsort Gießen: „Egal, wo ich einen Spaten in den Boden stecke, ich bin nach wenigen Zentimetern in einem Keller,“ formulierte der Experte. Der Grund: „Gießen war früher viel enger bebaut. Wenn heutzutage eine neue Leitung gelegt werden muss, verläuft sie meistens mitten durch einen Weltkriegskeller.“

Neues gab es auch über die „Festung“ Gießen zu berichten, einer im 16. Jahrhundert errichteten Festungsmauer mit vorgelagertem Wassergraben, der dem heutigen Verlauf des Anlagenrings entspricht. In der Landgrafenstraße wurde das Innere des Wallkörpers der Mauer ausgegraben. Das Besondere: „Innerhalb gab es einen Gang, der zum sogenannten Mordkeller führte – einem damals genutzten Gefängnis“, erklärte der Fachmann, der seinen Master an der Uni Marburg in Prähistorischer Archäologie machte.

Auch mehr oder weniger direkt unter dem Tanzbereich des ehemaligen Clubs „Haarlem“ in der Schanzenstraße lag ein kleiner Schatz begraben: eine Unterkonstruktion des Festungswalls, die

aus Holzpfählen bestand. Sie war auch zwingend notwendig. „Die Außenmauer des Festungswalls musste aufgrund der sumpfigen Natur Gießens und des hohen Grundwasserspiegels auf einen Pfahlrost gesetzt werden. Ein sehr inhomogener Baugrund."

Bei der Neu-Entdeckung der jüdischen Synagoge an der Kongresshalle sprach Keiner von einer ungewohnten Situation. „Normalerweise stoßen wir auf Unbekanntes und beschäftigen uns mit den Fragen: Wo und was ist das? Im Fall der im Zuge der nationalsozialistischen Pogrome 1938 bis auf die Grundmauern zerstörten Neuen Synagoge wussten wir, da war was. Aber jetzt mussten wir schauen, ob es noch da ist." Dabei half die Tatsache, dass das Gotteshaus umfangreich dokumentiert ist. Anhand von Bauplänen, Grundrissen oder der originalen Baugenehmigung konnte der Archäologe feststellen, wo was zu finden ist. Bei der Freilegung der Fundamente fand Keiner hauptsächlich Reste, die dem Feuer widerstanden. Metallteile wie Schlüssel und Scharniere, aber auch Spuren der Buntsteinfassade, bis hin zu einem Gebetstuch.

Einen „kuriosen Fehlschlag" hatte Björn Keiner ebenfalls parat. Zum Alten Steinbacher Weg wurde nicht nur der Stadtarchäologe gerufen, sondern auch der Kampfmittelräumdienst. Ein Bodenradar zeigte Anomalien bei einem bekannten Bombendetonationskrater aus dem Zweiten Weltkrieg. Ein Blindgänger also? Nicht ganz. „Bei den Ausgrabungen haben wir meterlange Bleche gefunden. Die wurden in den Boden eingeschlagen, damit die Wurzeln der Bäume nicht zusammenwachsen. Denn auf dem Gelände befand sich mal eine Baumschule."

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 8. März 2024

In Gießens Unterwelt unterwegs
Vortrag im Geschichtsverein –
Stadt-Archäologe über Grabungen, Stadtmauern und Synagogen

Gießen (has). Im Husarenritt durch Gießens Unterwelt, ohne sich schmutzig zu machen. Das geht, und zwar mihilfe von Björn Keiner M.A., dem Gießener Stadtarchäologen, der am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses als Referent des Oberhessischen Geschichtsvereins zahlreiche Besucher über die Grabungen der letzten Jahre informierte. Für den Vorstand hatte Susanne Gerschlauer den Referenten und die Besucher herzlich begrüßt, wobei sie den Referenten als Kenner seiner Materie bezeichnete, der sich „durch alle Epochen und Regionen Hessens durchgegraben" habe.

Keiner wies in seinem power point-Vortrag zunächst darauf hin, dass er im Unterschied zum letzten archäologischen Vortrag nicht über abgeschlossene Grabungen berichte, sondern vor allem über Grabungen der letzten Jahre, wobei es sich zumeist um Rettungs- oder Notgrabungen gehandelt habe. Anhand einer Karte stellte er 220 Orte vor, an denen Wohndenkmäler liegen, die von archäologischen Interesse sein könnten. Er hatte seinen Vortrag in vier Teile gegliedert und betonte, dass zur 1938 durch Naziterror zerstörten Synagoge ein eigener Vortrag durch eine Kollegin geplant sei, so dass er sich nur zu den Grabungen äußern werde.

Am Beispiel der Lohbachbrücke versetzte er die Besucher in die Situation des Archäologen, der erstmals vor einer Fundstelle steht und berichtete über Funde im Bereich der Grundschule Gießen-West und der Ludwig-Uhland-Schule. Besonders ergiebig erwiesen sich Grabungen zum Aspekt der Festung Gießen. So habe man im Bereich Schanzenstraße umfangreiche Holzteile geborgen und zur dendrochronologischen Untersuchung geschickt. Hier habe man festgestellt, dass die drei eingereichten Eichenteile von zum

Ende des 4. Jahrhunderts gefällten Bäumen stammten. „Gießen ist eine auf Holz gebaute Stadt“, und über Holzfunde freue sich ein Archäologe besonders, erlaubten sie doch eine sehr genaue Datierung. Zudem könne man feststellen, dass Holzteile immer wiederverwendet wurden.

„Haarlem“ über der Stadtmauer

Der Verlauf der Stadtmauer sei klar erkennbar, so wisse man heute, dass die Tanzfläche des kultigen „Haarlem“ genau über der Mauer und auf „typischem Gießener Untergrund“ gelegen habe. Der Festungsbau werde für die Jahre 1530–36 angegeben. Holzpfähle seien aber auch von 1560 und später nachweisbar. Durch weitere Gießener Keller und mit Erwähnung des gruselig klingenden „Mordkellers“ führte Keiner zur Grabung der „neuen“ Synagoge von 1935, über deren Bau viele Unterlagen existierten. Die Meldung an den Reichsstatthalter, die Synagoge sei „restlos beseitigt“, entspreche nicht der Einschätzung des Archäologen, sondern betreffe nur das nicht mehr sichtbare Gebäude. Die Kongresshalle, deren Grundsteinlegung am 3. Juli 1962 erfolgte, habe man trotz Kenntnis des Synagogenstandortes dort erstellt. Trotz der Mauer an Mauer gelegenen Halle biete sich hier ein Erinnerungsort an. Unter Verweis auf die nicht zu sehenden Grünflächen stellte der Stadtarchäologe klar: „Es wäre am Besten, alles in Ruhe zu lassen.“

Auch und gerade in Gießen grabe der Archäologe immer häufiger „im Gestern“. Zum Abschluss gab es Kurioses und eine Warnung vor „Sondengängern“. Verdienter Beifall für Keiner und seinen anregenden Vortrag.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek, M.A.;
Gießener Allgemeine Zeitung 9. März 2024

Um 1880 drohte vielen hessischen Bauern die Verelendung
Stefan Prange schloss Geschichtsvereins-Vortragsreihe ab

Mit einem gut besuchten Vortrag von Stefan Prange beendete der Oberhessische Geschichtsverein im Netanya-Saal des Alten Schlosses die Vortragsreihe des Winterhalbjahres. Vereinsvorsitzender Dr. Michael Breitbach stellte den lange Jahre als Studienberater tätigen Referenten als erfolgreichen Buchautor mit seinem Werk über Klein-Linden vor, der sich jetzt im Ruhestand wieder der historischen Sozialwissenschaft zugewendet habe. Gießen habe für die Bauern des Umlandes immer eine große Bedeutung gehabt, wobei das Hauptaugenmerk des Referenten der ländlichen Umgebung gelte. Probleme wurden seitens der Verantwortlichen im Großherzogtum häufig „mit Sprache zugeschüttet“. So der Referent. Da mag sich so mancher an die Realität 2024 erinnert haben …

Prange stellte zunächst klar, dass er sich mit der Lage der Bauern um 1880 in Oberhessen und Starkenburg befasst und Rheinhessen als dritten Bestandteil des Großherzogtums bewusst (Winzer !) ausgeklammert habe. Je nach Größe der landwirtschaftlichen Betriebe in Hektar und Prozent , gestützt auf die Ergebnisse einer Enquete-Untersuchung der Jahre 1884–86, die unterschiedliche Dörfer mit je drei Bauernhöfen verschiedener Größen untersucht hatte, hatte er die Frage nach Rentabilität und damit auch der Überlebensfähigkeit gestellt.

Zu den untersuchten Dörfern hatte auch Beuern gehört, das 1882 etwa 1000 Einwohner und 250 Haushalte hatte. Dabei stellte sich heraus, dass alle untersuchten Betriebe über die Familie hinaus zusätzliche Arbeitskräfte benötigten, die Rentabilität oft gerade knapp ausgeglichen war, der Energiebedarf oft nur zu 85% gedeckt war. Während die Regierung finanziell zurückhaltend agierte,

wurde die Sprache mit guten Ratschlägen nach dem oben genannten Modell bemüht. Laut Prange waren dagegen die landwirtschaftlichen Vereine echte Kenner der Materie, ebenso wie Genossenschaftsbewegungen .Die von ihnen herausgegebenen Zeitungen hätten trotz oder wegen ihres Rufes als „Besserwisser" in kaum einer Gemeinde gefehlt und seien sogar im Schulunterricht eingesetzt worden. Natürlich gab es in jeder Gemeinde auch Landlose ohne bäuerlichen Besitz.

Sehr gering war die Entlohnung für Tagelöhner: 1,50 Mark ohne Verpflegung, mit Verpflegung 0,70 Mark. Beste Verdienstmöglichkeit bot der Steinbruch mit 2 Mark pro Tag. Der Wert einer Kuh lag bei 20 Mark. Der Referent zitierte den Autor Schnapper, der für fünf Dörfer im hohen Taunus ähnliche Ergebnisse erzielte. Deutlich besser war die Lage in den „reichen" Dörfern der Wetterau, stellte Prange klar. Knappheit bei den „Reichen", Elend bei den Armen war der ideale Nährboden für einen seit 1886 aufkommenden „Agrarantisemitismus", andere Parteien hatten keine Alternative. So fand der Nazi Otto Böckel die ideale Basis für die hervorragenden Ergebnisse der NSDAP in den untersuchten Gebieten.

Dr. Hans-Wolfgang Steffek, M.A.;
Gießener Zeitung 21. März 2024

In Beuern reichte es gerade zum Überleben
Von Knappheit bis Elend: Vortrag beim Oberhessischen Geschichtsverein zur Lage der Landwirte um 1880

Gießen. In ihren jüngsten Protesten machten die hessischen Bauern dem angestauten Unmut über ihre Arbeitsbedingungen vehement Luft. Doch in anderen Zeiten sah die Lage für die Landwirte der Region noch weit schwieriger aus. Davon berichtete Stefan Prange als Vortragsgast am Mittwochabend beim Oberhessischen Geschichtsverein im Alten Schloss. Die Gemüts- und Finanzlage der hessischen Bauern um 1880, die der ehemalige Studienberater an der Justus-Liebig-Universität dabei ausbreitete, war gleichermaßen dramatisch schlecht. Ein Beispiel: das Dorf Beuern.

„Die Zukunftsangst eines großen Teils der Bauern war völlig berechtigt", berichtete er an dem Abend, der unter dem Titel „Von Elend bis Knappheit: Stall, Scheune, Kochtopf und Geldbeutel hessischer Bauern um 1880" stand. Teilweise seien die Menschen wegen der Armut bis nach Paris gewandert, um dort als Straßenkehrer oder Geschirrhändler zu arbeiten. „Dass die Landwirte dabei hunderte Kilometer Fußmarsch in Kauf nahmen, hatte verschiedene Gründe. Prange zog für seinen Vortrag eine vom Großherzogtum Hessen Ende der 1870er in Auftrag gegebene Erhebung heran, für die 25 von 900 Dörfern genauer untersucht wurden. Dabei wurden jeweils drei landwirtschaftliche Betriebe unter die Lupe genommen. Verglichen wurden etwa die Fruchtbarkeit der Böden, die Besitzverteilung, die Grundstückspreise und die Löhne.

Jeweils ein reiner Familienbetrieb, ein Familienbetrieb mit zusätzlichen Arbeitskräften sowie ein Tagelöhnerbetrieb wurden dabei gegenübergestellt. Am Beispiel des Dorfes Beuern, heute ein Ortsteil der Gemeinde Buseck, zeigte sich dabei deutlich: rentabel geht anders. Das fing schon beim Lohn an. „Durchschnittlich verdiente ein Landwirt 1,50 Mark am Tag – ohne Verpflegung. Wenn der Arbeiter bei der Bauernfamilie mit Nahrung versorgt wurde, schrumpfte sein Lohn auf umgerechnet 70 Pfennig." Zum Vergleich: Eine Milchkuh hatte zu dieser Zeit einen Wert von 240 Mark. Im Jahr 1882 lebten 1000 Einwohner in Beuern, von 230 Haushalten waren 175 Landbesitzer. Knapp zwei Drittel von ihnen besaßen zwischen einem und fünf Hektar Land, ein weiteres Problem. „Diese Größe hat für eine Bauernfamilie

gerade gereicht, um selbst durchzukommen.“ Das verdeutlichte etwa die Rechnung bei einem 2,5 Hektar großen Hof, der von einer vierköpfigen Familie betrieben wurde.

„Weizen- und Butterverkauf sowie zusätzliche Waldarbeit spülten 300 Mark jährlich in die Kassen“, führte Prange weiter aus. Zu dieser Zeit konnte sich allerdings kaum jemand einen landwirtschaftlichen Betrieb leisten, ohne Schulden oder Kredite dafür aufzunehmen. Im Falle des untersuchten Hofs bedeutete das jährliche Abgaben von mindestens 370 Mark.

Nicht viel besser sah es bei einer fünfköpfigen Familie mit drei zusätzlichen Arbeitskräften aus. Zwar lag der Ertrag von Acker und Wiesen bei umgerechnet 4000 Mark im Jahr. Demgegenüber standen aber schon alleine 1750 Mark, die nötig waren, um die eigene Familie zu ernähren. Der Lohn der Arbeitskräfte, Kosten für Tierfutter, Dünger, Viehhaltung nicht mitgerechnet. „Es wurde kein Kapital verloren, verdient wurde aber so gut wie nichts.“ Und selbst ein gutes Erntejahr versprach kein extra Einkommen. „Denn dann hatten alle Überschüsse und der Wert der Lebensmittel sank.“ Bei schlechten Ernten hingegen konnte natürlich nur wenig auf dem Markt angeboten werden: „ein echtes Dilemma.“

Deshalb verwundert es nicht, dass 54 Prozent der Landwirte aus Beuern einer zusätzlichen Tätigkeit nachgingen. Das reichte vom Kneipenwirt bis zum Müller. Trotzdem wuchsen ihnen die Schulden immer weiter über den Kopf: 44 Prozent ihres Besitzes war verschuldet. Alles Faktoren, die dazu führten, dass in benachteiligten Dörfern mit schlechter Bodenqualität und Fruchtbarkeit, wie eben Beuern, „Knappheit bei den Großen und Elend bei den Kleinen vorherrschte“. Zudem seien in dieser Zeit die Familien zu groß und die Höfe zu klein gewesen, fasste Prange zusammen. Eine Ausnahme war die von der Natur begünstigte Wetterau. Dort wurden sogar innovative Ideen verwirklicht, etwa der Zuckerrübenanbau.

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 22. März 2024

„Mit Tieren auf einer Ebene“
Dr. Laura Sorena Tittel stellt Ergebnisse ihrer prämierten Doktorarbeit bei der OHG vor

Gießen. Kein Jahrmarkt, kein Volksfest: Eine Hinrichtung zieht die Gießener am 14. und 15. November des Jahres 1726 vor die Haustür. Dabei ist von einer Hinrichtung zu sprechen geschönt: 25 der 28 Angeklagten, darunter auch Frauen, sollen vor den Augen der Schaulustigen durch Schwert oder Galgen vom Leben zum Tode befördert werden. Den Anführern der vermeintlichen Diebesbande, fünf an der Zahl, steht ein besonders grausames Schicksal bevor: Sie sollen auf das Rad geflochten werden. Ob die öffentlich Hingerichteten dem Tatbestand des Raubs tatsächlich gerecht wurden, lässt sich aus heutiger Sicht nicht mehr rekonstruieren; eines anderen Straftatbestandes waren sie nach damaliger Sicht aber sicher schuldig: Sie waren „Zigeuner“.

Vor der Oberhessischen Geschichtsgesellschaft stellte Dr. Laura Sorena Tittel die Ergebnisse ihrer Doktorarbeit vor, die mit dem Dissertationspreis der Justus-Liebig-Universität und dem Wilhelm-Liebknecht-Preis prämiert worden ist. Tittel stellte klar, dass sie den Untersuchungsgegenstand nicht primär aus historischer oder juristischer Sicht bewerte, sondern sich vom politikwissenschaftlichen Standpunkt her dem Forschungsobjekt widme. Qualifiziert wäre sie allerdings auch für die beiden anderen Herangehensweisen: Neben einem Doktor in Politikwissenschaft kann Tittel auch ein Studium der Rechts- und Geschichtswissenschaft vorweisen.

Unerlässlich als „Quellenbegriff“

Seit 2018 forscht Tittel am von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereich „Dynamiken der Sicherheit“ an der JLU zu „antiziganistischen Versicherheitlichungspraktiken“ Gleich zu Anfang ihres Vortrags „Antiziganismus in der Frühaufklärung – Ein Gießener Gerichtsprozess im Jahr 1726“ ging Tittel auf die Schlüsselrolle des Wortes „Zigeuner“ ein: Als „Quellenbegriff“ sei es für das Forschungsfeld Antiziganismus unerlässlich, dürfe aber als diskriminierender Sammelbegriff für „mobile Gruppen“ heute nicht mehr unkritisch gebraucht werden.

Paradoxerweise verdanke die Forschung aber der Diskriminierung und Ausgrenzung ihre relativ gute Quellenlage trotz fehlender Gerichtsakten: Man habe ganz im Sinne der Aufklärung „das Volk erziehen wollen“, sodass der Prozess gerade richtig gekommen sei, um auch publizistisch ein Exempel am unliebsamen „ziehenden Volk“ zu statuieren. Via Flugblatt, einem ausführlichen Bericht und einem Kupferstich ließ man den Schauprozess, für seine Zeit, medial aufbereiten. Dabei kam der Auftrag an Richter Johann Benjamin Weissenbruch, über den Gerichtsfall zu berichten, direkt vom Landgrafen: „Da war politisches Interesse dahinter, dieses Buch zu schreiben“, kommentiert Tittel die von Weissenbruch verfassten „Relationen“ über die Gießener Hinrichtungen am 14. und 15. November des Jahres 1726.

Welche Haltung Weissenbruch darin vertrete, sei von Anfang an gut erkennbar: Im ersten Kapitel widme sich der Autor „einer sprachlichen Herleitung des Wortes Zigeuners“, während das anschließende Kapitel den Titel „Ob die Zigeuner in einer Republik zu dulden [seien]“ trage. Das Urteil des vom Landgrafen beauftragten Richters: Nein, viel mehr stelle er sie „mit Tieren auf eine Ebene“, betonte Tittel.

Gebrandmarkt

Dass es sich dabei um die herrschende Meinung im Gebiet des heutigen Deutschlands handelte, bewiesen die zahlreichen Gesetzestexte der Zeit, die sich ausdrücklich gegen vermeintliche Zigeuner richteten: So sei es nicht unüblich gewesen, des Landes verwiesene Angehörige mobiler Gruppen bei illegaler Wiedereinreise mit einem Brandmal zu versehen. Wer danach erneut ohne Erlaubnis im Herrschaftsgebiet aufgegriffen wurde, dem drohte die Hinrichtung. Man müsse daher annehmen, dass die Massenhinrichtung in Gießen für die damalige Zeit „kein Sonderfall“ war, urteilte Tittel.

Davon zeugten auch die damals üblichen „Bettler- und Warntafeln“, die an Straßen und Häusern angebracht, drastische Strafen für Gesetzesübertretungen in Aussicht stellten: „Jauner und Zigeuner Straf“ kommentiert die Bildunterschrift einer Tafel das dargestellte „Ausstreichen“. Was dabei nach spielendem Verjagen mit Besenreisig aussieht, bedeutete in der Realität oft echte und verletzende Peitschenhiebe.

Zu sehen ist dies auf einer aus Nördlingen stammenden Tafel in der Plakatwanderausstellung „Sinti und Roma. Eine Minderheit zwischen Verfolgung und Selbstbestimmung“ im Netanya-Saal des Museums für Gießen – noch bis zum 15. Dezember.

Jan Schneider;
Gießener Anzeiger 18. Oktober 2024

Noch heute mit Herausforderungen versehen
Plakatausstellung im „Museum für Gießen« zu Sinti und Roma – Vortrag von JLU-Mitarbeiterin Tittel

Gießen (Inw). Wer sind Sinti und Roma? Was bedeutet es heute, Sinti und Roma zu sein? Und wie wird ihrer Geschichte gedacht? Das Museum für Gießen (MfG) be-

antwortet diese Fragen mit der am Mittwoch eröffneten Plakatausstellung, die sich der Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma widmet. Die Ausstellung beleuchtet nicht nur den langen Weg der Verfolgung, sondern auch den Kampf um Anerkennung und Selbstbestimmung. Sie gibt einen exemplarischen Überblick über das Leben der Sinti und Roma, von ihrer historischen Herkunft bis zu den Herausforderungen, denen sie heute weiterhin begegnen.

Ein zentrales Thema ist dabei die Geschichte des Antiziganismus, der eine spezifische Form des Rassismus darstellt. Der Ursprung der Verfolgung der Sinti und Roma liegt nicht – wie man zunächst vielleicht glauben mag – in der NS-Zeit, sondern der Antiziganismus ist, wie die Ausstellung zeigt, tief in der europäischen Geschichte verwurzelt. Bereits in der Frühen Neuzeit habe es Gesetze und Maßnahmen gegeben, die zur systematischen Ausgrenzung und Verfolgung führten.

Auch lokaler Antiziganismus

Mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts verschärften sich diese, und die Zahl der Hinrichtungen stieg in vielen Regionen Westeuropas. Dass die Geschichte des Antiziganismus auch lokal stattgefunden hat, zeigt ein Gerichtsprozess, der sich in Gießen ereignet hat, gegen eine vermeintliche „Zigeunerbande" (während des Vortrags wurde nach einer Erklärung – da hauptsächlich aus Quellen vorgelesen wurde – der Begriff so verwendet), der in einer Massenhinrichtung gipfelte.

Diesen Prozess setzte Dr. Laura Sorena Tittel als Ausgangspunkt ihres Vortags „Antiziganismus in der Frühaufklärung: Ein Gießener Gerichtsprozess im Jahr 1726", den sie im Rahmen der Eröffnung hielt. Sie zeigte anhand des Prozesses, dass der Antiziganismus nicht nur als eine Diskriminierungsform, die tief in Denk- und Handlungsweisen verankert ist, zu verstehen ist, sondern auch als ein Herrschaftsmechanismus, der Staaten legitimiert und die Identität der Mehrheitsgesellschaft sichert.

Zwei weitere Vorträge geplant

So sei in einem Bericht, der ein Jahr nach der Hinrichtung verfasst wurde, der Prozess als Ausgangspunkt einer Theoretisierung und Legitimierung des Feindbilds genommen worden. Dies führte zu einer Essentialisierung des Feindbilds und spiegelt sich in der Verordnung wider. Die damit verfestigte Differenzierung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheit der Sinti und Roma habe schließlich zu einer Stabilisierung der Identität der Mehrheitsgesellschaft geführt und die Möglichkeit der Projektion der Probleme der Mehrheit auf Minderheiten ermöglicht.

Tittel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet politische Theorie und Ideengeschichte der Justus-Liebig Universität und Teil des DFG-Sonderforschungsbereichs „Dynamiken der Sicherheit". Die Plakatausstellung ist eine Kooperation zwischen dem Museum, dem Oberhessischen Geschichtsverein und dem Deutschen Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Das Museum sieht die Ausstellung als wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und möchte damit nicht nur historisches Wissen vermitteln, sondern auch zu einer Haltung des respektvollen Miteinanders ermutigen.

Leon Wenig;
Gießener Allgemeine Zeitung 18.10.2024

Aufruhr im Notstandsgebiet
Vortrag beim OHG:
Gießener Oppositionelle und ihr Weg bis zur Revolution 1848/49

Gießen. Die Revolution von 1848/49 brachte entscheidende Impulse für Freiheitsrechte, politische Mitbestimmung und die Einigung Deutschlands. Besonders in Gießen schlug damals ein starkes

revolutionäres Herz. Beim Oberhessischen Geschichtsverein (OHG) beleuchtete der Historiker Dr. Michael Wettengel die Hintergründe.

„Politisch war Gießen zu dieser Zeit nicht verschlafen, das galt eher für wirtschaftliche und soziale Aspekte. Die Stadt besaß ein starkes revolutionäres Potenzial", formulierte der Experte zu Beginn seines Vortrags im Alten Schloss. Wie der Gast, Mitglied der Historischen Kommission in Wiesbaden, weiter ausführte, lag das zum einen an der Universität, die als Antriebsfeder für die Entstehung einer Opposition im damaligen Oberhessen galt und einige Revolutionäre hervorbrachte. Ebenso beteiligt waren Turnvereine und die allgemeine Turnbewegung, die vor allem in der Lahnstadt großen Anklang fand – Stichwort Turnvater Jahn. „Der wichtigste Protagonist war der in Grünberg geborene Friedrich Gottlieb Welcker, der ab 1809 als Professor an der Gießener Universität arbeitete und viel revolutionäres Gedankengut in sich trug."

Doch wie kam es überhaupt zu der Bewegung, die sich gegen die Monarchie auflehnte? In Gießen liegen die Gründe für die Unzufriedenheit der Bevölkerung während des Vormärz (1830–1848) auf dei Hand. Armut bestimmte den Alltag der etwa 8700 Einwohner der Stadt, die agrarisch geprägt war. „Teile Oberhessens wurden sogar wegen Mangelernährung und ansteckenden Krankheiten zu Notstandsgebieten erklärt." Auch bei Georg Büchner kam die Stadt während seiner Studienzeit nicht gut an: Abscheulich sei die Stadt. Es herrsche eine „hohe Mittelmäßigkeit in allem", so sein Urteil im Januar 1834. „Es gab vor allem Acker- und Gartenbau sowie Viehzucht. Erst danach folgten Handwerk und Gewerbe. Die damalige Universität stellte die wichtigste Einnahmequelle der Stadt dar," betonte Wettengel, leitender Direktor des Stadtarchivs in Ulm.

Immerhin 508 Studenten zählte die Justus-Liebig-Universität im Jahr 1848. Diese formierten sich in Burschenschaften zu ersten nationalradikalen Demokraten, die für die frühe Nationalbewegung von großer Bedeutung waren Durch die enge Verbindung zu Turnvereinen, kam es immer mehr zur „Auflehnung gegen die Obrigkeit". Daran konnten auch die repressiven Karlsbader Beschlüsse von 1819 nichts ändern, die unter anderem das Verbot der Burschenschaften, die Zensur der Presse und die Verfolgung von Demagogen vorsahen. Spätestens nach dem Hambacher Fest von 1832, das als Höhepunkt der Formung einer bürgerlichen Opposition gilt, wurden die Forderungen nach einer grundsätzlichen Änderung von Staat und Gesellschaft lauter.

In Gießen selbst bildeten sich immer mehr geheime Verbindungen, darunter etwa die von Georg Büchner gegründete „Gesellschaft für Menschenrechte" im Jahr 1834. „Während der Revolutionszeit hatte Gießen ein besonders vielfältiges politisches Vereinswesen. Etwa 1800 Gießener waren Mitglieder in einem der Vereine, was etwa einem Drittel der gesamten männlichen Bevölkerung vor Ort entspricht", fasste der 67-Jährige zusammen.

Da verwundert es kaum, dass die Herren nicht in allen Punkten einer Meinung waren. Allerdings schweißte die Unterdrückung des Staates und die Härte, mit der er vorging, die Oppositionellen enger zusammen. Im Februar 1848 stürzte in Frankreich. eine bürgerlich-demokratische Bewegung den König und rief die Republik aus. Die Nachrichten verbreiteten sich schnell bis ins mittelhessische Gießen. Im Restaurant Buschegarten, einem zentralen Veranstaltungs- und Geselligkeitsort der Stadt, wurden die ersten demokratischen Forderungen formuliert. Zu dieser Resolution gehörten unter anderem Pressefreiheit, einheitliche Gerichtsbarkeit, Volksbewaffnung und die Abschaffung der Kleinstaaterei. Ein starkes Signal an den

Großherzog in Darmstadt: Gießen wollte sich politisch verändern.

Die auch als März-Forderungen bekannten Formulierungen führten zu weitreichenden Reformen. Die Büchner Brüder Georg und Alexander wurden Herausgeber einer Zeitung, Bürgerklubs organisierten Vollversammlungen. Ebenfalls erwähnenswert: Die Frauenbewegung, die in Gießen früh begann. Die Frauen durften an den Sitzungen der Vereine teilnehmen. Nicht ohne Grund gehört der „Demokratische Frauenverein" in Gießen zu den ersten seiner Art.

Die Revolution von 1848/49 ebnete damit trotz ihrer Niederschlagung „nicht nur den Weg für die ersten freien, gesamtdeutschen Wahlen, sondern setzte auch einen wichtigen Impuls für die politische und gesellschaftliche Entwicklung, deren Auswirkungen noch heute zu spüren sind", schloss Historiker Wettengel. Er betonte damit die bleibende Bedeutung dieses historischen Wendepunkts.

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 8. November 2024

„Überlebenskampf" in Trümmern
Historikerin Heidrun Helwig
spricht über die „Zweite Verfolgung"
der Gießener Sinti und Jenischen

Gießen. „Wir kamen nach dem Krieg hier an und hatten nichts mehr. Unser Hab und Gut vernichtet oder von gierigen Gießenern mitgenommen", berichtete die Auschwitz-Überlebende Johanna Klein 2012 im Interview. Als Kind war sie mit Eltern und Geschwistern deportiert worden, nur sie und ihr älterer Bruder überlebten. An ihr Schicksal erinnerte die Historikerin und langjährige Anzeiger-Redakteurin Heidrun Helwig in ihrem Vortrag „Überleben nach dem Holocaust: die ‚Zweite Verfolgung' der Gießener Sinti und Jenischen" beim Oberhessischen Geschichtsverein. Dabei kam die Expertin zu einem ernüchternden Urteil. „Es ist eine beschämende Art und Weise, wie die deutsche Gesellschaft mit dem Holocaust an Sinti, Roma und Jenischen sowie mit den Überlebenden und Nachkommen umgegangen ist", so die Referentin. Deshalb spreche auch die Forschung inzwischen von einer „Zweiten Verfolgung" oder einer „Zweiten Schuld". Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes kehrten viele Überlebende körperlich und seelisch gezeichnet in ihre Heimatorte zurück – teilweise zu Fuß: „Nach der Befreiung bin ich mit einer Freundin auf der Autobahn nach Gießen gelaufen", schilderte etwa Johanna Klein. Dort angekommen, standen die politisch, rassisch und religiös Verfolgten vor den Trümmern ihrer Existenz. Ihr Besitz war zuvor verkauft oder beschlagnahmt worden, Wohnungen aufgelöst. Auch Ludwig Stern, der 1942 nach Theresienstadt deportiert und im Mai 1945 befreit wurde, sprach bei seiner Fahrt zurück nach Gießen von „sehr traurigen Eindrücken und zerschossenen Dörfern und Städten".

Die Nachkriegszeit, die gern als makellose Erfolgsgeschichte verkauft und dabei vom gelungenen Wiederaufbau erzählt wird, bezeichnete Heidrun Helwig als „Abstieg in die Anarchie". „Es war ein täglicher Überlebenskampf inmitten von Trümmern, .geprägt von Hunger, Leid und Trauer. Die Menschen brauchten Zeit, um ihrer Wut Luft zu machen und zu trauern." Die Überlebenden, die gerade erst ihre Freiheit wiedergewonnen hatten, trafen bereits kurz nach Kriegsende auf erneuten Widerstand – daran konnten auch die extra eingerichteten Betreuungsstellen nichts ändern.

In Gießen war eine Baracke auf dem Gelände in der Nähe des heutigen Hotels Steinsgarten die erste Anlaufstelle für die Sinti und Jenischen – Angehörige der Roma gab es laut Quellen in der Lahnstadt nicht. Dort sollten „elementare Bedürfnisse" wie Kleidung, Nahrung, eine Un-

terkunft oder Heizmittel befriedigt werden. „Die Entschädigung der Opfer oder die Verfolgung der NS-Verbrecher standen hinten an."

Doch bereits eine doppelte Lebensmittelration für drei Monate sowie die Verfügung eines doppelten: Richtsatzes der Fürsorge für politische Häftlinge sorgte bei der hiesigen Bevölkerung nach Kriegsende 1945 für Unmut. „Wir sprechen dabei insgesamt von 185 Personen – von denen maximal zehn Personen den Sinti oder Jenischen angehörten die in der Betreuungsstelle in Gießen erfasst wurden und diese Hilfe bekamen", so Helwig. Eine überschaubare Zahl, die nur verdeutlicht, dass diese Minderheiten weiterhin tradierten Vorurteilen und rassischen Verunglimpfungen ausgesetzt waren.

Zwar gab den Überlebenden ein „Sonderfondsgesetz" von 1946, in dem die staatlich institutionelle Betreuung sowie die Entschädigung auf eine rechtliche Grundlage gestellt wurde, kurz Hoffnung auf Gerechtigkeit, die Realität sah allerdings anders aus. Zunächst entschieden die städtischen Betreuungsstellen über die „Verfolgteneigenschaft". Diese galt als Voraussetzung und um diesen Status zu erhalten, war „einwandfreies Verhalten" des Antragstellers gefordert, insbesondere in Strafanstalten und Lagern. „Wer sich nicht gegen die Nazi-Schergen aufgelehnt hat, war besser dran – eine Farce", betonte Helwig.

Noch fassungsloser ließ einen die Auflage zurück, die extra für Sinti, Roma und Jenische galt. Darin hieß es: „Zigeuner, die aus rassischen Gründen unter dem NS-Regime verfolgt wurden, bekommen eine Betreuung, wenn sie einen geregelten Beruf und einen festen Wohnsitz vorzuweisen haben." Die Überlebenden mussten also etwas dokumentieren, was eigentlich Aufgabe der Betreuungsstelle gewesen wäre, für sie zu organisieren. Das sei ebenso verstörend wie so manches Protokoll der Gießener Betreuungsstelle, in dem eine extrem abwertende Sprache benutzt wurde. In Behörden und bei der Polizei dominierte ohnehin noch immer nationalsozialistisches Gedankengut – und den Minderheiten wurde eine „angeborene Neigung zur Kriminalität" attestiert. „Doch nicht mal ein Prozent der in der bundesweiten Kriminalstatistik von 1954 festgehaltenen Straftaten sind in jener Zeit dieser Bevölkerungsgruppe zuzuordnen", widerlegte Heidrun Helwig. Falsche Vorurteile, die sich leider bis heute halten.

„Erst durch Helmut Schmidt kam es 1982 zur Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma. Die Jenischen warten bis heute darauf. Auch das beschämende Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956, in dem erst mit dem Auschwitz Erlass von Heinrich Himmler von 1942 die rassische Verfolgung anerkannt wurde, wurde erst Jahre später korrigiert." Die Historikerin nannte aber auch Beispiele dafür, dass sich Gießener Sinti und Jenische aus der Opferrolle befreiten und für ihre Rechte kämpften. Ferdinand Klein etwa erstritt Mitte der 1950er Jahre eine – wenn auch geringe – Wiedergutmachung für seine rassische Verfolgung ab 1938.
Und gleich mehrere Angehörige der Familie Klein belasteten im Spruchkammerverfahren einen überzeugten Nationalsozialisten schwer, der als Mitarbeiter des Gießener Sozialamtes eine „Sippentafel" erstellt hatte, die eine Grundlage für die Deportation von Johanna Klein, den Eltern und Geschwistern bildete. „Aus Angst vor Ausgrenzung und Diskriminierung aber halten noch heute viele Angehörige der Minderheit ihre Identität verborgen."

Felix Müller; 22. November 2024

„Rice hat ihn auf dem Gewissen"

Am 8. Oktober jährte sich der Todestag des berühmten Forschungsreisenden Theodor Koch-Grünberg zum 100. Mal.

Zu seinem 150. Geburtstag hatte es zwei Jahre zuvor noch Ausstellungen im Museum im Spital in seiner Geburtsstadt Grünberg, im Oberhessischen Museum und in Marburg gegeben. Diesmal würdigte der Oberhessische Geschichtsverein das Todesjahr mit einem Vortrag.

Als Theodor Koch-Grünberg, der berühmte Anthropologe und Forschungsreisende, am 5. September 1924 im brasilianischen Ort Vista Alegre ankam, da ahnte er offenbar Arges. Der Ort verbreite weder „Vista" (Ausblick) noch „Alegría" (Freude), notierte er in seinem Tagebuch. Nur knapp einen Monat später war er tot. Gestorben an Malaria. Wie es dazu kam, warum der Forscher mit den Umständen seiner vierten Expedition ins Amazonasgebiet unglücklich war und welche Rolle dabei sein Expeditionspartner Hamilton Rice spielte, skizzierte nun auf Einladung des Oberhessischen Geschichtsvereins Prof. Ernst Halbmayer.

Der Sozialanthropologe ist Leiter der Ethnografischen Sammlung an der Philipps-Universität Marburg, zu der auch der Nachlass Koch-Grünbergs gehört. Anhand der dort verwahrten Tagebücher von Theo Koch und dessen Freund, dem Zeichner und „Indianerfreund" Hermann Dengler, referierte er unter dem Titel „Eine Reise ohne Rückkehr. Theodor Koch-Grünberg und die Hamilton-Rice-Expedition 1924/25". Im Publikum saß auch eine Enkelin von Theo Koch, Sabine Röder, bei der anlässlich der genauen Schilderung des Sterbens ihres Großvaters Tränen flossen.

Der am 9. April 1872 in Grünberg geborene Theo Koch studierte Philologie in Gießen, arbeitete ab 1901 am Völkerkundemuseum in Berlin, war außerordentlicher Professor an der Uni Freiburg und ab 1915 Direktor des Linden-Museums in Stuttgart. Er lieferte wichtige Beiträge zur Erforschung der südamerikanischen indigenen Völker, vor allem der Pemón in Venezuela und von Amazonasstämmen. Seine ersten drei Forschungsreisen führten ihn – stets mit Minimalausstattung und in kleiner Gruppe – in das Zentralamazonasgebiet, nach Nordbrasilien und Südvenezuela sowie auf die Suche nach den Quellen des Orinoco. Weil er dieses Ziel nicht erreichte – dies wäre nur mit einer eher geografisch orientierten Expedition möglich gewesen – habe Koch, so Referent Halbmayer, 1924 nach längerer Pause die Chance genutzt, mit dem US-amerikanischen Geografen, Arzt und Abenteurer Alexander Hamilton Rice eine vierte Expedition zu wagen. Rice (1875–1956) hatte zuvor Fotos von Kochs früheren Expeditionen erworben, war ausgesprochen wohlhabend und Geografie-Professor in Harvard.

Ein „Wal von einer Expedition"

Dass diese Expedition aber so ganz anders verlaufen sollte, als Koch es von seinen früheren Forschungsreisen gewohnt war, sorgte schon bald für Verdruss. Während sich Theo Koch zuvor stets mit wenigen Begleitern auf Expeditionen begeben hatte und mit den indigenen Völkern guten Kontakt aufnahm, sei diese Tour zu einem „Wal einer Expedition" geworden, berichtetet Halbmayer. Zehn amerikanische Ingenieure und Techniker gehörten zum Tross, über Telegraphie und Kurzwellensender hielt man Kontakt untereinander, Zeitungen veröffentlichten aktuelle Artikel und sogar ein Wasserflugzeug war im Einsatz, was spektakuläre Luftaufnahmen ermöglichte. Doch Theo Koch, der seine enorme Erfahrung nicht gewürdigt fühlte, war unzufrieden. Die eher technische statt wissenschaftliche Ausrichtung der Reise, der für ihn ungewohnt lockere Umgang und die Zielsetzung einer geografischen Vermessung der Landschaft statt einer Annäherung an die Indianer sorgten schon bald für Spannungen zwischen Koch und Rice.

Am 12. Juni 1924 war die Schiffsüberfahrt von Liverpool aus gestartet, von Anfang Juli bis Ende August blieben alle in Manaus, wo zwischenzeitlich eine Re-

volution ausbrach. Erst am 5. September startete die Fahrt auf dem Fluss gen Vista Alegre. Rice sei „entschlusslos" und ein „Idiot", notierten Theo Koch und sein Freund Dengler damals in ihren Tagebüchern. Die Amerikaner bezeichnete Koch als „Kinder, die Erwachsene nachmachen". Er tat sich schwer mit Rice, der schon kurz nach der Ankunft in Vista Alegre, einer Ansiedlung von mit Wellblech gedeckten Hütten in einem vom „Rio Branco"-Fieber heimgesuchten Gebiet, wieder zurückfuhr, um seine Frau, eine reiche Überlebende des „Titanic"-Untergangs, zu ihrem Schiff gen Heimat zu bringen. Er werde in wenigen Tagen wieder zurück sein, hatte Rice versprochen. Doch dem war nicht so. Erst eineinhalb Monate später kam er wieder nach Vista Alegre. Da war Koch bereits gestorben. Er war genötigt worden, an diesem „ungesunden Platz" voller Goldsucher, Kautschuksammler und allerlei Gesindel zu bleiben und nicht – wie er wollte – weiter mit einem Boot nordwärts auf dem Orinoco zu reisen oder zumindest ins höher gelegene Boa Visto zu wechseln.

Halbmayer schilderte anhand von Tagebuchauszügen eindringlich, wie die letzten Tage im Leben Theo Kochs verlaufen waren. Mehrere Mitglieder der Expedition waren schwer am Fieber erkrankt. Auch Koch, der seinen letzten eigenen Tagebucheintrag am 16. September 1924 machte, und sich darin angesichts entrechteter und verstorbener Indianer grämte: „Vorbei die harmlose Fröhlichkeit".

Koch fantasierte im Fieber, glaubte seinen Sohn Ernst zu sehen, konnte tagelang nichts zu sich nehmen und starb schließlich am Nachmittag des 8. Oktober. Den Namen seiner Frau Elsa soll er als Letztes geäußert haben, berichtet sein Freund Dengler. Und er notiert den denkwürdigen Satz: „Rice hat ihn auf dem Gewissen." Dass dem so war, bestritt Rice allerdings später und warf Koch vor, nicht unter einem Moskitonetz geschlafen zu haben und die Prophylaxe-Medikamente nicht zuverlässig genommen zu haben. Laut Halbmayer wohl eher „Schutzbehauptungen". Theo Koch wurde zunächst vor Ort begraben, sein Leichnam aber später nach Manaus gebracht. Dort, wo nach Eintreffen der Todesnachricht die Fahnen an den deutschen Häusern auf Halbmast gehisst wurden, befindet sich noch heute sein Grab. Wie sehr Theo Kochs Wirken, aber auch sein tragischer Tod die Familie über Generationen geprägt haben, machte seine Enkelin Sabine Röder, eines von Anfang an auf von 16 Enkelkindern, deutlich. Sie berichtete, ihre Großmutter Elsa, die 1924 allein mit vier Kindern dagestanden habe, darunter einem Säugling, habe stets nur unter Tränen davon berichten können.

Kochs Enkelin und das Krokodil im Flur

Dass im Haus in der Röntgenstraße ein Krokodil im Flur gehangen habe, sei für sie als Kinder ganz normal gewesen, erinnert sich die Enkelin. Sie hatte erst Anfang des Jahres anlässlich des 100. Todesjahres die von Theodor Koch-Grünberg dessen Siegelsammlung an die Universität in Gießen übergeben. Röder dankte ausdrücklich allen Wissenschaftlern, die sich um das Erbe ihres Vorfahren verdient gemacht haben. Und Karin Bautz, Leiterin des Museums im Spital in Grünberg, riet allen Interessierten, doch einmal bei einem Besuch in der dortigen Theo-Koch-Ausstellung mehr über den berühmten Forscher zu erfahren.

Karola Schepp;
Gießener Allgemeine Zeitung 7. Dezember 2024

„Bloßes Auftauchen ein Vergehen" Streifzug durch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Sinti und Roma in der Frühen Neuzeit

Gießen. „Antiziganismus: ein neuer, alter Hut! Unter diesem Titel begab sich Francesco Arman beim Oberhessischen Ge-

schichtsverein auf einen Streifzug durch die Wirtschafts- und Sorialgeschichte der Sinti und Roma in der Frühen Neuzeit. Der Sozialdezernent der Stadt Gießen skizzierte dabei nicht nur die Ursprünge dieser speziellen Form des Rassismus gegen die Minderheit, sondern zeichnete auch ein Bild davon, wie tief verwurzelte Vorurteile bis heute in der Gesellschaft wirken. Letzteres stand im Anschluss im Mittelpunkt eines überaus informativen Podiumsgesprächs.

„Ihr bloßes Auftauchen war schon ein Vergehen", erklärte Arman gleich zu Beginn und bezog sich dabei auf das Jahr 1498. Auf dem Freiburger Reichstag wurden damals erstmals Resolutionen verabschiedet, die Sinti und Roma zu Vogelfreien erklärten – Menschen ohne rechtlichen Schutz, denen ungestraft Gewalt angetan werden durfte Diese Diskriminierung ging einher mit erfundenen Vorwürfen: Sinti und Roma seien „Feinde des Christentums" oder „Zauberer, die das Wetter beeinflussen können" – absurde Konstrukte, die jedoch dazu beitrugen, Hass und Misstrauen zu schüren.

Arman hob hervor, wie Sinti und Roma trotz dieser systematischen Ausgrenzung überlebten. Durch Mobilität und Anpassung fanden sie Nischenökonomien, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern. Sie wurden etwa zur „wandernden Zeitung": „Als mobile Gruppen brachten sie Informationen. Unterhaltung und handwerkliche Fähigkeiten in ländliche Regionen, in denen sonst kaum Austausch mit der Außenwelt stattfand."

Dennoch wurden sie in der ständischen Gesellschaft als „unehrliche" Menschen stigmatisieret und sozial geächtet.

Bedruckend war der Einblick in die ökonomischen und sozialen Nöte der Minderbeit. Arman zitierte aus einem Brief eines Sinto von 1755: „Ich dachte mich durch meine Handarbeit zu nähren. Alleine keiner wollte von mir etwas kaufen oder etwas zum Handeln annehmen." Solche Zeugnisse zeigten eindrücklich, wie systematische Ausgrenzung in existenzielle Not mündete.

In dem Podiumsgespräch, das die Gießener Journalistin und Historikerin Heidrun Helwig moderierte, diskutierte Arman gemeinsan mit Rinaldo Strauß, dem stellvertretenden Geschäftsführer des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma und Renaldo Schwarzenberger, Vorsitzender des Zentralrats der Jenischen, die aktuellen Herausforderungen und Kontinuitäten der Diskriminierung. Besonders bewegend waren die persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden, etwa die bisweilen dreiste Diskriminierung bei der Wohnungssuche oder die schmerzhafte Ausgrenzung in der Schulzeit.

Unreflektiert weitergegeben

Rinaldo Strauß wies darauf hin, dass viele Vorurteile in der Mehrbeitsgesellschaft unreflektiert weitergegeben würden. „Vermeintliches Wissen wird von Generation zu Generation übertragen, ohne hinterfragt zu werden", erklärte er und forderte mehr Aufklärung und Sensibilisierung. Schwarzenberger betonte zudem die mangelnde Anerkennung der Jenischen in Deutschland . Die jenische Sprache werde nicht als eigenständige Sprache gesehen. „Wir sind eine vergessene Minderbeit, die weiterhin für ihre Rechte kämpfen muss. Es ist beschämend für dieses Land, dass wir als eigene Randgruppe nicht anerkannt werden." Auch als eigene Opfergruppe der nationalsozialistischen Rassenpolitik werden Jenische, die als „Zigeunermischlinge" verfolgt und in Auschwitz ermordet wurden, nicht eigens benannt. Denn die rassistische Fremdbezeichnung werde fast immer ausschließlich durch die Begriffe Sinti und Roma ersetzt.

Auch das Romanes – die eigene Sprache der Sinti und Roma, verliere zunehmend an Bedeutung „Nicht auffallen, nicht erkannt werden, war die Devise. So wurde Romanes in vielen Familien lange

nicht gesprochen und ist teilweise verloren gegangen. Romanes nicht zu sprechen, hat einem vielleicht das Leben gerettet", bekräftigte der stellvertretende Vorsitzende vom Hessischen Landesverband der Sinti und Roma. Es gebe aber zum Glück wieder größeres Interesse bei den jungen Angehörigen der Minderheit.

Die Veranstaltung bot nicht nur einen historischen Rückblick, sondern stellte auch aktuelle Missstände in den Fokus: Allein in Hessen wurden im vergangenen Jahr 113 Fälle von Antiziganismus bei der eigens eingerichteten Meldestelle vorgebracht – Tendenz steigend.

Ein klarer Appell, dass Vorurteile nicht der Vergangenheit angehören, sondern weiterhin bekämpft werden müssen. Der Abend machte deutlich: Die Geschichte der Sinti und Roma sowie der Jenischen sei nicht nur ein Kapitel der Vergangenheit, sondern ein Spiegel heutiger gesellschaftlicher Herausforderungen. Nur durch Dialog und gemeinsames Engagement könne die Langlebigkeit der Vorurteile überwunden werden.

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 13. Dezember 2024

Zwischen Revolution und Malaria
Vortrag über die letzte Amazonien-Expeditionsreise von Theodor Koch-Grünberg im Alten Schloss

Gießen. „Ein ziemlich trauriger Platz, der weder Vista (Ausblick) noch Alegria (Freude) verbreitet, aber wenigstens gesünder ist als das berüchtigte Caracarai." Der Satz von Theodor Koch-Grünberg (1872–1924) bezeugt einen schicksalshaften Irrtum. Beim Oberhessischen Geschichtsverein (OHG) rückte am Mittwochabend Experte Prof. Ernst Halbmayer die letzte Expeditionsreise des bedeutenden Grünberger Anthropologen in den Mittelpunkt.

100. Todestag des Ethnologen

Im Oktober jährte sich der 100. Todestag des Ethnologen und Amazonienforschers Theodor Koch-Grünberg. Seine aus den Expeditionen nach Nordwest-Amazonien (1903–1905) und ins Orinoko-Roraima Gebiet (1911–1913) resultierenden Werke gehören zu den Meilensteinen der frühen anthropologischen Amazonienforschung. Der gebürtige Grünberger leistete vor allem wichtige Beiträge zur Erforschung der südamerikanischen indigenen Völker. Seine vierte Expeditionsreise im Jahr 1924 sollte allerdings „eine Reise ohne Rückkehr" werden – Koch-Grünberg verstarb im brasilianischen Vista Alegre unerwartet an Malaria.

Dass es Theo Koch elf Jahre nach seiner letzten Reise im Alter von 52 Jahren an das fast undurchdringbare Gebiet zog, hatte verschiedene Gründe. „Sein zentrales Ziel, die Erkundung der Orinoko-Quellen, hatte er bei seiner vorherigen Reise nicht erreicht. Für den Forscher eine große Enttäuschung", berichtete Halbmayer, der auch Leiter der Ethnografischen Sammlung der Universität Marburg ist, welche den Nachlass Koch-Grünbergs enthält.

Zudem war die Situation in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg keine einfache, vor allem aus wirtschaftlicher Sicht. Die Chance, seine Forschungen weiterzuführen, bekam der Anthropologe durch Hamilton Rice, einen wohlhabenden Mediziner und Forschungsreisenden aus den USA, mit dem er in Briefkontakt trat.

Das Verhältnis der beiden bezeichnete Halbmayer als zunächst überschwänglich, später als distanziert – aus unterschiedlichen Gründen. „An kleinen Dingen muss man sich nicht stoßen, wenn man zu Großem auf dem Wege ist", notierte Theo Koch am Anfang der gemeinsamen Reise diplomatisch in seinem Tagebuch. Später schrieb er: „Im Urwald gilt der Mann und die Erfahrung, nicht das Geld." Der Unmut des Forschers bezog sich vor allem auf die Nichtberücksichtigung in die Pla-

nungen und Vorbereitungen der Expedition durch Rice. „Koch-Grünberg war der Experte, hatte schon mehrfach Reisen in diese Gebiete unternommen. Seine Expertise war allerdings kaum gefragt“, so Ernst Halbmayer. Über Stuttgart und Liverpool reiste er über den Seeweg im Juli 1924 nach Manaus und traf dort auf Hamilton Rice sowie Hermann Dengler, einen wissenschaftlichen Zeichner. Die geplante Expedition Richtung Oberlauf des Rio Branco musste dabei mehrfach verschoben werden.

„Wir sitzen gerade im großen Speisesaal beim Abendessen, da marschiert ein ganzes Bataillon die Straße hinauf, wo nicht weit von uns die große Kaserne der Polizeistation liegt. Kurz darauf beginnt eine wahnsinnige Schießerei – Revolution in Manaus“, beschreibt Koch die Aufstände am 23. Juli 1924, in deren Folge auch Material der Forscher beschlagnahmt wird.

Vor allem aber Infektionen und Krankheiten machen den Reisenden zu schaffen. „Unsere Hütte ist feucht, dem Regen ausgesetzt, staubig, schmutzig. Kein menschenwürdiger Aufenthalt – zumal nicht für Leute, die eine lange schwierige Reise vor sich haben“, so der Forscher, der während seiner Zeit in Vista Alegre tatsächlich schwer erkrankte. Dass er überhaupt länger als gedacht „an diesem elendigen Platz verweilen“ musste, und schließlich starb, bevor die Expeditionsreise so richtig begonnen hat, lag auch an Expeditionsleiter Rice. Der Amerikaner begleitete seine Frau zurück nach Manaus und brachte sie auf ein Schiff Richtung Heimat – was abermals zu Verzögerungen führte. Am 8. Oktober 1924 verstarb der Grünberger an Malaria. „Unglück lastete von Anfang an auf dieser Expedition“, schrieb Zeichner Hermann Dengler rückblickend, der die letzten Stunden bei Theodor Koch-Grünberg verbrachte.

Was bleibt, ist das Erbe und Wissen des bedeutenden hessischen Forschers weiterzuführen und weiterzutragen – sehr zur Freude einer direkten Nachfahrin des Anthropologen, die bei dem Vortrag ebenfalls zugegen war und sich ergriffen zeigte von den Ausführungen Halbmayers. „Dank Menschen wie Ihnen lebt mein Vorfahre weiter“

Felix Müller;
Gießener Anzeiger 13. Dezember 2024

VII. Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Volker Bank,
volker.bank@phil.tu-chemnitz.de

Dr. Michael Breitbach,
michael.breitbach@magenta.de

Dr. Eva Maria Felschow,
Am Lotzengraben 21 A, 35584 Wetzlar-Naunheim, emfels118@gmail.com

Volker Hess,
Gießener Straße 69, 35460 Staufenberg, v@tagebergen.de

Dr. Marcus Kiefer,
Lonystraße 20, 35390 Gießen, Marcus. Kiefer@gmx.de

Dr. Thomas Kleimann,
t.kleimann@wso-giessen.net

Dagmar Klein,
dkl35435@web.de

Albert Mehl,
Beune 16, 35415 Pohlheim, albert56mehl@gmail.com

Stefan Prange,
Wetzlarer Straße 77, 35398 Gießen, stefanprange@googlemail.com

Prof. Dr. Franz Reimer,
Franz.Reimer@recht.uni-giessen.de

Dr. Michaela Stark,
Michaela.Stark@archaeologie.uni-giessen.de

Prof. Dr. Michael Wettengel
family.wettengel@t-online.de

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 25,– € (ab 2025) jährlich für Einzelmitglieder
30,– € (ab 2025) für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
IBAN DE23 5135 0025 0200 5085 12, BIC SKGIDE5F

Sparkasse Gießen (Freundeskreis Alter Friedhof)
IBAN DE86 5135 0025 0200 6039 90, BIC SKGIDE5F

Volksbank Gießen
IBAN DE55 5139 0000 0000 4577 01, BIC VBMHDE5F

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins". Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und verbilligter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen" sind die Verfasserinnen und Verfasser verantwortlich. Uns zugesandte Manuskripte werden in folgender Form erbeten: Unformatierte Texte als Word-Datei auf CD abgespeichert oder als Anhang zu einer Email und einen Ausdruck. Sofern Abbildungen vorgesehen sind, bitte diese nummerieren und die entsprechende Stelle im Text markieren. Die Abbildungen möglichst gescannt (300 dpi) und auf CD.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
www.ohg-giessen.de

Besuchsadresse: Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon: 0641/3061549, Fax: 0641/3061545
E-Mail: info@ohg-giessen.de

Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen
ISSN: 0342-1189
Online – URN: urn:nbn:de:hebis:26-opus-124759

